



universität
wien

DISSERTATION

Exklusive Territorialität

Funktionen von Territorium für die kapitalistische Organisation von Gesellschaft

Mag. phil. Christoph Clar

angestrebter akademischer Grad
Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 092 300
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuerin / Betreuer:	O.Univ.-Prof. ⁱⁿ Dr. ⁱⁿ Hannelore Eva Kreisky

Danksagung

Für die Unterstützung während der Forschungsarbeit möchte ich folgenden Personen besonderen Dank aussprechen: In erster Linie Eva Kreisky für die kontinuierliche und sehr persönliche Betreuung in einem darauf nicht ausgerichteten universitären Umfeld, außerdem Peter Weichhart für die interdisziplinäre Erweiterung meines wissenschaftlichen Horizonts sowie Saskia Stachowitsch für die kritische und inspirierende Begleitung des gesamten Entstehungsprozesses der Arbeit.

Inhalt

1. Einleitung	3
1.1. <i>Forschungsinteresse und Begriffsverständnis.....</i>	<i>5</i>
1.2. <i>Herangehensweise.....</i>	<i>9</i>
2. Untersuchungsmaterial.....	11
2.1. <i>Theoretische Literatur.....</i>	<i>11</i>
2.2. <i>Historische Evidenzen</i>	<i>13</i>
3. Das Problem mit dem Raum. Schwierigkeiten der Politikwissenschaft bei der Betrachtung räumlicher Verhältnisse	14
3.1. <i>Das Politikwissenschaftliche am Raum.....</i>	<i>23</i>
4. Problemstellung und Untersuchungsobjekt.....	25
4.1. <i>Der Territorial-, (noch) nicht Nationalstaat.....</i>	<i>28</i>
4.2. <i>Fokus Territorium</i>	<i>30</i>
4.2.1. <i>Infrastruktur.....</i>	<i>31</i>
4.2.2. <i>Stabile innerstaatliche Marktverhältnisse; formale Gleichheit ökonomischer Akteure</i>	<i>32</i>
4.2.3. <i>Weltmarkt; Internationales System</i>	<i>32</i>
4.2.4. <i>Trennung von Politik und Ökonomie.....</i>	<i>33</i>
5. Theoretische Grundbegriffe und Konzepte	34
5.1. <i>Gesellschaft – Struktur – Handlung</i>	<i>34</i>
5.2. <i>Funktion</i>	<i>42</i>
5.3. <i>Kapitalismus.....</i>	<i>48</i>
5.3.1. <i>Kapitalismus als gesamtgesellschaftliche Organisationsform</i>	<i>52</i>
5.3.2. <i>Spezifische Charakteristika der kapitalistischen Produktionsweise.....</i>	<i>55</i>
5.3.3. <i>Die kapitalistische Institutionalisierung von Staat</i>	<i>57</i>
5.4. <i>Staat.....</i>	<i>60</i>
6. Bedingungen kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung	65
6.1. <i>Produktionsweise</i>	<i>66</i>
6.2. <i>Arbeit.....</i>	<i>68</i>
6.3. <i>Handel.....</i>	<i>70</i>
6.4. <i>Globales System</i>	<i>73</i>
6.5. <i>Demographie.....</i>	<i>74</i>
6.6. <i>Stadt.....</i>	<i>76</i>
6.7. <i>Krieg.....</i>	<i>77</i>
6.8. <i>Finanzen</i>	<i>79</i>

7. Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Einordnung in die sozialwissenschaftliche Debatte.....	81
8. Funktionen von Territorium	92
8.1. <i>Stadt.....</i>	94
8.2. <i>Territorialstaatlichkeit</i>	100
8.3. <i>Zentralisierung</i>	105
8.4. <i>Infrastruktur</i>	110
8.5. <i>Steuern.....</i>	113
8.6. <i>Geld</i>	116
8.7. <i>Trennung von Politik und Ökonomie</i>	120
8.8. <i>Der Unterschied von Besitz und Eigentum</i>	125
8.9. <i>Die Trennung der Arbeit vom Kapital.....</i>	128
8.10. <i>Das Internationale System aus Konkurrenz und Kooperation.....</i>	130
8.11. <i>Produktion von (nationaler) Identität</i>	135
9. Fallbeispiel Niederlande	141
10. Conclusio	164
10.1. <i>Aktualität und Anschlussmöglichkeiten.....</i>	170
11. Bibliographie.....	172

1. Einleitung

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe des englischen Originals *Territory. Authority. Rights. From Medieval to Global Assemblages* (vgl. Sassen 2006) namens *Das Paradox des Nationalen* (vgl. Sassen 2008) erläutert Sassen ihre Herangehensweise an das Phänomen nationalstaatlichen Territoriums. Diese stehe dem *Methodologischen Nationalismus* (vgl. Beck 2004, 40ff.) entgegen, obwohl ihr thematischer Fokus ganz eindeutig auf *das Nationale* sowie dessen Territorium, dessen Autorität und dessen Rechte gerichtet ist. Der Gegensatz zu jenen WissenschaftlerInnen, die sogar in ihren Überlegungen zu Globalisierung in dieser beengten Sichtweise gefangen bleiben, besteht bei Sassen in der Idee, „im Innern des Nationalen herumzugraben, um herauszufinden, ob und wie das Globale zum Teil innerhalb des Nationalen [...] konstituiert wurde.“ (Sassen 2008, 7) Sie macht also nicht einen Schritt aus dem Nationalen „heraus“ in das Globale, um daraus ihre Schlüsse zu ziehen. Viel eher geht sie vom Globalen ausgehend ins Nationale „hinein“ und sucht darin die konstitutiven Momente des Globalen bzw. vice versa im Globalen die zentralen Momente für die Existenz des Nationalen. Sie geht davon aus, „daß das Globale seinen Ursprung im Innern des Nationalen hat“¹ (Sassen 2008, 7).

Daran schließt vorliegende Arbeit an und stellt von diesem Blickwinkel ausgehend die Frage nach der Rolle einer Komponente, die für Konstruktion und Produktion des Nationalen von wesentlicher Bedeutung ist, jener des *exklusiven staatlichen Territoriums*. In Anlehnung an Sassen birgt dieses Forschungsinteresse das Hinterfragen eines scheinbaren Widerspruchs in sich. Während dem kapitalistischen Gesellschaftssystem stetig die unaufhaltbare Tendenz, räumliche Grenzen zu ignorieren oder zu überspringen, zugeschrieben wird, scheint er dennoch ebenso regelmäßig abgegrenzte Räume – wie *Territorium* – zu produzieren. Stimmt dieser Eindruck? Und wenn ja, worin liegt die Logik dieser Ambivalenz begraben?

Holloway beispielsweise argumentiert die Koexistenz dieser beiden Tendenzen anhand der Zuordnung zu jeweils verschiedenen Ebenen, nämlich jener des Nationalstaats auf der einen und jener des globalen Kapitals auf der anderen Seite:

„The national state can change its boundaries only with difficulty, whereas capital can move from one side of the world to the other within seconds.“ (Holloway 1995, 125)

¹ Anm.: Wörtliche Zitate werden unverändert übernommen; Rechtschreibfehler, die auf Reformen der deutschen Rechtschreibung zurückzuführen sind, werden weder korrigiert noch gesondert ausgewiesen.

Ohne diesem Argument voreilig zu widersprechen, basiert vorliegende Arbeit auf einem anderen Ausgangspunkt. Um nicht in die Falle des *methodologischen Nationalismus* zu tappen, soll der Blick in erster Line bewusst auf das gesamtgesellschaftliche und als solches auch weltumspannende System *Kapitalismus* gerichtet werden. Es geht nicht darum, zu analysieren, was eine Grenze, die Territorium festschreibt, voneinander trennt, sondern darum, welche Rolle diese Begrenzung im Zusammenspiel von gesellschaftlichen Verhältnissen *diesseits und jenseits* spielt. Erklärungen werden also in der grundlegenden Funktionsweise des *singulären* Gesellschaftssystems Kapitalismus gesucht.

Da sich Territorialität gegenüber anderen räumlichen Organisationsprinzipien von Gesellschaft durchgesetzt hat, werden die Anfänge kapitalistischer Entwicklung betrachtet. Im Zuge dessen werden Gründe für die Herausbildung von Territorium/Territorien gesucht: Warum setzte sich die Organisation sozial-räumlicher Beziehungen in Form von exklusiven Territorien durch? Die Fragestellung basiert auf der Annahme, dass sich Territorialität als Moment der Organisation von Gesellschaft etablieren konnte. Die Form des vor uns liegenden Internationalen Systems gibt dazu Anlass. Dementsprechend geht die Arbeit davon aus, dass Territorialität und somit Territorium eine Funktion für die kapitalistische Organisation von Gesellschaft erfüllt.

Von der Fragestellung anfänglich ausgenommen wird das bereits erwähnte *Nationale*. Das Interesse am Konzept Territorium besteht grundsätzlich unabhängig davon. Da exklusives politisches Territorium stark nationalstaatlich konnotiert ist, wird dieses Verhältnis im weiteren Verlauf der Arbeit ebenfalls thematisiert werden. Allerdings erfolgt auch diese Beschäftigung „nur“ im Zuge der Frage nach deren funktionalem Zusammenhang. Untersuchungsobjekt ist grundsätzlich – möglichst frei von jeglichen (nachträglichen) Zuschreibungen, Assoziationen oder späteren historischen Entwicklungen – die Entstehung und Etablierung exklusiven (staatlichen) Territoriums im Zuge der Herausbildung kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse. Auf diesem Wege soll explizit die grundsätzliche Funktionsweise des betrachteten Phänomens analysiert werden.

Ziel der Arbeit ist es einerseits, einen Grundstein zu legen für eine politikwissenschaftliche Herangehensweise an ein konkretes sozial-räumliches Phänomen, nämlich exklusives Territorium. Dieses spielt in Überlegungen zu Staat, Herrschafts- und Machtverhältnissen, etc. zwar häufig eine Rolle, eine fokussierte Beschäftigung wird ihm nur selten zu Teil. Auf der anderen Seite soll die Untersuchung beispielhaft aufzeigen, wie kritisch mit räumlichen

Phänomenen und entsprechenden Begrifflichkeiten umgegangen werden kann. Dazu werden Elemente sozialwissenschaftlicher Theorien extrahiert, kritisch analysiert und im Kontext des Forschungsinteresses zu einem fokussierten Verständnis von Territorium bzw. Territorialität kombiniert. Die forschungsleitende Fragestellung konzentriert sich auf die Funktionen von Territorium für die kapitalistische Organisation von Gesellschaft. Die Beantwortung dieser Frage soll in einer stärkeren *Verbindung von sozialwissenschaftlicher Kapitalismuskritik und der Beschäftigung mit räumlichen Phänomenen* resultieren. In diesem Sinne leistet die Untersuchung einen Beitrag zur grundlegenden Erforschung politikwissenschaftlicher Fragestellungen in Kombination mit theoretischen Überlegungen zur Räumlichkeit von Gesellschaft.

1.1. Forschungsinteresse und Begriffsverständnis

Eine generelle Einordnung des konkreten Forschungsinteresses in den sozialwissenschaftlichen oder speziell den politikwissenschaftlichen *State of the Art* ist vergleichsweise einfach. Grund dafür ist die große, vor dem Hintergrund des für die Sozialwissenschaften argumentierten *Spatial Turns* (vgl. Bachmann-Medick 2007) überraschende Lücke betreffend die Theoretisierung von Territorium. Dieses Attest bestätigend stellt Elden schon im ersten Satz seines Versuchs einer Konzeptionalisierung fest: „Political theory lacks a sense of territory; territory lacks a political theory“ (Elden 2010, 1). In Zeiten der Diskussion rund um Netzwerkgesellschaft, Multikulturalität, internationale Freiheit von Waren und Menschen oder der Betonung transnationaler Problemstellungen wird die Bedeutung von Territorium oft vernachlässigt. Vor allem analytische Betrachtungen von Globalisierung marginalisieren die Relevanz von Territorium. Dazu bemerkt Antonsich treffend:

„I have the sensation that the baby has been thrown away with the bath water. Territory, rather than being explored under the new conditions of globalization, has simply been discarded with the nationstate itself.“ (Antonsich 2009, 7f.)

Ein großes Hindernis für eine breitere sozialwissenschaftliche Beschäftigung stellt offensichtlich die negative Konnotation dar, welche Territorium als normatives Prinzip erscheinen lässt (vgl. Antonsich 2009, 2). Außerdem resultiert die (berechtigte) Kritik am methodologischen Nationalismus und die damit einhergehende Abwendung vom

(National)Staat in einer Vernachlässigung dieser Komponente (vgl. Elden 2010, 3). Das Angebot an aktuellen sozialwissenschaftlichen Ansätzen, die eine Definition von Territorium nahe legen, ist dementsprechend klein. Noch in den 1970ern nahmen sowohl PolitikwissenschaftlerInnen als auch GeographInnen das sozial-räumliche Prinzip Territorium als selbstverständlich hin (vgl. Antonisch 2009, 7). Es lag scheinbar zu offensichtlich zu Füßen jener, die sich mit der darauf und darin lebenden Gesellschaft beschäftigten. Es wurde als Evidenz herangezogen, aber nie selbst zum Objekt theoretischer Reflexion. Vor allem seine Entwicklung, die Tatsache, dass es historisch gewachsen ist, wurde nie explizit thematisiert. In den 1990ern und 2000ern wurde das Konzept Territorium sehr vereinzelt, dann allerdings ausschließlich von Geographen (vgl. Ruggie 1993, Paasi 2003), ins Blickfeld genommen. Die wenigen, die sich an einer theoretischen Aufarbeitung des Konzepts versuchten, fokussierten vornehmlich oder nahmen zumindest Anleihen an Ansätzen aus der Verhaltensforschung, Biologie oder Anthropologie. Dementsprechend fanden die Betrachtungen auf verschiedensten, miteinander schwer bis gar nicht vergleichbaren Ebenen statt, von der Mikro-Ebene zwischen-menschlicher Räume bis hin zur Makro-Ebene globaler Politik (vgl. Antonsich 2009, 7). Dieses Manko zieht umso stärker den Bedarf einer Definition für die eigene Arbeit nach sich.

Das dieser Untersuchung zugrunde liegende Verständnis von Territorium steht in engem Zusammenhang mit dem Begriff der *Territorialität*. Eine mögliche Definition dafür offeriert die *Encyclopedia of Governance*:

„Territoriality is the development and exercise of power through control or influence over a bounded space and its contents, including both population and resources. The closely related term *territorialization* can be defined as processes that foster territoriality in particular circumstances, usually through the assertion or material creation of linkages between particular social identities or activities and specific places. Typically, territoriality requires the division of space into areas with clear boundaries that are widely recognized both by those within them and those outside of them.“ (Encyclopedia of Governance 2006)

Der inhaltliche Fokus der Quelle muss allerdings relativierend miteinbezogen werden. Diese konzentriert sich auf die *Governance*-Komponente und dementsprechend auch auf die Steuer- oder Regelbarkeit dieses Phänomens durch bestimmte Akteure. Die gestellten Forschungsfragen betreffen allerdings nicht jene territorialen Verhältnisse, die durch die Bezugnahme nicht-staatlicher Akteure geprägt werden. Im Zentrum steht viel mehr jene Form von Territorialität, welche exklusiv einem Staat zugeschrieben wird. Eine Zuschreibung, die auf Ebene der politischen Organisation struktureller Bedingungen der kapitalistischen

Produktions- und Verhältnissverhältnisse passiert. Dass sich auch andere Akteure und Verhältnisse auf dieserart festgeschriebene Konstrukte beziehen und dementsprechend mitgestalten, wird keineswegs verneint, ist jedoch nicht von primärem Interesse.

Die Studie geht also von folgendem Verständnis aus: *Territorialität* ist ein räumliches Organisationsprinzip. Dieses konstituiert sich im Zuge der Territorialisierung gesellschaftlicher Prozesse, also wenn diese auf räumliche Verhältnisse Bezug nehmen. Dabei werden auf der einen Seite die gesellschaftlichen Prozesse (temporär) in die Erdoberfläche eingeschrieben. Auf der anderen Seite werden die räumlichen Strukturen durch Einbeziehung in diese Prozesse institutionalisiert. Ein bestimmter und begrenzter Raum, der im Zusammenhang mit dem sozial-räumlichen Prinzip Territorialität in die Erdoberfläche eingeschrieben wird, ist ein *Territorium* (vgl. Elden 2010, 4f.). Das Organisationsprinzip Territorialität greift also einerseits auf bestehende räumliche Strukturen zu, andererseits manifestiert es sich in materieller Weise, also in der definitiven „Einrandung“ eines bestimmten Gebiets. „Territories are the effect of the material inscription of social relationships.“ (Brighenti 2010, 57) Als Resultat der folgenden Einbeziehung in gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozesse erhält dieses Arrangement zusätzlich ideologische, politische, rechtliche, etc. Funktionen. Durch den monopolistischen Anspruch der Institution Staat, innerhalb dieser Grenzen die politische Ebene zu organisieren (s.u.: Kapitel 8.7. *Trennung von Politik und Ökonomie*) und dementsprechend Gewalt auszuüben, wird es zu *exklusivem staatlichem Territorium*.

Um im Einklang mit dem Forschungsinteresse betrachtet werden zu können, wird das sozial-räumliche Arrangement exklusives Territorium als *institutionalisiert* im Sinne von *temporär fixiert* sowie *in gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozesse integriert* verstanden. An jenem Punkt, wo sich sozial-räumliche Konstellationen insofern manifestieren, als dass sie im Zuge zentraler Organisation (durch den Staat) allmählich systematisiert werden, bekommen sie ein gewisses Maß an Dauerhaftigkeit „verliehen“. Diesbezüglich lassen sich gewisse Anleihen an Ansätzen der *institutionalistischen Organisationssoziologie* (vgl. Türk 1997, 127ff.) nehmen. Diese geht davon aus, dass die Entwicklung institutionalisierter Strukturen mit dem Argument der Effizienzsteigerung im historisch spezifischen Rahmen des globalen Kapitalismus erklärbar sei. Deren Etablierung ist demnach unmittelbar ausgerichtet auf die Expansion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Das entscheidende Charakteristikum *Dauerhaftigkeit* muss

demzufolge allerdings in Beziehung gesetzt werden zu diesem dem Kapitalismus immanenten stetigen Expansionsdrang (s.u.: Kapitel 5.3. *Kapitalismus*). Denn eben diese Tendenz ist Formulierung der stetigen Weiterentwicklung auch der gesellschaftlichen Strukturen. Folglich entwickeln sich auch deren Institutionalisierungen kontinuierlich weiter, was gegen die organisationssoziologische Annahme *kontrafaktischer Persistenz* (vgl. Türk 1997, 128) spricht. Dauerhaftigkeit wird dementsprechend in dieser Untersuchung als *temporäre* Fixierung verstanden.

Staatliche Territorialität wird nicht als *Organisation* im Sinne der Organisationssoziologie verstanden. Nichts desto trotz bestehen zentrale Charakteristika, welche das hier betrachtete soziale Organisationsprinzip mit Organisationen teilt. Letztere werden nämlich dann zu zentralen Momenten von Struktur, wenn sich Gesellschaft vermittelt ihrer strukturiert und reproduziert (vgl. Türk 1997, 176). In diesem Punkt erscheint staatliche Territorialität nicht nur als gesellschaftlich institutionalisierte Form, etwas zu organisieren, sondern tatsächlich auch als Form der Organisation. Der weitaus größere Teil zentraler Charakteristika bezieht sich allerdings auf interne Dynamiken und Logiken relativ abgeschlossener Systeme oder Akteure und weist dementsprechend keine Übereinstimmungen auf. Für vorliegende Betrachtung von zentraler Bedeutung ist demnach ausschließlich die Charakterisierung der institutionalisierten territorialen Strukturen als *historisch spezifisch* (im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsform) und *temporär fixiert*.

Das impliziert keine Betrachtung einer statischen Momentaufnahme, sondern soll nur die institutionalisierte Rolle betonen, die Territorium im Zuge der Herausbildung des Kapitalismus eingenommen hat. Seine Etablierung war nicht nur ein „Nebeneffekt“ gesellschaftlicher Entwicklungen, sondern wurde in weiterer Folge seiner Produktion auch selbst zu einem Moment struktureller Bedingungen. Nichts desto trotz ist und bleibt es eingebettet in eine kontinuierliche gesellschaftliche Entwicklung und muss somit selbst als *prozessual* betrachtet werden.

1.2. Herangehensweise

Im Gegensatz zu einigen der zentralen Überlegungen, die im Hinblick auf den Begriff Territorium angestellt wurden (vgl. Elden 2007, 2010, Gottmann 1973, Agnew 1994a, 1994b), wird nicht die sich historisch verändernde *Bedeutung des Begriffs* betrachtet. Eine Erklärung der Entwicklung von Konzepten anhand sprachwissenschaftlicher Techniken wie der Etymologie, der Semantik oder der Hermeneutik spielt keine Rolle. Die kritische Verwendung vorhandener Begrifflichkeiten gehört zwar zu einer der methodologischen Grundprämissen der Herangehensweise, es wird jedoch keine ausdrückliche *Begriffsgeschichte* à la Koselleck (vgl. Koselleck 2000, 2006) oder *Ideengeschichte* à la *Cambridge School of Political Thought* (vgl. Pocock 1989, Ehrenstein/Hellmuth 2001) betrieben. Ähnlich wie Saskia Sassen geht es viel mehr darum, historische Evidenzen zu analysieren, um daran anschließend gesamtgesellschaftliche Transformationen erklären zu können (vgl. Sassen 2006, 27). Dazu werden sozialgeschichtliche Betrachtungen mit kapitalismustheoretischen Überlegungen in Zusammenhang gestellt. Auf diesem Weg soll die Relevanz von Territorien für die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft herausgefiltert und in den historisch spezifischen Kontext eingebettet werden (vgl. Sassen 2006).

Elden verweist im Zuge seiner Konzeptionalisierung von *Territorium* auf zwei damit verwandte Begriffe, jene des *land* und jene des *terrain*. Seine Kurzdefinitionen lauten:

- „*Land* is a relation of property, a finite resource that is distributed, allocated and owned, a political-economic question. Land is a resource over which there is competition.
- *Terrain* is a relation of power, with a heritage in geology and the military, the control of which allows the establishment and maintenance of order. As a ‚field‘, a site of work or battle, it is a political-strategic question.“ (Elden 2010, 6)

Territorium ist gewissermaßen etwas von Beidem, inkorporiert außerdem noch andere Komponenten. In dieser Arbeit wird der Fokus im Vergleich dazu allerdings reduziert. Betrachtet wird „nur“ die festgeschriebene, temporär fixierte räumliche Beziehung in Form von staatlich exklusivem Territorium sowie jene Mechanismen, die sich im Zuge der politischen Organisation von Gesellschaft auf dieses Konstrukt beziehen. Für deren Auswahl spielt es keine Rolle, ob diese Bezugnahme materieller oder nicht-materieller Art ist, also ob es beispielsweise um das Bereitstellen physischer Infrastruktur oder aber um die ideologische Konstruktion von Nation geht.

Die Etablierung eines im Zuge der Entstehung des Kapitalismus neuen sozial-räumlichen Arrangements wird also in Zusammenhang gestellt mit der Entwicklung des Organisationsprinzips monopolistischer Gewalt, sprich staatlicher Exklusivität, innerhalb eines abgegrenzten, festgeschriebenen Gebiets. Resultat soll ein besseres politisch-theoretisches Verständnis von Territorium sein.

2. Untersuchungsmaterial

Der Weg zur Beantwortung der gestellten Forschungsfragen führt im Großen und Ganzen über die kritische Betrachtung zweier Korpora wissenschaftlicher Literatur. Das Forschungsinteresse bezieht sich auf die vorhandene wissenschaftliche Beschäftigung mit dem im Zentrum stehenden Phänomen und greift dementsprechend ausschließlich auf Primär- und Sekundärliteratur als Untersuchungsmaterial zurück. Die im Folgenden vorgenommene Benennung als *Theoretische Literatur* und *Historische Evidenzen* impliziert keine trennscharfe Kategorisierung und Zuordnung der verwendeten Texte, sondern dient lediglich einem besseren Verständnis des Untersuchungsdesigns.

2.1. Theoretische Literatur

Der erste in die Forschungsarbeit miteinbezogene Korpus gruppiert sich um zentrale sozialwissenschaftliche Überlegungen, die Aufschluss geben sollen über ein mögliches politisch-theoretisches Verständnis von Territorium. Aufgrund der in der Problemstellung (s.o.: Kapitel 1.1. *Forschungsinteresse und Begriffsverständnis*) erläuterten Lücken betreffend eine explizite Auseinandersetzung mit dem hinterfragten Phänomen, findet die Suche im außerordentlich breit gefächerten Fundus gesellschaftswissenschaftlicher Auseinandersetzungen mit folgenden Themen und Theorienkomplexen statt:

- Theorien staatlicher Entwicklung
- Kapitalismustheorien/ Kapitalismuskritik
- Raumtheorien
- Kapitalistische Produktion von Raum

Dabei fühlt sich das Verständnis von *Gesellschaftswissenschaften* nicht an vorhandene disziplinäre Einteilungen und Zuordnungen gebunden, sondern meint damit grundsätzlich all jene Ansätze, die Gesellschaft als ihr Forschungsobjekt begreifen und deren Zusammenhänge erklären wollen. Die eben erfolgte selektive Benennung thematischer Schwerpunkte ist nicht mehr als der Versuch einer Zuspitzung, welche einen groben Überblick gewähren soll. Sie orientiert sich eher an „Schlagworten“ als an der Außenzuschreibung eines wissenschaftlichen Kanons. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass sich die abgesteckten Gebiete teilweise sehr stark überschneiden. Außerdem wird in der Auswahl des Materials ebenso darauf

Rücksicht genommen, dass diesbezüglich relevante Überlegungen auch in sehr allgemein gehaltenen Abhandlungen zu Gesellschaftstheorie eine Rolle spielen und dementsprechend von Interesse für die vorliegende Arbeit sind. Aufgrund des derart sehr breitflächig ausgeworfenen Netzes, stellt die Arbeit keinesfalls den Anspruch, alle Fische zu fangen und ist sich der Erweiterungsmöglichkeiten der Betrachtung bewusst.

Der Grund dafür, sich nicht ausschließlich auf politikwissenschaftliche Literatur zu konzentrieren, liegt einerseits im generellen wissenschaftspraktischen Verständnis der Arbeit, welches die Herangehensweise an ein Phänomen nicht durch disziplinäre Grenzen, sondern durch das Phänomen selbst sowie die damit verknüpften Forschungsfragen definiert. Andererseits lässt der Anspruch, zumindest die für den konkreten Forschungsgegenstand richtungweisenden Überlegungen der jüngeren Vergangenheit in die eigenen Überlegungen mit einzubeziehen, ein Ausblenden humangeographischer, soziologischer, etc. Ansätze nicht zu.

Das Auswahlkriterium, welches die für das Forschungsinteresse relevante *theoretische Literatur* am stärksten einschränkt, stellt die gesellschaftstheoretische Ausrichtung der Arbeit dar. Das bedeutet nicht, dass dieser Ausrichtung entgegenstehende Überlegungen im Laufe der Untersuchung vollkommen ausgeblendet werden. Sie finden allerdings im Versuch, ein kongruentes Verständnis von Territorium anzubieten, keinen direkten Eingang. Die Explikation der gesuchten Funktionen des zentralen Phänomens orientiert sich folgerichtig an den gesellschaftstheoretischen Prämissen, die in Kapitel 5. *Theoretische Grundannahmen* ausgeführt werden. Sie müssen folgerichtig mit dem dargestellten Verständnis von Gesellschaft, gesellschaftlicher Entwicklung, Staat, Kapitalismus, etc. übereinstimmen. Die Erwähnung anderer Konzepte oder Begrifflichkeiten dient primär der Abgrenzung sowie der Veranschaulichung etwaiger konzeptioneller und begrifflicher Schwierigkeiten oder Unschärfen.

Die Auswahl des Untersuchungsmaterials begründet auch die „Literaturlastigkeit“ des Textes der im ersten größeren Teil der Untersuchung erfolgten Darstellung der Ergebnisse (s.u.: Kapitel 8. *Funktionen von Territorium*). Die gewonnenen Erkenntnisse sind eine kritisch-analytische Explikation bestimmter Komponenten aus vorhandener Literatur. Diese liefert somit nicht nur das theoretische Fundament, sondern ist gleichermaßen Untersuchungsobjekt. Dementsprechend oft wird direkt auf sie verwiesen oder aus ihr zitiert.

2.2. Historische Evidenzen

Der zweite Korpus beinhaltet Evidenzen, die es möglich machen, die aus der theoretischen Literatur gewonnenen Ergebnisse anhand konkreter historischer Entwicklungen zu überprüfen. Zu diesem Zwecke werden geschichts-, politik- und wirtschaftswissenschaftliche Analysen der Entwicklung kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse herangezogen. Sie ermöglichen einerseits eine Einordnung des betrachteten Phänomens in ihren gesamtgesellschaftlichen Kontext, also soziale, politische, demographische, technologische und ökonomische Entwicklungen. Andererseits werden sie herangezogen, um anhand eines konkreten Fallbeispiels (s.u.: Kapitel 9. *Fallbeispiel Niederlande*) die zuvor extrahierten Funktionen des untersuchten Phänomens sowie die gesellschaftlichen Mechanismen, für die es eine oder mehrere Rollen spielt, an historischen Evidenzen abzutesten.

Das verwendete Material wird in Abstimmung mit den gesellschaftstheoretischen Prämissen sowie im Bewusstsein des Entstehungskontextes und des Erkenntnisinteresses des jeweiligen Textes kritisch betrachtet. Vor allem der jeweils spezifische Schwerpunkt der Analyse historischer Entwicklungen muss mitgedacht werden. Auf diesem Wege wird anfänglich ein möglichst umfassendes Bild der *historisch spezifischen* gesellschaftlichen Verhältnisse skizziert, um daraus die relevanten Entwicklungen herauszulösen ohne sie aus ihrem Zusammenhang herauszureißen. Das soll ein Verständnis jener Mechanismen ermöglichen, für welche das untersuchte Phänomen eine oder mehrere konkrete und nachvollziehbare Funktion(en) hat.

3. Das Problem mit dem Raum. Schwierigkeiten der Politikwissenschaft bei der Betrachtung räumlicher Verhältnisse

Die behandelte Fragestellung beschäftigt sich mit einer bestimmten Form sozial-räumlicher Verhältnisse und deren Rolle in Gesellschaft. Es handelt sich also um eine sozialwissenschaftliche Betrachtung von gesellschaftlichen Beziehungen und deren Verhältnis zu *Raum*. Zwangsläufig führt diese Thematik den Wissenschaftler/die Wissenschaftlerin also ins Labyrinth sozialwissenschaftlicher Raumtheorien, eine Situation, aus der gerade PolitikwissenschaftlerInnen allzu oft nicht unbeschadet herausfinden. Auch wenn diese Untersuchung keine eigene Theoretisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen im Raum anstrebt, wäre es geradezu fahrlässig, sich nicht in die vorhandene Debatte einzuklinken. Denn die bereits vorhandenen Ansätze bieten, trotz der oft augenscheinlichen Unzulänglichkeiten politisch-theoretischer Natur, vielerlei Anschlussmöglichkeiten. Diese betreffen vor allem den Zusammenhang gesellschaftlicher Praktiken mit der Produktion und Reproduktion räumlicher Konstellationen. Von fundamentalem Interesse sind vor allem Überlegungen rund um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie wirken sich gesellschaftliche Handlungen auf die Produktion und Konstitution räumlicher Beziehungen aus?
- Welche Wirkung haben räumliche Beziehungen auf gesellschaftliche Handlungen?

Das größte Hindernis für eine seriöse und kritische sozialwissenschaftliche Herangehensweisen an die Beantwortung dieser Fragen stellt nach wie vor vielfach die Angst vor dem stetig präsenten Gespenst des *Geodeterminismus* (vgl. Schroer 2009, Werlen 2009) dar. Die Gefahr, Raum als natürlich, als a priori, als Soziales determinierend erscheinen zu lassen, resultiert oft in einem totalen Verzicht auf eine Miteinbeziehung räumlicher Momente von Gesellschaft. In der deutschsprachigen Wissenschaftslandschaft wurde diese Berührungsangst nach 1945 verstärkt genährt durch die Erfahrungen während des Zweiten Weltkriegs. Der Missbrauch (pseudo)wissenschaftlicher Raumkonzepte zum Zwecke der Legitimation nationalsozialistischer Expansionspolitik hatte das Verhältnis der deutschsprachigen Sozialwissenschaften zum Raum nachdrücklich getrübt. Die Beschäftigung mit Räumen wurde fast ausschließlich den KollegInnen aus dem Bereich der Geographie überlassen. Erst deren allmähliche Hinwendung in Richtung sozialwissenschaftlicher Ansätze rief auch langsam wieder die „traditionellen VertreterInnen“ der Gesellschaftswissenschaften,

also SoziologInnen, PolitologInnen, etc., auf den Plan². Die bis dahin leider allzu übliche Praxis, bestehende geographische Begrifflichkeiten über soziale Phänomene zu stützen, wurde allmählich zum Objekt immer stärkerer Kritik. Diese entlarvte das oft unhinterfragte Übernehmen geographischer Konstrukte, welche dazu verwendet wurden, bestimmte Erdräumabschnitte essentialistisch zu benennen und (voneinander) abzugrenzen. Vermehrt wurde ab diesem Zeitpunkt versucht, die aus der Human- oder Sozialgeographie entlehnten Instrumente zum Zwecke des *Verstehens*, nicht mehr nur des *Benennens* heranzuziehen. Die Überzeugung bahnte sich ihren Weg, dass es darum geht zu klären, *wie und warum* sich soziale Prozesse auf welche räumlichen Arrangements beziehen. Die Entwicklung der Sozialgeographie in Richtung einer *verstehenden* Geographie gab diesbezüglich den entscheidenden Impuls.

In den Mittelpunkt der Bemühungen rückte der Denkansatz, dass räumliche Verhältnisse in erster Linie Produkt gesellschaftlicher Handlungen sind. Vor dem Wissenschaftler/der Wissenschaftlerin liegen scheinbar fixe räumliche Beziehungen. Speziell deren materielle Ausformungen geben oft den Anschein, einfach verständlich zu sein. Die Schwierigkeiten beginnen einerseits beim Versuch der Identifikation jener gesellschaftlichen Entwicklungen, in deren Folge sich diese Beziehungen in genau dieser Form manifestiert haben sowie beim Beantworten der Frage, welche gesellschaftlichen Handlungen inwiefern darauf Bezug nehmen. Günzel bringt die diesbezügliche Verpflichtung sozialwissenschaftlicher Forschung folgendermaßen auf den Punkt:

„Der Raum ist ein Produkt, und eine Raumwissenschaft ist daher vor allem darauf verpflichtet, an räumlichen Strukturen das abzulesen, was von selbst nicht sichtbar ist.“
(Günzel 2009, 11)

Weil diese Strukturen Teil der politischen Organisation von Gesellschaft sind, werden sie zum Ziel politikwissenschaftlichen Interesses. Dazu gehören nicht ausschließlich, aber sehr wohl auch ihre materiellen Manifestationen und Charakteristika, wie sie gerade im Zusammenhang mit Territorium oft im Vordergrund stehen. Es darf nicht ausgeblendet werden, dass „Räume [...] einen genuinen Bezug zum Materialen, zur physischen, sinnlichen Wahrnehmung [haben].“ (Frank/Gockel/Hauschild/Kimmich/Mahlke 2008, 13)

² In England und Frankreich sowie später vor allem in den USA war die Berührungsangst nie dermaßen dominant.

Der Gefahr des Raumdeterminismus wird anhand der Betonung von räumlichen Verhältnissen als *Resultat gesellschaftlicher Prozesse* vorgebeugt. Nur weil sich etwas materiell manifestiert, anhand von Grenzen und Mauern, mithilfe von Karten und Geschichtsunterricht, in Form von Zentrum und Peripherie, ist es noch lange nicht *natürlich, determinierend* oder gar *unveränderlich*. Nichts desto trotz handelt es sich dabei um etwas entweder in seiner *Konstitution an sich* oder in seiner *Funktion für Gesellschaft* sozial Produziertes. Die Bedenken entspringen oft dem Irrglauben, dass vom sozialen Raum nur dann die Rede sei, wenn man ihn trennscharf vom natürlichen unterscheiden kann. „Die für die Moderne konstitutive Trennung von Gesellschaft und Natur schlägt sich in der Raumdiskussion also als Trennung des physischen vom sozialen Raum nieder.“ (Schroer 2008, 134) Damit einher geht allerdings oft die Problematik, dass dem physischen Raum jegliche Relevanz für die Organisation von Gesellschaft abgesprochen wird. Die gesellschaftswissenschaftliche Relevanz der Beziehung zwischen ihm und seinem sozialen Pendant wird folglich verneint. Vergessen wird, dass sich politische Entitäten im Rahmen ihrer konstruierten Identitäten auf in die Erdoberfläche (temporär) eingeschriebene Grenzen berufen. Oder dass das Gewaltmonopol innerhalb eines festgeschriebenen Territoriums über Infrastruktur, Administration, Standardisierung und Systematisierung Einfluss auf die Organisation von Gesellschaft nimmt. Oder dass die Ökonomie einer Gesellschaft nicht völlig unabhängig von den ihr zur Verfügung oder nicht zur Verfügung gestellten Ressourcen funktioniert. Diese Konstellationen sind keine natürlichen, von sozialen Bedingungen unbeeindruckten Determinanten. Es sind Einschreibungen in die Erdoberfläche, Zuschreibungen und gesellschaftlich produzierte Differenzen. Aber nichts desto weniger spiegeln sie die Beziehung zwischen physischem und sozialem Raum wider. Es bedarf also einer kritischen Berücksichtigung aller Ebenen räumlicher Verhältnisse. Alle Ebenen zwischen den beiden Extrempolen (geographischer) Containerraum und relationaler Raum sind zumindest potentiell mitzudenken.

Das Angebot an Versuchen, diesen Spagat zu schaffen, ist gerade in der Politikwissenschaft enden wollend. Vor allem die (zumindest theoretische) Anwendbarkeit auf konkrete Phänomene bleibt meist vernachlässigt. Diesbezüglich sehr viel fruchtbarere Ansätze entstammen vermehrt interdisziplinären Debatten. Ein sehr umfassender und aktuell gern zitierter Überbegriff für eine Vielzahl an Überlegungen zu räumlichen Aspekten von Gesellschaft ist jener der *Kritischen Geographie*. Was deren Vertreter vereint, ist, dass für sie vorderhand „von Interesse ist, welche ideologischen Implikationen traditionelle

geographische Weltbilder im Hinblick auf aktuelle sozial-kulturelle Verhältnisse haben, und [...] welche geographischen Praktiken (mit welchen Machtpotenzialen) für die aktuellen ‚gesellschaftlichen Raumverhältnisse‘ [...] konstitutiv sind.“ (vgl. Werlen 2009, 144)

Von einer anderen Wirkungsrichtung aus nähert sich die *Radical Geography* an dieselbe Thematik an und sorgt somit für weitere Anknüpfungspunkte. Diese resultieren aus der umfassenden Kritik an gesellschaftstheoretischen Grundannahmen marxistischer Theorien. Hauptkritikpunkt ist deren Vernachlässigung räumlicher Dimensionen von Gesellschaft. In den Fokus gerät die *Verräumlichung kapitalistischer Produktionsverhältnisse*, inklusive der darin eingelassenen Machtverhältnisse, und die Frage nach deren Ausdrucksformen (vgl. Werlen 2009). Daraus folgt eine spezifische Betonung der Relationalität des Raums im Gegensatz zu einem absoluten Raumbegriff. Auf die Forschungspraxis der Radical Geography wirkt sich die daran anschließende Kapitalismuskritik derart aus, dass regionalen Unterschieden in komparativen Analysen auf den Grund gegangen wird. Im Gegensatz dazu bleibt das Forschungsvorhaben auf der Ebene grundlegender gesellschaftstheoretischer Fragestellungen reduziert, trägt maximal zur Stärkung des theoretischen Fundaments derartiger Untersuchungen bei.

Die Entscheidung, auf welche ontologischen Dimensionen räumlicher Verhältnisse sich eine sozialwissenschaftliche Untersuchung konzentriert, ergibt sich direkt aus dem Forschungsinteresse. Aus ihm begründet sich die Auswahl der betrachteten gesellschaftlichen Phänomene sowie, ob überhaupt *räumliche Komponenten* als Teilaspekt miteinzubeziehen sind. Sich als SozialwissenschaftlerIn nur deswegen an Raumbegrifflichkeiten zu bedienen, um einen zu bestimmenden Komplex gesellschaftlicher Beziehungen als Raum zu benennen und ihn damit gegenüber anderen abzugrenzen, verspricht keinerlei zusätzlichen Erkenntnisgewinn. Denn abgesehen von der irreführenden Implikation systemischer Abgeschlossenheit verdeckt diese (wissenschaftliche) Praxis oft das eigentliche Forschungsobjekt. Außerdem schmälert es die Chance, tatsächlich räumliche Aspekte des Forschungsobjekts zu identifizieren und zu verstehen. Es folgt die sprichwörtliche Unsichtbarkeit des Waldes aufgrund der Vielzahl an Bäumen. Die Gefahr, gesellschaftlichen Beziehungen per se die Eigenschaft zuzuschreiben, Raum zu produzieren, liegt zu einem gewissen Maße in der sprachlichen Eigentümlichkeit des deutschen Begriffs begraben. Dieser kann für fast jegliche Art von Verhältnis(komplex) eingesetzt werden. Alles was relational ist, also in Beziehung zueinander steht, wird als irgendeine Art von Raum bezeichnet. Ein möglicher erklärungsrelevanter Mehrwert betreffend das Verständnis räumlicher Aspekte geht

dabei vollkommen verloren. Nicht umsonst versuchen einige Teilnehmer an der Debatte, dem drohenden Schatten eines übermächtigen Großparadigmas (im Sinne des *Spatial Turns* [vgl. Bachmann-Medick 2007] oder einer Umkehrung der analytischen Vormachtstellung der Zeit gegenüber dem Raum [vgl. Döring/Thielmann 2008]) zu entfliehen und sich differenzierterer und spezifischerer Begriffe, wie jener des *Topographical Turns* oder des *Topological Turns* zu bedienen (vgl. Günzel 2008).

Das vielleicht prominenteste Beispiel der begrifflich-theoretischen Unsicherheiten ist das so oft und gerne postulierte *Verschwinden* oder das *Auflösen des Raums* (vgl. Deger/Hettlage 2007). Will man aussagekräftige Ergebnisse über dezidiert räumliche Komponenten von Gesellschaft gewinnen, drängt sich eine gewisse Skepsis gegenüber diesem Befund auf. Es stellt sich vorweg die Frage, warum und inwiefern räumliche Komponenten von Gesellschaft einfach verschwinden oder sich auflösen (können). Da räumliche Charakteristika gesellschaftlicher Verhältnisse, wie Entfernungen oder räumliche Konzentrationen, nicht einfach verschwinden, ist viel eher davon auszugehen, dass es im Zuge der Entwicklung von Gesellschaft die Funktionalität dieser Komponenten ist, die sich verändert. Döring und Thielmann stützen diese These durch den exemplarischen Verweis auf die Entwicklung neuer oder anderer Telekommunikationstechnologien, die gerade von jenen, die die Vernichtung des Raums argumentieren, so gerne ins Treffen geführt wird. Sie setzen dem entgegen: „Durch gesteigerte Kommunikationsgeschwindigkeiten werden Räume nicht ausgelöscht, sondern zu anderen.“ (Döring/Thielmann 2008, 15) Als eine Folge davon wird beispielsweise auch physische Territorialität sozial und technisch anders organisiert, geht aber nicht verloren oder löst sich auf.

Die Beschäftigung mit konkreten Untersuchungsgegenständen legt also nahe, von einer allgemeinen Wertung betreffend die *Bedeutung von Raum* abzusehen und sich stattdessen auf das Suchen und Hinterfragen konkreter Funktionen räumlicher Aspekte von und für Gesellschaft zu konzentrieren. Auf diesem Wege begegnet man auch erfolgreich dem Problem der omnipräsenten Raummetaphorik und deren Diffundierung von der Alltags- in die Wissenschaftssprache (vgl. Piltz 2008, 79). Günzel's berechtigter Kritik an dieser Tendenz wird dabei Rechnung getragen. Er attestiert einen „derzeitigen Trend [...] wissenschaftliches Arbeiten bei jeder denkbaren Gelegenheit mit Raum in Verbindung zu bringen, auch wenn dies durch die Methode, den Gegenstand oder die Fragestellung weder notwendig noch

gerechtfertigt ist, sondern allein dadurch legitimiert wird, dass schließlich alles *irgendwie* ‚räumlich‘ oder *irgendwo* ‚im Raum‘ ist.“ (Günzel 2009, 12f.)

Dementsprechend konzentriert sich die Untersuchung auf die Analyse einer konkreten räumlichen Konstellation, ihrer (materiellen) Manifestationen sowie jener gesellschaftlichen Handlungen, welche auf sie Bezug nehmen.

Daran schließt eine andere häufig auftretende Schwierigkeit in der Beschäftigung mit räumlichen Komponenten von Gesellschaft an. Diese betrifft jene Ansätze, die der Gefahr des Raumdeterminismus mithilfe eines völlig eindimensionalen Verständnisses von *Raum als soziales Produkt* zu entkommen glauben. Sie folgen einem einseitigen Ursache-Wirkungs-Schema und schließen dementsprechend eine Analyse räumlicher Bedingungen gesellschaftlichen Handelns im Vorhinein aus. Im Zuge dessen wird ausgeblendet, dass bestimmte räumliche Konstellationen in Folge ihrer historischen Produktion oft zu Teilen struktureller Bedingungen werden. Das Erkennen der temporären Fixierung ermöglicht es, räumliche Verhältnisse als Produkt gesellschaftlicher Entwicklungen zu verstehen und sie dennoch in ihrer *momentanen* Situation als Komponente gesellschaftlicher Strukturen zu analysieren. Um allerdings nichts desto trotz ihr Transformationspotential anzuerkennen und sie als Teil sozialer Prozesse zu erläutern, muss umso stärker auf die *historische Spezifität*, die kontinuierliche (Weiter)Entwicklung und die immer vorhandene Veränderbarkeit verwiesen werden.

Dementsprechend muss der Kontext, also jene gesellschaftlichen Bedingungen, die *räumliche Komponenten* inkludieren und produzieren, Teil der Analyse sein. *Räume* können nie separat analysiert werden. Umgelegt auf die Betrachtung der politischen Organisation von Gesellschaft bedeutet das ein Mitdenken von Konzepten wie *Macht, Herrschaft, Staat*, etc. Das in-Beziehung-Setzen dieser Begriffe zu räumlichen Komponenten von Gesellschaft ermöglicht ein Verständnis derer Funktion für dieses Verhältnis.

„Eine Analyse von Raum ‚an sich‘ ist [...] nicht möglich, da ‚Raum‘ eng an die ‚Instanzen der Macht‘ gekoppelt ist und jeweils mehr (Staat) oder weniger (Nation) konkretisiert werden kann oder auch von einem politischen System neu definiert wird [...]. Anders ausgedrückt: den Raumbegriffen sind (im strukturalistischen Sinn) soziale und politische Bedingungen eingeschrieben, die in die Untersuchung mit einbezogen werden müssen.“ (Rössler 1990, 40)

Folgt man dieser Annahme, dass den betrachteten räumlichen Komponenten die politische Dimension stets inhärent ist, trägt die Betrachtung zu einem besseren oder zumindest umfassenderen Verständnis von *Macht*, *Herrschaft*, *Staat*, etc. ebenso bei, wie umgekehrt diese zum Verständnis der betrachteten räumlichen Verhältnisse.

Aus diesen Überlegungen werden zwei Ansprüche an ein kritisches politikwissenschaftliches Arbeiten mit räumlichen Komponenten von Gesellschaft abgeleitet:

a) Phänomen als Ausgangspunkt

Der erste Anspruch klingt banal, wird aber in der gegenwärtigen Diskussion rund um *Raum* alles andere als durchgängig erfüllt. Er betrifft die nachvollziehbare Definition und Argumentation des betrachteten Phänomens. Der viele Arbeiten begleitende unbändige Wille, dem Raumbegriff alle Freiheiten zu gewähren, stellt augenscheinlich ein Hindernis für eine Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Debatte dar. Der Raumvoluntarismus (vgl. Schroer 2009) übernimmt diesbezüglich die Rolle des Totschlagarguments. Die Weigerung, sich auf ein konkretes Phänomen, auf ein spezifisches räumliches Arrangement zu beziehen, resultiert in nur wenig aussagekräftigen Ergebnissen. Entscheidet sich der Wissenschaftler/die Wissenschaftlerin dagegen, von *dem einen* universalistischen Raum(-Begriff) auszugehen, erfordert die Beschäftigung mit räumlichen Charakteristika von Gesellschaft, aufgrund der Vielzahl möglicher ontologischer und gesellschaftstheoretischer Ebenen, ein empirisches Verständnis, welches nur vom betrachteten Untersuchungsobjekt ausgehend geriert werden kann.

Wenn beispielsweise Sloterdijk daran geht, Kant's apriorische Vorstellung von Raum (vgl. Kant 1768, 1770 und 1786) durch den Verweis außer Kraft zu setzen, dass die im „Raum [...] Versammelten kraft ihres Zusammenseins selbst raumbildend“ (Sloterdijk 2004, 307) seien, dann leistet er einen Beitrag zur philosophischen Weiterentwicklung des Begriffs. Betreffend die Funktionsweise eines dieserart produzierten Raums in und für Gesellschaft trägt er allerdings wenig zu einem möglichen Erkenntnisgewinn bei. Sloterdijk's Beitrag erweitert neuerlich den Begriff und verstärkt die Tendenz, unter selbigem *möglichst viel* zu erfassen. Er forciert jedoch keinerlei besseres Verständnis konkreter gesellschaftlicher Mechanismen. Der Wissenschaftler/die Wissenschaftlerin ist gefragt, das betrachtete Phänomen und den relevanten Kontext (die gesellschaftlichen Bedingungen) möglichst

nachvollziehbar zu bestimmen, miteinander in Beziehung zu setzen und auf das konkrete Forschungsinteresse abzustimmen. An welcher Position zwischen den beiden Polen *Raum, der von Gesellschaft geschaffen wird* und *Naturvorgegebenheit gesellschaftlicher Entwicklung* (vgl. Piltz 2008, 78f.) die Funktionsweise des jeweiligen Phänomens angesiedelt wird, hängt letztendlich vom Phänomen selbst und dessen historisch spezifischer Rolle in und für Gesellschaft ab. Diese Einordnung wiederum erfolgt in engem Zusammenhang mit den gesellschaftstheoretischen Prämissen der jeweiligen Untersuchung, weswegen in vorliegender Arbeit der Klärung selbiger ausreichend Platz eingeräumt wird (s.u.: Kapitel 5. *Theoretische Grundbegriffe und Konzepte*).

b) Temporäre Fixierung

Die zweite Forderung verlangt nach einer Betonung der historischen Spezifität sozial-räumlicher Verhältnisse. Diese ermöglicht es dem Betrachter, Funktionen des betrachteten Arrangements zu identifizieren und mit dessen ebenso spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen in Beziehung zu setzen. Ergänzend behält dieses Verständnis die historische und als solche gesellschaftliche Produktion des Phänomens im Auge. Die Funktion(en), die eine bestimmte räumliche Konstellation in und für die historisch spezifische Form von Gesellschaft erfüllt, erfüllt sie nicht aufgrund ihrer ursprünglichen natürlichen Konstitution. Sie entwickelte sich dahingehend und setzte sich im Laufe ihrer Entwicklung gegenüber anderen möglichen räumlichen Konstellationen durch. Der Grund für ihre Durchsetzung liegt in ihren Qualitäten für die jeweiligen zeitlich und räumlich spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse. Das entsprechende gesellschaftstheoretische Verständnis der vorliegenden Arbeit wird zu einem späteren Zeitpunkt (s.u.: Kapitel 5. *Theoretische Grundbegriffe und Konzepte*) näher ausgeführt.

Eine exakte Betrachtung der Genealogie bestimmter räumlicher Konstellationen in Verbindung mit der Betonung der historisch spezifischen temporären Fixierung beugt vor allem jener Gefahr vor, die von räumlichen Arrangements ausgeht, die eine Rolle einnehmen in der Produktion ideologischer Konstrukte. Diese Gefahr stellt sich folgendermaßen dar:

„Emotional und politisch stark aufgeladene Orte [...] verleiten in besonderer Weise dazu, von den Anordnungen und Distanzen im physischen Raum auf Positionen und Differenzen im sozialen Raum zu schließen. Sie bilden dadurch den Anlass, unter der Hand die Ursache [...] mit der Wirkung [...] zu vertauschen.“ (Günzel 2010, 115)

Die Wahrscheinlichkeit, die ursprünglichen Funktionen von temporär fixierten und im Nachhinein mit Emotionen, Ideologien und anderen Zuschreibungen angefüllten *räumlichen Containern* (vgl. Taylor 2003) nicht zu erkennen und dementsprechend falsch zu interpretieren, kann mithilfe einer kritischen Betrachtung der Konstruktion und des dahinter stehenden Konstruktionsprozesses erheblich reduziert werden. Teil dieser Kritik müssen auch physische Charakteristika oder zumindest in die Erdoberfläche eingeschriebene Manifestationen bestimmter räumlicher Verhältnisse sein; im Fall von Territorien sind das beispielsweise Grenzziehungen, die begrenzte Gültigkeit rechtlicher Normen, das Gewaltmonopol betreffend Grund und Boden (Ressourcen), etc. Manche Theoretiker argumentieren sogar, dass diese materiellen Ausformungen nicht nur *ein* erklärungsrelevantes Moment unter vielen sind, sondern dass diese erst räumliche Arrangements für die Wissenschaft – im wahrsten Sinne des Wortes – greifbar machen: „Will man Raum nicht nur als Metapher fassen, bleibt der Historiker angewiesen auf ein materiales Korrelat.“ (Piltz 2008, 95) So oder so bedeutet eine Betrachtung dieserart noch lange nicht, geodeterministischen Kausalketten zu folgen. Als Sicherheitsnetz dient die Annahme der jeweiligen Funktionen als *Wirkung gesellschaftlicher Handlungen* und dementsprechend als historisches Spezifikum.

Die Betonung der Singularität bezieht sich, um Missverständnissen vorzubeugen, nicht ausschließlich auf zeitliche, sondern auch auf örtliche Charakteristika. Dieses Argument unterstreicht Schlögel, der eine historiographische Darstellung für defizitär hält, wenn sie nicht „die je historisch-konkrete Ortsverhaftung des zu rekonstruierenden Geschehens mitexpliziere“ (Schlögel 2003, 20). Dementsprechend fordert er eine historische Verortung der Explikation von räumlichen Spezifika ein. In direkter Folge lässt sich die Erklärung der Funktion(sweis)en anhand konkreter historischer Evidenzen belegen. In vorliegendem Fall wird dieser analytische Schritt anhand der Darstellung eines Fallbeispiels vollzogen (s.u.: Kapitel 9. *Fallbeispiel Niederlande*), um im Zuge dessen die Ergebnisse der Untersuchung des theoretischen Untersuchungsmaterials (s.u.: Kapitel 8. *Funktionen von Territorium*) zu überprüfen.

3.1. Das Politikwissenschaftliche am Raum

Der Untersuchung geht die Grundannahme voraus, dass räumliche Komponenten eine Rolle in der politischen Organisation von Gesellschaft spielen. Das derart begründete Forschungsinteresse bewegt sich in einem inter- bis transdisziplinären Bereich, der sich nicht ausschließlich aus dem methodologischen und theoretischen Werkzeugkoffer einer Disziplin bedienen lässt. Das im Zentrum stehende Forschungsobjekt *exklusives Territorium* ist ein politisches Phänomen. Dementsprechend ist das Forschungsinteresse ein politikwissenschaftliches, die Herangehensweise jedoch basiert zu einem nicht unwesentlichen Teil auf wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklungen, welche dem Verhältnis zwischen „traditionellen Sozialwissenschaften“ und der (Sozial)Geographie entspringen. Diese Beziehung verlief in den vergangenen Jahrzehnten alles andere als ausgeglichen. Die Sozialwissenschaften nahmen generell vermehrt Anleihen am wissenschaftlichen Instrumentarium der Geographie, vor allem bestimmte Begrifflichkeiten wurden gerne, oft und teilweise unkritisch übernommen. Dieser Praxis lagen Versuche vonseiten der Geographie zugrunde, Konzepte für gesellschaftliche Phänomene zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen dieser Arbeit kann keine detaillierte Beurteilung dieser Entwicklung vorgenommen werden. Aber sie kann zumindest verstanden werden als Versuch, eine geographische Betrachtungsweise gesellschaftlicher Phänomene anwendbar zu machen. Weit weniger erfolgreich verlief hingegen das Engagement vonseiten der Sozialwissenschaften, der Geographie zur Hand zu gehen um eine sozialwissenschaftliche Betrachtung geographischer Phänomene zu entwickeln. Die Annahme, dass sich gesellschaftliches Handeln auf bestimmte räumliche Gegebenheiten bezieht, diese produziert und reproduziert, verlangt folgelogisch nach einer Einordnung räumlicher Verhältnisse in das gesellschaftstheoretische Fundament der jeweiligen Untersuchung. Diese ermöglicht eine konsequente sozialwissenschaftliche Betrachtung ausgewählter räumlicher Phänomene. Im Rahmen dessen kann, wie in vorliegender Arbeit, auch(!) das Verhältnis zwischen sozialem und physischem Raum Teil des Forschungsinteresses sein. In diesem Fall darf die Analyse keine Berührungsgängste mit materiellen Charakteristika oder Ausformungen von Räumlichkeit aufweisen. Dabei kann es sich um symbolische Bauwerke handeln, genauso wie um Grenzbalken und Mauern oder um mithilfe von Karten und Geschichtsbüchern in die Erdoberfläche eingeschriebene Räume. Alle Charakteristika, die für die jeweils spezifische Konstitution des betrachteten Arrangements von Relevanz sind, haben eine Berechtigung, in die Sozialanalyse miteinbezogen zu werden. Die diesbezügliche Herausforderung liegt bei der theoretischen Inkludierung:

„Für die Einbeziehung der erdoberflächlichen Dimension menschlicher Praktiken sind vielmehr Raumkonzeptionen zu entwickeln, welche sozialtheoretisch kompatibel und anschlussfähig sind.“ (Werlen 2009, 152)

Diesbezüglich kommt man vor allem um das Werk Edward Sojas (vgl. Soja 1989) nicht herum. Er gilt nach wie vor als wegweisend in Bezug auf die systematische Verbindung von geographischen Konzepten mit sozialwissenschaftlichen Herangehensweisen und Fragestellungen. Doch während die Einflüsse der kritischen Geographie für die Weiterentwicklung der Sozialwissenschaften augenkundig sind, scheinen umgekehrte Befruchtungen, wie die Entwicklung kritisch sozialwissenschaftlicher Ansätze für die Geographie, keine gesteigerte Aufmerksamkeit zu erlangen. Soja beschreibt sein Anliegen damit, die räumliche Komponente (Geographie) gegenüber der zeitlichen Komponente (Geschichte) zu stärken. In diesem Sinne trug er *Raum an die Sozialwissenschaften heran*, aber nicht umgekehrt. Er wendet(e) räumliche Begrifflichkeiten auf sozialwissenschaftliche Fragestellungen an, trug aber wenig zu einer Anwendbarkeit sozialwissenschaftlicher Herangehensweisen auf räumliche Phänomene bei. Soja zielte darauf ab, eine räumliche Perspektive in die moderne Gesellschaftstheorie einzuführen (vgl. Schlögel 2003, 37). Vice versa ist es ein Anliegen vorliegender Arbeit, einen Beitrag dazu zu leisten, gesellschafts- oder, spezifischer gesagt, kapitalismuskritische Ansätze näher an die Analyse räumlicher Phänomene heran zu bringen.

Die dahinter stehende Idee ist, einfach formuliert, folgende: „[S]ocieties can be better understood by investigating the spatiality in their making.“ (Bärenholdt 2008, 11) Erweitert wird sie um zwei grundlegende Prämissen, welche die Entwicklung einer dementsprechenden Herangehensweise stets begleiten. Diese verneinen einerseits ein Verständnis von *Raum als vorausgesetzte Umwelt* und andererseits die *metaphorische Verwendung des Raumbegriffs* für willkürlich festgemachte Sets gesellschaftlicher Beziehungen. Davon ausgehend wird eine Betrachtung dessen angestrebt, „was der Raum selbst vorgibt. Das hat nun nichts mit Raumdeterminismus zu tun, sondern damit, dass räumliche Arrangements nicht ohne Wirkung auf unser Verhalten bleiben.“ (Schroer 2006, 175) Ziel ist ein besseres Verständnis der Beziehung von Gesellschaft zu räumlichen Verhältnissen sowie räumlicher oder verräumlichter gesellschaftlicher Prozesse.

4. Problemstellung und Untersuchungsobjekt

Als Ausgangspunkt des Forschungsinteresses wird die Herausbildung jenes sozial-räumlichen Arrangements herangezogen, auf welches sich Nationalstaaten seit deren Etablierung als ihr jeweiliges *Territorium* berufen. Dieser Prozess lässt sich historisch in den Übergang vom Feudalismus zur Neuzeit einordnen. Territorium wird in diesem Rahmen als komplexe Institutionalisierung, die im Laufe der Geschichte konstruiert und durch spezifische Prozesse konstituiert wurde, verstanden. Saskia Sassen unterstreicht ganz ausdrücklich den prozessualen, kontinuierlichen Charakter dieser Herausbildung. Sie betont, dass nicht davon auszugehen ist, dass es sich dabei um etwas *revolutionär Neues* handelte, das „über Nacht“ zum Zwecke der Staatsgründung eingeführt wurde. Es war schlicht und einfach Produkt der Weiterentwicklung verschiedener Arten ökonomischer Transaktionen (Kriege, Allianzen, Heirat, Handel, etc.), die eine konstitutive Rolle schon für die feudale Konstellation spielten, und nun zum Niedergang selbiger beitrugen (vgl. Sassen 2006).

Die (räumlichen) Organisationsprinzipien von Politik waren in Zeiten des Feudalismus andere. Weltraumausschnitte konnten im Mittelalter keiner Herrschaftsform bzw. keiner Herrscherperson exklusiv zugeschrieben werden. Überhaupt waren die konkurrierenden Herrschaftsformen an sich nicht territorial verankert.

„The medieval system, in short, was essentially non-territorial, insofar as territoriality was not the defining characteristic of organization. Political rule was not premised on territorial delimitation.“ (Jönsson/Tägil/Törnqvist 2000, 66)

Ihre Einflussbereiche überschnitten sich oft, waren bezüglich topographischer Charakteristika maximal vage definiert. Die politische Geographie wurde von einer pluralen Logik dominiert. Feudalherrschaft, Kirche und Kaiser existierten nebeneinander und griffen oft auf dieselben Räume zu. Grundsätzlich standen dabei die *dezentralen Tendenzen* der Feudalherrschaft(en) dem *Zentralismus* von Kirche und Kaiser entgegen. Herrschaft war im Grunde auf zweierlei Obligationen begründet. Einerseits auf einer Art reziproker militärischer Obligation (der Schwächere sucht Schutz und bietet im Gegenzug seine Kriegsdienste an), andererseits auf dem Verleihen von Landbesitz. Es war also nicht die Zugehörigkeit zu einem bestimmten geographischen Gebiet, gemäß derer Herrschaftsordnungen ihre Gewalt ausübten. „[T]he feudal order was not defined by physical location; nor did territory determine identity and loyalty.“ (Sassen 2006, 35) Die Position von Individuen oder Gruppen bezog sich also ausschließlich auf das sie umgebende System an persönlichen Beziehungen und

Abhängigkeitsverhältnissen, keinesfalls auf die lokale Verankerung innerhalb eines bestimmten Territoriums.

„Today's territorial states were born in a world of disarray void of any well-defined political order. Political, economic, religious and cultural areas overlapped with one another in a remarkably irregular pattern. [...] The states that did exist were vague constructions with nebulous boundaries. They were defined by a centre whose authority decreased with physical distance.“ (Jönsson/Tägil/Törnqvist 2000, 21)

Den Wettstreit um politische Macht dominierte die Konkurrenzsituation zwischen Kirche und Kaiserreich. Es standen sich hierbei von beiden Seiten universalistische Ansprüche, die jeweils einzige (Legitimations)Quelle ultimativer Herrschaft zu sein, gegenüber. Beide beruhten auf einer materiellen Infrastruktur in Form des politischen Einflusses auf Städte und andere administrative Knotenpunkte. Die ideologisch einende und dementsprechend stabilisierende Komponente sollte der Glaube, die Führungsperson, o.ä. sein. „[E]ach implemented a view of final authority. But they were not territorial.“ (Sassen 2006, 39)

Als Ursachen für die zu untersuchende Konstituierung von Territorium werden primär sozio-ökonomische Entwicklungen angenommen. Folgende Fragen leiten die diesbezüglichen Überlegungen an: Welche Bedingungen zogen die Territorialisierung politischer Verhältnisse nach sich? Welche Prozesse führten letzten Endes in Richtung Etablierung des Territorialstaats? Welche Entwicklungen resultieren in einer fast lückenlosen Aufteilung der politischen Landkarte in exklusive staatliche Territorien? Anfangs war es viel eher die Einrichtung *zentralistischer Organisation* als die umfassende Abgrenzung eines bestimmten Gebietes, welche auf die geographischen Gegebenheiten Einfluss nahm. Mann führt diesbezüglich zwei sich schon sehr früh herauskristallisierende Tendenzen ins Treffen:

„From the thirteenth century onward, two principal social processes favoured a greater degree of territorial centralization in Europe. First, warfare gradually favoured army command structures capable of routine, complex coordination of specialized infantry, cavalry and artillery. Gradually, the looser feudal levy of knights, retainers and a few mercenaries became obsolete. [...] Second, European expansion, especially economic expansion taking an increasingly capitalistic form, required (a) increased military protection abroad, (b) more complex legal regulation of property and market transactions, and (c) domestic property forms (like rights to common land).“ (Mann 2003, 62)

Neben dem Bedürfnis einer zentralen Organisation militärischer Aufgaben, verlangte also auch die voranschreitende Kommerzialisierung nach *Zentren* sowie der gesicherten infrastrukturellen Verbindung dieser unter- und miteinander. Die Entwicklung des staatlichen

Militärs basierte einerseits auf Grundlage technologischer Fortschritte. Andererseits verlangten die neuen Bedürfnisse des expandierenden Handels nach einer neuen Organisation. Die historische Herausbildung von Zentren, die Rolle militärischer Entwicklungen und andere für vorliegende Untersuchung relevante Ausprägungen der voranschreitenden Etablierung des Kapitalismus wird in weiterer Folge noch detaillierter in die Betrachtung miteinbezogen werden. Zuvor bedarf es allerdings einer Klärung der Relevanz der Entwicklung und Etablierung kapitalistischer Verhältnisse (s.u.: Kapitel 5.3. *Kapitalismus*). In Zusammenhang damit drängt sich die Frage auf, inwiefern diese Entwicklung in der Geschichte festzumachen ist. Die dazu reichlich vorhandene sozialwissenschaftliche Literatur ist sich bezüglich einer zeitlichen Einordnung gänzlich uneinig. Grund dafür ist die jeweils andere Rolle, die Kapitalismus in den wissenschaftlichen Betrachtungen von Gesellschaft einnimmt. Die Kriterien, die WissenschaftlerInnen für ihre Arbeit auswählen um das Ausmaß kapitalistischer Entwicklung festzumachen, führen zu einer Vielzahl an verschiedenen Definitionen. Und die Definition von *was Kapitalismus ist*, bestimmt in weiterer Folge seine historisch-genealogische Einordnung.

Vorliegende Betrachtung verständigt sich auf einen relativ breiten Kapitalismusbegriff und die daraus erfolgenden Konsequenzen für eine etwaige Einordnung. Dieser theoretische Schritt ermöglicht eine Betrachtung des kontinuierlichen Prozesses der *allmählichen Herausbildung* dieser komplexen und historisch spezifischen Form der Organisation von Gesellschaft. Cox formuliert es folgendermaßen:

„Capitalist development is a process that was put together gradually over a period of some five centuries, beginning in western Europe from the fourteenth century, before it became, in the nineteenth, a coherent expansive force on a world scale.“ (Cox 1987, 51)

Die Frage, wann sich Kapitalismus *endgültig* als umfassende Form der Organisation von Gesellschaft durchsetzte, ist an dieser Stelle nicht von zentraler Bedeutung und wird dementsprechend auch nicht beantwortet werden.

Abgezielt wird auf ein Verständnis der Funktionen von *Territorium* für und während der allmählichen Etablierung der charakteristischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse zum Zwecke der Akkumulation von Kapital. Angenommen wird, dass die eben angesprochenen Entwicklungen Resultat ökonomischer und technologischer Entwicklungen sowie damit einhergehender sozialer Veränderungen sind und keinesfalls aufgrund intendierter Planung zustande kamen. Diesbezüglich stellt Rosa Luxemburg fest:

„Wir haben [...] gesehen, wie aus der einfachen Warenwirtschaft, d.h. aus der handwerksmäßigen städtischen Produktion am Ausgang des Mittelalters ganz mechanisch, d.h. ohne Willen und Bewußtsein der Menschen, die heutige kapitalistische Gesellschaft herausgewachsen ist.“ (Luxemburg 1972, 187)

Doch welchen Einfluss nahm diese gesellschaftliche Evolution auf die Erdoberfläche, bzw. deren räumliche Organisation durch Gesellschaft? Ist sie überhaupt die treibende Kraft hinter dieser Ein- bzw. Aufteilung? David Harvey ist sich zumindest bezüglich der vergangenen zwei Jahrhunderte sicher: „Capitalism has transformed the face of the earth at an accelerating pace these past 200 years.“ (Harvey 1992, 126) Die Mechanismen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, so die forschungsleitende Hypothese, bedingten die Einteilung des Raums in festgeschriebene oder – viel mehr noch – *festschreibbare Territorien*. James Anderson unterstützt diese grundlegende Annahme: „[T]here are basic structural features of capitalism which at the very least encourage, if not necessitate, the reproduction of territorial borders“ (Anderson k.A., 27). Im Laufe der vorliegenden Arbeit soll diese behauptete Rolle von Territorium für den Kapitalismus nachgezeichnet und – auf die verschiedenen Funktionen fokussiert – aufgeschlüsselt werden. Wenn dies gelingt, müssen auf Grundlage dessen die nach wie vor bestehenden Funktionen auch für die gegenwärtige Gesellschaft ersichtlich werden. Auch wenn sich in dieser Untersuchung kein Platz dafür findet, soll in weiterer Folge auf Grundlage dessen die Anschlussmöglichkeit bestehen, gegenwärtige Entwicklungen von Territorialität zu hinterfragen (s.u.: Kapitel 10.1. *Aktualität und Anschlussmöglichkeiten*).

4.1. Der Territorial-, (noch) nicht Nationalstaat

Territorien werden spätestens seit der Hochzeit des Nationalismus durch oder anhand von Nationalstaaten benannt. Diese beziehen sich und ihre Herrschaftslegitimation unter anderen auf einen begrenzten Weltraumausschnitt. Dieser wiederum ist temporär festgeschrieben, gegenüber ähnlich form(ul)ierten Strukturen abgegrenzt, und entnimmt dieser Beziehung und der auf diesem Wege erfolgten fast vollständigen Aufteilung der Erdoberfläche seine eigene ideologische Legitimation. Doch vor der Beschäftigung mit der Manifestation eines direkten Funktionszusammenhangs zwischen Territorien und Nationalstaatlichkeit gilt es zu klären, warum der Kapitalismus überhaupt Territorien produziert(e). Harvey liefert die Ausgangsthese:

„The rise of capitalism was accompanied, and in some respects preceded, by the creation of, and transformation of, state institutions and functions to meet the specific needs of capitalism.“ (Harvey 1976, 282)

Die geographische Abgrenzung politischer Souveränitäten wird davon ausgehend interpretiert als gesellschaftliche Institutionalisierung, die der Herausbildung des Kapitalismus zugrunde liegt. Indem er diese Entwicklung als zentrale Komponente im Prozess der Ablösung der feudalen Ordnung durch den Kapitalismus argumentiert, unterstreicht James Anderson Harveys Befund:

„[G]eographically divided sovereignties were a condition for the emergence of capitalism out of feudalism [...].“ (Anderson k.A., 26)

Und um auf eine letzte erwähnenswerte Referenz zurück zu greifen; auch bei Hirsch wird man diesbezüglich fündig:

„Die Entstehung zentralisierter, bürokratisierter und territorial klar abgegrenzter Herrschaftsapparate [...] war vielmehr selbst eine wesentliche Voraussetzung der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung [...].“ (Hirsch 1995, 14)

Auch daraus lässt sich herauslesen, dass die territoriale Abgrenzung ein wesentliches Moment des voranschreitenden Kapitalismus war. Ein Missverständnis, zu dem diese Aussage jedoch unter Umständen verleitet, ist eine mögliche Verwechslung der Ursache-Wirkungsrichtung, in deren Folge Kapitalismus als *Folge* der Territorialisierung interpretiert würde. Ein geschärfter Blick beugt dieser Auslegung allerdings vor. Denn viel eher lassen oben angeführte Feststellungen auf ein reziprokes Verhältnis schließen, welches einerseits die Herausbildung territorial definierter Herrschaft und andererseits die allmähliche Etablierung kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse, als kontinuierlichen, sich gegenseitig beeinflussenden Prozess beschreibt. Die Mechanismen des modernen Staates und jene des Kapitalismus bedingen sich also gegenseitig:

„[C]apitalism is inseparable from the modern state; they have become inseparable through simultaneous development, and they control together the structures of accumulation [...].“ (Amin, Samir: zitiert nach Anderson k.A., 15)

Letzten Endes sorgt auch Hirsch diesbezüglich für Klarheit und folgt diesem Argumentationsstrang wenn er feststellt:

„Allerdings lässt sich zeigen, daß erst die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse die Voraussetzungen dafür schuf, daß diese besonderen und historisch neuen politischen Formen – der zentralisierte und bürokratisierte Staat und die bürgerliche Demokratie – entstehen konnten.“ (Hirsch 1995, 13)

Grundsätzlich wird also angenommen, dass „das *Strukturprinzip* einzelstaatlicher politischer Organisation [...] eine Voraussetzung der globalen Kapitalakkumulation“ (Hirsch 1995, 34) ist, und dass sich dieses auf ein begrenztes Territorium bezieht. Um die Stellung von Territorium aus verschiedenen kapitalismustheoretischen Ansätzen extrahieren zu können, muss also hinterfragt werden, welche Bedingungen der Territoriums-Monopolist Staat den Produktionsverhältnissen des Kapitalismus zur Verfügung stellt. Daran anschließend wird auf die Frage eingegangen, welchen Baustein Territorium im Fundament des kapitalistischen Gesellschaftssystems darstellt. Die Einbeziehung theoretischer Überlegungen zum Nationalstaat erfolgt unter Berücksichtigung der *nachträglichen Produktion des Nationalen*.

4.2. Fokus Territorium

Territorium spielt also im Prozess der Produktion von Nation eine gewisse Rolle. Wie zentral diese ist, und wie genau das Festschreiben gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse in die Erdoberfläche – im Zusammenhang mit dem Prozess der *Hypostasierung* oder *Reifikation* (vgl. Weichhart 2007, 83) – funktioniert, sind keine Fragen, denen sich die vorliegende Arbeit im Speziellen widmet. Der schon jetzt erfolgte Hinweis darauf dient viel mehr der Begründung einerseits des ausgewählten Forschungsfokus sowie andererseits der Annahme, dass die Funktionen von Territorium sich unabhängig von seiner nationalen Verwendung etablierten und dementsprechend betrachtet werden müssen. Es war nicht der Nationalstaat, der Territorium hervorbrachte. Viel mehr verlangten bestimmte sozial-räumliche Strukturen zum Zwecke größerer Funktionalität (s.u.: Kapitel 8. *Funktionen von Territorium*) für die kapitalistische Organisation von Gesellschaft nach staatlicher, später nationalstaatlicher, Organisation. *Territorium* nimmt eine dementsprechende ontologische Stellung ein, zentrale Momente seiner institutionalisierten Funktionen sind im strukturellen Bereich anzusiedeln, während das Konzept *Nation* auf Ebene der ideologischen Stabilisierung Verwendung findet.

Wie bereits erwähnt wird die Funktionalität von Territorium nichts desto trotz im Lichte seiner Verwendung und Monopolisierung durch den Staat betrachtet. Welche Funktionen dem Staat im Rahmen der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft allgemein zugeschrieben werden, findet hier keine explizite Betrachtung³. Sehr wohl bilden die dazu angestellten Überlegungen jedoch die Grundlage der erfolgenden Untersuchung, finden sich in den gesellschaftstheoretischen Prämissen wieder. Das gesellschaftliche Ganze dieser Mechanismen bildet das Becken, aus dem die einzelnen Funktionen herausgefischt werden. Im später erfolgenden analytischen Hauptteil der Untersuchung werden diese mit der Konstitution von Territorium in Verbindung gebracht und damit endgültig in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Nun folgend soll eine erste Andeutung von Mechanismen einen ersten Überblick ermöglichen. Es handelt sich dabei gewissermaßen um Hypothesen, die in den zu analysierenden theoretischen Ansätzen eine zentrale Rolle spielen und demzufolge daraus entwickelt wurden.

4.2.1. Infrastruktur

Bei Altvater (vgl. 1974) sind es die *materiellen Bedingungen für die kapitalistische Produktion*, die der Staat zu einem nicht unwesentlichen Teil zur Verfügung stellt, bei Hirsch (vgl. 1995) *dem Produktionsprozess externe Bedingungen*. Diese können von den privaten ökonomischen Akteuren nicht in qualitativ und quantitativ selbigem Maße zur Verfügung gestellt werden. Um die kapitalistischen Produktions- und Verhältnisse zu (unter)stützen, um deren Weiterentwicklung zu forcieren, sorgt ein außerhalb der Ökonomie stehender politischer Akteur für die Bereitstellung der entsprechenden Bedingungen. Diese Aufgabe erfüllt der Staat in seinem jeweiligen Territorium, sprich innerhalb jener Grenzen, die sein Gewaltmonopol topographisch festschreiben. Auch bei Taylor (vgl. 2003) besteht eine wesentliche Funktion des Staates darin, die *kapitalistische Akkumulation abzusichern*, ihr eine Art geordneten Rahmen zu verleihen und die nötigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

³ Dazu vgl. weiterführend Altvater 1974, Flatow/Huisken 1973, Hirsch 1995, Taylor 2003.

4.2.2. Stabile innerstaatliche Marktverhältnisse; formale Gleichheit ökonomischer Akteure

Über die infrastrukturellen Voraussetzungen hinausgehend, gilt es außerdem, auf viel breiterer Basis eine *formale Chancengleichheit* für die scheinbar freien ökonomischen Akteure einer kapitalistischen Gesellschaft zu schaffen. Das beginnt bei der Etablierung und Institutionalisierung eines *Rechtssystems*, welches die politischen Verhältnisse regelt (vgl. Altvater 1974) und primär nur im Rahmen eines abgegrenzten, mit exklusivem Gewaltmonopol versehenen Territoriums Anwendung finden kann. Hinzu kommen die exklusiven Territorial- und Ressourcenansprüche des Staates, die der Schaffung und Existenz von *Eigentum* (vgl. Heinsohn/Steiger 2002) zugrunde liegen. Eigentum ist eine wesentliche Voraussetzung der Funktionsweise des Kapitalismus und wird durch den Staat garantiert (vgl. Flatow/Huisken 1973). Neben Flatow/Huisken weisen auch Hirsch (vgl. 1995) und Taylor (vgl. 2003) auf die unbedingte Notwendigkeit einer durch den Staat (teilweise) *garantierten und administrierten Marktkonstellation* hin.

4.2.3. Weltmarkt; Internationales System

Neben der mithilfe staatlicher Strukturen organisierten Forcierung der kapitalistischen Produktionsweise, ist die Konstellation des Weltmarktes, welcher mehrere ähnlich strukturierte Nationalökonomien miteinander verbindet, ein weiteres antreibendes Moment der Entwicklung des Kapitalismus. Er steht auf einer anderen Ebene als jener des Nationalstaates für formale Chancengleichheit, dient sozusagen als Bühne für *kooperatives sowie kompetitives Miteinander*. Altvater spricht diesbezüglich von der *Vertretung des nationalen Kapitals* (vgl. Altvater 1974) auf dem Weltmarkt durch den Staat. Damit ist zumindest in vorliegender Arbeit nicht ein zielgerichtetes Streben nach Gewinn durch den ökonomischen Akteur Staat gemeint, da Staat nicht als eigenständiger ökonomischer Akteur zur Diskussion steht.

4.2.4. Trennung von Politik und Ökonomie

Wie bereits in den vorangegangenen Absätzen teilweise angedeutet, bedarf der kapitalistische Produktionsprozess der Kritischen Theorie zufolge einer Trennung von Politik und Ökonomie. In den hier angeführten staats-theoretischen Überlegungen setzt sich vor allem Hirsch verstärkt damit auseinander. Territorium ermöglicht dem Staat durch exklusive Ressourcensicherung und sein territorial exklusives Gewaltmonopol, sich selbst zu finanzieren ohne als gleichberechtigter ökonomischer Akteur am kapitalistischen Austauschprozess teilzunehmen. Außerdem tritt er als übergeordneter Eigentümer von Ressourcen (Boden, Natur, etc.) auf und kann als außerhalb dieses Prozesses stehend das für kapitalistische Akkumulation grundlegende *Eigentum* garantieren.

Dieser Überblick soll einen Eindruck vermitteln, welche Überlegungen die betrachtete theoretische Diskussion dominieren. Er bietet keine lückenlose Darstellung und stimmt nicht eins zu eins mit der Liste extrahierter Funktionen (s.u.: Kapitel 8. *Funktionen von Territorium*) überein. Neben der Formulierung hypothetischer Annahmen stellt diese Sammlung einen ersten Komplex an Untersuchungsmaterial dar, von dem ausgehend tiefer gegraben werden muss. Die endgültige Auflistung von Funktionen, welche die Rolle von Territorium definieren, erfolgt erst nach einerseits der Untersuchung weitaus impliziter vorhandener Argumente und andererseits der Miteinbeziehung historischer Betrachtungen. In weiterer Folge erfolgt also eine weitaus differenziertere Darstellung, deren Basis die fokussierte Explikation aus dem Untersuchungsmaterial liefert. Um diesen Schritt auf ein tragfähiges Fundament zu stellen, bedarf es im nun folgenden Teil der bereits mehrfach angekündigten Definition zentraler gesellschaftstheoretischer Begriffe und Konzepte in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand.

5. Theoretische Grundbegriffe und Konzepte

5.1. Gesellschaft – Struktur – Handlung

Räumliche Komponenten, wie sie in vorliegender Arbeit von Interesse sind, sind in erster Linie Teil der gesellschaftlichen Struktur und prägen vor allem auch deren infrastrukturelle Charakteristika mit. Welche Rolle sie in weiterer Folge als Resultat gesellschaftlicher Entwicklungen auch auf anderen Ebenen einnehmen, soll im Laufe der vorliegenden Argumentation für das betrachtete Phänomen *Territorium* geklärt werden. Um allerdings systematische Aussagen über gesellschaftliche Phänomene tätigen zu können, müssen vorweg grundlegende gesellschaftstheoretische Prämissen formuliert werden.

Grundsätzlich gilt, dass strukturelle Elemente von Gesellschaft Zweierlei vorgeben; sie schränken ein und sie bieten Möglichkeiten. Innerhalb dieses jeweils spezifischen Rahmens, komplettiert durch ideologische Komponenten, bewegen sich individuelle sowie gesellschaftliche Handlungen. „[A]ctors always act in specific action contexts that depend on the coupling between specific institutional materialities and the interaction of other social actors.“ (Jessop 2007, 43)

Struktur entwickelt sich kontinuierlich weiter, und zwar als Folge – im weitesten Sinne – technologischer und gesellschaftlicher Neuerungen. Diese stellen im selben Atemzug neue Anforderungen an die Struktur und bieten ihr neue Möglichkeiten. Folglich sind auch die betrachteten räumlichen Komponenten sozialer Strukturen ständigen Transformationen unterworfen. Sie werden stetig verändert und an neue Bedingungen angepasst. „All structures privilege the adoption, as a condition for success, of certain spatial and temporal horizons of action by those seeking to control, resist, reproduce, or transform them.“ (Jessop 2007, 46) Räumliche Verhältnisse sind dementsprechend konstitutive Komponenten gesellschaftlicher Struktur(en) und somit Teil von deren Weiterentwicklung. Diese erfolgt über Forcierung der einen und Ausschluss der anderen gesellschaftlichen Praktiken und Strategien. Die in vorliegender Arbeit betrachteten Komponenten von Gesellschaft spielen insofern eine Rolle, als dass diese Prozesse in Beziehung stehen zu den in die Strukturen eingeschriebenen „spatial patterns“ (Jessop 2007, 46). Das bedeutet keineswegs einen Widerspruch zu der grundsätzlichen Annahme, dass räumliche Verhältnisse *Produkt gesellschaftlicher Handlungen* sind. Sie werden als Bedingung und als Resultat der Veränderung von Strukturen

produziert und konstituiert. Die gesellschaftliche Struktur und deren Konstituierung bezieht sich jedoch in weiterer Folge selbst auf diese. Räumliche Komponenten von Gesellschaft nehmen auf Handlungen Einfluss weil sich eher jene Handlungsmuster durchsetzen, die mit diesen räumlichen Komponenten *kompatibel* sind, und somit gemeinsam mit diesen *funktionaler für Gesellschaft* bzw. für deren historisch spezifische Organisationsform (zum Funktionsbegriff s.u.: Kapitel 5.2. *Funktion*).

Die Struktur von Gesellschaft entwickelt sich also im Zuge eines stetigen Prozesses kontinuierlich weiter. Dieses Verständnis muss in die Konzeptionalisierung sozialwissenschaftlicher Betrachtungen einfließen und bringt Wallerstein zu dem Schluss, dass gesellschaftliche Entwicklung in den Sozialwissenschaften gar nicht ohne evolutionäres Konzept gedacht werden kann (vgl. Wallerstein 1991, 67f.). Strukturelle Charakteristika von Gesellschaft entwickeln sich in Zusammenhang mit der Weiterentwicklung von Gesellschaft, derer Produktions- und in weiterer Folge Arbeits- und Verteilungsverhältnisse. Dieses Verständnis inkorporiert allerdings weder Pfadabhängigkeit noch eine einseitige, eindeutige Determinierung.

Im Kontext der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft bedeutet das für räumliche Komponenten, dass diese zwar gesellschaftlich produziert werden, in weiterer Folge als Komponente der strukturellen Konstitution von Gesellschaft für Handlungen jedoch nichts desto trotz ermöglichend oder einschränkend wirken. Einer der ersten, die sich konkret mit dieser doppelten Rolle von Räumlichkeit auseinandersetzten, war Edward Soja. Er kritisierte, auf welche Art und Weise in den 1960ern, 1970ern und 1980ern Raum in kapitalismuskritische Überlegungen inkludiert wurde:

„Time and space, like the commodity form, the competitive market, and the structure of social classes, are represented as a natural relation between things, explainable objectively in terms of the substantive physical properties and attributes of these things in themselves, rather than as a ‚continuous, homogeneous, cracked and fragmented space-time‘ rooted in the capitalist labour process, to recall Poulantzas’ incisive words.“ (Soja 1989, 124)

Er widersprach damit der oft naturalistischen oder deterministischen Interpretation räumlicher Komponenten von Gesellschaft und siedelte sie seinerseits im Rahmen gesellschaftlicher Produktionsprozesse folgendermaßen an:

„Social and spatial structures are dialectically intertwined in social life, not just mapped one onto the other as categorial projections. And from this vital connection comes the theoretical keystone for the materialist interpretation of spatiality, the realization that social life is materially constituted in its historical geography, that spatial structures and relations are the concrete manifestations of social structures and relations evolving over time, whatever the mode of production.“ (Soja 1989, 127)

Die prozessuale, allmähliche Entwicklung und damit historische Spezifität lässt folgerichtig Schlüsse bezüglich der zu betrachtenden Evidenzen zu (s.o.: Kapitel 2.

Untersuchungsmaterial). Texte, an denen man die entsprechenden Untersuchungsgegenstände ablesen kann, sind in vorliegendem Fall geographischer und historischer Natur.

„The constitution of society is spatial and temporal, social existence is made concrete in geography and history.“ (Soja 1989, 127)

Doch bezieht sich die Anschlussfähigkeit an Soja's Überlegungen nicht ausschließlich auf die Auswahl des Untersuchungsmaterials. Vor allem sein bereits angedeutetes kritisches Verhältnis gegenüber den materialistischen Interpretationen räumlicher gesellschaftlicher Verhältnisse durch Vertreter verschiedener marxistischer Theorietraditionen eröffnet interessante theoretische Denkoptionen. Soja verdeutlicht, dass es offensichtlich schwieriger zu sein scheint, räumliche Komponenten von Gesellschaft differenzierter zu betrachten, als sie entweder nur als Produkt gesellschaftlicher Handlungen oder nur als gesellschaftliche Handlungen determinierend zu verstehen. Als möglichen Auslöser dieser Problematik vermutet er die „continuing aversion to any hint of a geographical determination of social life“ (Soja 1989, 127). Seiner *socio-spatial dialectic* weiter folgend müssen also beide Seiten der Medaille mitgedacht werden, was keineswegs ein gesellschaftstheoretisches Dilemma darstellen muss.

„If spatiality is both outcome/embodiment and medium/presupposition of social relations and social structure, their material reference, then social life must be seen as both space-forming and space contingent, a producer and a product of spatiality. [...] As a social product, spatiality is simultaneously the medium and outcome, presupposition and embodiment, of social action and relationship.“ (Soja 1989, 129)

Nichts desto trotz bedeutet ein dementsprechend bewusst „doppeldeutiges“ Verständnis von Raum nicht automatisch, dass beide Ebenen als absolut gleichwertig eingeordnet werden. Raum ist in erster Linie Produkt gesellschaftlichen Handelns. Erst in weiterer Folge hat er bzw. haben seine verschiedenen Ausformungen und Ebenen eine Funktion in Weiterentwicklung, Produktionsweise und Organisation von Gesellschaft.

Wie bereits erwähnt, gilt grundsätzlich für das Verhältnis von Struktur und Handlung, dass Struktur sozusagen einen gewissen Handlungsspielraum vorgibt, negativ – also einschränkend, sowie positiv – also ermöglichend. Innerhalb dieser Handlungsspielräume beziehen sich Handlungen allerdings nicht nur auf die strukturellen Bedingungen, sondern auch auf andere Handlungen. *Soziale Beziehung* zeichnet sich schon bei Weber durch ein Mindestmaß an beiderseitigem Aufeinander-Beziehen aus (vgl. Weber 1921/22, 13). Das Handeln der einen Seite einer sozialen Beziehung bezieht sich also auf das Handeln der anderen Seite und umgekehrt. Jessop geht einen Schritt weiter und gesteht den auf diese Art und Weise handelnden Akteuren sogar zu, sich sowohl auf strukturelle Bedingungen als auch auf Handlungen anderer Akteure *strategisch* einzustellen. Er argumentiert, dass *strategische Selektivität* in die soziale Struktur eingeschrieben ist. Demzufolge ließe sich Handlung durch den Fokus auf die handelnden Akteure und deren strategische Berechnung struktureller Orientierung analysieren. Die Handelnden wären in der Lage, innerhalb bestimmter Grenzen ihre eigenen Interessen und Identitäten bewusst zu (re)formulieren. Und sie wären fähig, sich an der strategischen Berechnung ihrer Situation zu beteiligen.

„[They] reflect on their identities and interests, are able to learn from experience and, by acting in contexts that involve strategically selective constraints and opportunities, can and do transform social structures“ (Jessop 2007, 42).

Demnach wären also Reformulierungen der jeweiligen Strategien im Lichte sich verändernder Erfahrungen über den jeweiligen Kontext möglich.

Im Gegensatz dazu spielen in vorliegender Arbeit weder Intentionalität noch strategische Selektivität gesellschaftlicher Handlungen eine Rolle. Nichts desto trotz muss an dieser Stelle darauf verwiesen werden – und das ist auch der Grund, weswegen diese Überlegungen überhaupt Erwähnung finden –, dass selbst die Annahme der Möglichkeit bewusster strategischer Anpassung noch lange keine Aussage darüber zuließe, inwieweit sich Handlungsintentionen überhaupt umsetzen lassen würden. Da intendierte Handlungen weder zuverlässig aus Intentionen abgeleitet werden können, noch in unverfälschter Beziehung zur realen (Aus)Wirkung stehen, kann sich der/die SozialwissenschaftlerIn von einer Miteinbeziehung selbiger keine seriösen Aussagen über das Funktionieren gesellschaftlicher Phänomene erhoffen. Am ehesten wäre noch ein Vergleich von ursprünglicher Intention und anschließender Wirkung von Interesse. Aber auch dabei schleicht sich eine Fehlerquelle ein, nämlich die möglicherweise falsche Einschätzung des Kontextes – struktureller Bedingungen ebenso wie Handlungen anderer Akteure – durch den seine Strategie reformulierenden

Akteur. Aus diesen Überlegungen kann der Schluss gezogen werden, dass eine Betrachtung der handelnden Akteure keine zufriedenstellenden Aussagen über jene sozialen Mechanismen zulässt, die sich auf räumliche Konstellationen beziehen. Vielmehr ist es der strukturelle Kontext, unter dessen Einfluss und Eindruck die Akteure handeln, der in den Fokus genommen werden muss.

Man kann also ausschließlich den *outcome* von einer Vielzahl zueinander in Beziehung stehender individueller Handlungen betrachten, ihn in Beziehung zu seinem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext stellen und somit Aussagen über *gesellschaftliches Handeln* treffen. Gesellschaftliches Handeln ist Resultat der Vielzahl dieser ständigen Anpassungen – ob bewusst oder unbewusst fällt aufgrund der eben angeführten Argumente nicht (mehr) ins Gewicht – und der sich daraus ergebenden komplexen Beziehungen, in Zusammenspiel mit den sich stetig transformierenden strukturellen Bedingungen. Resultat bzw. Teil gesellschaftlichen Handelns ist gesellschaftliche Produktion, mit welcher wiederum gesellschaftliche Reproduktion einhergeht.

Direkt aus diesen gesellschaftstheoretischen Überlegungen abgeleitet werden kann die Einschätzung, dass sich Gesellschaft kontinuierlich entwickelt. Das wiederum zieht wissenschaftslogische Auswirkungen für die Betrachtung gesellschaftlicher Prozesse nach sich. Althusser/Balibar bringen das folgendermaßen zum Ausdruck:

„Jede gesellschaftliche Produktion ist eine Re-Produktion, d.h. eine Produktion gesellschaftlicher Verhältnisse [...]. Jede gesellschaftliche Produktion unterliegt strukturellen gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Erkenntnis des Übergangs von einer Produktionsweise zu einer anderen kann daher niemals als ein irrationaler Bruch zwischen zwei ‚Perioden‘ erscheinen“ (Althusser/Balibar 1972, 366).

Das bedeutet also, dass sich Entwicklungen immer aus Bestehendem ergeben. Auch „revolutionär neue“ Produktionsweisen entstehen weder über Nacht, noch aus dem Nichts. Sie können maximal im Nachhinein aufgrund ihrer weiteren Fortentwicklung irgendwann als grundlegend anders bezeichnet werden. Der Übergang ist einfach nur die *allmähliche Destrukturierung* einer historisch spezifischen Struktur. Diese mündet direkt in einer weiteren *Strukturierung*, welche die neue Produktionsweise bedingt. Damit unterstreichen Althusser/Balibar die von Marx argumentierte Reproduktion als Ausdruck der *Kontinuität der Produktion*, ohne jedoch die Möglichkeit von (strukturellen) Übergängen zu verneinen (vgl. Althusser/Balibar 1972, 366f.).

Diese Einschätzung ist auch für die temporäre Fixierung räumlicher Konstellationen von Bedeutung. Schon die Formulierung der forschungsleitenden Fragestellung impliziert die Annahme, dass gesellschaftliche Strukturen in einer historisch spezifischen „Momentaufnahme“ auf ihre Mechanismen und Abläufe hin untersucht werden können. Diese situative Fixiertheit ermöglicht zwar die hier vorgenommene Betrachtung, darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass sie wiederum nur Grundlage für stetig erfolgende Weiterentwicklung ist. Momentan beziehen sich andere strukturelle Komponenten sowie Handlungen auf die scheinbar fixen Strukturen. Im selben Atemzug erfolgen jedoch schon wieder Änderungen und Anpassungen.

Althusser/Balibar verweisen darauf, dass bei Marx „die kapitalistische Produktionsweise [...] Resultat einer spontanen Evolution der Struktur“ (Althusser/Balibar 1972, 369) ist. Für die Betrachtung von Gesellschaft ist eine derartige Entwicklung deswegen von so grundlegender Bedeutung, weil die Gesamtheit der Produktionsbeziehungen – jeweils passend zur gegebenen Entwicklungsphase der materiellen Produktionskräfte – die ökonomische Struktur von Gesellschaft konstituiert. Auf dieser bauen wiederum die Ebenen der Politik und des Rechts auf. Sowohl für Marx’ spezifische Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als auch für vorliegende Arbeit ist diese Argumentation vor allem betreffend die Möglichkeit einer *Unterscheidung von oder Beziehung zwischen* feudalistischer Gesellschaft und kapitalistischer Gesellschaft relevant. Bei Marx folgt die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft auf die ökonomische Struktur der feudalen Gesellschaft bzw. deren Auflösung. Dabei geht Erstere jedoch, so Althusser/Balibar, *nicht direkt* aus Letzterer hervor. Damit bringen sie lediglich zum Ausdruck, dass die Entstehung der ökonomischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft keine Folge einer *notwendigen* Evolution der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft ist, also nicht auf Basis pfadabhängiger struktureller Weiterentwicklung passiert. Vielmehr kombiniert die kapitalistische Struktur verschiedene vorhandene Elemente verschiedenen Ursprungs, die von ihrer spezifischen Produktionsweise – zum Zwecke größerer Effektivität – verlangt werden. Das bringt die Kontinuität der Produktionsweise und den allmählichen Übergang von einer Struktur gesellschaftlicher Verhältnisse zur nächsten zum Ausdruck (vgl. Althusser/Balibar 1972, 376f.). Exemplarisch für diese „Elemente verschiedenen Ursprungs“ können die Schaffung des freien Arbeiters als Folge der Transformation von Agrarstrukturen oder die Vermögensbildung als Folge der Etablierung des Kaufmanns- und Finanzkapitals genannt werden. Die separierte Darstellung dieser Beispiele soll keine voneinander unabhängige

Entwicklung implizieren, ist aber dennoch nicht nur aufgrund besserer Anschaulichkeit beabsichtigt. Sie eröffnet viel mehr die Möglichkeit, zu erkennen, dass einige Elemente bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse in den weiterentwickelten sozialen Beziehungen eine Funktion für *bestimmte* „neue“ gesellschaftliche Mechanismen übernehmen und dementsprechend auch weiterhin eine Rolle spielen, während andere verloren gehen. Das Zusammentreffen und die Verbindung mehrerer dieser Elemente resultiert in der Bildung und Etablierung neuer Strukturen, was allerdings erst in der nachträglichen Betrachtung sichtbar wird. Der Schluss, der sich daraus ziehen lässt, ist jener, dass die historisch spezifischen Bedingungen der dominierenden Produktionsweise verantwortlich sind für das Resultat eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Das bedeutet für das Untersuchungsinteresse, dass die Struktur der feudalistischen Gesellschaft im Endeffekt selbst für ihre Ablöse durch die kapitalistische Gesellschaft verantwortlich zeichnet. Die Möglichkeit bzw. die Notwendigkeit, *kapitalistische Gesellschaft* anhand definitiver Charakteristika zu konzeptionalisieren, zu definieren und/oder konkret historisch einzuordnen, soll allerdings erst im Kapitel *Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Einordnung in die sozialwissenschaftliche Debatte* (s.u.: Kapitel 7.) diskutiert werden. Dort wird außerdem die Frage gestellt, was Kapitalismus auszeichnet bzw. was die Sozialwissenschaft dazu bringt, ihn als neue Form gesellschaftlicher Ordnung zu bezeichnen.

Zuvor ist es jedoch notwendig, zu präzisieren, was im Zuge der vorhergehenden Absätze bereits angedeutet wurde. Worauf können Transformationen von Gesellschaft im Rahmen der gesellschaftstheoretischen Argumentation zurückgeführt werden? Eine diesbezüglich viel versprechende Herangehensweise könnte aus einem evolutionären Blickwinkel erfolgen, den zum Beispiel Peet anbietet:

„The most important change process in an evolutionary perspective is the enhancement of adaptive capacity [...].“ (Peet 1991, 24)

Ausgangspunkt dieser Formulierung ist die Annahme einer zu einem gewissen Maße existenten Gleichzeitigkeit verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungsstadien. Oder, wie er es formuliert, „at any stage there is a fan-like spektrum of societal types“ (Peet 1991, 24). Innerhalb dieser Bandbreite verschiedener Gesellschaftsformen kommt es aufgrund struktureller und infrastruktureller Anforderungen zu einem „developmental breakthrough, which endows a society with a new level of adaptive capacity, changing its competitive relations with other societies in the system“ (Peet 1991, 25). Eine Gesellschaftsform schafft es

demnach, sich gegenüber anderen durchzusetzen und sich dementsprechend zumindest temporär zu etablieren. Die anderen versuchen entweder, dieser Entwicklung entgegen zu wirken, oder sie passen sich in weiterer Folge an.

Derartige evolutionistische Herangehensweisen verweisen oftmals auf eine Diskussion von *necessary causes* oder *sufficient causes* gesellschaftlicher Transformationen (vgl. Mahoney/Kimball/Koivu 2009). In vorliegendem Fall wird allerdings aufgrund oben argumentierter Betrachtungsweise keine Wertung betreffend der *importance*, sozusagen eine Hierarchisierung der Relevanz von Bedingungen angestrebt. Sehr wohl ausgewiesen werden muss allerdings, was *Bedingungen* sind. Wenn diese Bedingungen das betrachtete Resultat gesellschaftlicher Entwicklungen nicht *notwendigerweise* nach sich ziehen, wie steht es dann um deren Beziehung? Die historisch spezifischen Bedingungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit des weiteren Bestehens des gesellschaftlichen Verhältnis X gegenüber dem gesellschaftlichen Verhältnis Y. Grund dafür ist die höhere Effektivität von X für die weitere Organisation von Gesellschaft – in diesem Fall den Kapitalismus⁴. X entwickelt sich im Zusammenspiel mit den restlichen Komponenten von Gesellschaft weiter und spielt auch weiterhin eine Rolle, während Y an Bedeutung verliert und in weiterer Folge aus Gesellschaft und deren Organisation verschwindet. Um dieses Argument zu konkretisieren, soll es kurz auf den Untersuchungsgegenstand umgelegt werden: für diesen bedeutet es, dass sich gesellschaftliche Handlungen der sich etablierenden kapitalistischen Gesellschaft vermehrt auf exklusives Territorium bezogen (X), während Bezugnahmen gesellschaftlicher Handlungen auf sich überlappende und/oder überhaupt nicht geographisch festgeschriebene Herrschaftsbereiche (Y) kontinuierlich weniger wurden. Exklusive Territorialität erfüllte zunehmend mehr Funktionen, war also zunehmend *funktionaler* und dementsprechend *effizienter* für die sich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse. In weiterer Folge entwickelte sie sich selbst weiter und wurde zum immer fixeren Bestandteil gesellschaftlicher Verhältnisse. Gleichzeitig verloren andere räumliche Verhältnisse an Relevanz und spielten alsbald keine Rolle mehr für die neue Gesellschaftsform.

⁴ Bei der Verwendung des Begriffs *Effizienz* – im Sinne der Funktionalität bestimmter Mechanismen für die Organisation von Gesellschaft – muss davon ausgegangen werden, dass sich die diesbezüglichen Bewertungskriterien aus dem jeweils spezifischen Kontext ergeben. Die historische Spezifität darf also nie aus den Augen gelassen werden. Dementsprechend erfolgen diese Entwicklungen nur in Folge der spezifischen ökonomischen, technologischen, demographischen, etc. Bedingungen. Effizienz bedeutet demnach Funktionalität für und in Zusammenhang mit diesen Bedingungen.

Dieses Verständnis von ursächlichen Bedingungen und dem Verhältnis zu ihrer Wirkung beugt der Gefahr von Pfadabhängigkeit oder absoluter Determinierung vor. Keine der möglichen Typen von *causes* (vgl. Mahoney/Kimball/Koivu 2009, 115) ist unbedingt für bestimmte *outcomes* notwendig oder zieht selbige unbedingt nach sich. Vielmehr werden diesbezüglich Anleihen an Hirsch genommen, der festhält:

„[A] society [...] must develop institutions [...] for collectively reproducing the conditions and infrastructures of production [...]“. (Hirsch zitiert nach Peet 1991, 62)

In weiterer Folge entwickeln sich aufgrund neuer ökonomischer, technologischer, demographischer und anderer Bedingungen sowohl die Institutionen als auch die gesellschaftlichen Strukturen als solche weiter, was wiederum neue gesellschaftliche und technologische Entwicklungen bedingt und so weiter.

5.2. Funktion

Nimmt man als SozialwissenschaftlerIn den Begriff *Funktion* in den Mund, verwendet ihn vielleicht sogar im Titel seiner Arbeit, muss man nicht lange auf den Vorwurf des *Funktionalismus* warten. Die vorliegende Argumentation will sich jedoch nicht im Vorhinein in eine selbstverteidigende Position begeben. Daher soll diese „Gefahr“ als Möglichkeit wahrgenommen werden, sich nicht nur von bestimmten funktionalistischen Überlegungen abzugrenzen, sondern vor allem auch klarzustellen, was Funktion für das Forschungsvorhaben bedeutet.

Der Titel deutet also auf die forschungsleitende Fragestellung betreffend die *Funktion von Territorium* für die kapitalistische Organisation von Gesellschaft hin. Eine mögliche Fährte, auf welche diese Formulierung kritische LeserInnen fälschlicherweise führen könnte, wäre das Luhmann'sche Verständnis von Funktion, welchem gleich vorweg widersprochen werden soll. Seine systemtheoretische Herangehensweise begibt sich dabei auf die Suche nach dem Sinn⁵ bestimmter systemischer Komponenten und bietet dementsprechend keinerlei Anknüpfungspunkte. Eine Annäherung ist hingegen denkbar über die *funktionalen Leistungen*

⁵ Dabei handelt es sich um die Einordnung bestimmter systemischer Komponenten in die individuelle, subjektive und bewusste Betrachtung der eigenen Umwelt zum Zwecke der Komplexitätsreduktion.

gesellschaftlicher Phänomene. Umgelegt auf den vorliegenden Fall würde das bedeuten, zu fragen, welche Rolle *Territorium* spielt, damit Kapitalismus als Organisationsprinzip so funktioniert wie es funktioniert. Bildlich gesprochen: welches Zahnrad stellt Territorium im komplexen Prozess Kapitalismus dar? In welche anderen Zahnräder greift es? Und vice versa, welche anderen Zahnräder greifen in es?

Grundsätzlich werden dabei keinerlei Anleihen an jenen normativen und konservativen Grundlagen genommen, welche dem klassischen Funktionalismus zu Recht viel Kritik einbrachten und immer noch einbringen.

„Der klassische Funktionalismus sieht als Bezugsgesichtspunkt von Funktionen in aller Regel den Bestand eines Systems vor und definiert Funktionen als Leistungen, die zum Bestand oder zum ‚Überleben‘ des Systems beitragen.“ (Lippuner 2005, 83)

Dies erfolgt meist im ausgewiesenen Ansinnen, diese Leistungen erhalten zu wollen. Auch in der vorliegenden Untersuchung wird nach Leistungen gesucht, die eine bestimmte Komponente von Gesellschaft bzw. ihre spezifische Organisationsform erbringt. Aber, im Wesentlichen unterscheiden drei Punkte diese Suche von der klassisch funktionalistischen Herangehensweise:

- 1.) Die betrachteten Leistungen tragen nicht nur zu deren Bestand oder Überleben bei, sondern vor allem (auch) zu deren Wandel, und entwickeln sich in direktem Zusammenhang damit auch selbst weiter.
- 2.) Gesellschaft bzw. deren Organisationsform (Kapitalismus; Anm.) besteht nicht aus und ist selbst kein im Sinne der Systemtheorie gegenüber anderen abgeschlossenes System (s.u.). Überhaupt ist die kapitalistische Gesellschaftsform ein horizontal wie vertikal gesamtgesellschaftliches Phänomen (s.u.: Kapitel 5.3.1. *Kapitalismus als gesamtgesellschaftliche Organisationsform*).
- 3.) Die Leistungen sind nicht in dem Sinne *unbedingt notwendig* und für Gesellschaft konstitutiv, als dass diese nicht auch ohne sie bestehen/sich entwickeln könnte. Die Leistungen haben sich gegenüber anderen Leistungen als für die Organisation von Gesellschaft bzw. ihre Struktur als effizienter erwiesen. Sie bringen also keine(!) klar einseitige Kausalbeziehung *A bewirkt B* zum Ausdruck. In diesem Punkt geht das vorliegende Verständnis mit Luhmann's Kritik an klassisch funktionalistischen Ansätzen (vgl. Lippuner 2005, 83) konform.

Es soll also keineswegs behauptet werden, dass Territorium *unbedingt notwendig* für Kapitalismus sei. Genauso wenig, dass Kapitalismus *notwendigerweise* Territorium produziere. Aber: in dieser vor uns liegenden historisch und geographisch spezifischen Form ist es offensichtlich das dominierende räumliche Ordnungsprinzip von Politik und von Gesellschaft. Und daher gilt es, zu hinterfragen, wie diese Organisation funktioniert. Es geht also *nicht* darum, zu behaupten, dass Funktionen *deswegen* bestehen weil sie zum Erhalt dieser Organisationsform beitragen und dementsprechend auch einzig und allein *dadurch erklärbar* sind.

Die genauere Beschäftigung mit einem der eben erwähnten Kritikpunkte am traditionellen Funktionalismus verspricht eine weitere notwendige Präzisierung der eigenen Herangehensweise. Ausgangspunkt ist in diesem Fall Brodocz' genereller Vorwurf an funktionalistische Gesellschaftstheorien, „Gesellschaft als ausdifferenziert in verschiedene funktionale Teilsysteme“ (Brodocz 2007, 156) zu interpretieren. Dieses Verständnis von funktionalen Teilsystemen als relativ separat und abgegrenzt von anderen Teilsystemen „agierend“/funktionierend bringt nicht unwesentliche Probleme mit sich. So werden laut radikalem Funktionalismus, zum Beispiel eines Armin Nassehi (vgl. Brodocz 2007, 157), kollektiv bindende Entscheidungen des politischen Systems bewusst auf deren Adressaten abgestimmt getroffen. In weiterer Folge werden diese Entscheidungen weder in Hinblick auf die nicht intendierten Folgen betrachtet (s.o.: Kapitel 5.1. *Gesellschaft – Struktur – Handlung*), noch werden die Auswirkungen auf andere Teile der Gesellschaft miteinbezogen, welche nicht als Adressaten auserkoren wurden. Dies kann in Bezug auf so komplexe Phänomene wie Territorium, welche eine Rolle in verschiedenen Teilen und auf mehreren Ebenen von Gesellschaft einnehmen, nie zum Ziel eines umfassenderen Verständnisses führen. Auch die Prämisse, ein Teilsystem könne und dürfe nur *eine* bestimmte Funktion erfüllen, würde einem seriösen Erklärungsversuch entgegenstehen. Territorium ist, wie im Laufe der Arbeit gezeigt wird, nicht exklusive Komponente *eines* Teilsystems. Territorium nimmt für politische Prozesse ebenso eine Rolle ein wie für ökonomische und andere und ist damit an sich schon Gegenargument zur operativen Geschlossenheit funktionaler Teilsysteme von Gesellschaft. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das Untersuchungsobjekt in einen möglichst umfassenden sozialen Kontext einzubetten und die vielschichtigen Interdependenzen gesellschaftlicher Teilbereiche in den Blick zu nehmen.

An dieser Stelle muss noch einmal quer verwiesen werden auf den vorhergehenden Teilabschnitt, der sich mit dem Verhältnis von Struktur und Handlung beschäftigt. So führt der anti-funktionalistische Versuch Anthony Giddens, dem strikten Separieren von gesellschaftlichen Teilsystemen in seiner *Strukturierungstheorie* etwas entgegen zu setzen (vgl. Giddens 1997), zu der exemplarischen aber deswegen nicht weniger gewichtigen Argumentation, dass eine zentrale Komponente von Gesellschaft, nämlich *Macht*, eben nicht dem politischen Teilsystem als exklusive Ressource zugerechnet werden kann. Macht ist jedem Handeln inhärent (vgl. Brodocz 2007, 157), kommt allerdings nur gebündelt, also in Form gesellschaftlichen Handelns, zum Ausdruck und ist für die stetige Reproduktion, aber auch, im Gegensatz zu einer funktionalistischen Interpretation, für Produktion und somit Weiterentwicklung sozialer Strukturen verantwortlich.

Auf den ersten Blick ist auch in Giddens' Strukturierungstheorie eine gewisse Intentionalität gesellschaftlichen Handelns integriert. Giddens löst Intentionalität in einem nächsten Schritt jedoch in gesellschaftlichem Handeln auf und kommt letztendlich zumindest zu dem Schluss, dass ein Ableiten bestimmter gesellschaftlicher Beziehungen und Mechanismen aus der Betrachtung einzelner Handlungen reduktionistisch wäre. Um es mit Brodocz zu halten, der Giddens' Argument folgendermaßen darstellt: „Einer Rückführung von Gesellschaft auf die Kalküle einzelner Handlungen steht [...] entgegen, dass sich Handeln nicht als Abfolge einzelner, voneinander getrennter Handlungen vollzieht.“ (Brodocz 2007, 166f.) Man würde also zwangsweise in die Falle tappen, nicht-intendierte Folgen von Handlungen außer Acht zu lassen.

Derselben Idee entspringt der nächste Schritt auf dem Weg zu einem mit dem Forschungsinteresse einhergehenden Funktionsbegriff, die Distanzierung vom funktionalistischen Paradigma eines August Comte. Die Abgrenzung bezieht sich vor allem auf die Annahme, dass die Organisation von Gesellschaft zwar auf das Funktionieren ihrer Bestandteile zurückzuführen ist, diese jedoch *rational* – im Sinne von bewusst auf die stetige Reproduktion stabiler sozialer Strukturen abzielend – zu dieser Organisation beitragen. Die Konzentration auf bewusstes, intendiertes Konservieren stabiler Strukturen blendet aus, dass sich bestimmte Mechanismen als Folge neuer struktureller und infrastruktureller Bedingungen (Ressourcenfrage, technologische Weiterentwicklungen, etc.) transformieren. Dadurch wird verdeckt, dass die Unfähigkeit oder Unmöglichkeit gewisser Komponenten von Gesellschaft, ihren Funktionen im Einklang mit der Funktionserfüllung anderer Teile immer noch nachzukommen, nicht zu Instabilität und somit Rückschritt führt, sondern dass sich

Gesellschaft aufgrund stetig erfolgreicher gegenseitiger Anpassung sowie Durchsetzung und Etablierung jener Mechanismen, die für die kapitalistische Organisation von Gesellschaft effizienter sind, weiterentwickelt.

Es gibt im Kapitalismus gewisse Spielregeln, die „nur aus einem Grund akzeptiert werden: Nicht weil sie gottgegeben oder vernünftig begründbar wären, sondern ausschließlich, weil sie sich durchgesetzt haben.“ (Dörre 2009, 25). Die oberste Instanz, die also über dem Markt, einem funktionierenden Wettbewerb und der (relativen) Gleichheit oder Vertragsfreiheit der einzelnen Akteure steht, ist die Effizienz. Sie entscheidet, in welcher Form sich was gegenüber anderen (Formen) durchsetzt. Effizienz darf dabei nicht verstanden werden als eine Art höhere Instanz, die darüber Gericht sitzt, welche gesellschaftlichen Mechanismen überleben oder verschwinden. Gemeint ist viel mehr die momentane Relevanz, die diese Mechanismen in und für ihren spezifischen gesellschaftlichen Kontext haben. Und das betrifft natürlich auch die Organisationsform(en) von Gesellschaft. Staat und Regierung – in vorliegendem Fall Territorialstaat und eine Regierung, die durch ein Gewaltmonopol wirkt, welches sich auf ein Territorium bezieht – werden zunächst zwar als Wächter über diese Spielregeln eingeführt, über ihre Form entscheiden aber in letzter Instanz erneut Effizienz und Marktkompatibilität. Effizienz bezieht sich dabei nicht nur auf die Ökonomie (s.u.: Kapitel 5.3.1. *Kapitalismus als gesamtgesellschaftliche Organisationsform*), sondern auf gesamtgesellschaftliche Verhältnisse und „gründet demnach auf hochkomplexen Beziehungssystemen zwischen Marktteilnehmern und regulierenden Institutionen“ (Dörre 2009, 27). Die Kunst des gesamtgesellschaftlichen Organisationsprinzips *Kapitalismus* liegt zu einem großen Teil darin, in diese komplexen Beziehungssysteme gewisse Stabilisierungsfaktoren zu integrieren (vgl. Dörre 2009, 28). Doch zielen diese nicht auf Überleben, sondern auf Weiterentwicklung des Kapitalismus ab. Zu diesen Faktoren gehören gewisse Spielregeln, sowie Kooperation(en) und marktvermittelte Konkurrenz. Institutionalisierungen wie Territorium haben als Teil dieser Rahmenbedingungen eine gewisse Funktion, tragen dazu bei, dass sie so funktionieren wie sie funktionieren.

Eine enge Verbindung jener Elemente, die bereits am Beginn der Abhandlung zum Funktionsbegriff im Mittelpunkt der Kritik standen – nämlich Normativismus und Konservativismus –, verkörpert Parsons' *Strukturfunktionalismus*. Die Übereinstimmung mit seiner Betrachtungsweise von Gesellschaft geht dementsprechend spätestens bis zu folgendem Punkt: „[F]or Parsons [...], the study of societies is guided by an evolutionary perspective“ (Peet 1991, 22). Denn daran anschließend läuft sein Evolutionismus darauf hinaus, dass

Gesellschaft von einem normativen System von Regeln, Rechten, Normen und Verpflichtungen konstituiert wird. Eine Gesellschaft müsse auf dieser ihrer kulturellen Ausrichtung beharren, sie verteidigen und durchsetzen, um zu überleben und sich zu entwickeln. Ein derartiger Funktionalismus geht davon aus, dass politische Strukturen kollektives Handeln zielgerichtet zum Zwecke der Erfüllung kollektiv signifikanter Notwendigkeiten organisieren (vgl. Peet 1991, 24). Die Betonung liegt diesbezüglich auf der Bewahrung gesellschaftlicher Stabilität und der Prävention destruktiver Entwicklung(en). Damit wird sehr gut zum Ausdruck gebracht, auf was StrukturfunktionalistInnen mit ihren „Analysen“ von Gesellschaft abzielen; auf das Erhalten und Rechtfertigen systemischer Mechanismen. Will man allerdings *erklären*, muss man eine fundamental andere Herangehensweise wählen.

Ein weiterer grundlegender Anspruch, der erfüllt werden soll, ist es, Transformationen aufzuzeigen und zu verstehen. Im Gegensatz dazu sind funktionalistische Theorien wie jene von Parsons „devoted to the maintenance of the existing social order“ (Peet 1991, 36). Veränderungen sind demzufolge zyklisch oder rhythmisch, keinesfalls aber nachhaltig transformativ (vgl. Peet 1991, 36f.). Die Funktionen jener Komponenten, die im Mittelpunkt vorliegender Untersuchung stehen, zeichnen jedoch für die Weiterentwicklung von Gesellschaft (mit) verantwortlich. Diesbezüglich lässt sich beispielsweise bei Giddens anknüpfen, für den Funktionen eine Rolle in der *kontinuierlichen* Weiterentwicklung von Gesellschaft spielen. Für ihn benennt das Konzept *Funktion* üblicherweise nicht nur den Effekt, sondern auch das Resultat eines *events* (vgl. Peet 1991, 37). Prozesse werden damit zu Mechanismen, die Bedürfnisse des Systems erfüllen, wobei Veränderungen in einem Element Veränderungen in einem anderen Element zur Folge haben. Diese ziehen wiederum Anpassungen des Ersteren nach sich. Gesellschaftliche Verhältnisse setzen sich gegenüber anderen durch und etablieren sich daran anschließend vorläufig. Im Zuge dessen sind sie in Prozessen von Kooperation und Konkurrenz grundsätzlich immer(!) auf Weiterentwicklung und Expansion ausgerichtet.

5.3. Kapitalismus

Die Analyse von Territorialität als besondere Form der sozial-räumlichen Organisation von Politik verlangt nach einer Beschäftigung mit den historisch und geographisch spezifischen Rahmenbedingungen ihrer Entstehung, welche sich unter dem Begriff *Kapitalismus* subsumieren lassen. Um mit diesem Begriff operieren zu können, werden bestehende Überlegungen aus der Politischen Theorie herangezogen. Anhand derer gilt es zu klären, was Kapitalismus von anderen Gesellschaftsformen unterscheidet und welche zentralen Eckpunkte (Produktions-, Reproduktions-, Arbeits- und Verteilungsverhältnisse) dafür von Bedeutung sind. Im Zuge dessen wird der Rahmen jener gesellschaftlichen Verhältnisse abgesteckt, aus welchen in weiterer Folge die Funktionen von Territorium herausgelesen werden.

Im Sinne des bereits geklärten prozessualen Verständnisses von sozialer Entwicklung wird folgerichtig auch Kapitalismus als kontinuierlicher Prozess betrachtet. Dementsprechend ist es nicht möglich, Kapitalismus historisch klar an- oder einzuordnen. Selbst ein Festlegen auf Charakteristika, die Kapitalismus sehr konkret definieren, ermöglicht eine Einordnung nicht. Die Entwicklung und Etablierung des Kapitalismus erfolgte nicht überall gleich und gleich schnell. Auch der vorliegende Untersuchungsgegenstand wird sowohl in einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess eingebettet als auch selbst als solcher verstanden. Dementsprechend stünde eine strenge zeitliche Präzisierung der Forschungsintention entgegen. Die Funktionen, die Territorium in seinem spezifischen Kontext erfüllt(e), werden in Beziehung gesetzt zu sich entwickelnden, verstärkenden und allmählich durchsetzenden gesellschaftlichen Tendenzen, die den Weg in Richtung Etablierung des Kapitalismus ebneten.

Die Erläuterung dieser Herangehensweise leitet nahtlos über zum nächsten wichtigen Kriterium für den hier verwendeten Kapitalismus-Begriff. Kapitalismus wird in zweierlei Hinsicht als *gesamtgesellschaftliches* Organisationsprinzip verstanden. Erstens soll nicht der Eindruck entstehen, dass es sich beim Kapitalismus ausschließlich um die Organisation der Ökonomie einer Gesellschaft handelt – auch wenn die hinreichend diskutierten ökonomischen Fundamente des Kapitalismus eine zentrale Rolle spielen. Und zweitens zeichnen die globale Ausbreitung sowie das Eindringen in alle Bereiche privaten und öffentlichen Lebens den

Kapitalismus als neue Gesellschaftsform aus⁶. Kapitalismus war nicht einfach eine neue Form gesellschaftlicher Organisation, die eine vorhergehende Form auf denselben Ebenen und in einem ähnlichen Umfang ablöste. Die absolute Dominanz in allen Bereichen von Gesellschaft war neu. Und ein zentrales Moment der kontinuierlichen Expansion war die räumliche Dimension.

„The elements and relations of capitalism derive from predecessors in the pre-capitalist world. Capitalism first developed in a limited space and encountered pre-capitalist societies in its global expansion.“ (Peet 1991, 79)

Anschließend an diese horizontale Ausdehnung entwickelte sich erstmalig eine Art Monopolstellung, deren Vorherrschaft auf der vertikalen Ebene alle Teile der Gesellschaft erfasste. *Gesellschaft* löste das Nebeneinander vieler *Gesellschaften* ab. Sowohl die qualitative als auch die quantitative Ausdehnung sind zentrale Charakteristika des Kapitalismus und unterscheiden ihn letztendlich auch von allen vorhergehenden gesellschaftlichen Organisationsprinzipien (s.u.: Kapitel 5.3.1. *Kapitalismus als gesamtgesellschaftliche Organisationsform*).

Nichts desto trotz kann keine zeitlich trennscharfe Linie zwischen vorkapitalistischer und kapitalistischer Gesellschaft gezogen werden. Erst aus dem nachträglichen Blickwinkel historischer und sozialwissenschaftlicher Analysen wurde definiert, welche Charakteristika der Organisation von Gesellschaft letztendlich als „typisch kapitalistisch“ gelten und wann sich der Kapitalismus allmählich als dominierende Form durchsetzen konnte. Die Entwicklung erfolgte aus bereits Bestehendem (vgl. Sassen 2006), trat nicht überraschend über Nacht ein. Unabhängig davon, welche konkreten Entwicklungen man als zentralen Antrieb der erfolgten Transformationen interpretiert, in jedem Fall entsprangen diese den vorhergehenden, also den feudalistischen Verhältnissen. Wallerstein beispielsweise leitet die Entstehung des Kapitalismus aus der Unfähigkeit des Feudalismus ab, mithilfe der bestehenden Produktionsweise ausreichend Mehrwert zu gewinnen:

⁶ Die Tatsache, dass erst die kapitalistische Arbeitsteilung für die Trennung von *öffentlich* und *privat* verantwortlich zeichnet, wird dabei nicht ignoriert. Die diesbezüglich relevanten Momente werden im Kapitel 8. *Funktionen von Territorium* behandelt.

„In the late Middle Ages, as the result of the so-called crisis of feudalism which threatened the ability of Europe's upper strata to extract significant amounts of surplus from the direct producers by the methods central to the feudal system, emphasis began to be placed on an alternative mode of surplus-extraction, that occurring via market mechanisms. We call this system capitalism. It required new forms of production processes, new modes of labor control, and new institutional frameworks.“ (Wallerstein 1991, 162)

Aglietta legt einen etwas anderen Schwerpunkt in seiner Formulierung. Bei ihm folgt die Fähigkeit, den für die gesellschaftliche Weiterentwicklung zentralen Mehrwert zu erlangen, direkt aus der Transformation des bestehenden landwirtschaftlichen Sektors:

„All forms of precapitalist production have agriculture as their productive base. The fundamental economic condition for industrial capitalism to develop is the formation of a growing agricultural surplus product and its realization in commodity form.“ (Aglietta 1976, 73)

Andere Betrachtungen wiederum konzentrieren sich weniger auf die veränderte Produktionsweise, sondern verstärkt auf die Transformation sozialer (Klassen)Verhältnisse. Das breite Spektrum an Erklärungsmöglichkeiten zeigt sich oft in einem Autor vereint. So kann auch hier wieder auf Wallerstein verwiesen werden, der argumentiert, dass sich aus dem europäischen mittelalterlichen Feudalsystem eine neue Gesellschaftsschicht, nämlich jene der städtischen Bourgeoisie entwickelte, deren Etablierung in einer vom Markt dominierten kapitalistischen Ökonomie resultierte (vgl. Wallerstein 1991, 72).

Die verschiedenen Ansätze stehen einander in keiner Weise entgegen, ergeben gemeinsam sogar ein viel vollständigeres Bild. Aufgrund der umfassenden Komplexität gesellschaftlicher Entwicklung bieten sich viele verschiedene Komponenten an, auf die der Fokus gerichtet werden kann. Die Ausgangsposition, die allen Herangehensweisen gemeinsam ist, ist die Ableitung der Grundpfeiler dieser neuen Gesellschaftsform aus Vorangegangenem. Aus dieser Erkenntnis wird die Entscheidung abgeleitet, sich im Zuge der Untersuchung auf *Tendenzen* zu konzentrieren. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen demzufolge allmähliche Entwicklungen, die keinem geradlinigen, immer und überall gleich verlaufenden und zielgerichteten Pfad folgen. Noch viel weniger jedoch sind sie Revolutionen oder Brüche, die Bestehendes von einem Tag auf den anderen verwerfen oder gar als Resultat bewusster Entscheidungsfindungen gesellschaftliche Verhältnisse plötzlich dominieren.

Ein weiterer Mitgrund für die Konzentration auf Tendenzen, im Einklang mit dem Verzicht auf eine exakte zeitliche Einordnung, ist das zeitliche Nebeneinander verschiedener Entwicklungsstufen der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft. Diese historische

Tatsache widerspricht keineswegs dem Argument der umfassenden Dominanz des Kapitalismus betreffend die gesamte Gesellschaft und das gesamte Internationale System. Aufgrund der untrennbaren globalen Interdependenzen in einem stetigen Prozess von Kooperation und Konkurrenz halten sich die graduellen Unterschiede im langfristigen Vergleich allerdings im Großen und Ganzen in Grenzen.

Dieser Logik folgend argumentiert beispielsweise Wallerstein, dass keine finale Durchsetzung kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse auf der ganzen Welt festgemacht werden kann (vgl. Wallerstein 1998). Im historischen Rückblick erkennt er immer ein gewissermaßen paralleles Existieren verschiedener Produktionsweisen, je nach Entwicklungsstand verschiedener geographischer Gebiete relativ zu anderen Gebieten. Doch entsteht im Kapitalismus eine innere Dynamik, welche die gesellschaftliche Entwicklung im Allgemeinen vorantreibt und damit letzten Endes für deren Durchsetzung und Etablierung verantwortlich zeichnet.

Und auch wenn im Zuge der Untersuchung diesen Unterschieden keine gesteigerte Aufmerksamkeit zukommt, besitzen sie eine nicht zu vernachlässigende Relevanz. Sie legen dem Wissenschaftler/der Wissenschaftlerin nahe, die Betrachtung bestimmter gesellschaftlicher Phänomene immer auch in ihren jeweils spezifischen räumlichen und zeitlichen Kontext zu stellen.

„[C]apitalist accumulation processes are instituted and organized through particular social and political structures and [...] these social and political structures have not been uniform or constant throughout the entire period of capitalist history.“ (Roseberry 2002, 69)

Aussagen über grundlegende Tendenzen des Kapitalismus können dann getroffen werden, wenn sich diese im Laufe der Zeit im gesamten Internationalen System durchsetzen. Bei einer wissenschaftlichen Betrachtung müssen sie jedoch durch Evidenzen belegbar sein, die im Rahmen eines *jeweils spezifischen Kontextes* genau untersucht werden oder worden sind. Wenn sich diese Tendenzen zusätzlich zu ihrer umfassenden Dominanz letztendlich auch noch von anderen Modi sozialer Organisation unterscheiden lassen, kann man von regulären, zu einem gewissen Maße konstanten Eigenschaften einer bestimmten Phase sprechen (vgl. Roseberry 2002, 65).

Dieses Argument kann über Umwege ebenso aus Poulantzas abgeleitet werden. Dieser verwirft eine chronologische Einteilung aufeinander folgender historischer Etappen, die seiner Meinung nach ein reales „Nebeneinander unterschiedlicher und spezifischer *Formen* der ‚reinen‘ kapitalistischen Produktionsweise“ (Poulantzas 1968, 153) verunmöglichen würde. Eine Chronologie strikt voneinander abgetrennter Entwicklungsstufen im globalen Kontext ist

demzufolge nicht argumentierbar, was darauf zurückzuführen ist, dass sich der Kapitalismus erst allmählich über den gesamten Erdball auszubreiten vermochte. Hinzu kommt, dass er graduelle Unterschiede nicht einfach nur aufweist, er entwickelt sich überhaupt erst aufgrund dieser und der daraus erwachsenden Dynamiken stetig weiter.

Schon ein oberflächlicher Blick auf historische Entwicklungen zeigt, dass sich gesellschaftliche Institutionen, die somit auch Teil der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft sind (z.B. Staat; s.u.: Kapitel 5.4. *Staat*), nicht überall im gleichen Tempo entwickel(te)n. Argumentierbar sind eine prozessuale Entwicklung einer sich allmählich durchsetzenden und mit der Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise bald dominierenden Form der Organisation von Gesellschaft. Auf eine Unterscheidung der verschiedenen Formen der *reinen Kapitalistischen Produktionsweise* (einfache Warenproduktion → privatkapitalistische Produktion → gesellschaftliche kapitalistische Produktion → Monopolkapitalismus → staatsmonopolistische Kapitalismus; vgl. Poulantzas 1968, 153) zu verzichten, ist deswegen möglich, weil diesen Formen allesamt dieselben Grundstrukturen und dieselben tendenziellen Verbindungen und Verhältnisse zugrunde liegen⁷. Eine der vielen Komponenten dieser Strukturen sind die durch staatliche Grenzen festgeschriebenen Territorien. Demzufolge ist es von sozialwissenschaftlichem Interesse, deren Funktion(en) im Kontext der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaftsform zu untersuchen. Der hypothetische Fall, dass sich Territorialität an einer Stelle schon früher in die eine oder andere Richtung entwickelt hat als an anderer Stelle, widerspricht keineswegs der Einschätzung von Territorien als grundsätzlicher *Tendenz*. Von zentraler Bedeutung ist einzig und allein die allmähliche Entwicklung hin zu einem dominanten Merkmal der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft.

5.3.1. Kapitalismus als gesamtgesellschaftliche Organisationsform

Wie in den grundlegenden theoretischen Ausführungen zum vorliegenden Kapitalismus-Verständnis bereits angedeutet, ist ein zentrales Charakteristikum dieses Organisationsprinzips die praktisch allumfassende Einbindung aller Teile von Gesellschaft. Damit gemeint ist einerseits die horizontale Ausbreitung über den gesamten Erdball,

⁷ Eine genauere Diskussion dieser Tendenzen und Verhältnisse erfolgt in den historischen Erläuterungen zum Kapitalismus; s.u.: Kapitel 6. *Kontextualisierung kapitalistischer Entwicklung*.

andererseits die vertikale Erfassung aller innergesellschaftlichen Ebenen, wie jener der Politik, der Ökonomie, des privaten Lebens, etc. Diese Absolutheit, diese Singularität unterscheidet den Kapitalismus von früheren Gesellschaftsformen und ist auf sein grundsätzliches Expansions-Bedürfnis zurückzuführen. Bezug nehmend auf die ökonomischen Fundamente des Kapitalismus argumentiert Wallerstein in seinen Ausführungen zu der Herausbildung des modernen Weltsystems, dass zwischen 1450 und 1750 „eine kapitalistische Weltwirtschaft etabliert und historische Alternativen zunehmend eliminiert wurden“ (Wallerstein 1998, 29). Als Folge der kontinuierlichen Ausdehnung mussten andere Alternativen allmählich weichen oder sich zumindest soweit modifizieren, dass sie ebenfalls im kapitalistischen Weltsystem integriert wurden. Das Nebeneinander sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Organisationsformen fand allmählich ein Ende. „The past is characterized by mini-systems, small entities with a complete division of labour and a single cultural framework“ (Peet 1991, 49). Im Gegensatz dazu funktioniert der Kapitalismus auf Grundlage einer weltweiten Arbeitsteilung und eines sich kontinuierlich weiterentwickelnden Prozesses von Konkurrenz und Kooperation, welchem sich fast ausnahmslos weder individuelle noch gesellschaftliche Akteure entziehen können. Für Wallerstein geht dieser Prozess zugunsten der Bildung einer einzigen *Gesellschaft* auf Kosten der ehemals vorhandenen, vielschichtigen, sich oft überschneidenden *Gemeinschaften* (vgl. Wallerstein 1991, 75ff.).

Zwei zentrale Charakteristika machen diese Gesellschaft also zu der singulären Organisationsform, als die sich Kapitalismus uns darstellt. Diese verlangen geradezu nach umfassender Dominanz, während sie diese gleichzeitig erst ermöglichen. Die Reziprozität dieses Verhältnisses kommt zum Ausdruck in der Kontinuität seiner Entwicklung. Dementsprechend etabliert sich diese Konstellation erst allmählich. Das eine Charakteristikum ist die bereits angedeutete Verbindung verschiedener Ebenen innerhalb eines Gesellschaftssystems. Die *systemische* Trennung von Politik und Ökonomie – gleichbedeutend mit der Trennung von politischen Akteuren und ökonomischen Akteuren – löst sich auf, und mit dieser Auflösung halten kapitalistische Mechanismen in allen sozialen Bereichen Einzug. Um einem scheinbaren Widerspruch zu der später erfolgenden Argumentation der Trennung von Politik und Ökonomie (s.u.: Kapitel 8.7. *Trennung von Politik und Ökonomie*) vorzubeugen, sei darauf verwiesen, dass diese Trennung wiederum innergesellschaftlich, also kapitalismusintern zu verstehen ist. Doch um eine Trennung dieser Bereiche auf *funktionaler* Ebene institutionalisieren zu können, müssen sie zuerst Teile einer

gemeinsamen Gesellschaftsform werden. Ein für diese Entwicklung zentraler Schritt war das Ende der Vorherrschaft der Politik. Peet verweist diesbezüglich auf J.G. Taylor, dessen Betrachtung eine Verlagerung weg von der Dominanz der politischen Instanz im Feudalismus hin zu jener der ökonomischen Instanz im Kapitalismus argumentiert (vgl. Peet 1991, 66). Die Ebene der Wirtschaft, „die als eigener Bereich, als anerkannte Kraft in der Vergangenheit der Menschheit und im Besonderen in der Vergangenheit Europas nicht existierte, [... strebte danach], alles zu beherrschen.“ (Le Goff 1996, 56). Erst das daraus erwachsende Zusammenspiel von Ökonomie und Politik ermöglichte eine gesellschaftliche Weiterentwicklung auf Grundlage einer Produktionsweise, die zuvor weder denkbar noch möglich war.

„[C]apitalist relations of production [...] derive historically from the formation of the wage-earning class by the gradual dissolution or destruction of previous modes of production. [...] This movement [...] can never be the product of an exclusively economic logic. It requires political relations adequate to the domination of the industrial bourgeoisie, and decisively involves the role of the state.“ (Aglietta 1976, 72f.)

Auf diesem Wege konnte die kapitalistische Produktionsweise der gesamten Gesellschaft ihren Stempel aufdrücken. Diese Dominanz ist es, die Poulantzas dazu bringt, die Determiniertheit in letzter Instanz durch das Ökonomische zu argumentieren:

„So nimmt [...] in einer Gesellschaftsform, in der die kapitalistische Gesellschaftsformation dominiert, das Ökonomische im Allgemeinen die beherrschende Rolle ein.“ (Poulantzas 1968, 13f.)

Jedoch funktioniert das nur im Zusammenspiel mit dem Politischen und benötigt daher die grundsätzliche Zusammenfassung dieser Ebenen in ein und demselben Gesellschaftssystem.

Das zweite zentrale Charakteristikum der gesamtgesellschaftlichen Organisationsform Kapitalismus ist die globale Arbeitsteilung. Adam Smith stellt die erhöhte Produktivität einer Gesellschaft in direkten Zusammenhang mit einem steigenden Maß an gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Spezialisierung. Im kapitalistischen Kontext erfolgt diese weltweit, basierend auf der globalen Ausdehnung des Kapitalismus. Der dafür erfolgte Startschuss geht zeitlich mit den imperialistischen Bestrebungen europäischer Mächte einher. Die sich neu entwickelnde Produktionsweise wurde exportiert. Vice versa konnte sich diese Produktionsweise erst auf Grundlage der geographischen Expansion (Erschließung neuer Märkte, etc.) entwickeln. Viele außereuropäische Gebiete waren seit der mehr oder weniger direkten Anbindung an große europäische Imperien keine abgeschlossenen, in sich „kompletten“ Minisysteme mehr (vgl. Knox/Agnew/McCarthy 2003, 70). Vorerst entwickelte

sich ein Gesamtsystem basierend auf einer singulären räumlichen Arbeitsteilung, aber multiplen kulturellen Systemen (vgl. Wallerstein 1998). Die Entwicklung des kapitalistischen Systems basierte in erster Linie auf dieser Expansion. Vor allem bzgl. kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse war der Markt zu Beginn sehr stark auf Europa fokussiert gewesen. Als eine weitere Entwicklung intern nur mehr auf qualitativer Ebene möglich war, musste die quantitative Ausdehnung zu Lasten externer Märkte geschehen.

„Extensive expansion involved the incorporation of new, previously external, areas into the division of labor of the capitalist world-economy. Internal expansion (or deepening of capitalist processes) involved socially rewarded technological innovations [...]“ (Wallerstein 1991, 163)

Die Tatsache, dass diese globale Arbeitsteilung auf den ersten Blick nicht für alle von Vorteil war, ist aufgrund historischer Erfahrungen hinlänglich bekannt:

„The [...] domination of the world by capitalist production relations entails an international division of labour favourable to further development of the dominant social formations and unfavourable for the dominated countries.“ (Peet 1991, 68)

Die Analyse regionaler Gefälle oder räumlicher Zentrum-Peripherie-Dynamiken ist daher zentrales Objekt der sozialwissenschaftlichen Erforschung des Kapitalismus.

5.3.2. Spezifische Charakteristika der kapitalistischen Produktionsweise

Trotz der eben erläuterten innerkapitalistischen Verbindung von Politik und Ökonomie und anderen sozialen Dimensionen, geht die Analyse kapitalistischer Gesellschaft – sowie die Analyse anderer Gesellschaftsformen – zu einem nicht unwesentlichen Maß vom dominanten Charakteristikum *Produktionsweise* aus. Daraus ergibt sich folgerichtig der Gegenstand kapitalismuskritischer Untersuchungen oder zumindest der Hauptbezugsrahmen, in welchen das Untersuchungsobjekt gestellt werden muss:

„The study of capitalist regulation [...] is the study of the transformation of social relations as it creates new forms that are both economic and non-economic, that are organized in structures and themselves reproduce a determinant structure, the mode of production.“ (Aglietta 1976, 16)

Die kapitalistische Produktionsweise unterscheidet sich in einigen wesentlichen Punkten von vorhergehenden Produktionsweisen. Wie schon Ernesto Laclau und andere in ihrer Kritik an der Dependenztheorie der 1960er unterstrichen:

„In a marxist understanding [...] feudalism and capitalism are separate modes of production defined in terms of production relations [...].“ (Peet 1991, 52)

Aufgrund der oben erwähnten umfassenden Dominanz dieser neuen Verhältnisse und der engen Verbindungen der ökonomischen mit allen anderen Ebenen gesellschaftlichen Lebens müssen deren charakteristische Komponenten in die Analyse sozialer Phänomene miteinbezogen werden.

Eine zentrale Folge der gestiegenen Relevanz der ökonomischen Ebene ist die veränderte Rolle materieller Grundlagen. Diese Grundlagen sind keine ausschließlich von der Natur vorgegebenen Determinanten, sondern werden produziert und reproduziert in einem Beziehungsgeflecht dreier Produktionsfaktoren:

„The factors of production – labor, capital, and natural resources – are the *inputs* of a productive system. From their combination emerges *output* – that is, production.“ (Cipolla 1976, 116)

Die im Zuge dieser Mechanismen entstehenden und sich weiterentwickelnden materiellen Bedingungen werden zu einer konstitutiven Komponente der Struktur von Gesellschaft. Dementsprechend zentral sind sie für sozialwissenschaftliche, kapitalismuskritische Untersuchungen. Aglietta bringt das folgendermaßen restriktiv zum Ausdruck:

„Any scientific study of capitalist development must necessarily start from the production of the material conditions of social life.“ (Aglietta 1976, 24)

Zentrale Pfeiler dieser Prozesse sind Arbeit und Verteilung, durch welche soziale Verhältnisse temporär etabliert und deren materielle Bedingungen transformiert werden.

„Production is always the production of social relations as well as of material objects.“ (Aglietta 1976, 24)

Die materiellen Bedingungen sind bei Weitem nicht die einzigen zu beachtenden Faktoren. Im Gegensatz zur Betrachtung vorkapitalistischer Gesellschaftsformen machen sie jedoch einen wesentlichen Unterschied aus. Das ist wiederum zurückzuführen auf die bereits mehrfach erwähnte Verbindung von Politik und Ökonomie, in deren Licht die an dieser Stelle im

Zentrum stehende Produktionsweise mehr ist als die bloße Organisation rein wirtschaftlicher Prozesse. „Mit *Produktionsweise* ist nicht das gemeint, was im Allgemeinen als ökonomischer Faktor bezeichnet wird, die Produktionsverhältnisse im engeren Sinne, sondern eine bestimmte Verbindung von Struktur und Praxisformen“ (Poulantzas 1968, 12). Die wiederholte Betonung erfolgt deswegen, weil das Ökonomische in der Einheit dieser Produktionsweise in letzter Instanz nichts desto trotz dominiert. Auch wenn es sich bei dieser Art von Beziehung(en) nicht um eine lineare Kausalität handelt, „sondern um eine Art von Beziehung, in der die Struktur, [...] ihnen (den einzelnen Teilbereichsstrukturen; Anm.) nämlich ihren Platz und ihre Funktionen zuteilt.“ (Poulantzas 1968, 12)

Die veränderte Rollenverteilung übt aufgrund der vielschichtigen Verbindungen zwischen den verschiedenen Ebenen naturgemäß umfassenden Einfluss aus. Das Zurücktreten der Politik wirkt sich dementsprechend auch auf die für gesellschaftliche Organisation zentrale Verteilung von Macht und Herrschaft aus. Die grundlegendste dahingehende Entwicklung ist eine Relativierung des monopolistischen Anspruchs der Politik auf Gewalt. Allein die Existenz der Institution Nationalstaat scheint auf den ersten Blick Beweis genug dafür, dass es ganz ohne politische Machtstrukturen nicht funktioniert (zur Funktion des Staates s.u.: Kapitel 5.4. *Staat*). Aber zumindest die Gewichtung verschiedenartiger Machtausübungen änderte sich mit der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise dramatisch. Diese entwickelte sich, wie bereits erwähnt, aus Bestehendem. So war der feudalistische Staat – wenn auch nicht bewusst – aufgrund seiner institutionalisierten Machtasymmetrien gewissermaßen Geburtshelfer des Kapitalismus (vgl. Dörre 2009, 38). Dörre greift diesbezüglich auf Marx’ *Kapital* (vgl. 1872) zurück, wenn er argumentiert, dass sich daraus *der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse* entwickelte und auf diesem Weg außerökonomische Gewalt weitestgehend obsolet machte (vgl. Dörre 2009, 39).

5.3.3. Die kapitalistische Institutionalisierung von Staat

Wesentliches Merkmal des Untersuchungsgegenstands Territorium und damit im Fokus der Suche nach dessen Funktionen ist seine *Exklusivität*. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass sich ein Staat in der Ausübung seiner Gewalt monopolistisch auf dieses räumlich festgeschriebene Konstrukt bezieht und dass dieses Verhältnis durch das Internationale System formal gleichberechtigter Akteure anerkannt wird. Dementsprechend muss die

Beziehung zwischen Staat und der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft Erwähnung finden.

Die den Kapitalismus konstituierenden und charakterisierenden Mechanismen, der ständige Prozess des Aushandelns zwischen Akteuren, die kontinuierliche Weiterentwicklung von Produktions-, Verteilungs-, Geld- und Einkommensverhältnissen, etc. verlangen der historischen Erfahrung zufolge nach Institutionen und Strukturen – wie dem Staat –, welche diese Mechanismen unterstützen und ihnen Stabilität verschaffen. Für Produktion und Reproduktion dieser Institutionen und Strukturen zeichnen die eben genannten gesellschaftlichen Prozesse selbst verantwortlich. Folgerichtig muss die Institutionalisierung von Staat aus den sozialen Verhältnissen des Kapitalismus abgeleitet werden: „The type of sociality that forms the state must thus be conceptualized from within the logic of exposition of the general tendencies of capitalism.“ (Aglietta 1976, 27) Dafür steht dem Sozialwissenschaftler/der Sozialwissenschaftlerin eine enorme Bandbreite an sozialwissenschaftlichen Interpretationen von Staat zur Verfügung. Eine Analyse dieses Angebots führt Wallerstein zu der Kritik einer Tendenz, welche zumindest die meisten europäischen bzw. eurozentristischen Ansätze gewissermaßen teilen. Er skizziert, wie sich als größter gemeinsamer Nenner der Debatte zwischen wissenschaftlichem Liberalismus und Marxismus ein Verständnis herauskristallisierte, welches moderne Geschichte als Geschichte der sich erweiternden ökonomischen Kreise interpretierte. Das einzige Resultat dieser wissenschaftshistorischen Entwicklung war eine Verlagerung des Fokus von einer *lokalen* Ökonomie auf eine *nationale* Ökonomie („[A] national economy located of course in a national state“; Wallerstein 1991, 72). Wallerstein leitet die Herausbildung nationalstaatlicher Rahmenbedingungen jedoch völlig konträr ab. Er argumentiert die *inter-nationale* Ordnung des kapitalistischen Produktionsprozesses als Folge der Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise. Erst die damit einhergehende globale Arbeitsteilung (s.o.: Kapitel 5.3.1. *Kapitalismus als gesamtgesellschaftliche Organisationsform*) zog die Etablierung starker, zentralisierter Staatsapparate und deren Einbettung in das Internationale System nach sich.

„The transition from feudalism to capitalism involved first of all (first logically and first temporally) the creation of a world-economy. That is to say, a social division of labor was brought into being through the transformation of long-distance trade from a trade in ‚luxuries‘ to a trade in ‚essentials‘ or ‚bulk goods‘, which tied together processes that were widely dispersed into long commodity chains. The commodity chains consisted of particular linked production processes whose linkage made possible the accumulation of significant amounts of surplus-value and its relative concentration in the hands of a few. Such commodity chains were already there in the sixteenth century and predated anything that could meaningfully be

called ‚national economies‘. These chains in turn could only be secured by the construction of an interstate system coordinate with the boundaries of the real social division of labor, the capitalist world-economy.“ (Wallerstein 1991, 73f.)

Dennoch ist es nicht der moderne Staat, welcher der (An)Ordnung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse in einem System formell gleichberechtigter Nationalstaaten vorangeht. Es sind vielmehr die strukturellen Bedingungen, bei Marx vor allem die ökonomische Basis, welche jene Art von Staat, die sich entwickelt und etabliert, sowohl limitiert als auch ermöglicht. In weiterer Folge dient der Staat der existierenden Produktionsweise zur Stabilisierung und Unterstützung, und entwickelt sich im Zuge dieses reziproken Verhältnisses ebenso kontinuierlich weiter, passt sich den veränderten Bedingungen an. Im Grunde stellt er den kapitalistischen Verhältnissen einerseits die notwendige Infrastruktur zur Verfügung, während er auf der anderen Seite auch eine zentrale Rolle in der Produktion des ideologischen Rahmens spielt, auf den sich diese beziehen. Inwiefern in dieser Beziehung die staatliche Komponente Territorium eine Rolle spielt, ist im Grunde die Frage, die im Zentrum des Interesses steht.

Um sich einer Beantwortung dieser Frage zu nähern, gilt es, sich mit zentralen raumtheoretischen Überlegungen zu den (materiellen) Grundlagen von Staat zu beschäftigen. Diesbezüglich werden vorderhand Überlegungen Poulantzas herangezogen (vgl. Poulantzas 1978), der das ausschließlich relationale Raumverständnis marxistischer Ansätze der 1970er kritisiert. Im Zuge dessen verlieh Poulantzas *räumlichen Verhältnissen* im Kontext marxistischer Denktradition eine grundlegende Materialität, ein Problembewusstsein betreffend die gesellschaftliche Genealogie von Räumen sowie eine theoretische Einbindung in die Produktions- und Reproduktionsbeziehungen von Gesellschaft.

„Without abandoning Marx, Poulantzas, again like Lefebvre, criticized Marxism for its persistent failure to see the material and ideological spatialization associated with the development and survival of capitalism, a spatialization intimately bound up with the social division of labour, the institutional materiality of the state, and the expressions of economic, political, and ideological power.“ (Soja 1989, 119)

Diese Verbindung von materieller und ideologischer Ebene, die Beziehung(en) zwischen struktureller, infra- und superstruktureller Ebene muss dementsprechend im Fokus der Betrachtung gesellschaftlicher Phänomene stehen und – aufgrund der „staatlichen Herkunft“ von Territorialität – in Relation zu territorialer Staatlichkeit gestellt werden.

5.4. Staat

Wurde im vorhergehenden Kapitel die Herauskristallisierung staatlicher Strukturen als Resultat der umfassenden Etablierung kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse angedeutet, so folgt nun eine weiterführende Erläuterung der funktionalen Rolle des Staates. Das Staatsverständnis soll allerdings nur so weit ausgeführt werden, wie sie für die Analyse der Funktionen von Territorium von direktem Interesse sind.

Zu Beginn dieser Überlegungen steht ein Gedanke, formuliert von Bob Jessop:

„Everyday language sometimes depicts the state as a subject [...] – this economic class, social stratum, political party, or official caste uses the state to pursue its project or interests. But the state is neither a subject nor a thing.“ (Jessop 2007, 3)

Die Feststellung, dass der Staat weder ein Subjekt noch ein Ding sei, lässt sich in einem nächsten Schritt noch weiter herunter brechen, um derart den staats-theoretischen Überlegungen als Ausgangspunkt zu dienen. Staat ist in seinen fundamentalen Strukturen ein *soziales Verhältnis*; eine Erkenntnis, die bekanntermaßen auf Marx zurückzuführen ist:

„Marx was, of course, the first to emphasize that capital is not a thing but a social relation, that is, a relationship between people mediated through the instrumentality of things.“ (Jessop 2007, 38)

Staat ist demnach ein historisches Spezifikum, welches durch gesellschaftliche Beziehungen – in diesem Fall kapitalistische – generiert wird, um die Reproduktion selbiger sicher zu stellen. Die kapitalistische Gesellschaft funktioniert also nicht ausschließlich auf Grundlage der Produktions- und Verteilungsverhältnisse (so effizient), sondern greift dafür auch auf die *politische Organisation* von Gesellschaft zurück. Eines der dafür eingesetzten Instrumentarien ist der Staat. Diese Interpretation steht vor allem einem libertären Verständnis entgegen, welches ausschließlich auf das Regulationspotential der Austauschverhältnisse fokussiert:

„Contrary to the illusions fostered by the theorists of general equilibrium, the antagonism of the wage relation and the competition between capitals that follows from it cannot be regulated simply by the laws of exchange. The [...] development of the structural forms in which it is expressed, are indispensable for the expanded reproduction of capital across society as a whole.“ (Aglietta 1976, 22)

Darauf aufbauend bieten marxistische Theoretiker im Großen und Ganzen drei verschiedene Varianten an, Staat zu verstehen:

- Als mehr oder weniger neutrales Instrument von Klassenherrschaft.
- Als Institution, die den Interessen des Kapitals dient, unabhängig davon, wer ihn kontrolliert.
- Als eine Art rational kalkulierendes Subjekt, sozusagen der ideale kollektive Kapitalist.

Bei Jessop ist Staat ein Resultat spezifischer Prozesse räumlicher Organisation, zeitlicher Arrangements und funktioneller Spezifizierung(en). Außerdem ist Staat aber vor allem nur *ein* institutionelles Ensemble unter vielen im Rahmen einer sozialen Konstellation (vgl. Jessop 2007, 7). Im Gegensatz zu Jessop wird in vorliegender Untersuchung jedoch nicht hinterfragt, welche Rolle ein *Akteur Staat* spielen kann, spielen soll oder spielt. Grundsätzlich wird Staat weder als eigenständiger Akteur noch als Instrument bestimmter Akteure (oder Klassen) angenommen. Erfolgt eine Herangehensweise in dem Glauben, Staat würde die Interessen und den gemeinsamen Willen *der* oder *einer* geschlossenen Gesellschaft vertreten, stößt diese sehr schnell auf das logische Problem, *wem* diese Gesellschaft *gegenüber* steht. Gegenüber wem müssen oder wollen die womöglich sogar homogenen Interessen durchgesetzt werden? Staat stellt viel mehr eine Art Bühne zur Verfügung, indem er formal gleiche Voraussetzungen für kapitalistische Akteure schafft bzw. garantiert. Das impliziert keineswegs, dass diese Bühne die einzige ist, aber sie ist definitiv ein, wenn nicht *der* zentrale Kontext privaten ökonomischen und somit in Summe gesellschaftlichen Handelns. Es steht nicht bedingungslos fest, dass der Staat mit all seinen gegenwärtigen Charakteristika immer ein kapitalistischer oder Teil eines kapitalistischen Systems bzw. einer kapitalistischen Gesellschaft bleiben wird (vgl. Jessop 2007, 8). Jedoch stellt die Kapitalakkumulation gegenwärtig die dominante Achse der Vergesellschaftung auf Grundlage von strukturellen Bedingungen und deren politischer Organisation dar (vgl. Jessop 2007, 8). Und letztere findet zu einem Gutteil nach wie vor in Bezug auf territoriale Staatsgrenzen statt.

Jessop's Anfänge betreffend die Entwicklung seiner heute als *Strategic Relational Approach* (SRA) bezeichneten Theorie des kapitalistischen Staates (vgl. z.B. Jessop 2007) aus den späten 1970er und frühen 1980er Jahren (vgl. z.B. Jessop 1982) bieten noch gewisse Anknüpfungspunkte. So argumentiert er beispielsweise folgendermaßen:

„[S]tate power is capitalist to the extent that it creates, maintains, or restores the conditions required for capital accumulation in a given situation [...]“ (Jessop 2007, 28f.)

Die Überschneidungen enden allerdings bei der Weiterentwicklung dieser Charakteristika in Richtung *State Monopoly Capitalism* oder eben *SRA*. Im Rahmen der Analyse der Funktionsweise von Territorium für die Organisation des kapitalistischen Produktionsprozesses durch Staat wird die Frage nach der Rolle des *Akteurs Staat* bewusst ausgeblendet. Wer oder Was Territorium eventuell *verwendet* oder *instrumentalisiert*, ist für die Beantwortung der Forschungsfrage von sekundärem Interesse. Dementsprechend kann das forschungsleitende Staatsverständnis folgendermaßen auf den Punkt gebracht werden:

„[T]he state is neither a unified subject nor a neutral instrument but an asymmetrical institutional terrain on which various political forces [...] contest control over the state apparatuses and its distinctive capacities [...]“ (Jessop 2007, 31)

Davon ausgehend wird Staat aber weder als autonomer Akteur, noch als Instrument einer herrschenden Klasse abgeleitet.

Eine weitere Dimension, die in den Überlegungen zu Staat nicht fehlen darf, ist die Einbettung in seinen globalen Bezugsrahmen. In der Logik eines gesamtgesellschaftlichen Kapitalismusverständnisses (s.o.: Kapitel 5.3.1. *Kapitalismus als gesamtgesellschaftliche Organisationsform*) kann Staat nur im Kontext des Internationalen Systems gedacht werden. Die Annahme, dass erst mit der Globalisierung kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse so etwas wie *eine Gesellschaft* entstanden ist, unterstreicht diese Kontextualisierung entsprechend. Bei Wallerstein wird mit dem Beginn der Moderne nicht nur Gesellschaft in der Form von Staat organisiert, er geht sogar so weit, zu behaupten, dass Gesellschaft überhaupt erst mit der Entstehung von Staat gedacht werden kann (vgl. Wallerstein 1991, 665f.). Denkt man Staat als Resultat der Entstehung und allmählichen Etablierung von Kapitalismus, folgt daraus, dass die inter-staatliche Dominanz des globalen Gesellschaftssystems nicht Ursache aber immerhin Ausdruck dieser Entwicklung ist. Für die Untersuchung staatlicher Funktionen gilt dementsprechend:

„Die einzelnen Funktionen des Staates [...] sind theoretisch nur in dem Verhältnis zu erfassen, in dem sie stehen, d.h. eingebettet in die globale politische Rolle des Staats.“ (Poulantzas 1968, 53)

In diesem globalen Kontext stellt der moderne Staat den kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnissen umfassende Rahmenbedingungen zur Verfügung. Auf diese Art und Weise wird jedes im Rahmen des Kapitalismus institutionalisierte Verhältnis – solange nicht idealtypisch, sondern realistisch gedacht – zu einer Art Forum, welches gewisse Spielregeln bestimmt, diese aber zu einem gewissen Maße auch benötigt. Auf Ebene der Politik übernimmt diese Funktion übergeordnet der Staat und dessen Regierung (vgl. Dörre 2009, 24).

Die absolute Freiheit des kapitalistischen Akteurs gibt es also nicht. Im Rahmen des *marktorthodoxen Paradigmas* ist die Entfaltung des Wettbewerbskapitalismus zwar Voraussetzung für politische Freiheit. Aber selbst deren radikalste VertreterInnen erkennen gewisse Grenzen der Marktkoordination an (vgl. Dörre 2009, 23f.). Für Dörre „ist der ideale Kapitalismus identisch mit einer Marktgesellschaft, die durch einen schlanken Staat reguliert und [...] zusammengehalten wird.“ (Dörre 2009, 23). (Eine) Organisation von Gesellschaft ist also zu einem gewissen Maße in jeder Form von Kapitalismus vorhanden. Die betreffenden staatlichen Funktionen gehen von der Regulierung der „Freiheit“ des Marktes über die Erfüllung militärischer oder sicherheitspolitischer Aufgaben bis hin zu Aufbau und Erhaltung einer möglichst effektiven Verwaltung (vgl. Wallerstein 1998, 129). Die Entstehung und Etablierung des modernen Staates erfolgte demnach zum Zwecke der Konkurrenzfähigkeit der von dessen Strukturen betroffenen kapitalistischen Akteure (vgl. Wallerstein 1998, 130).

Diese Überlegungen vorerst abschließend, wird erneut auf „Poulantzas’ [...] Versuch, eine marxistische ‚Theorie des kapitalistischen Staatstyps‘ zu entwerfen“ (Bretthauer/Gallas/Kannankulam/ Stützle 2006, 9) verwiesen. Der Staat als materielle Verdichtung von Klassenverhältnissen kommt in vorliegender Untersuchung vor allem deswegen nicht zu tragen, weil die Annahme homogener Klassen nicht geteilt wird. Anschlussmöglichkeiten bietet jedoch die Interpretation der Territorialisierung von Staatlichkeit als Teil der *Institutionalisierung der Organisation von Gesellschaft*. Der Staat nimmt eine „passivere“ Rolle ein, indem er für die verschiedenen gesellschaftlichen Beziehungen, und deren politischen Prozesse, einen Rahmen zur Verfügung stellt (vgl. Bretthauer/Gallas/Kannankulam/Stützle 2006, 12). Er ist das zentrale Moment der Stabilisierung und temporär fixierten Institutionalisierung dieser Bühne. Hinzu kommt, dass sich Staat im Rahmen der allmählichen Entwicklung aus feudalistischen Verhältnissen heraus vermehrt auf der superstrukturellen Ebene positioniert:

„There is a separation of the relations of production from the state structure, of economics from politics, and a shift of the state into a more superstructural position.“ (Peet 1991, 94)

Staat ist demnach *kein aktiver Akteur* auf struktureller und infrastruktureller Ebene der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse.

6. Bedingungen kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung

Wie bereits erwähnt, wird kapitalistische Entwicklung nicht auf ein Anfangs- und ein Enddatum festgelegt. Beschrieben und analysiert wird ein langfristiger Prozess, der keiner singulären kausalen Wirkungsrichtung folgt und nicht überall gleichzeitig und in gleichem Maße fortschreitet. Deswegen werden auch Anleihen genommen an jenen theoretischen Überlegungen, welche die Bedingungen rund um das lange 16. Jahrhundert in den Blick nehmen und sich weniger auf Brüche und Zäsuren konzentrieren. Im Mittelpunkt stehen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, welche die feudalen Produktionsverhältnisse ad acta legten, egal ob voll ausgebildet oder in einer Art Frühform. Das „Ignorieren“ dieser Unterscheidungen geht auf Marx zurück, der als kapitalistisches Ordnungssystem von Gesellschaft sowohl die Phase der eigentlichen Manufaktur als auch jene der modernen Industrie und natürlich alle Zwischenschritte verstand. Setzt man die Phase des Kapitalismus mit Moderne gleich, im Sinne der Überwindung des Feudalismus bzw. des Mittelalters, ließen verschiedene Charakterisierungen je nach kulturellen, ökonomischen und sozialen Phänomenen und deren Ausprägungen sogar eine Miteinbeziehung des 13. bis hin zum 19. Jahrhundert zu. Für die Untersuchung gilt allerdings, dass die teilweise bereits angedeuteten Charakteristika der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse den Untersuchungsgegenstand bestimmen. Welche Institutionen, Mechanismen und Prozesse das konkret sind, soll auf den folgenden Seiten erläutert werden. Die separierte Darstellung dient einerseits der Übersichtlichkeit, andererseits kann darauf folgend das Untersuchungsobjekt Territorium auf seine Funktion(en) für die gesammelten Komponenten analysiert werden. Um nicht Gefahr zu laufen, damit eine funktionale Differenzierung á la Systemtheorie zu implizieren (s.o.: Kapitel 5.2. *Funktion*), werden

- nur sehr konkrete Institutionen und institutionalisierte Verhältnisse ins Blickfeld gerückt und
- deren Interdependenzen stetig betont und veranschaulicht.

Die Unterfütterung der in ihren Grundzügen dargestellten Tendenzen mit konkreten historischen Zusammenhängen erfolgt nur exemplarisch. Ziel ist nicht eine umfassende Skizzierung einer Geschichte des Kapitalismus, sondern die fokussierte Darstellung jener Entwicklungen, in deren Sog gesellschaftliche Transformationen die Herausbildung und Etablierung von exklusivem Territorium nach sich zogen.

6.1. Produktionsweise

Begonnen werden soll mit der Produktionsweise. Sie annähernd gleichberechtigt neben andere Mechanismen und Verhältnisse zu stellen, scheint auf den ersten Blick ihrer dominanten Position im Kontext der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft zu widersprechen. Da jedoch zentrale Produktionsfaktoren wie Arbeit, Organisationsformen und Bildung nicht außen vor gelassen werden können, werden sie in einem gemeinsamen Rahmen – jenem der Produktion von Waren – erläutert und den anderen extrahierten, aber damit eng in Beziehung stehenden Komponenten vorangestellt. Ausgangspunkt der betrachteten Entwicklung ist die agrarische Prägung der prä-modernen Gesellschaft. Wichtige technologische Entwicklungen zwischen dem 6. und dem 11. Jahrhundert hatten diesen Sektor bereits merklich voran gebracht. Vor allem die Verbreitung der Wassermühle (später der Windmühle), des schweren Pfluges (in Nordeuropa), der Drei-Felder-Wirtschaft sowie des Hufeisens und neuer Methoden, Zugtiere einzuspannen, veränderten die Arbeitsweise in der Landwirtschaft von Grund auf. Diese Entwicklungen wurden zwar nicht in Europa erfunden, aber eben dort massentauglich und in größerem Rahmen nutzbar gemacht.

Allerdings wurde die Produktivität am agrarischen Sektor mithilfe technologischer Neuerungen und Verbesserungen nur begrenzt gesteigert. Ergänzend kommt hinzu, dass nie ein Arbeitskräftemangel bestand (es war üblich die gesamte Familie einzusetzen) sowie, dass neue Nahrungsmittel aus Übersee (Bohne, Mais, Kartoffel, Tomate, Paprika, etc.) den Markt erweiterten. Dementsprechend musste der Antriebs für eine Fortentwicklung zusätzlich von anderer Seite erfolgen. Auf diesem Wege rücken organisatorische Änderungen in den Mittelpunkt. Nur im Zusammenspiel mit ihnen konnten die neuen technologischen Möglichkeiten entscheidend ausgeschöpft werden. Erst das Ineinandergreifen resultierte in einer enormen Produktivitätssteigerung. Bei Cipolla findet sich ein konkretes Beispiel für diese Kombination von Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen:

„Some of these innovations implied big social adjustments. The novel shaping of fields connected with the adoption of the heavy plough and the three-field system involved radically new patterns of peasant cooperation and the development of a strong system of self-government among the peasants for their own affairs.“ (Cipolla 1976, 161)

Folge war eine fundamentale Optimierung landwirtschaftlicher Nutzung. Es etablierten sich eine neuartige Form der Bodennutzung, die Methode des Fruchtwechsels, neue Anbaumethoden, neue Pflanzen. Weiterentwickelte Energienutzung, ein verstärkter Abbau von Bodenschätzen, neue handwerkliche oder sogar industrielle Technologien sowie eine

Modernisierung der Verkehrsmittel waren zusätzliche Triebfedern. Daraus folgte die Kommerzialisierung der Landwirtschaft. Grundbesitzer bewirtschafteten den Grund nicht mehr selbst, sondern verpachteten ihn an Bauern. Von da an benötigten diese für die Bestellung des Bodens Lohnarbeiter. Die Leibeigenschaft hatte allmählich ausgedient.

Auch wenn sie, wie am agrarischen Sektor, nie die alleinige Antriebskraft kapitalistischer Entwicklung darstellten, so stellten die technologischen Entwicklungen doch zumindest Möglichkeiten zur Verfügung, welche wiederum Neuerungen auf anderen Ebenen zumindest nahe legten. Und auch technologische Fortschritte überraschten die Menschheit nicht über Nacht. Sie waren das Resultat vergangener und die Basis folgender allmählicher Entwicklungen. So waren es technische „Vorarbeiten“ aus dem Mittelalter wie die Feder, das Pedal, die Kurbel, der Regler oder die Mühle, welche den nächsten entscheidenden Fortschritten vorangingen. Auch wenn oft argumentiert wird, dass diese erst wieder im Zuge der industriellen Revolution gesetzt wurden, so stand dazwischen zumindest noch der wichtige Schritt der Mechanisierung sowie eine damit einhergehende enorm gesteigerte Massentauglichkeit. An dieser Stelle liefert die Erfindung des Buchdrucks ein Beispiel für die vielschichtigen Interdependenzen zwischen den verschiedenen Ebenen technologischer, sozialer und ökonomischer Entwicklung. Die technologische Neuerung, Bücher drucken zu können, machte Bücher für neue Teile der Bevölkerung zugänglich und ermöglichte einen viel breiteren Austausch betreffend technische Probleme sowie die Suche nach Lösungen.

Ein unter anderen daraus folgendes Charakteristikum der sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsweise war die viel breitere Basis, auf welche die Entwicklungen zurück zu führen sind. Die Gruppe jener Akteure und Prozesse, deren Handlungen und Mechanismen Auswirkungen auf den Fortschritt hatten, differenzierte und vergrößerte sich zusehends. Ein Beispiel für die Miteinbeziehung mehrerer Ebenen sowie deren zunehmende Verzahnung zeigt sich im Bereich der Organisation von Produktionsketten. Das Aufkommen von Konstruktionen wie Verlagen oder Manufakturen bezog sich anfangs auf handwerkliche Tätigkeiten in einer Gesellschaft, die nach wie vor von Landwirtschaft und sehr primitivem Handel dominiert war. Der sekundäre Sektor, also gewerbliche Produktion, wies im 16. und 17. Jahrhundert noch kaum moderne oder neuzeitliche Merkmale auf: „Beschränkte Märkte, eine Technologie, die noch stark von Fachwissen und Handfertigkeit des Handwerkers abhing, kümmerliche Unternehmensgröße, Übergewicht von Baugewerbe und Textilien“ (Sella 1974, 226) prägten den Handwerkssektor. Jedoch eröffneten sich allmählich auch ihnen

neue Märkte. Die Produktion konnte in Qualität, Quantität und Vielfalt gesteigert werden. Zentrales Merkmal der neuen Organisation dieses Sektors wurde das *Verlagssystem*. Der Handwerker musste sich an einen Kaufmann wenden, um über dessen Marktkennntnisse und –beziehungen die von ihm benötigten Rohstoffe beziehen zu können. Das „begünstigte den Prozeß der Differenzierung.“ (Kellenbenz 1974, 153). Es kamen organisierte Arbeiter ebenso zum Einsatz wie freie. Das Sortieren von Rohstoffen erfolgte beispielsweise am Land im Betrieb des Unternehmers, die Verarbeitung in der Stadt in der Werkstatt des Handwerkers, der Vertrieb wiederum an anderer Stelle. Dazwischen gingen Rohstoffe, Zwischen- und Fertigprodukte durch die Hände verschiedenster Händler, Arbeiter, etc. Eine derartige Vielzahl an differenzierten Arbeitsschritten bedurfte zielgerichteter Organisation.

Hinzu kam die „Erfindung“ der *Manufaktur*. Kellenbenz beschreibt die dahingehende Entwicklung folgendermaßen: „Wenn besondere Kenntnisse und Techniken erforderlich waren, dann waren die Unternehmen an der Konzentration des Produktionsprozesses unter einem Dach in Form der Manufaktur interessiert.“ (Kellenbenz 1974, 153). Die Produktion wurde in manchen Zweigen generell in immer größerem Umfang organisiert. Bestes Beispiel dafür waren Metallabbau und -verarbeitung. Neue Maschinen, welche die Produktivität enorm erhöhten, bewegten sich betreffend Größe und Kosten in Dimensionen, die traditionelle Arrangements von zusammenhängenden Arbeitsschritten überforderten. Auch wenn im Bergbau jene Auswirkungen, die auf technische Neuerungen zurück zu führen sind, relativ stärker waren, konnten auch diese erst im Zusammenspiel mit Neuerungen organisatorischer Art, wie zum Beispiel der Gründung von Bergbaugemeinschaften, die Produktionsleistung essentiell steigern.

Auf dem verarbeitenden Sektor kam es verstärkt zu zunftmäßig organisierter Handarbeit. Auch in diesem Bereich profitierte das Verlegertum. Grund dafür war in diesem Fall vorrangig die Spezialisierung, welche dem Verleger die Möglichkeit eröffnete, sich zwischen die einzelnen Arbeitsschritte zu spannen. Er organisierte die Produktionskette, schoss Kapital und Werkzeug vor, und zeichnete für den Absatz verantwortlich.

6.2. Arbeit

Neue Produktionsverhältnisse gingen mit neu geordneten Arbeitsverhältnissen einher. Beschäftigt man sich mit historisch spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen, muss natürlich auch ein so zentraler Begriff wie Arbeit in seiner spezifischen Ausprägung

betrachtet werden. Im vorindustriellen Europa war der Anteil an produktiver, also ökonomisch aktiver Bevölkerung sehr hoch. Aufgrund der geringen Produktivität konnte sich die Gesellschaft keine Schulpflicht, keinen Pensionsanspruch o.ä. leisten. Kinder mussten arbeiten, ebenso wurde weibliche Arbeitskraft in weit mehr als nur dem Haushalt eingesetzt (vgl. Cipolla 1976, 69ff.). Vor dem 18. Jahrhundert waren zwischen 65 - 90% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Nur in Ausnahmefällen (z.B. Venedig) ermöglichte es der Import von landwirtschaftlichen Produkten – in diesem Fall durch das Erschließen von Wasserwegen –, dass weit geringere Teile der Bevölkerung selbst in der Landwirtschaft arbeiten mussten. Erst allmählich trugen auch andere technologische Entwicklungen zu einer geringeren Dominanz des Agrarsektors bei. Neben Venedig können vor allem die Niederlande als passendes Beispiel herangezogen werden. Sie konnten sich relativ früh auf Importe von Getreide aus Osteuropa und dem Baltikum verlassen. Nichts desto trotz fiel der Anteil der in der Landwirtschaft arbeitenden Bevölkerung zwischen 1400 und 1700 wohl kaum je⁸ unter 50%⁹. Die Dominanz dieser Form von Arbeit verunmöglichte lange Zeit eine der zentralen Pfeiler des Kapitalismus, den – nach Marx – *doppelt freien Arbeiter*, also jenen Lohnarbeiter, der frei ist von Produktionsmitteln und von feudalen Bindungen. Es war vor allem das Wachstum der ländlichen Industrie (s.o.: Kapitel 6.1. *Produktionsweise*), welches dazu beitrug, die dahingehende Entwicklung allmählich in Gang zu setzen. Die Landwirtschaft setzte vermehrt Arbeitskräfte frei. Im Vergleich zu anderen Produktionsfaktoren war das Angebot an Arbeit reichlich (und billig!). Arbeiter kamen zunehmend als Lohnarbeiter zum Einsatz, vor allem in der wachsenden Industrie¹⁰. Für den produzierenden Sektor hatte das ergänzend den „Nebeneffekt“, dass man sich aufgrund des leistbaren Angebots dem oft hemmenden Einfluss der Gilden entziehen konnte. Auf diesen neu erwachsenden Arbeitsmarkt kamen sehr bald neue Herausforderungen zu. Neue Organisationsformen sowie der „Einsatz neuer oder verstärkter technischer Hilfsmittel stellt[e] Anforderungen an den Arbeitsmarkt, insbesondere braucht[e] man Spezialisten.“ (Kellenbenz 1974, 154) Differenzierung und Spezialisierung schlangen sich also zu herausragenden Attributen kapitalistischer Arbeitsverhältnisse auf.

Ein direkt daran anschließendes Merkmal, welches bereits angedeutet wurde, waren die sich ebenfalls transformierenden Bildungsverhältnisse. Einerseits setzten die neuen

⁸ Die unpräzise Formulierung ist dem Fehlen präziser statistischer Daten geschuldet.

⁹ Zum Fallbeispiel Niederlande s.u.: Kapitel 9. *Fallbeispiel Niederlande*.

¹⁰ Eine Ausnahme stellte temporär das Osteuropa des 16. und 17. Jahrhunderts dar, welches die Leibeigenschaft vorübergehend wieder einführte.

Arbeitsverhältnisse Kapazitäten frei, die es ermöglichten, sich weiterzubilden, sowie es verlangten, sich zu spezialisieren. Auf der anderen Seite schürte die Weiterentwicklung und vor allem die Ausbreitung neuer Technologien das Bedürfnis nach mehr und spezialisierterem Wissen, der Bedarf an Bildung wuchs. Der Buchdruck ermöglichte eine einfachere und schnellere Weitergabe von Informationen, Bücher wurden leistbar. So kostete beispielsweise im 15. Jahrhundert in der Lombardei ein Buch so viel wie die durchschnittlichen Lebenserhaltungskosten von drei Monaten (vgl. Cippola 1976, 162). Diese Relation verschob sich und ermöglichte einen enormen Bildungsschub. Das Bildungsangebot nahm zu, es gab mehr und besser ausgestattete Schulen sowie größere und besser institutionalisierte Universitäten und es kam zu der Gründung sich der Lehre verpflichtender Gesellschaften.

6.3. Handel

Ein spezielles Charakteristikum vor allem der Phase der Herausbildung des umfassenden Gesellschaftssystems Kapitalismus war ein schnell expandierender Handel. Manchen historischen Erläuterungen zufolge nimmt er einen derart zentralen Stellenwert ein, dass bestimmte Phasen oft als *Merkantilismus* oder *Handelskapitalismus* bezeichnet werden. Nicht nur als verbindendes Element der globalen Gesellschaft, sondern auch als zentrales Moment der sich verändernden Nachfragestruktur (s.u.: Kapitel 6.5. *Demographie*) verdient der Handel Beachtung. Viele Betrachtungen gehen überhaupt von Handel als *der* Antriebskraft gesellschaftlicher Entwicklung schlechthin aus:

„[M]erchant capitalism was a self-propelling growth system in which the continued expansion of trade was vital [...]“ (Knox/Agnew/McCarthy 2003, 128)

Während sich Historiker aufgrund der Quellenlage schwer tun, die Herkunft des Kapitals für gewerbliche Produktion der Neuzeit festzumachen, sind die großen Geldgeber des internationalen Handels gemeinhin bekannt (vgl. Sella 1974, 256). Sie investierten ihr Kapital in Handel, Staatsfinanzen und Geldgeschäfte, keineswegs jedoch in die kleinen, „alltäglichen“ Gewerbebezweige. Aufgrund der Produktionsstruktur, die nach wie vor dominiert war von kleinen Werkstätten, spielten die sehr kleinen Startkapitale der Handwerker selbst eine nicht unwesentliche Rolle – in der Masse sogar in Relation zum gesamten eingesetzten Kapital. Ein weitaus größeres Problem als zum Beispiel die Aufwendungen für Werkzeuge und Werkstatt (meist ohnehin gleichbedeutend mit Wohnraum) war der laufende Betrieb, welcher

Lohnkosten sowie die Bezahlung der meist vorzustreckenden Rohstoffe bzw. Materialien inkludierte. An diesem Punkt kamen Mittelsmänner und Händler ins Spiel, deren eigene Kapazitäten auf dem tragenden Fundament eines stetig expandierenden Handels ruhten. In manchen Gewerbebezweigen, wie Bergbau und Hüttenwesen, bedurfte es finanziell potenterer Investoren, die das Kapital zur Verfügung stellten. In derart kapitalintensiven Branchen übernahmen diese Rolle fast ausschließlich Handelsgesellschaften.

Neben organisatorischen Neuerungen, vor allem der Etablierung dieser Gesellschaften und verschiedener Entwicklungen auf dem Finanzsektor (s.u.: Kapitel 6.8. *Finanzen*), waren Fortschritte im Bereich der Handelswege das Rückgrat der merkantilistischen Expansion. Zu Beginn gab es diesbezüglich auf bestimmten Ebenen noch beträchtlichen Aufholbedarf. Der Großteil des Güter- und Rohstofftransports wurde von Schiffen bewältigt. Ein dementsprechender Wettbewerbsnachteil folgte daraus für Gegenden, die nicht an Küsten, Flüssen oder Kanälen lagen.

„Wenn das Transportsystem den neuen Aufgaben des Markts ganz gut angepaßt war, so hinkten doch die Transportmöglichkeiten zu Land beträchtlich nach [...]“ (Kellenbenz 1974, 164)

Ein logischer nächster Schritt war also der kontinuierliche Ausbau der Straßen in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Anfangs wurde primär Wert darauf gelegt, die Finanz- und Handelsmetropolen miteinander zu verbinden und diese Wege auch entsprechend zu sichern. In weiterer Folge dehnte sich das Straßennetz aber schnell aus. Doch auch die Wasserwege konnten den Bedürfnissen bald nicht mehr genügen. Die Schiffe waren nicht annähernd adäquat ausgestattet um ausreichend große Mengen zu transportieren und zu sichern. Außerdem bargen Reisen über große Distanzen zu große Risiken und waren dementsprechend teurer. Hätte sich die Schifffahrt nicht weiter entwickelt, hätte sie – und damit eine damals wesentliche Komponente des Fernhandels – bald an Bedeutung verloren. Generell lässt sich sowohl für den Transport an Land wie auch für jenen auf See attestieren: „Owing to the high costs of transportation, especially during the Middle Ages, foreign trade was largely [...] concerned with high-quality products“ (Cipolla 1976, 59).

Es waren vorderhand technologische Neuerungen, welche die Möglichkeiten des Handels vervielfachten. Kompass verbesserten die Navigation auf See. Schleusen halfen, die Schifffahrt zu regulieren. Uhren ermöglichten die Terminisierung und Normierung von Geschäften. Und letztendlich waren es ganz einfach auch die Fortschritte des Schiffbaus

selbst, welche den Handel vorantrieben. Vor allem hochseetaugliche Schiffe veränderten das Gesicht des (Fern)Handels fundamental.

„The economic consequences were immediately felt. Full-rigged ships no longer had to wait for only the most favorable breeze, and consequently the elapsed time of voyages diminished. [...] the size of vessels grew and their carrying capacity rose until the middle of the sixteenth century, [...] and costs were correspondingly reduced.“ (Cipolla 1976, 167)

Hinzu kamen logistische Neuerungen, wie die Etablierung des Speditionswesens oder veränderte infrastrukturelle Voraussetzungen, wie die Verbesserung von Hafen- und vor allem Speicheranlagen. Letzter Punkt kann als weitere Illustrierung der eigendynamischen Expansion kapitalistischer Verhältnisse dienen. Denn der Ausbau der Infrastruktur forcierte nicht nur den Handel, sondern zog auch eine enorme Bautätigkeit nach sich.

Die Entwicklungen im Bereich des Handels waren mitverantwortlich für die Etablierung eines Eckpfeilers kapitalistischer Verhältnisse, nämlich der Akkumulation von Kapital. Diese drückte sich (auch) in Form eines noch nie erlebten Wohlstands aus.

„One of the most significant economic consequences of the commercial development of the sixteenth and seventeenth centuries was the unusual cumulation of wealth it made possible in some European countries.“ (Cipolla 1976, 223)

Die frühzeitige Akkumulation von Kapital war Voraussetzung für das anschließende Wachstum. Einer der Vorreiter auf diesem Gebiet war England, welches aufgrund unter anderen(!) der großen Rolle, die es im Übersee-Handel spielte, gegenüber anderen Ländern in dieser Beziehung etwas früher dran war.

„England [...] was able to do what she did in the first stages of the Industrial Revolution partly because the previous Commercial Revolution allowed a considerable (for those days) accumulation of capital: the profits of overseas trade overflowed into agriculture, mining, and manufacture.“ (Cipolla 1976, 222)

Diese konkrete Einschätzung erfolgt im Lichte der Annahme Cipollas, dass der *Industrial Revolution* eine *Commercial Revolution* vorangeht. Dieser Argumentation wird grundsätzlich nicht widersprochen. Die konkrete Definition und Benennung bestimmter Phasen wird allerdings nicht übernommen.

6.4. Globales System

In sehr direktem Zusammenhang mit der Expansion des Handels steht jenes Moment, das Kapitalismus unter anderen auch zu einem singulären System macht, sein weltumspannender Charakter (s.o.: Kapitel 5.3.1. *Kapitalismus als gesamtgesellschaftliches Organisationsprinzip*). Wallerstein führt in seinen Analysen dieser Entwicklung sehr anschaulich aus, dass anfänglich nur Europa und Teile der beiden Amerikas die Hauptbühne für die Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse darstellten. Doch kamen mit der weiteren Expansion des Systems bald Russland, das Osmanische Reich, der Indische Subkontinent und Westafrika hinzu. Der strukturelle Rahmen der Weltwirtschaft erweiterte sich (vgl. Wallerstein 1991, 142). Ursache waren neue Bedürfnisse der sich entwickelnden Produktionsweise:

„The crisis of feudalism posed a series of dilemmas that could only be resolved through geographic expansion of the division of labour.“ (Peet 1991, 50)

Diese zunehmend globale Arbeitsteilung, die größere Effizienz und quantitative Ausdehnung sowie das Erschließen neuer Ressourcen und die daraus entstehenden neuen Bedürfnisse und Möglichkeiten zogen wiederum Neuerungen nach sich.

„[O]verseas expansion also stimulated further improvements in technology and business techniques, thus adding a further dimension to the self-propelling growth of merchant capitalism.“ (Knox/Agnew/McCarthy 2003, 134)

Die Ausdehnung kapitalistischer Verhältnisse auf andere Märkte wirkte dementsprechend wieder in Richtung Europa zurück, unterstützte die weitere Kapitalakkumulation und forcierte in weiterer Folge das Aufkommen industrieller Verhältnisse. Interdependenzen vermehrten sich sowohl in Bezug auf die räumliche als auch auf die funktionelle Ebene. Die geographische Ausdehnung ging Hand in Hand mit ökonomischer, militärischer und politischer Expansion.

6.5. Demographie

Konsequenzen dieser vielschichtigen Expansion waren auch für die demographische Struktur der Gesellschaft zu spüren. Eine präzise Analyse dieser Entwicklungen sind allerdings aufgrund des vorhandenen Datenmaterials nur schwer möglich. Akkurate Zahlen bzgl. Größe und Struktur der Bevölkerung vor dem 19. Jhdt. sind kaum zu finden. Eine Ausnahme stellten lediglich das *Großherzogtum Toskana*, für das es in unregelmäßigen Abständen ab Mitte des 16. Jahrhunderts Zahlen gibt, und Skandinavien ab dem 18. Jahrhundert dar. Dennoch wird allgemein angenommen, dass die europäische Bevölkerung vor dem 18. Jahrhundert auf einem nur sehr niedrigen Niveau anwuchs. Die Städte waren sehr klein, nur sehr wenige hatten mehr als 100.000 Einwohner. Ab dem 12. und 13. Jahrhundert wuchs die Bevölkerung kontinuierlich. Das Land blieb aber limitiert (nutzbar) und die Ökonomie des Feudalismus konnte sich nur begrenzt anpassen (z.B. durch das Bestellbarmachen von Waldgebieten, Optimieren der Erntezyklen oder Anlegen von Vorräten). Die Bedürfnisse sowohl der Bevölkerung als auch der Wirtschaft konnten dementsprechend immer unzureichender befriedigt werden. Folge waren Hungersnöte und immer öfter kriegerische Auseinandersetzungen um den konkreten Zugriff auf Ressourcen aller Art. Betrachtet man die im Verhältnis zu den Preisen sehr niedrigen Einkommen, muss Europa vor der industriellen Revolution generell als arme Gesellschaft verstanden werden. Zusätzlich zeichnete sie sich aus durch eine extrem unausgeglichene und inkonstante Verteilung von Wohlstand und Einkommen. Aufgrund der grundsätzlichen Armut und der ungleichen Verteilung nahm eine sehr große Zahl an Menschen überhaupt nicht am Produktionsprozess teil (Arme, Bettler, etc.). Schätzungen sprechen von um die 10% am Ende des 17. Jahrhunderts (vgl. Cipolla 1976, 18), in Zeiten von Hungersnöten bis zu 20%. So oder so war es ein offensichtlich signifikanter Teil der Gesellschaft. Folgerichtig stellten zu dieser Zeit Wohlfahrt, Almosen, Geschenke, u.ä. einen nicht unbeträchtlichen Teil des Transfers von Einkommen bzw. Wohlstand dar (sowohl von Privatpersonen, als auch von landwirtschaftlichen Betrieben, Geschäften und anderen Institutionen), und müssen dementsprechend bei der Einschätzung der Verteilungsverhältnisse mitgedacht werden. Im Gegensatz zu freiwilligen Abgaben dieser Art, aber ebenso betreffend die (Um)Verteilung von Wohlstand und Einkommen relevant sind außerdem diverse erzwungene Transfers. „We think mostly taxation, but plundering raids, highway robbery, and theft in the narrow sense belong to the same category.“ (Cipolla 1976, 24)

Mitte des 14. bis Ende des 15. Jahrhunderts konnte das Wachstum Negativentwicklungen nicht ausreichend ausgleichen, weswegen insgesamt gesehen eine gewisse Stagnation zu beobachten war. Die Situation stellte sich folgendermaßen dar:

„It is by no means improbable that [...] the frontier went beyond the optimum allowable by contemporary agricultural techniques. [...] since population continued to increase while fertile land began to be relatively scarce, the laws of supply and demand inevitably pushed rents up and real wages down.“ (Cipolla 1976, 199).

Es waren Kriege und vor allem Epidemien wie die Pest, die Europa von seinem Bevölkerungsdruck entlastete. Das gesamte Produktionslevel sank zwar, nichts desto trotz weist die Produktivität pro Kopf eindeutig auf eine Steigerung hin (vgl. Cipolla 1976, 200f.). Zu Beginn des 16. Jahrhunderts kam es zu einem noch nie da gewesenen Wachstum von circa 80 Millionen auf circa 105 Millionen Europäern Anfang und circa 115 Millionen Ende des 17. Jahrhunderts (vgl. Cipolla 1976, 146f.). Grundlage dafür stellte die Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft dar, deren Produktionsweise die Versorgung dieser Zuwächse ermöglichte.

„The fact, however, that the ensuing demographic growth was not arrested soon by the inexorable operation of Malthusian forces was attributable to the technological and economic achievement of western Europe.“ (Cipolla 1976, 157)

Dennoch blieb die Kaufkraft in den Händen einiger weniger Reicher konzentriert. Die große Mehrheit der Bevölkerung konnte ihre Kaufkraft anfangs ausschließlich zur Deckung des lebenswichtigen Bedarfs (Nahrung, Kleidung, Unterkunft) aufwenden. Sie konnten sich über lebensnotwendige Bedarfsbefriedigung hinausgehende „Anschaffungen“ nicht leisten (*Subsistenzwirtschaft*; vgl. Minchinton 1974, 55). Die Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage kamen dementsprechend nur sehr begrenzt zum Tragen. Die Nachfrage ging also über die lokale Produktion (für den Eigenbedarf) nicht hinaus. Die Einkommen waren weiterhin sehr niedrig, eine Steigerung stellte sich – wenn überhaupt – nur sehr langsam ein. Die Preise stiegen weitaus stärker.

Es waren der Zuwachs an *Absatzmöglichkeiten*, bedingt durch Bevölkerungszunahme und dem Erschließen neuer Märkte, gemeinsam mit gesellschaftlichen Umwälzungen, wie zum Beispiel Reformation und Gegenreformation, welche große Veränderungen der Besitzverhältnisse nach sich zogen. Zusätzlich stimulierten Krieg und der wachsende Bedarf an Luxusgütern den Absatzmarkt und die Etablierung von Kreditvergabe (s.u.: Kapitel 6.8. *Finanzen*) ermöglichte verstärkte Investitionen. Die Auswirkungen betrafen die gesamte

demographische Struktur. Immer mehr Menschen waren nicht mehr in der Landwirtschaft selbst tätig. Es setzte eine Welle der Arbeitsmigration in Städte beziehungsweise zwischen Staaten oder Regionen ein. Die Landwirtschaft musste kontinuierlich mehr Überschuss produzieren, das heißt weniger für den Eigenbedarf, mehr für den Markt. Daraus lukrierten die Produzenten landwirtschaftlicher Produkte mehr Einkommen, welches wiederum für gewerbliche Produkte ausgegeben werden konnte (vgl. Sella 1974, 235). Möglich gemacht wurde die höhere Produktivität trotz insgesamt geringerer Arbeitsteilung durch organisatorische und technische Neuerungen. Ergänzend veränderte sich die Nachfragestruktur auch als Folge der neuen Mobilität, welche meist keine freiwillige war, sondern Resultat von Hungersnöten, Kriegen, unsicheren Arbeitsverhältnissen oder der Vertreibung bestimmter Gruppen.¹¹ Gut darzustellen ist die steigende Nachfrage aufgrund der Ausbreitung kommerziell betriebenen Ackerbaus anhand des Beispiel Polens. Als eine Art Kornkammer der schnell anwachsenden „Unterschichten in den Städten Westeuropas“ (Sella 1974, 235) stieg die agrarische Produktionsleistung in Polen derart schnell an, dass der polnische Absatzmarkt für westliche Produkte immer interessanter wurde. Die Einkommensverteilung als Ausdruck der fundamentalen sozio-ökonomischen Umwälzungen lässt sich also auch in Hinblick auf den ehemals dominierenden Sektor Landwirtschaft zeigen. Die Aufwärtsbewegung der Preise und die merkantilistische Expansion resultierten aber noch viel mehr in einem enormen Aufschwung von für im Handel Tätige (Großkaufleute, Industrieunternehmen, Grundbesitzer). Deren Aufstieg ging letztendlich gewissermaßen auf Kosten der ländlichen Strukturen. Der Schwerpunkt der gesamtgesellschaftlichen Produktion verlagerte sich vom Land in die Städte.

6.6. Stadt

Um 1600 lagen die Zentren der europäischen Weltwirtschaft „innerhalb von politischen Einheiten, die sich in Größe, Aufbau und herrschender Politik recht deutlich voneinander unterschieden“ (Wallerstein 1998, 37). Im Hinblick auf die ökonomische Struktur waren sich diese jedoch sehr ähnlich und näherten sich einander kontinuierlich an. Im Grunde waren zwei Entwicklungen für die Herausbildung funktional ähnlich aufgebauter Städte

¹¹ Seriöse wissenschaftliche Aussagen über die Größenordnung der Wanderungsbewegungen für die Zeit vor dem 19. Jahrhundert sind aufgrund fehlender Quellen unmöglich. Grund für die Lücke sind die fehlenden statistischen Möglichkeiten lokaler sowie nationaler Verwaltungsbehörden der damaligen Zeit.

verantwortlich. Einerseits die Globalisierung des Handels, welcher für das Einbinden mehrerer Städte in ein gemeinsames System verantwortlich zeichnete. Andererseits verlangte die kapitalistische Produktionsweise außerdem nach einer verstärkten Verbindung städtischer Zentren mit ihren jeweiligen Peripherien. In weiterer Folge wurden sie Teil der immer differenzierteren gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie übernahmen immer speziellere Funktionen, die Etablierung sehr ähnlicher städtischer Verbände schritt voran. Als Teil des umfassenden kapitalistischen Fortschritts kamen sie allmählich als Metropolen von nie da gewesener Größe zur Entfaltung.

Die Erwerbstätigkeit in Städten blieb nichts desto trotz anfänglich eher handwerklicher als industrieller Natur, zumindest betreffend Umfang und Organisation der Arbeitsschritte (womit beispielsweise auch Finanzunternehmer in diese Kategorie fallen). Die typische Form war das Familienunternehmen. Mittel und Markt waren begrenzt solange bis die eben erwähnte Öffnung in Richtung anderer Städte und des direkten Umlands erfolgte. Vor allem als Finanz- und Handelszentrum wurde die Stadt zum Mittelpunkt der kapitalistischen Produktionsweise. Die unmittelbaren Folgen dieser *Verstädterung der Produktionsweise* waren einerseits ein hohes Maß an Lohnarbeit. Andererseits wurde die Notwendigkeit Investitionen zu tätigen immer akuter. Wanderungsbewegungen großer Menschenmengen in die Großstädte verlangten nach großen infrastrukturellen Investitionen (öffentliche Versorgung, Wohnungen, Spitäler, Verkehrswege, etc.). Der daraus folgende Bauboom regte die Produktionsleistung aller damit zusammenhängender Gewerbe und Handwerke und somit das gesamtgesellschaftliche Wachstum an.

6.7. Krieg

Sowohl Resultat als auch Antriebskraft kapitalistischer Entwicklung waren kriegerische Auseinandersetzungen. Sie stellten eine wesentliche Komponente der sich herausbildenden gesellschaftlichen Verhältnisse dar, waren Teil der Produktion und somit auch deren Transformationsprozesses.

„Whatever the ultimate motivation, war remains essentially the organization of ‚labor‘ (the military) and ‚capital‘ (weaponry) [...]“ (Cipolla 1976, 128)

Zum vorrangigen Auslöser kriegerischer Konflikte wurde das Bedürfnis nach Expansion. Der Bedarf betraf allerlei Arten von Ressourcen, seien es Rohstoffe, Handelswege, Humankapital, o.a. „[T]he two main contemporary war issues [...] were struggles over dynastic territorial proprietary claims and over commercial monopolies and exclusive trading routes.“ (Teschke 2006, 53)

Hand in Hand mit dem kapitalistischen Aufschwung entwickelte sich die Kriegsführung sowohl quantitativ als auch qualitativ in großen Schritten weiter. Sie wurde fortan zur zentralen Triebfeder gewerblichen Wachstums. Folgt man Sella's Einschätzung, waren in diesem Kontext folgende Entwicklungen charakteristisch (vgl. Sella 1974, 243f.):

- Krieg fand vermehrt auf hoher See statt.
- Im Laufe des 16. Jahrhunderts wurde ein Großteil der Fußsoldaten mit Handfeuerwaffen ausgestattet.
- Als Folge der Ausstattung mit leichten Feuerwaffen konnte die Kavallerie wieder belebt werden.
- Die bewegliche Feldartillerie wurde eingeführt.
- Kriegsschiffe konzentrierten sich vermehrt auf das Abfeuern von Kanonen mit großer Feuerkraft. Gefechte Mann gegen Mann wurden immer irrelevanter.
- Im 17. Jahrhundert setzte ein enormer Rüstungswettlauf ein.
- Es etablierte sich eine völlig neue Art der Defensive (baulich, technisch und taktisch), vor allem aufgrund der technologischen Aufrüstung des Gegners.

Auf der technologischen Seite entsprangen die zentralen Entwicklungen vor allem Fortschritten in der Mathematik, der Geometrie und der Metallverarbeitung. Schon ab Beginn des 14. Jahrhunderts gab es erste Feuerwaffen, die allerdings (noch) nicht auf breiter Basis eingesetzt wurden oder werden konnten. Ab Mitte des 15. Jahrhunderts wurden Kanonen immer mehr zur Standardausrüstung auf Land und auf Wasser. Dies hatte einen enorm gesteigerten Finanzierungsbedarf zur Folge. Der gesteigerte Bedarf ging mit den größeren Möglichkeiten einher. Auf See waren die besseren Schiffe (s.o.: Kapitel 6.3. *Handel*) in der Lage, mehr Kanonen zu tragen. Auf Land konnten Kanonen ebenfalls leichter transportiert werden, mussten aber auch gegen verbesserte Schutzmaßnahmen ankämpfen. Die Möglichkeit, bronzene Kanonen durch eiserne zu ersetzen, war ein nächster Schritt, welcher das Ausrüsten von Schiffen stark verbilligte. Weitere Entwicklungen in der Waffenherstellung war das Ersetzen von Kanonenkugeln aus Stein durch solche aus Blei und Schmiedeeisen.

Dieselbe Entwicklung revolutionierte vor allem auch die Produktion von Geschützen für Pistolen und andere Handfeuerwaffen.

Das Antreiben der kapitalistischen Entwicklung durch neue kriegerische Möglichkeiten muss außerdem in Zusammenhang gestellt werden mit anderen sozio-ökonomischen Entwicklungen. Bestimmte finanzielle Neuerungen ermöglichten das Bereitstellen von Kapital. Und gewisse organisatorische Neuerungen, vor allem im politischen, öffentlichen Bereich, ermöglichten Finanzierung, Rekrutierung und Logistik, Komponenten, die für die klassische zwischenstaatliche Kriegsführung charakteristisch wurden. Die Herausbildung und Etablierung moderner Staatlichkeit stand in direktem Zusammenhang damit. In den ersten Momenten seines Bestehens war der moderne Staat zu einem nicht unwesentlichen Teil mit der Organisation von Krieg beschäftigt. Viele Neuerungen und Transformationen, wie die Einführung von Volkszählungen, dienten der Systematisierung staatlicher Einnahmen (Steuern), in erster Linie um Kriege finanzieren zu können.

„[T]he largest portion of public expenditure was always devoted to military affairs. The fact that so many developments of a technological nature, from the casting of iron to the emergence of schools of veterinary science and engineering, had military beginnings indicates clearly the sector favored by public spending.“ (Cipolla 1976, 51)

Auf diesem Wege trug Krieg, neben seiner grundsätzlich zerstörerischen Tendenz, nicht unwesentlich zur Weiterentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft bei.

6.8. Finanzen

Zu guter Letzt soll ein weiteres zentrales Charakteristikum des kapitalistischen Kontextes erwähnt werden, Entwicklungen im Finanzbereich. Jene Mechanismen, für die Territorium grundsätzlich eine Rolle spielt, werden an entsprechender Stelle (s.u.: Kapitel 8.6. *Geld*) gesondert erläutert. Einstweilen soll nur auf die zentrale Rolle von wirtschaftlichen und technologischen Innovationen hingewiesen werden. Sie erfüllten vorderhand die Funktion, oben genannte Entwicklungen zu unterstützen, ihre Produktion (finanziell) zu ermöglichen und weiter voranzutreiben. Dazu gehörten: *banking, loan systems, credit transfers, company partnerships, shares in stock, speculation in commodity futures, commercial insurance, news services*, etc. (vgl. Knox/Agnew/McCarthy 2003, 131). Am konkretesten und direktesten betrafen diese Neuerungen anfänglich den Warenhandel. Kaufmännische Unternehmungen

konnten mithilfe von doppelter Buchhaltung, dem praktisch endgültigen Übergang von Natural- zur Geldwirtschaft, der Entwicklung des Bankwesens und der damit in Zusammenhang stehenden Erfindung von Schecks, Buchgeld und Wechselbriefen effizienter organisiert und an die Bedürfnisse des Marktes angepasst werden.

7. Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Einordnung in die sozialwissenschaftliche Debatte

Die Beschäftigung mit dem Kapitalismus-Begriff sowie die Bestimmung jener Komponenten, die für die Beantwortung der Forschungsfrage Relevanz besitzen, wurden bewusst vor die nun erfolgende Einordnung in die sozialwissenschaftliche Debatte gereiht. Das Angebot an Beiträgen zu dieser Diskussion ist aufgrund seiner Größe nur schwer zu überblicken. Da dieser Fundus allerdings zu einem Gutteil das Forschungsmaterial der Untersuchung darstellt, gilt es, ihn möglichst präzise vorzuselektieren. Die Definition dessen, was unter Kapitalismus verstanden wird, ermöglicht demnach eine Fokussierung, die passende Antworten auf die Forschungsfrage verspricht.

Wissenschaftliche Entwicklung findet nie völlig losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen statt. Das beweist die Beschäftigung mit auf diesem Wege ausgewählten zentralen theoretischen Ansätzen. So konzentrierten sich nach der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Überlegungen zum Kapitalismus zu einem Gutteil auf die Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Steuerung. Daraus folgte bis heute oft ein Vergessen des historischen Charakters des gesellschaftlichen Systems. Die Probleme seiner Entstehung werden dementsprechend oft vernachlässigt. Dieser Tendenz bewusst entgegen soll die nun folgende Abhandlung die historische Spezifität des Kapitalismus betonen. Die Bezugnahme auf ein abgegrenztes Territorium ist ein historisches Spezifikum, also nichts Natürliches. Dieses Charakteristikum entsteht mit der Etablierung des Kapitalismus und in Zusammenspiel mit bestimmten kapitalistischen Mechanismen. Die zentralen Komponenten dieser Mechanismen sollen demnach hier identifiziert werden. Die relevanten historischen Rahmenbedingungen und Bezugsgrößen wurden im vorangegangenen Teil erläutert. An dieser Stelle geht es um die Identifikation charakteristischer Tendenzen, für die Territorium eine Rolle spielt bzw. welche vice versa für die Herausbildung von Territorien/Territorialität relevant bis verantwortlich sind. In den auf diese Weise gewonnenen Raster können die Funktionen von Territorium (s.u.: Kapitel 8. *Funktionen von Territorium*) eingeordnet und daran anschließend explizit erklärt werden. Der Unterschied zum Kapitel *Kontextualisierung kapitalistischer Entwicklung* (s.o.: Kapitel 6. *Bedingungen kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung*) besteht in der Konzentration auf charakteristische *Funktionsweisen* kapitalistischer Prozesse im Gegensatz zur Verknüpfung und Einbettung historischer Zusammenhänge.

Wie in den Erläuterungen zu den grundlegenden theoretischen Prämissen angeführt, lassen sich Veränderungen des Gesellschaftssystems stets auf strukturelle Entwicklungen zurückführen. *Struktur* ist bei Marx die Produktionsweise (inklusive Produktionsverhältnisse) des materiellen Lebens. Diese bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess. Mit Produktionsverhältnissen sind Arbeitsverhältnisse, Verteilungsverhältnisse und Klassenverhältnisse gemeint. Aus diesen Überlegungen abgeleitet wird die Fokussierung auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse. Jene des Feudalismus waren für die Entwicklung der Produktivkräfte hinderlich geworden. Die historisch spezifische Situation, dass die Mechanismen der Organisation von Gesellschaft dermaßen unwirksam geworden sind, zog eine tief greifende Neuordnung – nicht nur eine bloße Umverteilung von Vorteilen innerhalb des bestehenden Systems (vgl. Wallerstein 1998, 6) – nach sich. Die Entwicklung jener Produktivkräfte, welche die Produktionsverhältnisse dominierten, war von nun an ausgerichtet auf die Expansion produktiver Aktivitäten. Die Kapazitäten wurden also gesteigert mithilfe der Entwicklungen rund um Kapital, Technologie(n) und organisatorische Fähigkeiten/Möglichkeiten. Diese trugen zur Steigerung von sowohl Qualität als auch Quantität der zentralen kapitalistischen Verhältnisse bei: „[M]an’s productive capacity is a function of the quality and quantity of labor and capital“ (Cipolla 1976, 129).

Grundpfeiler der kapitalistischen Entwicklung war und bleibt das Zusammenspiel aller Ebenen von Gesellschaft mit deren ökonomischem Fundament. Erst im Zuge der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse kommt es zu so etwas wie einer „vereinten“ *sozio-ökonomischen* Kernstruktur von Gesellschaft, als welche die Vergesellschaftung durch Märkte oft bezeichnet wird. So sind beispielsweise Veränderungen des Handels – die Triebfeder der wirtschaftlichen Weiterentwicklung vor allem am Beginn der Etablierung des Kapitalismus – gewiss nicht der einzige Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. Sie sind aber ebenso wenig ausschließlich mit einer *wirtschaftlichen* Neuordnung in Zusammenhang zu stellen. „Veränderungen des Handels bringen Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur selbst zum Ausdruck.“ (Glamann 1974, 289)

Die folgenden Absätze sollen dennoch eine gewisse Systematik in die Erläuterung der zentralen Kräfte kapitalistischer Entwicklung bringen. Am augenscheinlichsten sind oft Neuerungen auf dem Gebiet der Technologie(n) bzw. Technik. Die Frage, die sich diesbezüglich stellt, ist jene nach dem tatsächlichen Grad der Relevanz dieser Entwicklungen für das Fortschreiten kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Bei Adam Smith sind es

expandierender Handel und eine Vertiefung der Arbeitsteilung, die zu einer Weiterentwicklung führen. Beide Komponenten können aber sowohl mit technologischen als auch mit organisatorischen Neuerungen in Zusammenhang gebracht werden. Etwas detaillierter nähern sich Knox/Agnew/McCarthy der Problemstellung an. Ihr sehr grundlegender Ausgangspunkt ist folgender:

„The cultural system of exchange and accumulation that emerged in late medieval Europe, allied to the political fragmentation of the region into territorial states (stimulating extra-European competitive expansion), was what made the peculiarly modern world economy possible.“ (Knox/Agnew/McCarthy 2003, 71)

Die Ursachen, welche die Autoren für diese Entwicklung ins Treffen führen, teilen sie auf in (vgl. Knox/Agnew/McCarthy 2003, 71):

1.) Technologische:

- a) Transporttechnologien (Ozean-taugliche Schiffe, später Dampfboote und Eisenbahn) ermöglichten eine Verbindung zwischen weiter abgelegenen Ressourcen und zentralen Märkten und
- b) militärische Technologien ermöglichten die Sicherung der notwendigen Bedingungen von Handel (*terms of trade*).

2.) Politische/rechtliche:

- a) die Etablierung von staatlichen Gewaltmonopolen innerhalb territorialer Grenzen, und die damit verbundene Regelung und rechtliche Sicherung von Eigentumsrechten, ermöglichte Handelskapitalisten (*merchant capitalists*), befreit von politischen Obligationen der Expansion ihrer ökonomischen Interessen nachzugehen.

Jedoch nehmen die Autoren keinerlei komparative Wertung vor, stellen die Ursachen gleichberechtigt nebeneinander. Bei Vries hingegen sieht das auf den ersten Blick anders aus. Der Unterschied liegt allerdings zumindest teilweise in der anderen Auswahl des zu betrachtenden Zeitabschnitts begründet, bezieht er sich doch konkret auf industrielle Veränderungen des 17. und 18. Jahrhunderts. Diese betreffend interpretiert er vor allem die organisatorischen Neuerungen als zentrale Ursachen, viel weniger fallen bei ihm die technologischen Neuerungen ins Gewicht (vgl. Vries 1976, 84). Da das Problem der *Einordenbarkeit* allerdings keinen Wert für die Beantwortung der Forschungsfrage hat, dienen

diese Beispiele ausschließlich dem Hinweis, dass die sozialwissenschaftliche Debatte nicht frei ist von Versuchen, die verschiedenen Ursachen gegeneinander abzuwägen.

Den eben angedeuteten Überlegungen von Vries steht zum Beispiel wiederum Cipolla's folgende Argumentationskette entgegen. Dem Vergleich vorwegschicken muss man, dass der Einsatz von *fixed capital* (s.u.) zwar Hand in Hand mit organisatorischen Veränderungen geht, diese allerdings durchwegs Resultat dieser technologischen Entwicklungen und derer Möglichkeiten sind¹². Cipolla schreibt:

„The thesis that fixed capital acquired a degree of importance only with the Industrial Revolution and, even then, only in the final stages of the Revolution, has never been questioned and has, indeed, been reasserted emphatically by a number of scholars.“ (Cipolla 1976, 96)

Mit *fixed capital* meint Cipolla ökonomische Güter, die aufgrund technologischer Weiterentwicklung nun wiederholt in mehreren Produktionszyklen zum Einsatz kommen (können), also Maschinen, Transportmittel, Behälter, Brücken, etc. Auch wenn relativierend hinzugefügt werden muss, dass diese Art des Kapitals zumindest in der Landwirtschaft schon länger eine gewichtige Rolle spielte, trifft die These vor allem für den Transportsektor ins Schwarze (v.a. für Fernhandel und Transport auf dem Wasserweg führten technologische Neuentwicklungen zu einer veränderten Rolle des *fixed capital*). Das Argument läuft letztendlich darauf hinaus, dass die Rolle des fixierten Kapitals vor der Industriellen Revolution eine sehr periphere war, sie allerdings nach der Industriellen Revolution eine enorm gesteigerte Bedeutung für den *manufacturing sector* erhielt. Cipolla stellt also vorderhand die technologischen Neuerungen dieser Zeit in den Vordergrund. Denkt man diese Zusammenhänge allerdings einen Schritt weiter, kommen in direkter Folge erneut organisatorische Entwicklungen ins Spiel. Denn erst die Einführung und Etablierung von Zinsen, Darlehen, und ähnlichen Erfindungen ermöglichte die Anschaffung und den Einsatz dieses fixierten Kapitals (in Form effizienterer Geräte, etc.), und in wieder weiterer Folge die bei weitem schnellere Amortisierung dieser Investitionen und die dementsprechend exponential ansteigende Produktivität. Außerdem steht auch hier die Antriebskraft namens *Nachfrage* im Hintergrund. Sie ist auf die Produktion von Windmühlen, Pumpen, Schiffen, etc. oder im Bereich der Kriegsführung von Waffen und somit auf die Produktion von *fixed capital* zurückzuführen.

¹² Im „schlimmsten Fall“ sind diese Interdependenzen Unterstützung für die ohnehin argumentierten gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge.

Ohne sich diesem argumentativen „Teufelskreis“ weiter ergeben zu wollen, lässt sich diesbezüglich ein impliziter Wertungsversuch der verschiedenen Ursachen erkennen. Ähnlich, aber an einem anderen Punkt ansetzend, klingen folgende Überlegungen von Minchinton. Im konkreten Fall fokussiert er auf die Finanzierung, die hinter der Expansion der kapitalistischen Produktionskräfte steht. Er attestiert der Entwicklung ein enorm ansteigendes Maß an Fremdfinanzierung. Während sich dieses Charakteristikum im privaten Bereich meist im Rahmen persönlicher Beziehungen abspielte, wurden um den Bedarf des Staates an Finanzmitteln zu decken, Banken gegründet (vgl. Minchinton 1974, 102). Sehr bald wollten sich auch Private am Angebot der Banken bedienen, den Meisten stand allerdings nach wie vor kaum bis gar kein überschüssiges Kapital zur Verfügung. Das Wachstum des Marktes wurde entsprechend gebremst, der Tauschkreis und natürlich die Investitionen verloren bald an Schwung. Hinzu kam die fehlende Sicherheit. Als Folge konnten sich anfangs nur jene Produktionszweige entwickeln, die geringen Anlagenkapitals bedurften. Dementsprechend entsprang die Weiterentwicklung zu einem Gutteil technologischen Fortschritten. Erst in weiterer Folge stieg auch die Nachfrage nach (größerem) Anlagekapital, die Investitionen vermehrten und vergrößerten sich (größere Maschinen, teurere Rohstoffe, schwierigere Produktionsprozesse, größerer Energiebedarf, etc.).

Zweierlei Schlüsse gilt es, aus der Gegenüberstellung dieser Beispiele zu ziehen. Erstens ist davon auszugehen, dass (vor allem) in einem prozessualen Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung keine lineare Ursache-Wirkungs-Kausalität argumentiert oder ausgemacht werden kann. Somit fällt auch eine gewichtende Gegenüberstellung von technologischen und organisatorischen (und etwaigen anderen) Entwicklungen aus. Zweitens tritt die Problematik der Einordenbarkeit so akut und offensichtlich zutage, dass eine Diskussion selbiger den eben erfolgten Erläuterungen direkt folgt.

Wenn es unmöglich oder zumindest unsinnig ist, einen *Beginn des Kapitalismus* zu datieren, wie wirkt sich das auf die Möglichkeit kapitalismuskritischer Ansätze aus, ihren Gegenstand festzumachen? Zugespitzt formuliert: Welche Mechanismen, Prozesse, Phänomene sind trotz aller Relativierungen „typisch kapitalistisch“? Also welche Entwicklungen müssen, in Abstimmung mit den bereits postulierten Charakteristika der Gesellschaftsform Kapitalismus (s.o.: Kapitel 5.3. *Kapitalismus*), in den Blick genommen werden?

Der Anfangspunkt ist grundsätzlich schon ausgemacht – das Ende des Feudalismus und die damit beginnende Moderne – und stellt zugleich das Problem dar. In der Geschichtswissenschaft werden gemeinhin zwei Initialzündungen für die Entwicklung post-feudaler und als solches moderner Gesellschaft(en) ins Treffen geführt. Einerseits Entwicklungen auf der technologischen Ebene (die Entwicklung moderner Wissenschaft), andererseits Entwicklungen auf der ökonomischen Ebene (die Erschließung neuer Märkte; Übersee, etc.). Doch welche Ansätze beschäftigen sich mit der historischen Einordnung dieser zentralen Entwicklungen, welche Optionen bietet die sozialwissenschaftliche Debatte diesbezüglich an? Ein Beispiel ist Le Goff, der die Anfänge „jener moderner Wirtschaft [...], die später Kapitalismus heißen sollte“ (Le Goff 1996, 31) im 12./13. Jahrhundert verortet. Er beschreibt, dass selbst die in Europa so mächtige christliche Kirche sich dieser Entwicklung (inklusive Herausbildung der Geldwirtschaft, etc.) anpassen musste. Sie ließ bestimmte Profite zu, und verdammt bestimmte Handelspraktiken nicht mehr als Wucher (Le Goff 1996, 31). Demnach begann schon hier die umfassende Dominanz spezifischer ökonomischer Mechanismen, die später als *kapitalistisch* bezeichnet wurden. Peet wiederum identifiziert um 1400 die ersten Anzeichen für die Entwicklung des modernen Kapitalismus (vgl. Peet 1991, 98). Oder aber man bezieht sich auf Knox/Agnew/McCarthy, die meinen, eine Art wissenschaftlichen Konsens betreffend den Beginn des 16. Jahrhunderts gefunden zu haben:

„Certainly, price-setting markets in the modern sense took many years to become established. They did not spring up overnight in the sixteenth century. In particular, labour did not become a commodity to be bought and sold like any other (wage labour) until the late eighteenth century (Brenner, 1977). But it is probably academic pedantry at the worst sort to restrict the term capitalist to the last two centuries alone. Most commentators are agreed that between 1500 and the late eighteenth there was a vast expansion of trade within Europe, and between Europe and other parts of the world, based increasingly on market exchange.“ (Knox/Agnew/McCarthy 2003, 72).

Doch lässt selbst diese „Übereinstimmung“ hauptsächlich Rückschlüsse auf die Unbestimmbarkeit zu. Eine weitere mögliche Herangehensweise führt Roseberry ins Treffen. Er verweist auf N.D. Kondratieff's Theorie der „*long waves of capitalist development*“ (vgl. Roseberry 2002, 66f.), bzw. deren Erweiterung durch Ernest Mandel. Dabei wird die erste Phase kapitalistischer Entwicklung erst rund um die Jahrhundertwende zwischen 18. und 19. Jahrhundert angesiedelt. Festgemacht wird sie an der Entwicklung spezifischer technologischer Komplexe und Innovationen (Mandel), bzw. an Preis- und Einkommensentwicklungen sowie Handels- und Produktionsbilanzen (Kondratieff). Dementsprechend wird oft der Versuch unternommen, zumindest die beginnende

Herausbildung schon früher anzusiedeln (Arbeitsteilung, Urbanisierung, Industrialisierung, Merkantilismus, etc.). Dies geht auch mit der Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand konform, da sich Territorium und seine Funktionen nur allmählich aus Bestehendem entwickelten. Das Festmachen von Kapitalismus anhand eigens definierter *voll ausgebildeter* Charakteristika trägt insofern auf vielen verschiedenen Wegen zu einem besseren Verständnis kapitalistischer Mechanismen bei. Nimmt man daran Anleihen, muss man sich dementsprechend klar darauf verständigen, seine eigene Betrachtung nicht absolut und unrevidierbar diesen Definitionen auszuliefern. Roseberry verweist darauf, dass es auch Wolf mit dieser „Taktik“ hielte:

„In *Europe and the People without History*, for example, Wolf (1982) found Kondratieff's analysis of long waves helpful for his understanding and analysis of capitalism, but he situated capitalism proper within a longer history of European mercantile expansion, which was in turn situated within an even longer history of 'global' exchange in which Europe had played a peripheral role.“ (Roseberry 2002, 68)

Einige WissenschaftlerInnen versuchen zwecks Systematisierung nichts desto trotz die Entwicklung in verschiedene Stadien zu unterteilen. Solange sie dennoch betonen, dass die verschiedenen Phasen nicht überall gleichzeitig stattfinden und die Übergänge zwischen ihnen fließend verlaufen, lässt sich dagegen auch kein Einwand vorbringen. Dana Torr zufolge müsse man im Übergang der Gesellschaft von einer feudalen zu einer kapitalistischen die Zwischenstufen der einfachen Warenproduktion beachten, diese wären die wesentlichen Schritte auf dem Weg in Richtung Kapitalismus. Maurice Dobb hingegen löst das Problem der Übergangszeit bis zur endgültigen Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse mit der Argumentation einer Änderung der Produktionsverhältnisse bei gleich bleibender Form der Produktivkräfte¹³. Und Althusser/Balibar denken immerhin zweieinhalb Jahrhunderte von 1500 – 1750 als Zwischenschritt in Richtung Kapitalismus (vgl. Althusser/Balibar 1972). Sie unterscheiden auf diesem Weg vom feudal agrarischen Europa, über das kommerzialisierte Europa, hin zum industrialisierten Europa zwischen *Frühkapitalismus* und *voll entfaltetem Kapitalismus* (vgl. Wallerstein 1998, 4f.). Wie unterschiedlich derartige Interpretationen ausfallen können, zeigt sich, wenn man diese Betitelung(en) jener von Kromphardt gegenüber stellt. Bei ihm bedeutet *Frühkapitalismus* die erste Entwicklungsphase des Kapitalismus bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (vgl. Kromphardt 2004, 50).

¹³ Zu einer genaueren Darstellung der inner-marxistischen Debatte bzgl. der Periodisierung vgl. Wallerstein 1998, 4ff.

Wie Cipolla richtig argumentiert, kann die Entwicklung Europas (und der globalen Gesellschaft; Anm.) nicht als regelmäßig und in allen Teilen parallel verlaufend verstanden werden. So widersprechen die Länderbeispiele von Norditalien für die erste Hälfte oder Frankreich für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts der allgemeinen Charakterisierung dieses Jahrhunderts als *goldenes* genauso wie Holland, England und Schweden im darauf folgenden 17. Jhdt. keineswegs die allgemein attestierte Depression erlitten (vgl. Cipolla 1976, 231f.). Dementsprechend gilt es, Trends in einem viel größeren Rahmen zu fassen, Trends, die sich über längere Zeiträume hinweg skizzieren und verfolgen lassen, vor allem aber Trends, die in einem größeren, also globaleren Zusammenhang zu verstehen sind. Nationalökonomische Genealogien können insofern also nur exkursartig herangezogen werden, um die Argumentation zu unterstreichen. Die spezifischen Aufs und Abs dürfen den hypothetischen Annahmen oder schon erzielten Ergebnissen mittel- und langfristig nicht widersprechen, müssen diesen in ihrer allgemeinen Tendenz entsprechen um sie zu bestätigen. Fokussiert man separiert auf nationalstaatliche Ökonomien, lässt sich für viele Staaten ein wirtschaftliches Auf und Ab attestieren. Bezieht man allerdings einen zeitlich wie erdräumlich größeren Horizont mit ein, ändern diese Schwankungen nichts an den allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen.

Und diese Tendenzen lassen sich, leicht vereinfacht, folgendermaßen zusammenfassen. Die prä-moderne Gesellschaft war:

- stark agrarisch geprägt,
- die meisten Menschen lebten auf dem Land,
- Städte waren bis auf wenige Ausnahmen größere Dörfer, die nur als lokaler Marktplatz dienten,
- die durchschnittliche Produktionseinheit war klein,
- die Transportmittel waren dürftig,
- es gab kaum Spezialisierung,
- Tauschgeschäfte herrschten vor,
- die Produktauswahl war klein und
- der Großteil des Bedarfs beschränkte sich auf überlebenswichtige Produkte.

Generell war die Nachfrage eher höher als das Produktionsvolumen, sie hielten sich aber noch relativ die Waage. Bald waren es jedoch eine Vielzahl an sich gegenseitig beeinflussenden Entwicklungen, welche die Produktivität voran trieben. Neben technischen Neuerungen waren das:

- der größere Bedarf aufgrund wachsender Bevölkerung,
- die Erhöhung der Kaufkraft durch die eine Ausweitung der Kreditmöglichkeiten,
- die Erschließung neuer Märkte,
- die Etablierung des Unternehmertums,
- eine Verschärfung des Konkurrenzdrucks und
- neue ökonomische wie politische Organisationsformen.

Das europäische Wirtschaftswachstum zeichnete sich in weiterer Folge aus durch:

- rasches Bevölkerungswachstum,
- die Entstehung neuer Gewerbezweige,
- eine Intensivierung der Bodennutzung und
- eine Expansion des Handels.

Der Handel entwickelte sich immer mehr zu einem der Hauptdarsteller. Das Zeitalter des Frühkapitalismus oder Handelskapitalismus – eine weitere Bezeichnung wäre jene des Merkantilismus – war Folge einer enormen Expansion des Marktes auf allen Ebenen. Absatzstockungen ließen ihn jedoch an seine Grenzen stoßen und verlangten nach qualitativer und quantitativer Ausdehnung. Und auch wenn die meisten Staaten bevölkerungs- und produktionsmäßig noch als Agrarstaaten charakterisiert werden (müssen), wiesen sie schon in vielerlei Hinsicht post-feudale Momente auf. Neu war vor allem der Kausalzusammenhang zwischen Außenhandel und Wohlstand (vgl. Glammann 1974, 271). Technische Neuerungen gingen all diesen neuen Anforderungen sowohl vorweg als auch hernach.

Allerdings korrespondierte der Wohlstand bald nicht mehr mit den produktiven Kapazitäten. Die enorme Nachfrage konnte aufgrund des Reichtums durch den Import ausländischer Produkte gestillt werden. Die Produktivität zog nicht mit der stetig wachsenden Wirtschaft mit. So war beispielsweise Spanien am Ende des 16. Jahrhunderts zwar reicher als hundert Jahre zuvor, der gesellschaftliche Entwicklungsstand (Organisation, Technologie und Wissensstand betreffend den Produktionsprozess) war allerdings derselbe. Der (ökonomische) Abstieg im globalen Vergleich(!) war vorprogrammiert. In absoluten Zahlen jedoch entwickelte sich auch die spanische Gesellschaft und ihr ökonomisches Fundament weiter.

Zeigten die Indikatoren wirtschaftlichen Aufschwungs auch noch so flach nach oben, die Zuwächse waren immer noch unvergleichbar größer als in feudalen Zeiten. Die bereits erwähnte Ungleichzeitigkeit war nicht Hemmschuh sondern Antrieb kapitalistischer Entwicklung. Diese Unterschiede und dadurch entstehenden Dynamiken sind, dem umfassenden Charakter des Kapitalismus entsprechend, nicht auf Europa begrenzt, fanden jedoch in ihm ihr Zentrum.

„[N]o single centre was the birthplace of capitalism. Europe's sole advantage was its location relative to the New World. By plundering the Americas, Europe accumulated capital, made a more rapid transition to capitalism, and gained control of Asian and African trade bringing their rise to a halt. What had been a uniform process of development became uni-centered.“ (Peet 1991, 105)

Um aber zurück zu kommen zu den allgemeinen, übergreifenden Tendenzen dieser Entwicklung: Die bereits erwähnten Prozesse fanden am offensichtlichsten Ausdruck in der Ausdehnung des Handels und damit einhergehend dem Wachstum von Städten.

„Increased trade and urban growth were both a cause and an effect of the transition from feudalism; but they were also hallmarks of the new economic order.“ (Knox/Agnew/McCarthy 2003, 128)

Die Organisation von Produktionsprozessen veränderte sich – auch hier weder eindeutig als Ursache noch als Wirkung darzustellen – entsprechend. Grundsätzlich gilt diesbezüglich:

„[O]rganizational forms [...] vary according to the levels of technology, the size of the markets, and the types of production.“ (Cipolla 1976, 112)

Während heute die vorherrschende technische Produktionseinheit die Firma ist (hohe Konzentration an Lohnarbeit und Maschinen), war es im vorindustriellen Europa die Werkstatt (*workshop*) (minimale Konzentration an Arbeit und Kapital; Lohnarbeit so gut wie nicht vorhanden). Während der Lohnarbeiter in einer modernen Fabrik mit fremdem Kapital arbeitet, und in hoch spezialisierten Routine-Arbeitsschritten jeder für sich nur einen kleinen Teil zu der Finalisierung eines Produktes beiträgt, arbeitete der vorindustrielle Handwerker (*craftsman*) meist mit seinem eigenen Kapital und begleitete den gesamten Produktionsprozess des Produkts. Die Verbindung zum Markt stellte erst der Handelsunternehmer her. Die Produktionsweise des Feudalismus bezeichnet Wallerstein als „redistributiv oder tributär“ (vgl. Wallerstein 1998, 7).

Faktoren, die diesen Produktionsprozess beeinflussten und zu veränderten Produktions- und Verteilungsverhältnissen führten, waren (vgl. Cipolla 1976, 116):

- die gesteigerte Arbeitsteilung zwischen Ökonomien auf Grundlage der Entwicklung des globalen Handels,
- die Ausbreitung ökonomischer Handlungen auf verschiedene Ebenen (*economies of scale*),
- eine effizientere Verteilung der Produktionsfaktoren,
- technologische Entwicklungen und
- bessere Bildung.

Von diesen allgemeinen charakteristischen Tendenzen ausgehend, erfolgt im direkten Anschluss die Identifikation der Rolle des Untersuchungsobjektes. Die dieser Suche vorangegangenen Erläuterungen stellen *theoretischen Rahmen* und *Fundgrube der Evidenzen* zugleich dar.

8. Funktionen von Territorium

Der folgende Abschnitt stellt den ersten Teil der Analyse dar. Gesucht wird nach Funktionen von Territorium für die kapitalistische Gesellschaft. Die Ergebnisse entstammen einerseits der kritischen Beschäftigung mit theoretischen Betrachtungen der kapitalistischen Gesellschaft sowie deren Organisation. Andererseits beziehen sie sich auf Erkenntnisse historischer Untersuchungen. Ziel ist es, mehr Klarheit zu erhalten betreffend die Rolle(n), die Territorium im Rahmen zentraler gesellschaftlicher Prozesse einnimmt. Diese werden aus der enormen Menge an vorhandenem Untersuchungsmaterial (s.o.: Kapitel 2. *Untersuchungsmaterial*) extrahiert und separiert erläutert. Hinzu kommt der Anspruch, die herangezogenen Überlegungen in der sozialwissenschaftlichen Debatte zu verorten. Dementsprechend wird versucht, jene Prozesse, Mechanismen und Institutionalisierungen, für die Territorium laut vorliegendem Material eine Rolle spielt, möglichst prägnant darzustellen.

Die Benennung dieses Teils als *Funktionen von Territorium* deutet auf die Analyseleistung der Untersuchung hin. Sie besteht darin, zu erklären, welche Funktionen Territorium im Rahmen spezifischer gesellschaftlicher Phänomene erfüllt. Die unter dieser Überschrift angeführten Phänomene betiteln nicht direkt die Funktionen, sie verweisen auf jene Verhältnisse, Beziehungen, Mechanismen und Prozesse, für deren jeweilige Funktionsweise Territorium eine Rolle spielt.

Die getrennte Darstellung der Funktionen dient der Klarheit der Ergebnisse. Die betrachteten Mechanismen funktionieren keineswegs unabhängig voneinander. Die betrachtete Komponente Territorium ist selbst bestes Beispiel für die vielschichtigen Interdependenzen. Dementsprechend überschneiden sich die Erläuterungen der einzelnen Funktionen an zahlreichen Stellen. Umso schwieriger ist es, sie nachvollziehbar logisch aneinander zu reihen. Da weder eine funktionale Hierarchie noch eine zeitliche Genealogie impliziert werden soll, ist die Reihenfolge nicht unwiderruflich als solche zu verstehen. Im Sinne der oben argumentierten zeit- und ortsungleichen Entwicklung des gesamtgesellschaftlichen Ordnungsprinzips Kapitalismus bestehen und entwickeln sich die herausgelösten Komponenten parallel und in direkter Beziehung zueinander.

Die Betrachtung des sozial-räumlichen Organisationsprinzips *exklusives* Territorium steht in einem engen Zusammenhang mit Staat und Staatlichkeit. Nichts desto trotz ist davon auszugehen, dass Territorium in seiner ursprünglichen Konstituierung unabhängig von Staat

zu denken ist. Das bedeutet, dass Territorium grundsätzlich auch unabhängig von moderner Staatlichkeit funktioniert, was die Geschichte seiner Entstehung und Etablierung auch belegt. Da aber sehr bald und vor allem sehr umfassend der (spätere National)Staat davon Gebrauch machte und Territorialität für sich vereinnahmte, kann dieser nicht außen vor gelassen werden. Die Miteinbeziehung des Nationalstaates redet keineswegs dem *Methodologischen Nationalismus* das Wort (s.o.: Kapitel 1. *Einleitung*). Viel mehr übt gerade die Argumentation einer *nachträglichen Vereinnahmung von Territorialität* durch nationale Staatlichkeit Kritik an jeglicher Art der Naturalisierung nationalstaatlicher Territorien, sei es auf der wissenschaftlich-theoretischen oder der alltagspolitischen Ebene.

Am Beginn der Erläuterung jener sozialen Phänomene, in deren Rahmen Territorium eine oder mehrere Funktionen einnimmt, steht der für Entstehung und Etablierung des Kapitalismus zentrale Prozess der Urbanisierung. *Städte* waren die ersten politischen Einheiten, die ihr Territorium klar abgrenzten und innerhalb dieser Grenzen ein Nebeneinander verschiedener Herrschaftsansprüche ausschlossen. So gesehen verkörperten sie eine Art „Mini-Staat“ oder können im Nachhinein als Prototyp des späteren Territorialstaats gesehen werden. Die gesellschaftliche Organisation ökonomischer und politischer Prozesse erlebte eine neue Art der *Zentralisierung*. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auf zum Beispiel das Zur-Verfügung-Stellen von *Infrastruktur*, die Systematisierung von *Steuereinnahmen* o.ä. In engem Zusammenhang stehend mit der Entwicklung und Etablierung neuer Formen von *Geld*(wirtschaft) ging außerdem die Etablierung typischer Charakteristika der kapitalistischen Gesellschaft einher. Dazu gehören die *Trennung von Politik und Ökonomie*, die Unterscheidung von *Besitz und Eigentum* sowie die Differenzierung von *Kapital und Arbeit*. Über all dem stand die allmähliche Institutionalisierung eines singulären weltumspannenden *Internationalen Systems*, welches seine einzelnen Mitglieder in einem ständigen Mit- und Gegeneinander, in einem dynamischen Beziehungssystem von *Konkurrenz und Kooperation* vereint. Was die Staaten in dessen Kontext untereinander formal gleichstellt und somit ergänzend verbindet, ist die Monopolisierung von Gewalt innerhalb territorialer Grenzen sowie der Versuch der Festschreibung selbiger durch die *Produktion nationaler Identität*. Diese Prozesse, Mechanismen und Institutionalisierungen inkorporieren also Territorium, nehmen auf verschiedenen Wegen Bezug auf diese Form der sozial-räumlichen Organisation und sind für dessen Produktion und Reproduktion mitverantwortlich.

8.1. Stadt

Der Aufstieg europäischer Städte geht auf die Entwicklungen des 10., 11. und 12. Jahrhunderts zurück und somit auf die Rahmenbedingungen eines armen und primitiven Kontinents, dessen Gesellschaft sich betreffend Produktion, Handel, Arbeitsteilung, Bildung, etc. auf sehr niedrigem Niveau bewegte, in Teilbereichen sogar niedriger als zuvor. „The use of money almost completely disappeared. The population was small, production meager, and poverty extreme.“ (Cipolla 1976, 146) Jedoch sollte eben diese Krise den Antrieb darstellen für grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur. Die Motoren, die diese Kraft in effektive Veränderungen umzusetzen vermochten, waren technologische und demographische Neuerungen. Für die Städte bedeutete das in erster Linie unvergleichlich starke Immigration. Die zuwandernde Landbevölkerung setzte das Wachstum in Gang und stellte die städtische Struktur vor qualitativ und quantitativ neue Aufgaben. Gleichzeitig ging es auch in den ländlichen Gebieten Europas bergauf. Verantwortlich dafür zeichneten technologische Innovationen, finanzielle Investitionen, sowie die Reorganisation von Besitz – sowohl notwendig geworden als auch ermöglicht aufgrund der Abwanderungsbewegungen. Nichts desto trotz schien das Maximum an Produktivität bald erreicht. Die Bauern sahen keine Chance sich zu befreien und auch der niedrigere Adel erkannte keine Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Aufstiegs. Dementsprechend trieb es viele von ihnen bald in die Stadt, in welcher feudale Hierarchien viel eher hinter sich gelassen werden konnten.

„Im Mittelalter vollzieht sich etwas für Europa Wesentliches, und zwar der Übergang von einer am Anfang sehr stark ländlich geprägten Gesellschaft zu einer städtischen Gesellschaft [...]“. (Le Goff 1996, 84)

Der Schwerpunkt sozialer Produktion und Reproduktion verlagerte sich also zunehmend in Richtung der Städte und ließ diese langsam im wahrsten Sinne des Wortes zu *Zentren* werden. Als Pull-Faktoren für die Migrationsströme führt Cipolla beispielsweise Arbeitsmöglichkeiten, politischen Frieden und religiöse Toleranz an. Er verweist darauf, dass es aufgrund sich ändernder und ausweitender Bedürfnisse sogar zu ersten Versuchen gezielter Anwerbungspolitik kam: „Administrators busied themselves [...] with devising ways to attract foreign craftsmen, especially those who could bring them new industries or new techniques.“ (Cipolla 1976, 179) Relativierend muss an dieser Stelle hinzugefügt werden, dass dieses „Anlocken“ nicht Auslöser der fundamentalen Transformationen war, sondern nur Ausdruck der veränderten sozialen, technologischen und ökonomischen Bedürfnisse. Diese verlangten nach bisher in diesem Ausmaß nicht vorhandenen Ressourcen (Arbeitskraft,

spezielle Fähigkeiten, Rohstoffe, etc.) und schufen dementsprechend die Möglichkeiten für deren Zuzug, Produktion oder Import.

In logischer Folge resultierte das Wachstum weniger in einem Entstehen neuer Städte, sondern bedeutete viel mehr ein unverhältnismäßig großes Wachstum bestehender Städte. Am stärksten betroffen waren jene, die von der Entwicklung neuer Arten der Erwerbstätigkeit oder von der Verlagerung von Handelswegen profitierten. Städte, die zuvor nie mehr als 20.000 bis 30.000 Einwohner zählten, wurden zu richtigen Metropolen. Amsterdam, Berlin, Madrid, Moskau und Wien wuchsen auf das Vier- bis Fünffache, London gar auf das Zehnfache an (vgl. Roger Mols 1974, 21). Die Bedürfnisse veränderten und vermehrten sich. Die einfache Beschaffung von Nahrungsmitteln aus dem Umland reichte nicht mehr aus. Es mussten Vorräte aus größerer Entfernung angekauft und angelegt werden; Handel sowie der Bereich der Lagerung stießen in völlig neue Dimensionen vor. Die gesamte Peripherie richtete ihre Produktionsleistung danach aus, eine Hand voll westeuropäischer Zentren zu versorgen. Hunderttausende osteuropäische Bauern mussten für den entsprechenden Getreide-Überschuss sorgen, Millionen von Sklaven mussten auf lateinamerikanischen Plantagen Zucker für den europäischen Markt produzieren, große Teile der europäischen Landbevölkerung mussten in die Städte ziehen und unzählige Tiere wurden zu Werkzeugen „umgewandelt“ (vgl. Vries 1976). Allmählich entwickelte sich eine völlig neue Form wirtschaftlichen Zusammenarbeitens, welche einen Grundpfeiler kapitalistischer Entwicklung darstellt. Die gesamtgesellschaftliche *Arbeitsteilung* ermöglichte ein effizienteres Produzieren auf Grundlage von Differenzierung und Spezialisierung. Auf der anderen Seite verlangte sie jedoch nach Koordinationsleistungen sowie nach einer Transformation des Transportsystems. Schließlich wollten die Strecken zwischen den einzelnen Gliedern der Produktionskette möglichst schnell zurückgelegt werden. In den Städten konzentrierten sich nicht ausschließlich die (neuen) Bedürfnisse. An selber Stelle entstanden und etablierten sich auch jene Technologien, welche die notwendigen Voraussetzungen schufen um diese zu stillen. So waren sowohl die wirtschaftlichen Neuerungen, welche die finanzielle Organisation ermöglichten (Verlagswesen, Banken, Kreditinstitute, etc.), als auch die notwendigen Entwicklungen im Bereich von Logistik und Transport (Lagerhäuser, Hafenanlagen, Transportunternehmen, Straßen, etc.) in den Zentren angesiedelt und wurden von dort aus koordiniert. Eine Differenzierung und Spezialisierung des sekundären und tertiären Sektors konnte überhaupt nur erfolgen, weil das Aufblühen der Städte „das Problem der Koordination

der frühen arbeitsteiligen Wirtschaft lösen half“ (Borchardt, R. (1972): *Grundriss der deutschen Wirtschaftsgeschichte*; zitiert nach Kromphardt 2004, 55).

Der Dienstleistungssektor, speziell der Handel stieg zum primären Wirtschaftsfaktor der Städte auf und zeichnete gemeinsam mit dem allgemeinen Bevölkerungswachstum für die urbane Dominanz verantwortlich. Davon zeugt allein die Tatsache, dass ihr Wachstum sich selbst dann fortsetzte, wenn das gesamtgesellschaftliche Wachstum vorübergehend stagnierte. Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft basierte also sehr früh auf dem Aufstieg der Städte.

„Thanks to the central role of the town in European development in the Middle Ages, almost all of the western part of the continent was integrated into a mature urban system by the sixteenth century [...].“ (Sutcliffe 1998, 300)

Die städtische Expansion wirkte sich auf einer Vielzahl von Ebenen aus (vgl. Minchinton 1974). Die vom städtischen Kollektiv übernommenen Funktionen beanspruchten mehr Raum. Wasserversorgung, Straßen, Straßenbeleuchtung, Müllentsorgung und Kanalsysteme mussten ausgebaut und verbessert werden. Außerdem stieg der Bedarf an Schutz vor Krieg und Unruhen, also an äußerer und innerer Sicherheit. All das waren Aufgaben, die es galt, zunehmend in Form einer städtischen Gemeinschaft oder einer ähnlichen Form der öffentlichen Verwaltung zu organisieren. Gemeinsam mit den sich grundlegend transformierenden Gesellschaftsstrukturen – Stärkung der städtischen (akademischen) Mittelschicht, Schwächung des Einflusses des Adels, bessere Voraussetzungen für Handwerker und Arbeiter – entwickelten sich die Städte zu völlig neuen politischen Einheiten. Sie standen sozusagen an der Spitze der gesamtgesellschaftlichen Transformation.

„With the appearance of the medieval city and the emergence of the urban bourgeoisie, a new Europe was born. Every sector of social and economic life was transformed. Sets of values, personal conditions and relations, types of administration, education, production, and exchange, all underwent drastic transformation.“ (Cipolla 1976, 145)

Für diese Entwicklung gilt zu beachten, dass die entstehenden städtischen Strukturen keine Organe größerer Einheiten, sondern eigenständige, von ihrem Umland und anderen Städten abgegrenzte Entitäten waren. Dies zog eine in allen Belangen völlig neue ökonomische Kultur und vor allem Struktur nach sich. Die Folgen waren eine andere Nachfragestruktur in Bezug auf Produkte, Kooperation(en), Verteidigung, gesetzliche Regelungen und vieles mehr. Diese neuen Arrangements legten die Basis für grundlegend andere Verhältnisse. Auf der einen

Seite verlangten sie nach, auf der anderen Seite ermöglichten sie Beziehungssysteme ökonomisch und politisch formal gleicher Akteure. „In the cities, a horizontal arrangement emerged, characterized by a cooperation among equals.“ (Cipolla 1976, 144)

Die Stadt wurde inmitten einer agrarisch geprägten feudalen Gesellschaft zur „Speerspitze“ des sich herausbildenden Kapitalismus. „[T]he city was the womb of capitalism within feudal society.“ (Peet 1991, 82) Sie war Ausgangspunkt innovativer Ideen sowie neuer sozialer und ökonomischer Praktiken. Städte kratzten am Gebäude des feudalistischen Systems. Sie konnten sich von feudalen Bindungen und Beziehungen lösen, ihre Bewohner waren von Gutsherrschaft und Leibeigenschaft befreit. Macht sollte innerhalb der städtischen Grenzen schon bald nicht mehr auf Grundbesitz basieren. In der Stadt kam es erstmals zu einer Ablösung der persönlichen und dinglichen Verpflichtungen durch Verpflichtungen in Form von Steuern (zugunsten der Stadtgemeinde) und Pachtzins (das erst auf Grundlage von Privateigentum möglich wurde; s.u.: Kapitel 8.8. *Der Unterschied von Besitz und Eigentum*). Grundlegende Komponenten des kapitalistischen Gesellschaftssystems konnten sich erstmalig im klar festgeschriebenen Rahmen städtischer Verhältnisse herausbilden.

„Die Scheidung zwischen dem öffentlich-rechtlichen Prinzip der territorialen Oberhoheit und dem Privateigentum an Grund und Boden vollzieht sich im mittelalterlichen Europa am frühesten und vollkommensten in den Mauern der Stadt.“ (Paschukanis 1991, 141)

Die Entwicklung kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse fand also anfänglich konzentriert, im wahrsten Sinne des Wortes, im *Rahmen des kapitalistischen Prototyps Stadt* statt. Ihr Bild wurde „oberflächlich“ zu einem Gutteil von Händlern geprägt.

„[T]he conductors of change were the merchants living in cities, places where economic life was oriented towards exchange-value and profit making. Waves of change spread from these commercial cities creating regions of capitalism in an otherwise feudal space, with merchants as the organizers of the new form of capitalist production.“ (Peet 1991, 109)

Die strukturelle Basis dafür stellten jedoch demographische Entwicklungen wie Bevölkerungswachstum oder die Mobilisierung „latenter Reserven“, also von Frauen und Kindern bzw. durch die Verlängerung der Arbeitszeiten, für den (industriellen) Produktionsprozess (vgl. Harvey 1985) dar. Hinzu kamen Prozesse *geographischer Konzentration*, welche dazu beitrugen, die Mobilisierung des Mehrwerts von Kapital und Arbeit(skraft) überhaupt zu ermöglichen.

„The migration of surplus labor power from the country to the city, the urban concentration of wealth by merchants [...] and usurers (undermining landed property and converting it into money wealth) together with the extraction of a surplus product from the countryside for the benefit of the city, facilitated both the social and geographical concentration of the surpluses.“ (Harvey 1985, 317)

Kapitalistische Produktion konnte zwar grundsätzlich zu einem großen Maße von den bisher bestehenden Zwängen spezifischer geographischer Gebundenheit gelöst werden.

Spezialisierung und Differenzierung des kapitalistischen Produktionsprozesses sowie die Möglichkeiten moderner Technologien (wie Transport- und Kommunikationssysteme) entkoppelten die meisten Arbeitsschritte vom notwendigerweise direkten Zugang zu lokal konzentrierten Fähigkeiten, Rohmaterialien und Energiequellen. Im selben Atemzug ermöglichten sie jedoch auch die Ausrichtung nach neuen Vorzügen regionaler Konzentration und regten derartige Tendenzen entsprechend an. In Zusammenhang damit standen allen voran die Entstehung neuer Formen der Geldwirtschaft und des Handels sowie, damit einhergehend, die Präsenz dazugehöriger Institutionen. Das Problem stellte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr der Zusammenhang von Ressourcen, Energiequellen und handwerklichen Fähigkeiten dar. Viel mehr ging es darum, Kapital und Arbeit an einem bestimmten Punkt im Raum zusammen zu bringen, um einen Produktionsprozess zu ermöglichen und, vor allem, um ihn in Gang zu setzen. Die für dieses Schauspiel erforderliche Bühne stellte die Stadt zur Verfügung (vgl. Harvey 1985).

Städte waren im Zuge dieser Entwicklungen keineswegs an territorialer Expansion – in Konkurrenz zu den Feudalherren – interessiert. Sie konzentrierten sich auf das Abgrenzen und Abschließen ihres Territoriums, um eine effektive Administration und Organisation zum Zwecke wirtschaftlichen Erfolgs innerhalb dieser Grenzen zu ermöglichen. Gleichzeitig bedurfte es eines gewissen Maßes an Ressourcen und Kapazitäten, um eine rechtlich unabhängige und eigenständige Administration überhaupt institutionalisieren und erhalten zu können. Diese beiden Seiten ein und derselben Medaille bedingten und ermöglichten sich also gegenseitig. Die Territorialisierung der städtischen Aufgabenbereiche ermöglichte eine einigermaßen effektive Organisation dieser Schritte. Die Beschaffung der notwendigen Kapazitäten (s.u.: Kapitel 8.5. *Steuern*) erfolgte ebenso wie die Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Leistungen (s.u.: Kapitel 8.3. *Zentralisierung* und Kapitel 8.4. *Infrastruktur*) über die durch exklusive Territorialisierung möglich gewordene Systematisierung.

Sassen betont zwei Charakteristika als zentrales Fundament für Formation und Herausbildung von Territorien und Territorialherrschaft (im Widerspruch zu Tilly; Anm.). Einerseits die Rolle der Stadt als Schnittstelle lokaler Ökonomien, andererseits ihre Funktion als Knotenpunkt in einem Netzwerk mehrerer Städte und derer Kapital-Zirkulation (vgl. Sassen 2006). Diese Netzwerkkonstellation führte in weiterer Folge zur Eingliederung in oder Zusammenfassung in Form von Territorialstaatlichkeit, welche in einem folgenden Abschnitt (s.u.: Kapitel 8.2. *Territorialstaatlichkeit*) genauer behandelt werden soll. Auch für Foucault entwickelten sich territorialisierte Staatlichkeit und territorial begrenzte Gewaltmonopole direkt aus den städtischen Strukturen des 15. und 16. Jahrhunderts heraus. Dieses Argument findet sich im Rahmen seiner Erläuterungen zu Funktion und Entwicklung der Polizei wieder (vgl. Foucault 2006, 482ff.). Er spricht diesbezüglich von der *Urbanisierung des Territoriums* und skizziert die Stadt als Vorbild der später entstehenden Territorialstaaten.

„Es handelte sich im Grunde darum, aus dem Königreich, aus dem ganzen Territorium eine Art von Großstadt zu machen, so daß das Territorium wie eine Stadt, nach dem Vorbild einer Stadt und genauso vollkommen wie eine Stadt geordnet sein würde.“ (Foucault 2006, 483)

Im vergleichsweise kleineren Rahmen zeigte das Prinzip Stadt also vor, wie ein territorial abgegrenztes Herrschaftsgebiet der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft eine passende Plattform zur Verfügung stellen kann. Das gute Funktionieren und die effiziente Organisation der Stadt führten dazu, dass ihre Strukturen und Organisationsprinzipien, wovon auch das Territorialitätsprinzip ein Teil ist, auf ganze Königreiche und Staaten umgelegt wurden.

Im Kontext ständiger kapitalistischer Entwicklung waren die Städte meist ein Zwischenschritt auf dem bereits angedeuteten Weg in Richtung zwar strukturell sehr ähnlicher, aber sowohl quantitativ als auch qualitativ doch weitaus fortgeschrittenerer Staaten. Nichts desto weniger stellte sie eine Zeit lang das Herz der neuen Entwicklung dar und trug wesentlich zur beginnenden Entstehung neuer sozialer Strukturen bei. Ein paar wenige Stadtstaaten überlebten den Westfälischen Frieden sogar noch bei weitem, vor allem da sie aufgrund ihrer territorialen Organisation ins Internationale System souveräner Staaten passten. Im weiteren Verlauf der Geschichte verloren sie viel mehr aufgrund fehlender Konkurrenzfähigkeit an Macht, und wurden bis Ende des 18. Jahrhunderts von Flächenstaaten fast ausnahmslos einverleibt. Der Wettbewerbsnachteil entsprang im Endeffekt, im Kontext des immer weiter expandierenden Handels, der fehlenden Standardisierung von Maß(einheit)en, Gewichten, Münzeinheiten und rechtlicher Regelungen bzw. Regelsysteme (vgl. Jönsson/Tägil/Törnqvist

2000, 70). Die Unfähigkeit, für eine sowohl horizontal (geographische Ausdehnung und damit Einschluss von einer breiteren Palette an Ressourcen jeglicher Art) als auch vertikal (Durchsetzung des Gewaltmonopols) umfassendere Zentralisierung (s.u.: Kapitel 8.3. *Zentralisierung*) zu sorgen, sollte sie im globalen Wettbewerb uneinholbar benachteiligen.

8.2. Territorialstaatlichkeit

Die Territorialisierung des städtischen Herrschaftsgebietes war gewissermaßen vorbildhaft für die Entstehung und Etablierung von sich exklusiv auf ein Territorium beziehenden staatlichen Strukturen. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang vor allem die *Exklusivität*, die das Neue an dieser Form räumlicher politischer Organisation darstellt. Dabei bezieht sich das soziale Organisationsprinzip, egal ob Stadt oder Staat, auf einen geographisch abgegrenzten Bereich, innerhalb dessen es monopolistischen Anspruch auf Gewaltausübung anmeldet. Diese neue Komponente gesellschaftlicher Strukturen nahm im Rahmen der Entwicklung kapitalistischer Urbanität seinen Anfang. Paschukanis beschreibt die Stadt im Kontext des Aufbrechens feudaler Verhältnisse und der Formierung eines Verbandes formal gleichberechtigter Wirtschaftssubjekte *in einem abgegrenzten Bereich* sogar als „materiellen Sitz von Staatlichkeit“ (Paschukanis 1991, 156). Die Stadt gibt also sozusagen den Prototyp für den sich daran anschließend entwickelnden Territorialstaat. So ist es zum Beispiel die Stadt, die als erste politische Entität eigene Stellen zur Verwaltung öffentlicher Aufgaben (*öffentliche Verwaltung*) einrichtet.

Abgesehen von der Vorbildfunktion städtischer Strukturen für Staatlichkeit in einem breiteren und tiefer greifenden Rahmen, trug auch die bereits erwähnte Netzwerkkonstellation, die sich zwischen und rund um miteinander in Beziehung stehenden Städten herausbildete, zu der Formierung von staatlichen Territorien bei. Die Einbeziehung der rund um städtische Zentren angesiedelten Peripherie in die kapitalistischen Produktionsprozesse sowie die zwischen den Städten entstehenden Handelsrouten verlangten nach bestimmten Leistungen, die über die engen urbanen Grenzen hinaus reichten. Innerhalb ihrer eigenen Grenzen konnte die Stadt die notwendigen Strukturen zur Verfügung stellen. Aufgrund des fehlenden Verlangens, räumlich zu expandieren, war die Notwendigkeit eines (stehenden) Heeres nicht gegeben. Der Schutz vor Angriffen auf das eigene Territorium wurde, wenn nötig, erkauft. Doch währte diese Praxis nicht ewig. Sie verlor spätestens mit der Ausdehnung und Forcierung des Handels an

Wirkung. Der Schutz von Handelsrouten, welche die aufstrebenden Städte miteinander verbanden, aber auch deren Ausbau und Erhaltung erforderte eine Neuorganisation von dementsprechenden Maßnahmen. Die Zusammenfassung derartiger Leistungen führte allmählich in Richtung eines übergeordneten Organisationsprinzips.

„[A] large, centralized state with effective authority over its territory would [...] be more effective than a series of feudal lords.“ (Sassen 2006, 57)

Neben der Einfassung des Städte-Netzwerkes inkludierten und ermöglichten territoriale Strukturen auch die Institutionalisierung kapitalistischer Zentrums-Peripherie-Dynamiken. Der Staat unterstützte die anfangs leicht chaotische Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land mit einer gewissen administrativen Ordnung und räumlichen Logistik.

„[T]he city and the country develop[ed] a new relationship in and through the mediation of a third term – the state [...].“ (Lefebvre 2003, 84)

Das Konstrukt *Staat* war in dieser Phase allerdings noch lange nicht so ausgereift und etabliert wie zur späteren Hochzeit des Nationalismus. Die sich herausbildenden sozial-räumlichen Strukturen waren zu Beginn hauptsächlich ökonomischer Natur, ganz im Sinne des fortschreitenden Merkantilismus. Läßle unterstreicht diese Argumentation und greift diesbezüglich auf einen Staatsbegriff von Von Thünen zurück:

„Der ‚Isolierte Staat‘ stellt sich zunächst als ein räumliches Wirtschaftsmodell dar, in dessen Zentrum das Stadt-Land-Verhältnis steht.“ (Läßle 1991, 178)

Diese allmählich aufkeimenden Tendenzen waren keineswegs Haupt- oder gar einziger Grund für die Entstehung von Staatlichkeit. Jedoch entwickelten sich dafür auf diesem Wege materielle Strukturen bzw. infrastrukturelle Bedingungen, auf die politische Entitäten zurückgreifen oder sich zumindest beziehen konnten. Die daraus erwachsende Möglichkeit, sich gegenüber anderen, formal gleichen räumlichen Konstrukten abzugrenzen, setzte sich allmählich als eine Komponente gesellschaftlicher Organisation durch. Leicht vereinfachend zusammengefasst ist anzunehmen, dass jene Strukturen, die ein komplexeres und vielschichtigeres (räumliches) Geflecht an Verhältnissen vereinten als nur jene des städtischen Raums, konkurrenzfähiger weil für den kapitalistischen Produktionsprozess funktionaler waren.

„[S]tates proved more effective than cities or city-leagues in either waging war, trading with other units, keeping order within their realm, or extracting resources from its subjects [...]“ (Jönsson/Tägil/Törnqvist 2000, 68)

Als bestes Beispiel für die größeren Möglichkeiten des Staates kann das Führen und die Organisation von Krieg herangezogen werden. Der exklusive Anspruch auf bestimmte geographische Gebiete inkludierte einerseits die monopolistische Ausbeutung von innerhalb dieser Grenzen vorhandenen Ressourcen. Andererseits manifestierte er das Interesse an und die Herrschaft über bestimmte Handelswege. Diese für kapitalistische Produktions- und Verhältnisse zentralen Komponenten, gepaart mit der allmählichen Verknappung der noch nicht beanspruchten Kapazitäten aufgrund der globalen Ausdehnung, resultierten in kriegerischen Auseinandersetzungen, wie es sie zwischen Städten in dieser Form nie noch nicht gegeben hatte. Krieg kurbelte auf der einen Seite die Produktion und die Nachfrage nach Arbeitskräften an (s.o.: Kapitel 6.7. *Krieg*), auf der anderen Seite musste er genauso finanziert und organisiert werden. Stehende staatliche Heere wurden gebildet (im Gegensatz zu privaten Heeren, die im Bedarfsfall mit einer großen Menge an Söldnern verstärkt wurde). Die Organisation wurde Fachleuten übergeben, viele Staaten entwickelten erste Formen der Wehrpflicht (welche vor allem niedere Schichten betraf). In Folge stieg die Größe der Heere an (vgl. Minchinton 1974). In mehrerlei Hinsicht standen diese Prozesse unmittelbar mit exklusiver Territorialität in Verbindung. Zum Beispiel ermöglichte erst das systematische Erfassen der Bevölkerung die Identifizierung und Zuordnung von dafür in Frage kommenden Personen sowie die damit in Zusammenhang stehenden Entwicklungen in Richtung Standardisierung, Kasernierung und Disziplinierung. Außerdem basierte das Einheben von Steuern zum Zwecke der Kriegsfinanzierung auf der Definition von Steuerpflichtigen innerhalb eines festgeschriebenen Territoriums. Das systematische Aufstellen und zentralisierte Eintreiben finanzieller Ressourcen ging allerdings über den Finanzierungsbedarf von Krieg hinaus. Sie waren außerdem notwendig für die Produktion öffentlicher Güter, vor allem von Infrastruktur, welche nicht auf privatem Wege finanziert werden konnten, bzw. an deren Finanzierung einzelne Akteure kein in Relation zum erwartbaren Gewinn stehendes Interesse erkannten (Straßen, Brücken, Häfen, etc.) (s.u.: Kapitel 8.4. *Infrastruktur*).

Auf diesem Wege kam es zu der für den Kapitalismus so wichtigen Mobilisierung von Kapital. Diese erfolgte jedoch nicht ausschließlich direkt über die Bündelung gemeinschaftlicher Ressourcen, sondern auch über den indirekten Weg. Gestützt auf das Gewaltmonopol ermöglichten staatliche Regelungen außerdem die Etablierung und

Praktizierung neuer Geldmarkttechnologien (s.u.: Kapitel 8.6. *Geld*). Demzufolge basiert die Mobilisierung von Kapital auf zwei Pfeilern, welche durch territorialstaatliche Strukturen ermöglicht wurden.

„It involved both direct investment by the state and the provision of legal arrangements that encourage private capital formation.“ (Cox 1987, 133)

Die folgende Zunahme des Geldvolumens war für die Praktikabilität der kapitalistischen Wirtschaft, vor allem des europäischen Handels, von dringender Notwendigkeit (vgl. Parker 1974). Hinzu kamen weitere Funktionen, die dem Staat in diesem Zusammenhang zufließen. Die Institutionalisierung und Etablierung der Geldwirtschaft verlangte nach einem dafür verantwortlichen Akteur. Dieser zeichnete für Produktion, Wertgarantie und Gültigkeitsbereich des Geldes verantwortlich. Auch diese Aufgaben standen in unmittelbarem Zusammenhang mit territorialer Zuordenbarkeit und Gewaltmonopolisierung.

Der eben erfolgte Hinweis auf einen *Akteur* soll allerdings keine aktive Handlungsmacht des Staates als Wirtschaftssubjekt implizieren. Der Staat spielt viel mehr die Rolle einer Art Bühne, welche den Akteuren der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse formal gleichberechtigt zur Verfügung steht. Er sorgt für die notwendigen rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen für das gesellschaftliche Organisationsprinzip Kapitalismus und dessen Verhältnisse. Mit Michael Mann gesprochen ist Staat eine Art Arena, ein Ort, und genau das ist die Quelle seiner Autorität (vgl. Mann 2003). Mann definiert Staat sogar zu einem Gutteil über dessen Fähigkeit, eine territorial zentralisierte Organisationsform zur Verfügung zu stellen. Er versteht ihn als Institutionalisierung zentralistischer Herrschaft über ein in die Erdoberfläche festgeschriebenes Gebiet und kritisiert die starke theoretische Vernachlässigung der seiner Meinung nach wichtigsten Voraussetzung von Staatsgewalt, der territorialen Monopolstellung des Staates:

„The state is, indeed, a *place* – both a central place and a unified territorial reach.“ (Mann 2003, 60)

Denn dieses Moment ist letztendlich dafür verantwortlich, dass sich der Staat von ökonomischen Akteuren abhebt. Er wird zu einer zentralen politischen Bedingung ökonomischer Verhältnisse ohne selbst ein ökonomischer Akteur zu sein (s.u.: Kapitel 8.7. *Trennung von Politik und Ökonomie*). Ökonomische Expansion wird nie autoritär vorangetrieben, viel mehr verbreitet sie sich gänzlich informell. Ursache sind also nicht die

Handlungen formeller politischer Institutionen, die gezielt darauf hinarbeiten, die Ökonomie eines Staates voranzutreiben, sondern in letzter Instanz die innerökonomischen Dynamiken.

Ökonomische Akteure tendieren nie dazu, territoriale Kontrolle auszuüben, sondern dazu, Kontrolle über eine spezielle Funktion zu erlangen, die sie über Grenzen hinweg ausüben und ausbreiten können (vgl. Mann 2003). Um diese Beobachtung zu unterstützen zieht Mann das komparative Beispiel anderer, primär *nicht territorial verankerter* Institutionen, wie Religionen oder andere Ideologien, heran. Er bezieht sich auf deren Unfähigkeit, bestimmte Funktionen zu erfüllen – im Gegensatz zu Staat.

„Even if a particular state is set up or intensified namely to institutionalize the relations between given social groups, this is done by concentrating resources and infrastructures in the hands of an institution that has different socio-spatial and organizational contours to those groups.“ (Mann 2003, 61)

In Folge territorialer Monopolisierung und Zentralisierung erlangt der Staat auf politischer Ebene ein gewisses Potential, Macht unabhängig von kurzfristigen ökonomischen Transformationen zu mobilisieren. Deswegen kann Staat der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmte Rahmenbedingungen relativ stabil zur Verfügung stellen. Staat ist dementsprechend eine völlig andere, neue sozial-räumliche Organisationsform. Er ist weder Instrument des Klassenkampfes, noch Ausdruck bestimmter politisch-ideologischer Wertvorstellungen, die Institutionalisierung militärischer Macht o.ä.

„In this sense the state gives territorial bounds to social relations whose dynamics lies outside of itself. The state is an arena, the condensation, the crystallization, the summation of social relations within its territories [...].“ (Mann 2003, 62)

Anfangs stellt diese Arena also die Rahmenbedingungen (hauptsächlich infrastruktureller Natur und betreffend die Garantie von Handelsvereinbarungen) zur Verfügung, welche die Etablierung eines freien Arbeits- und Warenmarktes unterstützen (s.u.: Kapitel 8.9. *Die Trennung der Arbeit vom Kapital*). Die weitere Entwicklung schließt die Stärkung und kontinuierliche Festigung des Gewaltmonopols sowie eine immer tiefer greifende Rechtsstaatlichkeit für das innerhalb territorialer Grenzen liegende Gebiet ein. Auf diesem Wege wird der Staat zum „Garant des Marktaustausches“ (Paschukanis 1991, 142). Es kommt zu einer immer weiteren Spezialisierung und Zentralisierung staatlicher Funktionen und staatlicher Gewalt. Die Mechanismen des *freien Marktes* funktionierten somit organisatorisch, rechtlich und infrastrukturell auf Grundlage von Zwangsgewalt, welche wiederum von einem diese Gewalt monopolistisch ausübenden Staatsapparat generiert wurde. Diese Beziehung

beruhte auf der Trennung von unmittelbar auf Produktion ausgerichteten Verhältnissen und staatlichen Strukturen, von Politik und Ökonomie (s.u.: Kapitel 8.7. *Trennung von Politik und Ökonomie*) sowie von der grundsätzlichen Verankerung des Staates auf der ideologischen Ebene (vgl. Peet 1991, 94). Von dieser Position aus war der Staat anfänglich vor allem dafür verantwortlich, jene bestehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen, welche dem freien ökonomischen Spiel formal gleichberechtigter Akteure im Wege standen (vgl. Cox 1987, 130). Dies galt sowohl für innerhalb der Grenzen als auch für das allmählich entstehende Internationale System. Hinzu kam, dass die staatliche Strukturierung die Etablierung einer globalen kapitalistischen Arbeitsteilung forcierte, welche sich im Zuge merkantilistischer Bestrebungen immer weiter ausbildete. Jene Akteure, die einem Staat angehörten, konnten sich diesbezüglich auf dessen Unterstützung „verlassen“ (Jessop 1982, 113). In Folge der globalen Ausdehnung wurden letztendlich alle Akteure mithilfe territorialer Zugehörigkeit in die Funktionsweise des kapitalistischen Gesellschaftssystems integriert (vgl. Türk 1997, 161).

8.3. Zentralisierung

In direktem Zusammenhang mit der staatlichen Monopolisierung von Gewalt auf dem Gebiet eines abgegrenzten Territoriums steht die zentralistische Organisation selbiger. Aus den bereits erfolgten Erläuterungen betreffend die Genealogie des sozial-räumlichen Organisationsprinzips *exklusives Territorium* lässt sich ablesen, wie deren globale Ausbreitung vonstatten ging. Am Anfang stand die allmähliche Institutionalisierung von Territorialität. Der nächste Schritt war deren Expansion und das „Darüberstülpen“ politischer Entitäten über die entstehenden räumlichen Strukturen. War die Inanspruchnahme des Gewaltmonopols innerhalb bestimmter Grenzen einigermaßen festgeschrieben, legten vor allem die großen Imperien vermehrt Wert darauf, die entstehenden ökonomischen Überschüsse nicht in weitere territoriale Expansionsbestrebungen zu investieren, sondern in den Ausbau ihrer bürokratischen und militärischen Kapazitäten (vgl. Knox/Agnew/McCarthy 2003, 70f.). Knox/Agnew/McCarthy beschreiben diese Entwicklung im Kontext der Herausbildung des Kapitalismus in Anlehnung an Wallersteins historische Analysen, welche sich auf die Zeit rund um das Jahr 1500 konzentrieren. Die erfolgte Verschiebung der Präferenzen basierte auf einer Sicherung von Monopolrechten und zog die Etablierung eines zentralistischen Staatsapparates sowie eine Trennung von Politik und Ökonomie nach sich.

„The state becomes less the central economic enterprise than the means of ensuring certain terms of trade and other economic transactions. In this way, the operation of the market [...] creates incentives to increased productivity and all the consequent accompaniment of modern economic development. The world-economy is the arena in which these processes occur.“ (Wallerstein 1974, 16)

Der territorial fixierte und im Kontext dieser räumlichen Fixierung zentral organisierte und bürokratisierte Staat stellte also gewissermaßen eine *stabile* Bühne für die kapitalistischen Akteure zur Verfügung. Dabei ermöglichte die zentralistische Ausrichtung eine möglichst systematische Ordnung und Organisation jener Leistungen, welche dem kapitalistischen Produktionsprozess von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt wurden.

In erster Linie war es der Bedarf betreffend umfassende Stabilität und Ordnung, der eine Art formelle Strukturierung der Produktionsverhältnisse zur Folge hatte. Die schon ab dem 11. Jahrhundert erkennbaren Tendenzen der Monetarisierung ökonomischer Transaktionen, des Handels, des steigenden Wohlstands und der steigenden Anzahl städtischer Zentren formulierten diesen Bedarf einer stärker geordneten politischen und rechtlichen Grundlage der kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesse (vgl. Sassen 2006, 43ff.). Die räumliche Konstellation *exklusive Territorialität* trug wesentlich dazu bei, diesen Bedarf zu stillen.

„[T]he very constitution of a social structure of accumulation involves spatial organization – the emergence of core and peripheral zones within states and regions, the making of cities, towns, and hinterlands, the centralization of certain production processes in regions, the concentration of finance and services in cities, the building of roads and railroads, the construction of ports and transportation notes, or of factories, warehouses, distribution facilities, and so on.“ (Roseberry 2002, 75)

Die auf diesem Wege erfolgende Verräumlichung kapitalistischer Mechanismen fällt bei Harvey in den Bereich der Produktion von *social infrastructure* (vgl. Harvey 1982) und funktionierte immer auf Basis der Etablierung eines oder einiger weniger Zentren. Diese(s) beherbergte(n) faktische sowie symbolische Institutionen, welche für die Organisation kapitalistischer Gesellschaft von zentraler Bedeutung waren und im Zuge dessen auch auf die sozial-räumliche Strukturierung zurückgriffen sowie diese gleichermaßen (mit)strukturierten und weiter entwickelten. Ein Resultat voranschreitender Territorialisierung war somit der massive Ausbau staatlicher Bürokratie, einhergehend mit einer enormen Vergrößerung jenes Anteils am Bruttosozialprodukt, welches direkt dem Staate zugute kam (vgl. Taylor 1993, 5f.).

Auf mehreren Ebenen zog diese Form der räumlichen Strukturierung schwerwiegende Folgen für die Stabilisierung der kapitalistischen Austauschverhältnisse nach sich. Einerseits spielten sich diese, wie Anderson zu bedenken gibt, auf der ideologischen Ebene ab:

„Its [territoriality's; Anm.] valuable strengths are that it can greatly simplify issues of control and provide easily understood symbolic markers ‚on the ground‘, giving relationships of power a greater tangibility and appearance of permanence.“ (Anderson k.A., 19)

Diese im wahrsten Sinne des Wortes erfolgende *Festschreibung* sozialer Verhältnisse in die Erdoberfläche hatte vor allem auf die Reproduktion gesellschaftlicher Beziehungen stabilisierende Auswirkungen (s.u.: Kapitel 8.11. *Produktion von (nationaler) Ideologie*). Sie vermittelt diese Stabilität jedoch nicht nur auf ideologischer Ebene. Andererseits trägt sie auch auf der strukturellen Ebene durch Prozesse der Regulierung, Systematisierung und Standardisierung zu einer Stabilisierung bei. Die Abgrenzung gegenüber Anderen und die interne Monopolisierung ermöglicht eine zentrale Institutionalisierung von innerhalb dieser Grenzen gültigen Regeln und Standards. Diese unterstützt die Etablierung formal gleichberechtigter kapitalistischer Akteure in nicht unwesentlichem Maße. Diese Komponente wird beispielsweise zum Ausdruck gebracht in Perroux's Polarisationstheorie (vgl. Perroux 1968), genauer gesagt dem darin enthaltenen Ansatz zu einer *Theorie ökonomischer Räume*, welcher unter anderem versucht, ökonomischen Raum als „homogenes Ganzes“ zu fassen (vgl. Läßle 1991, 192). Zumindest auf einer Ebene wird exklusives Territorium dabei „als System gleicher formeller Konkurrenzbedingungen und generalisierter Regulationsmedien (Geld, Recht etc.)“ (Läßle 1991, 192) und somit insbesondere als Vergesellschaftungsmechanismus des Marktes verstanden. Von einem Zentrum ausgehend werden also Regeln und Standards etabliert, welche die Effektivität des kapitalistischen Produktionsprozesses erhöhen. Und während Sassen das jeweilige Level der standardisierten Monetarisierung von Transaktionen direkt mit dem jeweiligen Maß an Zentralismus in Beziehung setzt (vgl. Sassen 2006), geht Hirsch sogar so weit, den Erhalt kapitalistischer Gesellschaft(en) untrennbar mit der Existenz eines Regulationssystems dieser Form in Verbindung zu bringen:

„Dieses regulative System stellt den Rahmen bereit, in dem die in vieler Hinsicht gegensätzlichen sozialen Lagen und Interessen sowohl gegeneinander ausgespielt als auch kompromißhaft miteinander verbunden werden können.“ (Hirsch 1995, 56f.)

Dabei nimmt er explizit auch auf das sozial-räumliche Organisationsprinzip Territorialität Bezug¹⁴.

Dieses Argument deutet erneut auf die Funktion des Staates hin, den privaten ökonomischen Akteuren eine Bühne zur Verfügung zu stellen, auf der sie unter formal gleichen Voraussetzungen in kompetitiven und kooperativen Beziehungen (s.u.: Kapitel 8.10. *Das Internationale System aus Konkurrenz und Kooperation*) zueinander stehen. Unter dem Rückgriff auf hierarchische Strukturen übt der moderne Staat eine starke zentralisierte Kontrolle über sozial heterogene Kompetenzbereiche aus, die sich innerhalb bestimmter räumlicher Grenzen ausdehnen und manifestieren (vgl. Dear/Wolch 1989, 10). Die räumliche Strukturierung erleichtert eine effektivere Delegierung von Herrschaft über ein zweckmäßig, das heißt den Bedürfnissen des kapitalistischen Produktionsprozesses folgend, aufgeteiltes Territorium. Dementsprechend tragen Institutionalisierungen und gesellschaftliche Handlungen zur stetigen Reproduktion dieser räumlichen Formation bei.

Etablierung und Institutionalisierung der innerhalb eines bestimmten Territoriums monopolistisch Gewalt ausübenden Organisation von Gesellschaft steht auch aus diesem speziellen Blickwinkel betrachtet in direktem Zusammenhang mit dem Aufstreben europäischer Städte. Auf der einen Seite stand das offensichtliche Interesse von Königen und Kaisern, die Städte in die jeweils eigenen politischen und ökonomischen Strukturen einzubinden, weil diese sich zu zentralen Einnahmequellen entwickelten. Für die Städte stand im Gegenzug ein größeres Maß an Stabilität und vor allem Sicherheit auf der Haben-Seite. Die Einbindung in ein geordnetes Angebot an politischen Rahmenbedingungen, Infrastruktur und Sicherheit verlieh ihnen sowohl ein Plus an politischem und ökonomischem Einfluss als auch den nötigen stabilen Rahmen, innerhalb dessen sie sich auf die Entwicklung interner und externer Produktions- und Verteilungsverhältnisse konzentrieren konnten. Im Vergleich zu den sich überschneidenden Abhängigkeiten und Verpflichtungen feudaler Herrschaftsverhältnisse unter Herzögen, Grafen und Kirchenvertretern waren die Voraussetzungen dafür in einem zentralistischen Königreich weitaus besser. „Towns were interested in maximum independence, which meant they preferred the more rational, central administration of royal protection to that of lords.“ (Sassen 2006, 52)

¹⁴ Die Implikation betreffend die Existenz eines Klassenkampfes wird in vorliegender Untersuchung nicht geteilt.

Für die einzelnen gesellschaftlichen Akteure kam die Trennung von Politik und Ökonomie (s.u.: Kapitel 8.7. *Trennung von Politik und Ökonomie*) innerhalb dieses Rahmens explizit zu tragen. Für sie ging die ehemals ständig gegenwärtige Bedrohung durch außerökonomische Gewalt und die damit einhergehende Notwendigkeit, sich davor zu schützen, verloren. Diese Aufgabe übernahm der Staat. Die frei gewordenen Kapazitäten konnten in den Produktionsprozess investiert werden. In Summe hatte das wesentliche positive Auswirkungen auf den gesamtgesellschaftlichen Aufschwung.

„Implicit as conditions for the wealth of nations were domestic and international freedom for economic agents and the removal of the threat of violence within and among states.“ (Cox 1987, 129)

Die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität durch grundsätzlich außerökonomische Institutionen forcierte also die Entwicklung kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse. Zu diesem Zwecke griff die kapitalistische Entwicklung unter anderen auf das sozial-räumliche Ordnungsprinzip *exklusives Territorium* zurück.

Bevor die Abhandlung dieser Komponente geschlossen werden kann, gilt es noch kurz auf die bereits angedeutete Zweiteilung dieser zentral gewährleisteten Sicherheit hinzuweisen. Damit gemeint sind zwei Seiten der außerökonomischen Gewalt, deren Abtrennung von den ökonomischen Akteuren den Kapitalismus sozusagen seinen Selbstregulierungsmechanismen überließ. Die eine Seite betrifft die *Innere Ordnung* im Sinne ihrer im alltäglichen Sprachgebrauch üblichen nationalstaatlichen Konnotation. Hier ist es Foucault, der am eindringlichsten ausführt, wie wichtig einerseits Polizei für die so zentrale Entwicklung von Urbanisierung und somit des Gesellschaftssystems Kapitalismus war. Auf der anderen Seite führt er allerdings ebenso ins Treffen, dass das Funktionieren bzw. die Funktionsweise der Polizei – also einer auf einem Gewaltmonopol basierenden inneren Ordnung – abgegrenzten Raum und somit begrenzte Territorialität bedingt (vgl. Foucault 2006). Die andere Seite der Medaille betrifft das Führen von Krieg. Sie inkludiert ebenfalls die Bezugnahme auf die hier besprochene räumliche Konstellation. Einerseits ermöglicht diese die nötige finanzielle und logistische Organisation mithilfe des Zugriffs auf und der Mobilisierung von notwendigen Ressourcen (Steuergelder, Wehrpflichtige, Rohstoffe, Produktionsabläufe, etc.). Andererseits erforderte ein effektiver Einsatz neuer militärischer Technologien (Schusskraft von Kanonen, Planung und Errichtung von Festungen, Einsatz disziplinierter Infanterie, etc.) zentrale Führung und stabile (finanzielle) Verhältnisse (vgl. Cox 1987).

Allerdings bezogen sich nicht nur die jeweiligen Seiten separat auf das für sie relevante und sie (mit)definierende Territorium. Auch die funktionale Trennung an sich wurde erst in Folge der Etablierung von Territorialität ermöglicht.

8.4. Infrastruktur

Die Relevanz, die Territorium für die kapitalistische Gesellschaft hat, begründet sich zu einem wesentlichen Teil auch in dem Bereitstellen, der Organisation und der Sicherung von jenen infrastrukturellen Bedingungen, auf deren Fundament Produktions- und Verteilungsverhältnisse funktionieren. Für das Erfüllen dieser Aufgaben innerhalb territorialer Grenzen ist entweder der zuständige Gewaltmonopolist direkt verantwortlich oder er schafft zumindest die dafür grundlegenden Voraussetzungen (s.o.: Kapitel 5.4. *Staat*). Aufgrund der diesbezüglich weltweiten Vormachtstellung von Nationalstaaten, steht ein Gutteil jener Mechanismen, die dafür auf sozial-räumliche Strukturen zurückgreifen, in direktem Zusammenhang mit den Funktionen von Staat. Eine sozialwissenschaftliche Erläuterung des Verhältnisses von Infrastruktur und exklusiver Territorialität fokussiert dementsprechend verstärkt auf die (national)staatliche Ebene.

Eine genealogische Analyse des Staates im Rahmen der allmählichen Herausbildung des Kapitalismus veranschaulicht dessen zentrale Funktion für die Infrastruktur der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Michael Mann erläutert diese Entwicklung im Zuge eines historischen Vergleichs zwischen den zwei seiner Meinung nach wichtigsten Komponenten staatlicher Macht. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass die eine Seite – die *despotic power* – seit der Entwicklung des Kapitalismus eine kontinuierliche Schwächung erfuhr, während die andere Seite – die *infrastructural power* – die dadurch entstandenen Lücken zu füllen vermochte. Demzufolge entstand nicht unbedingt ein Verlust staatlicher Macht. Es kam viel mehr zu einer Transformation der Art und Weise, wie der Staat diese Macht ausübte. Während die Möglichkeiten politischer Eliten, auf (Zivil)Gesellschaft einzuwirken, stetig schwanden, penetrierte der Staat die gesellschaftlichen Handlungen zunehmend mithilfe infrastruktureller Bedingungen (vgl. Mann 2003, 54ff.). Auch diese Entwicklung ist in den Prozess der Trennung von Politik und Ökonomie (s.u.: Kapitel 8.7. *Trennung von Politik und Ökonomie*) sowie des Wegfallens oder zumindest der Schwächung außerökonomischer Gewalt einzuordnen. Der Bedarf an Ordnung und Stabilität war nach wie

vor vorhanden, musste aber vermehrt den Bedürfnissen kapitalistischer Verhältnisse entsprechen und dem Markt eine gewisse „Freiheit“ lassen. Selbige konnte gewährleistet werden durch die Implementierung von politischen, rechtlichen und eben infrastrukturellen Voraussetzungen, die in weiterer Folge soziale Stratifizierung und Marktorientierung forcierte. Diese Mechanismen vollzogen sich relativ unabhängig von der Ebene der Ökonomie. Im Gegensatz dazu war despotische Macht vorderhand außerökonomischer Natur (gewesen) und hatte dennoch direkt in die ökonomischen Verhältnisse eingegriffen. Die in Zusammenhang mit dem innergesellschaftlichen Voranschreiten kapitalistischer Regulierungsmaßnahmen einhergehende postfeudale Verschiebung in Richtung infrastruktureller Macht entpuppte sich insofern gewissermaßen auch als Unterlaufen absolutistischer Mechanismen (vgl. DeVries 1976). Umso mehr gilt es, den modernen Staat nicht als Instrument bestimmter gesellschaftlicher Kräfte zu verstehen, sondern als grundsätzlich neutrale Institutionalisierung, die vorderhand für alle (ökonomischen) Akteure die formal gleichen Bedingungen zur Verfügung stellt.

Die infrastrukturellen Komponenten dieser Bedingungen können im Großen und Ganzen in vier Punkten zusammengefasst werden. Aufgrund der Konzentration auf exklusive Territorialität werden diese hier in ihren staatlichen Kontext eingeordnet. Grundsätzlich sind sie jedoch *keineswegs ausschließlich* mit dem Staat in Verbindung zu bringen (vgl. Mann 2003, 57):

- Klare Arbeitsteilung zwischen den vom Staat zentral organisierten Aufgaben (ähnlich der Aufteilung des Militärs in verschiedene Teilstreitkräfte)
- Bildungsmonopol
- Monopol auf Münzprägung, Maßeinheiten, etc., anhand derer der Staat den Warenaustausch regelt und garantiert
- Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur

Die historische Herausbildung dieser Mechanismen ist erneut zurückzuführen auf die Keimzellen kapitalistischer Entwicklung, die Städte. Ihrem Aufstieg, ihrem Ausbau und Wachstum folgte die Etablierung der Austauschbeziehungen zwischen ihnen. Eine Konsequenz daraus war die zunehmende Organisation und der verstärkte Zusammenschluss von in den Handel involvierten Akteuren, sowohl zum Zwecke effektiveren Transports als auch zum Schutz ihrer Ware. Das ging von einfachen Kooperationen zwischen einzelnen Händlern, über eine massiv organisierte Flotte der italienischen Städte zur Verteidigung gegen

Piraten, bis hin zur Bildung von bald sehr einflussreichen Gilden. Als Inbegriff derartiger Entwicklungen gilt bis heute die Organisation deutscher Hansestädte (vgl. Jönsson/Tägil/Törnqvist 2000). In weiterer Folge entwickelte sich bald ein Geflecht anfangs primär wirtschaftsräumlicher Beziehungen, die sich immer stärker manifestierten. Städte und ihre interurbanen Beziehungen legten also den Grundstein für die kapitalistische Organisation von Raum bzw. die Verräumlichung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. „In the Middle Ages, through trade networks such as the German Hansa, cities once again came to serve as the spatial infrastructure of emerging continental and, eventually, during the early modern period, global economies“ (Brenner/Keil 2006, 19).

Die verschiedenen Transportmittel und -wege erhielten die kapitalistische Entwicklung gewissermaßen am Leben und mussten sich in einem entsprechenden Maße qualitativ und quantitativ (mit)entwickeln. Dieses gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis prägte die gesamte Produktionskette:

„Die Entfaltung der kapitalistischen Warenproduktion ist [...] abhängig von der Entwicklung der Transporttechnologie zur möglichst ökonomischen und schnellen Überwindung von ‚Raumdistanzen‘.“ (Läpple 1991, 180)

Für einige Sozialwissenschaftler und Historiker geht damit eine Auflösung des Raums (vgl. Maresch/Werber 2002) einher. Aus einem anderen Blickwinkel hingegen gewinnt selbiger in Folge dieser Entwicklungen jedoch viel eher an Wert für die wissenschaftliche Betrachtung. Denn einerseits erlangen die Überlegungen, wie er überwunden wird/werden kann (vgl. Kaschuba 2004), und damit er selbst als Problem gesellschaftlicher Produktions- und Verteilungsverhältnisse gesteigerte Beachtung. Auf der anderen Seite wird diese Aufwertung ergänzt durch die Manifestierung räumlicher Beziehungen. Diese ist Resultat der Institutionalisierung jener Technologien, die zur Überwindung räumlicher Distanzen beitragen und folgerichtig für eine stetige Reproduktion dieser Verhältnisse durch Integration in den kapitalistischen Produktionsprozess verantwortlich zeichnen.

8.5. Steuern

Wie ein roter Faden durch die bereits erläuterten Mechanismen der Organisation von Gesellschaft zieht sich die Rolle, die abgegrenztes Territorium im Rahmen des gemeinschaftlichen Finanzierungsbedarfs verschiedener Leistungen spielt, die für die Produktions- und Reproduktionsbedingungen kapitalistischer Verhältnisse relevant sind. Leicht simplifizierend dargestellt, handelt es sich dabei um die mehr oder weniger zentralisierte Bündelung von Kapazitäten und Ressourcen. Resultat und Zweck dieses Vorgangs ist die effizientere Organisation, Beschaffung und Entwicklung von Aufgaben, Leistungen, Infrastruktur, etc.

Die Rolle des Staates und der exklusiv territorialisierten sozialräumlichen Strukturen nahmen schon bisher eine zentrale Stellung im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ein. Dieser Rahmen liegt zu einem nicht unwesentlichen Maße deswegen in der uns bekannten Form vor uns, weil er das systematische Lukrieren von Finanzmitteln in Form von Steuern ermöglicht. Territoriale Zugehörigkeit legt fest, welche Akteure verpflichtet sind, Steuern an den Gewaltmonopolisten zu zahlen, der im Gegenzug bestimmte Leistungen übernimmt bzw. zur Verfügung stellt. Dieses Verhältnis prägte die räumliche Organisation des sich global ausbreitenden Kapitalismus mit.

„Obwohl von allem Anfang Kapitalismus grenzenlos und in globalen Dimensionen gedacht wurde, bedurfte es zu einer Trans-Nationalisierung realiter (national-)staatlicher Assistenz [...]. Dem historischen Konstrukt des Nationalstaates war Reziprozität eingeschrieben, garantierte er doch – wenn auch begrenzt – Freiheit wie Sicherheit, erwartete im Gegenzug aber Steuerleistungen wie Respekt vor staatlichem ‚Gewaltmonopol‘ [...].“ (Kreisky 2001, 139)

Die ersten Systematisierungsversuche von Raum und der darauf lebenden Bevölkerung erfolgten genau zu jenem Zwecke. Waren es im 16. und 17. Jahrhundert noch Humanisten, Geographen und Ökonomen, die aus purem Interesse an der Sache an sich nicht nur erste demographische Überlegungen anstellten, sondern auch versuchten mit diesbezüglichen Zahlen zu operieren, so waren es bald in zunehmendem Maße Politiker und ihre Administrationen, die begannen, Bevölkerungsstatistik systematisch zu etablieren.

„Zifferangaben über die Bevölkerung bedeuteten ihnen mehr als nur Gegenstand und Erhebung oder der Beschreibung eines Gebietes oder Ortes. Sie stellten die Grundlage weiterer Berechnung dar.“ (Roger Mols 1974, 19)

Diese Berechnungen waren allerdings keine eigeninitiierte Erfindungen willkürlicher Raumordnungen. Es war viel mehr das Nutzen sich entwickelnder oder bereits etablierter sozial-räumlicher Strukturen. Der strukturelle Finanzierungs- und Organisationsbedarf hatte diese Schritte notwendig gemacht. Im Zuge der Zentralisierung und Monopolisierung staatlicher Gewalt konnte innerhalb festgeschriebener Grenzen auf dadurch definierte Akteure zugegriffen werden. Die Systematisierung ermöglichte eine Benennung selbiger. Resultat war wiederum eine weitere Manifestierung räumlicher Verhältnisse, welche im Gegenzug selbst wiederum das Konzept staatlicher Zugehörigkeit unterstützten und festigten.

Um an dieser Stelle jedoch zurück zu kommen zu vordergründigem Zweck und Funktionsweise des territorialisierten Steuersystems: Die dadurch lukrierten Geldmittel hatten vielerlei Leistungen zu finanzieren, die stetig im Wachstum begriffen waren. Eine Ausdehnung und Vertiefung musste dementsprechend auch das Steuersystem erfahren.

„There is no doubt that throughout the late Middle Ages and the Renaissance the public powers managed to broaden the tax base, to eliminate the constitutional obstacles to taxation, and to raise the rates of imposts. They also constantly devised new and ingenious final expedients.“ (Cipolla 1976, 45)

Es entwickelte sich ein immer effizienteres, ausgeprägteres Finanzsystem, welches seine Effizienz vor allem unter der ordnenden Hand eines stabilen politischen Systems zu verstärken in der Lage war. Ein effektives Steuersystem, Bezug nehmend auf ein klar definiertes Zielgebiet wurde zu einem, wenn nicht sogar *dem* zentralen Faktor staatlicher Stabilität.

„Of decisive importance were stable revenues from taxation, which required a functioning system for tax collection.“ (Jönsson/Tägil/Törnqvist 2000, 62)

Dieses Argument unterstreicht ein der europäischen Geschichte entnommenes Beispiel, welches Saskia Sassen in ihren Ausführungen zur Etablierung von Territorium und den damit in Verbindung stehenden Komponenten staatlicher Autorität (vgl. Sassen 2006) ins Treffen führt. Dabei erkennt sie den Hauptgrund für den trotz aller Widrigkeiten eintretenden Erfolg des Kapetinger'schen Systems in Frankreich in der auf Steuer(einnahme)n basierenden und abzielenden Bürokratie.

„Taxation became a key mechanism for the development of a centralized administration. [...] The efficiency of a bureaucracy depends on the effectiveness of its taxation system, and vice versa.“ (Sassen 2006, 49)

Das Ausmaß der einzunehmenden Steuern hing von den jeweiligen spezifischen Bedürfnissen der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ab. Ohne auf alle dafür relevanten Tendenzen eingehen zu können, soll ein repräsentatives Beispiel herangezogen werden: Das Phänomen *Krieg* eignet sich nicht nur aufgrund seiner frühzeitigen Dominanz betreffend die vom Staat zu erfüllenden Aufgaben, sondern auch aufgrund seiner Vereinigung sozialer, technologischer, demographischer und politischer Bedingungen als Anschauungsobjekt. Als Ausgangspunkt der diesbezüglichen Überlegungen dient die gesamtgesellschaftliche Nachfrage. Sie ist sowohl zentrale Ursache als auch Wirkung der Expansion der kapitalistischen Produktionsweise. Grundsätzlich den größten Anteil an der Steigerung der Gesamtnachfrage – abseits der Bedürfnisse privater Personen – nahm die Ausdehnung des Nationalstaates und seiner Leistungen in Anspruch. Neben den verschiedenen zu errichtenden, zu erhaltenden und auszubauenden Institutionen (Herrscher, Regierung, Minister, Beamte, Parlamente, Städteverwaltungen) war es vor allem die staatliche Institutionalisierung von Krieg, welche die öffentlichen Ausgaben in die Höhe schraubten (vgl. Minchinton 1974, 70). Nicht nur das Ausmaß des Krieges stieg an:

„Stehende Heere und Flotten wurden eingerichtet, die Zahl der Bewaffneten nahm zu, und ihr Ausrüstungsbedarf stieg. Befestigungen, Kasernen und Werften wurden angelegt, Kriegsschiffe wurden größer, Uniformen, Waffen und Vorräte aller Art wurden in bisher nicht dagewesenen Ausmaßen erforderlich.“ (Minchinton 1974, 70)

Hinzu kam die Notwendigkeit, diese Neuerungen, deren Institutionalisierung und Etablierung zu organisieren sowie – während und nach Ende des Krieges – die Kosten etwaiger Verluste betreffend Mensch und Material zu tragen (vgl. Nimwegen 2006, 17). All diese Aufwendungen verlangten nach zentralistischer Organisation und Finanzierung, sollten sie möglichst effektiv vonstatten gehen. Resultat war die Institutionalisierung der Bezugnahme auf abgegrenzte Territorien, welche die Erfüllung beider Ansprüche ermöglichte bzw. vereinfachte und unterstützte. In direkter Folge kam es zur zumindest temporären geographischen Festschreibung in der Erdoberfläche.

„Out of the medieval politics marked by intricate networks of religious, occupational, imperial and princely powers, war essentially resulted in the territorial consolidation of Europe's politics.“ (Nimwegen 2006, 31)

8.6. Geld

In vielen sozialwissenschaftlichen und wirtschaftshistorischen Analysen kapitalistischer Entwicklung gilt die Herausbildung und sich allmählich durchsetzende Geldwirtschaft als deren dominantes Merkmal. Welch großer Stellenwert diese *finanzielle Revolution* in den Augen mancher Überlegungen einnimmt, beweist Parker, welcher das Stattfinden der *industriellen Revolution* und somit die Weiterentwicklung des Kapitalismus auf Grundlage einer anderen dominanten Form wirtschaftlicher Transaktionen überhaupt für undenkbar hält (vgl. Parker 1974, 338). Kapitalismus und sein ständiger Expansionsdrang basieren zu einem Gutteil auf genau dieser Entwicklung.

Gleichmaßen Ausgangspunkt und Auslöser für die (R)evolution der Geldwirtschaft waren Mängel im System der feudalen Tauschwirtschaft. Grundsätzlich gilt dafür folgende Formel:

„Schwierigkeiten, jeweils einander entsprechende Bedarfe zu finden, behindern das Effektivwerden der Nachfrage erheblich.“ (Minchinton 1974, 64)

Mit der gesamtgesellschaftlichen Steigerung der Produktionsleistungen erweiterten sich sowohl die Menge als auch die Palette der zu erwerbenden Produkte. Außerdem hing diese direkt mit der gestiegenen Nachfrage zusammen und kurbelte selbige mittelbar weiter an. Es kam zu einer Erweiterung des Konsumgüterangebots; Großhandel, spezialisierter Einzelhandel und Fernhandel trugen ihren Teil dazu bei. Dementsprechend veränderte sich also ebenso die Seite des Angebots fundamental. Die daraus erfolgte Differenzierung, Spezialisierung und Diversifizierung erhöhte die Komplexität des Handels erheblich und formulierte neue Bedürfnisse. Auf mehreren Ebenen und aus vielfältigen Gründen stieg der Bedarf an neuen Technologien, Institutionen und Organisationsformen.

So trugen anfänglich vor allem die Entwicklungen des landwirtschaftlichen Sektors zum Übergang von Natural- zu Geldabgaben bei. Die bäuerliche Produktion überstieg den Bedarf des Grundherrens bei Weitem, weswegen er vermehrt Abgaben in Form von Bargeld verlangte. Daraus folgten für ihn eine enorme Zunahme bzw. überhaupt die Etablierung eines fixen, frei verwertbaren Einkommens sowie die Möglichkeit, Waren zu erwerben, die auf seinem Grund nicht hergestellt wurden oder werden konnten. Für den Bauern stellten sich die Konsequenzen folgendermaßen dar: er musste die Waren vermehrt anders – hauptsächlich in Städten – an den Mann bringen, um sich die Geldabgabe überhaupt leisten zu können. Gleichzeitig konnte er direkt(er) von einem eventuell gesteigerten Output profitieren, was wiederum positive Auswirkungen auf die Produktionsleistung nach sich zog. Für die gesamte

Gesellschaftsstruktur bedeuteten diese Tendenzen ein Ankurbeln sowohl des lokalen Handels als auch des Fernhandels (vgl. Kromphardt 2004).

Vor allem der Fernhandel wurde infolge technologischer und wissenschaftlicher Entwicklungen und Entdeckungen enorm forciert. Ergänzend sorgten geographische Entdeckungen (vorderhand die Entdeckung der beiden Amerikas) und die damit erfolgende Ausdehnung und Entstehung des Weltmarktes für eine weitere Vervielfältigung der im Umlauf befindlichen Waren. Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Fernhandels kamen die ersten Formen von Krediten und Darlehen auf. Händler benötigten finanzielle Kapazitäten, um Schiffe zumindest so voll zu beladen, dass sich derartige Unternehmungen auszahlten. Das überstieg zumeist ihre eigenen Möglichkeiten und verlangte nach tatkräftiger finanzieller Unterstützung. Kredite, Darlehen und Risiko-Verteilung sorgten für die notwendige Liquidität und etablierten sich als gängige Praktiken. Jeder, der über irgendeine Form von Kapital verfügte, konnte plötzlich am Produktionsprozess teilhaben und davon profitieren¹⁵.

„With the appearance and dissemination of these innovations, from the eleventh century onward savings were activated for productive purposes to a degree inconceivable in previous centuries.“ (Cipolla 1976, 186)

Zugespitzt formuliert: Das Kapital konnte auf Grundlage dieser Neuerungen beginnen zu arbeiten.

Das Wirtschafts- gemeinsam mit dem Bevölkerungswachstum steigerte die Nachfrage nach Geld als solches und forcierte damit die zunehmende Monetarisierung. Die Produktion von Geld kam dieser Nachfrage nur schwer nach. Außerdem sank in direkter Folge der Wert der für die Münzproduktion verwendeten Materialien (speziell von Gold und Silber). Auch an dieser Stelle musste die Etablierung neuer Technologien „zur Hilfe kommen“.

„The possible ways out of a prolonged shortage of money and falling prices were development of credit, use of means of exchange other than metallic currency, and debasement of the currency in relation to its gold and silver content.“ (Cipolla 1976, 188)

¹⁵ Für eine detaillierte Genealogie der verschiedenen Formen von Darlehen und Krediten vgl. Cipolla 1976, 182ff.

Die technologischen, organisatorischen und rechtlichen Neuerungen auf dem Sektor der Geld- und Kreditwirtschaft traten in vielfältigen Formen zutage (vgl. Parker 1974, 338):

- Darlehen (ungesichert und gesichert)
- Pfandleihe
- Schuldscheine
- Zahlungsanweisungen
- Bankgeld
- Papiergeld
- Übertragbare Wertpapiere

Vor allem „[d]ie Entwicklung des Handels hing von der monetären Situation und den Kreditmöglichkeiten ab.“ (Glamann 1974, 323)

Diese Entwicklungen begleitend bzw. teilweise auf sie reagierend, entstanden neue Unternehmensformen wie jene der Aktiengesellschaft. Außerdem zogen die zunehmende Vertragsbestimmtheit der ökonomischen Transaktionen sowie das Bedürfnis einer effizienteren und sicheren Abwicklung selbiger, die Expansion des Handels, die Kommerzialisierung der Landwirtschaft und die Herausbildung eines Grundstückmarktes eine weitaus größere Auffächerung des Dienstleistungssektors nach sich (vgl. Minchinton 1974, 100). Anwälte, Notare, Architekten, Auktionatoren (für den Verkauf von Gütern und Realitäten), Geldverleiher, Buchhalter, Bankiers, Geld- und Versicherungsmakler galten als die aufsteigenden neuen Berufsgruppen. Auch deren Etablierung und Bezugnahme auf (neue) Formen von Eigentum (s.u.: Kapitel 8.8. *Der Unterschied von Besitz und Eigentum*) und monetäre Transaktionen waren Ausdruck der Nachfrage nach neuen finanzpolitischen und geldwirtschaftlichen Institutionen und Mechanismen (vgl. Jönsson/Tägil/Törnqvist 2000, 40).

An dieser Stelle kam der gewaltmonopolistische, zentralistische und sich dementsprechend auf exklusives Territorium berufende Staat ins Spiel. Im Grunde kann seine Rolle im Kontext der allmählich dominierenden Geldwirtschaft als *außerökonomischer Garant einer stabilen Geldwirtschaft* beschrieben werden. Neuerlich drängt sich diesbezüglich das metaphorische Bild der temporär fixierten Arena auf, innerhalb deren Zäune alle sozio-ökonomischen Akteure grundsätzlich die gleichen Bedingungen vorfinden.

„[T]he state has a key role in securing a formally rational monetary system [...]“ (Jessop 2002, 14)

In erster Linie stellt der Staat für jene Akteure, die ihm aufgrund territorialer Zuordnung zuzurechnen sind, eine Art Regelwerk zur Verfügung. Dieses ist nicht primär als Einschränkung zu verstehen, sondern vor allem auch als Möglichkeit der Etablierung neuer Arrangements. So bezog sich die Institutionalisierung einer standardisierten Währung anfänglich auf einen territorial festgeschriebenen Gültigkeitsbereich. Die dafür notwendigen Garantien übernahm exklusiv und zentral organisierend der Staat. Auf diesem Weg wurde das allgemeine Äquivalent der Warenform innerhalb dieser (national-)staatlichen Grenzen ersetzt (vgl. Aglietta 1976, 342). Es kam zur Institutionalisierung von (national-)staatlichen Währungen und Zentralbanken. Diese wurden staatlich garantiert und kontrolliert. Das bedeutet, dass nicht nur ein zentralistischer Staatsapparat die Institutionalisierung eines standardisierten Geldsystems ermöglichte, sondern dass, wie Sassen argumentiert, ein höheres Level an „standardized monetization of transactions“ (vgl. Sassen 2006) auch ursächlich mitverantwortlich zeichnete für ein bemerkenswert höheres Maß an Zentralismus. Diese im wahrsten Sinne des Wortes zentrale Rolle des Staates bedeutete aber keineswegs einen stärkeren direkten, pro-aktiven Einfluss auf die Geldwirtschaft (s.o.: Kapitel 8.3. *Zentralisierung*). Diesen Schluss legt beispielsweise die sich langsam etablierende Funktion des Staates als Garant der Geld- und Geldmarktstabilität in England nahe. Die sehr späte gesetzliche Festschreibung bedeutete nur die *nachträgliche* formelle Manifestation bereits etablierter Institutionalisierungen. Diese erfolgte im Zuge des *Bank Acts* von 1844 und resultierte in Folgendem:

„[T]o remove the state from active manipulation by making the state responsible for ensuring strict application of the gold standard [... as result of the separation of the] Bank of England's function of issuing currency from its banking functions [...].“ (Cox 1987, 132)

Unterstützend wirkte bei dieser Trennung die Anbindung der englischen Währung an staatliche Goldreserven. Und auch diese direkte Koppelung des Geldbestandes an Gold- (und andere Edelmetall-)Vorkommen stand in direktem Zusammenhang mit exklusiver Territorialität. Der Staat konnte sich diesbezüglich nämlich auf seinen (formal) monopolistischen Anspruch auf die Bodenschätze innerhalb seines festgeschriebenen Territoriums berufen.

8.7. Trennung von Politik und Ökonomie

Die nun folgenden Erläuterungen zur Trennung von Politik und Ökonomie heben sich von den bisher erläuterten Phänomenen in gewisser Hinsicht ab. Der im Fokus stehende Mechanismus liegt nicht so augenscheinlich vor uns wie zum Beispiel die raumstrukturellen Veränderungen rund um das Wachsen urbaner Zentren oder die Etablierung neuer Technologien im Bereich der Geldwirtschaft. Es handelt sich viel mehr um das Ergebnis theoretischer Analyseleistungen, welches ein konstitutives Charakteristikum des umfassenden Gesellschaftssystems Kapitalismus benennt. In der gesellschaftlichen Realität handelt es sich um ein Set an mehrschichtigen Beziehungen, welche nicht dermaßen strikt getrennt sind, wie es die theoretische Konzeptionalisierung oft impliziert.

Die Trennung von Politik und Ökonomie ist einer der Grundpfeiler kapitalistischer Verhältnisse und bildet dementsprechend gewissermaßen eine Klammer, die alle betrachteten Phänomene vereint. Die Entscheidung, ihre Besprechung nicht an den Beginn der analysierten „Funktionen“ zu reihen, entspringt nicht primär der Tatsache, dass die sehr viel offensichtlicher vor uns liegenden Mechanismen (s.o.) konkreter mit den (größtenteils) materiellen Manifestationen von Territorium sowie untereinander in Beziehung zu setzen sind. Viel mehr bietet die bis zu diesem Punkt erfolgte Beschäftigung erst das Material für theoretische Interpretationen bzw. ermöglicht eine Verzahnung dieser Teilkomponenten miteinander. Außerdem ist es von Vorteil, jene Phänomene kapitalistischer Gesellschaft zu kennen, die sich auf Territorium beziehen, bevor sie in ein größeres, theoretisch umfassendes Ganzes eingeordnet bzw. damit in Beziehung gesetzt werden. Die nichts desto trotz erst im Anschluss erläuterten Phänomene beziehen sich in ihrer theoretischen Ein- und Anordnung sehr konkret auf die Trennung von Politik und Ökonomie bzw. sind Resultat oder Teilaspekt davon. Dementsprechend werden sie dieser nachgeordnet.

Grundsätzlich geht es bei dem hier betrachteten Verhältnis um die Abtrennung einer politischen Sphäre von den ökonomischen Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft. In deren Folge schafft Erstere Bedingungen, unter deren Voraussetzungen die ökonomischen Akteure formal gleichberechtigt auf einer Ebene zueinander in Beziehung stehen. Deren Verhältnisse wirken sich in Form gesellschaftlicher Handlungen auf die sozialen Strukturen und damit zu einem gewissen Maß rückwirkend auch auf die Politik aus. Dementsprechend sind die funktional differenzierten Ebenen nicht strikt systemisch getrennt, sondern wirken nach wie vor aufeinander ein. Die Trennung ist also keine absolute, genauso wie sie nicht

bewusst konstruiert und der Gesellschaft aufoktroziert wurde bzw. wird. Sie ist dem Kapitalismus inhärent, eines seiner konstitutiven strukturellen Merkmale.

„The separation of ‚economics‘ and ‚politics‘ is structural to capitalism and is institutionalised in separate arenas, rather than being simply ideological.“ (Anderson k.A., 12)

Vorliegende Betrachtung zielt jedoch nicht auf eine grundlegende Erörterung der Trennung von Politik und Ökonomie, sondern hinterfragt die Rolle, die Territorialität in deren Kontext spielt. Das Forschungsinteresse fußt auf der Annahme, dass die Konstruktion und Institutionalisierung von Territorien eine Funktion erfüllt für die kapitalistische Organisation von Gesellschaft und bezieht sich diesbezüglich unter anderen auf folgender Aussage von Weber:

„Der geschlossene nationale Staat also ist es, der dem Kapitalismus die Chancen des Fortbestehens gewährleistet [...].“ (Weber 1921/22, 815)

Demzufolge muss sich dieses Arrangement auch im „neuen“ Verhältnis von Ökonomie und Politik widerspiegeln.

Im Verständnis von *dem Politischen* gilt es grundsätzlich, nicht ausschließlich Staats-bezogen zu denken. „The political [...] is fractured into territorially defined units: this fracturing is fundamental to an understanding of the political, a crucial element that is lost if it is assumed that society and state are coterminous.“ (Holloway 1995, 124) Das sozial-räumliche Organisationsprinzip Territorialität legt es dem Betrachter demnach oft nahe, den Staat als *die politische Bühne monopolisierend* zu denken, ihn gleichzusetzen mit *dem politischen Akteur*. Diesem Missverständnis muss vorgebeugt werden. Genauso wenig sind Handlungen anderer Akteure bzw. gesellschaftliches Handeln als grundsätzlich *nicht politisch* zu verstehen. Nichts desto trotz stehen jene politischen Bedingungen, die unter direkter Bezugnahme auf exklusives Territorium wirken – und deswegen für vorliegende Arbeit von Interesse sind –, im Rahmen des globalen Kapitalismus in unmittelbarem Zusammenhang mit Staat. Innerhalb des jeweiligen Territoriums ist der Staat darauf ausgerichtet, die für den kapitalistischen Produktionsprozess notwendigen politischen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Das steht dem weltumspannenden Charakter des Kapitalismus aus zweierlei Gründen nicht entgegen. Einerseits weil diese funktionale Ausrichtung weltweit Raum greift. Und andererseits weil die ökonomischen Akteure in ihren ökonomischen Beziehungen dadurch nicht grundlegend begrenzt werden. Der primäre Bezug ökonomischer Akteure zum

jeweiligen Staat ist die territoriale Zugehörigkeit aufgrund derer sie von selbigem die notwendigen politischen Bedingungen zur Verfügung gestellt bekommen. Ihre darauf Bezug nehmenden ökonomischen Handlungen sind allerdings nicht an die Grenzen dieses Territoriums gebunden. Die politische Bühne ist also territorial konnotiert, legt die darauf agierenden ökonomischen Akteure aber nicht ausschließlich darauf fest und steht der globalen Arbeitsteilung dementsprechend nicht im Wege. Ganz im Gegenteil ist diese *Territorialisierung von Politik* sogar Grundlage kapitalistischer Entwicklung. Burnham sieht im Übergang von der feudalen Herrschaft eines personalisierten Souveräns zu der abstrakten Souveränität einer öffentlichen Autorität über ein definiertes Territorium ein entscheidendes Moment der Entwicklung des internationalen kapitalistischen Systems (Burnham 1995, 103). Erst diese Konstellation stellte jene facettenreichen Rahmenbedingungen zur Verfügung, welche die globale Zirkulation von Waren und Kapital ermöglichten und forcierten (s.u.: Kapitel 8.10. *Das Internationale System aus Konkurrenz und Kooperation*). Außerdem kam genau darin die Trennung des Politischen vom Ökonomischen zum Ausdruck. Bis dahin waren beide Ebenen meist in der Person des Machthabers vereint. Demzufolge kann, in Anlehnung an Anderson, ein Schluss gezogen werden, der den scheinbaren Widerspruch zwischen der politischen Fragmentierung des Globus und der Globalisierung kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse nicht nur auflöst, sondern ihn als konstitutives Charakteristikum kapitalistischer Gesellschaft „entlarvt“:

„The ‚politics/economics‘ separation helps explain why global markets coexist with a politically fragmented world of territorial states, and why, despite increased globalisation, a multiplicity of liberal democratic states may still provide the ‚best shell‘ for capitalist development.“ (Anderson k.A., 25)

Die Trennung einer politischen von einer ökonomischen Ebene impliziert nicht, dass ökonomische Akteure grundsätzlich *unpolitisch* sind. Deren in gesellschaftlichem Handeln kulminierende Verhältnisse nehmen, wie bereits erwähnt, Einfluss auf die politische Struktur und gestalten diese mit. Staat hingegen lässt sich auf einer bestimmten Ebene sehr wohl exklusiv einer Seite zuordnen. Ohne generell auszuschließen, dass Staat als ökonomischer Akteur in Erscheinung treten kann, ist er zumindest im Kontext jener Mechanismen, die im Bereitstellen der politischen Bedingungen – wie Staatsterritorium – resultieren, auf diese Ebene reduziert. Als außerökonomischer Garant des politischen Rahmens (s.o.: Kapitel 8.3. *Zentralisierung*) steht er formal nicht auf derselben Höhe wie die privaten ökonomischen Akteure und greift dementsprechend nicht auf dieselbe Art und Weise in die kapitalistischen Produktionsprozesse ein.

„The liberal world order, like the liberal state, posited a separation of politics from economics, together with a fundamental compatibility between them. The free-trading world economy was understood to be the condition for the wealth of nations; this was the domain of industrial, mercantile, and financial operators. The responsibility of the state and the state system was to ensure the conditions for this open world economy while refraining from interfering with the operations of these economic agents.“ (Cox 1987, 127)

Für Hirsch ist diese exklusiv politische Rolle des Staates überhaupt konstitutives Merkmal seiner politischen Macht. Herrschaft kann demnach erst ausgeübt werden wenn sich Staat außerhalb der ökonomischen Verhältnisse institutionalisiert.

„Von ‚Staat‘ als Herrschaftsform ist prinzipiell erst dann zu sprechen, wenn sich ein eigenständiger, zentralisierter Gewaltapparat, getrennt von Gesellschaft und Ökonomie, herausbildet, ‚Politik‘ und ‚Ökonomie‘ als gesellschaftliche Funktionsbereiche damit auseinandertreten.“ (Hirsch 1995, 16)

Aus dieser außerökonomischen Position heraus, stellt Staat jene Bedingungen zur Verfügung, welche die freie Marktwirtschaft selbst nicht leisten kann. „Als schlichte ‚Marktwirtschaft‘ ist der Kapitalismus nicht existenzfähig. Seine inneren Widersprüche erzwingen eine auf den materiellen Bestand, die Ordnung und den Erhalt der Gesellschaft insgesamt gerichtete und außerhalb des unmittelbaren Verwertungsprozesses stehende Tätigkeit.“ (Hirsch 1995, 21) Da Politik und Ökonomie diesbezüglich keinen nahtlos sich selbst regierenden Funktionszusammenhang bilden, tritt der Staat gewissermaßen als Mittler dazwischen und stellt diesen her.

Die Bereitstellung und Organisation von für den kapitalistischen Produktionsprozess notwendigen Bedingungen von politischer Seite bedeutet allerdings nicht, dass diese in erster Instanz determiniert. Sie ist vorderhand selbst auf Möglichkeiten angewiesen, die ihr das ökonomische Fundament der Gesellschaft anbietet.

„[P]olitical action cannot alter the economic base [...] until economic factors themselves permit or require such an alteration [...]“ (Jessop 1982, 11)

Die kapitalistische Ökonomie wirkt also sowohl ermöglichend als auch einschränkend. Darauf basieren jene politischen Bedingungen, die in einem reziproken Verhältnis wiederum jene Bedürfnisse erfüllen, die außerökonomischer Stillung bedürfen. Umgelegt auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand bedeutet das, dass territoriale Strukturen primär als Folge ökonomischer Prozesse produziert und reproduziert werden. In weiterer Folge werden sie von Seite der Politik – hier vonseiten des Staates – dazu verwendet, den kapitalistischen

Produktionsverhältnissen bestimmte Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Dieser Schritt kann aufgrund des Gewaltmonopols innerhalb der territorialen Grenzen sozusagen außer Konkurrenz erfolgen und zeichnet sich dementsprechend zumindest temporär durch Stabilität aus.

Eine im Zuge dieser Überlegungen fast zwangsweise mit einzubeziehende theoretische Konstellation ist die Trennung zwischen *öffentlich und privat*. In wesentlichen Ansätzen der Politischen Ökonomie ist diese aus vielerlei Hinsicht ausgewiesenermaßen nicht äquivalent zu verwenden mit der Trennung von Politik und Ökonomie. Und dennoch werden beide Phänomene im Zuge der Betrachtung kapitalistischer Charakteristika oft undifferenziert nebeneinander gestellt. Beschäftigt man sich wie in vorliegendem Fall mit einem Phänomen, das im Großen und Ganzen dem Staat exklusiv zugeschrieben wird, verschwimmen die Grenzen sehr oft und erschweren die Verwendung vorhandener Begrifflichkeiten. Denn in seiner Funktion als jene Institution, die Territorium auf verschiedenen Ebenen und im Zusammenhang mit vielfältigen Mechanismen zur Verfügung stellt, positioniert sich Staat eindeutig außerhalb (oder oberhalb oder unterhalb) jenes Zusammenhangs, innerhalb dessen *private Akteure* ökonomisch agieren. Diese Trennung ist nach wie vor nie eine vollständige, der Staat ist in diesem Moment jedoch kein ökonomischer Akteur und befindet sich somit nicht auf einer Ebene mit den privaten Akteuren. Aber, er ist auf der politischen Ebene monopolistisch verantwortlich für die Bereitstellung des sozial-räumlichen Arrangements Territorium, auf das sich die Produktionsverhältnisse beziehen. Auf jener Ebene, auf der Staat Territorium exklusiv für sich beansprucht, übt er diese Exklusivität gegenüber anderen formal gleichgestellten politischen Akteuren aus. Sie stellen im Rahmen des Internationalen Systems Territorien für die politische und ideologische Basis privater ökonomischer Verhältnisse zur Verfügung. Diese Konstellation verführt zu einer Gleichsetzung von öffentlich mit politisch sowie von privat mit ökonomisch. Das unterstreichen Zitate wie das folgende von Anderson:

„[T]he separation of the economic and the political in capitalism' became a structural necessity both for territorially delimited political sovereignty [...], and for the globalisation of economic production [...]. The separation gave plausibility to claims of absolute state sovereignty by excluding a 'private' sphere of 'economics' [...]. Conversely, the separation also facilitated transnational economic expansion by separating it from direct political control in the 'public' sphere of the state.“ (Anderson k.A., 5)

Dieses Verständnis trennt den Staat nicht völlig von der ökonomischen und private Akteure nicht von der politischen Sphäre ab. Genauso wenig argumentiert es Staat als *das Öffentliche* oder schließt die Möglichkeit vollkommen aus, dass der Staat ökonomisch agiert. Aber: auf

jener Ebene, die für die Untersuchung von vorrangiger Bedeutung ist, trägt die exklusive Monopolisierung territorialer Ansprüche allen voran zu Abtrennung des Staates von jenen Verhältnissen bei, die zwischen formal gleichberechtigten ökonomischen Akteuren bestehen, und benennt diese als *privat*. Gleichsam wird die *öffentliche* Bühne ziemlich explizit als ausschließlich von Staat organisiert angenommen. Da aber *Öffentlichkeit* außerhalb der betrachteten Phänomene mehr ist als nur der Staat und Territorium für das Gegensatzpaar öffentlich und privat keine konstitutive Rolle spielt, folgt keine genauere Beschäftigung mit dessen Definition. Da sich Staat im Zuge der Territorialisierung von Politik klar von den privaten Akteuren abhebt, sich auf die Ebene der Politik zurückzieht und damit den privaten Akteuren sozusagen das ökonomische Feld überlässt, ist eine ausgewiesene begriffliche Trennung zwischen ökonomischer und privater Ebene verzichtbar. Öffentlichkeit ist jedoch mehr als nur die Bühne staatlicher Aktivitäten (vgl. Demirovic 2004) und ist nicht deckungsgleich mit der hier argumentierten außerökonomischen politischen Ebene.

Folgende Schlüsse gilt es aus diesen Überlegungen zu ziehen: Die Produktion territorialer Grenzen unterstützt die Separation von politischer und ökonomischer Ebene. Innerhalb dieser Grenzen ist der außerökonomische Akteur Staat exklusiv für die politischen Bedingungen verantwortlich, die mit diesen sozial-räumlichen Strukturen in Verbindung stehen. Die sich darauf beziehenden privaten Akteure bekommen dadurch die Möglichkeit, sich auf ihre ökonomischen Aktivitäten „zu konzentrieren“, welche nicht ausschließlich innerhalb territorialer Grenzen stattfinden.

8.8. Der Unterschied von Besitz und Eigentum

Vor allem wirtschaftswissenschaftliche Vergleiche feudaler und moderner Gesellschaft(en) führen den Unterschied zwischen Besitz und Eigentum als Hauptcharakteristikum des Kapitalismus ins Treffen (vgl. Kromphardt 2004, 24). Dabei handelt es sich weniger um eine weitere Trennung, wie die eben erläuterte, sondern viel mehr um das Entstehen eines neuen Phänomens, jenes des Eigentums. Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit neuen Organisationsformen und Technologien im Bereich der Geldwirtschaft (s.o.: Kapitel 8.6. *Geld*) und basiert auf der Separierung des politischen Gewaltmonopolisten Staat von der privaten ökonomischen Sphäre. Marx und Engels verbinden die Entstehung des Staates überhaupt direkt mit dem Aufkommen privaten Eigentums im Rahmen des kapitalistischen

Produktionsprozesses (vgl. Jessop 1982). Erst das geänderte Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie in Zeiten des zu Ende gehenden Feudalismus ermöglichte die Akkumulation von Kapital und somit den Aufstieg der kapitalistischen Gesellschaftsform und ihrer Produktionsweise. In der feudalistischen *Befehlsgesellschaft* wurden Produktion, Verteilung, Konsumtion und Akkumulation durch Zwangsmechanismen direkt politisch geregelt. In der sich daraus entwickelnden *Eigentumsgesellschaft* setzten sich auf der nunmehr abgetrennten ökonomischen Ebene die kapitalistischen Selbstregulationsmechanismen durch. Gesteuert wurden „Produktion, Verteilung, Konsumtion und Akkumulation durch die in den beiden anderen Gesellschaften [Stammesgesellschaft und Befehlsgesellschaft; Anm.] unbekannten Größen *Zins* und *Geld*“ (Heinsohn/Steiger 2002, 11). Die Trennung von Politik und Ökonomie ließ also die selbstregulierende Kraft der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse ins Spiel kommen. Außerökonomische Gewalt zog sich auf die Ebene der Politik zurück.

Aber, von Seite der Politik werden Strukturen – im Rahmen ihrer Möglichkeiten (s.o.: Kapitel 8.7. *Trennung von Politik und Ökonomie*) – zur Verfügung gestellt, welche diese entstehenden Marktmechanismen bis zu einem gewissen Maße ordnen.

„[S]tates provide both the domestic political underpinning for the mobility of capital and offer rudimentary institutional schemes aimed at securing international property rights as a basis for the continued expansion of capital.“ (Burnham 1995, 104)

Auf Basis dieser Ordnung entsteht der so genannte *freie Markt*, der für jeden ökonomischen Akteur die gleichen formalen Voraussetzungen schafft. Dazu gehört die Ablösung der Arbeit vom Kapital (s.u.: Kapitel 8.9. *Die Trennung der Arbeit vom Kapital*) und der damit einhergehende Anspruch auf (Privat)Eigentum.

Die feudalen *Befehlsgesellschaften* kannten kein Eigentum. Es gab keinen Anspruch auf Privateigentum, kein Geld im heutigen Sinne, keinen Zins und keine Sicherheiten. Es gab zwar die Praxis der Güterleihe, der Rückfluss verliehener Güter war jedoch alles andere als garantiert oder gar durch Pfände gesichert. Das große Problem war das Fehlen an Titeln, die man belasten oder verpfänden konnte.

„Mit dem ‚Wirtschaften‘ des zugeteilten Landes war nicht Ökonomisierung, sondern ein persönliches Nutzungsrecht gemeint, das aber gleichzeitig eine Pflicht darstellte.“ (Heinsohn/Steiger 2002, 15)

In jenen Gesellschaftsformen, die kein Eigentum kannten, sondern lediglich Besitz, ging es rein um die Nutzung von und Verfügung über Ressourcen. Besitz wurde physisch genutzt, die Erträge wurden über weniger oder mehr Umwege direkt konsumiert.

Im Gegensatz dazu schuf freies Eigentum die Möglichkeit, es zu belasten und damit mit einer legalen Forderung zu aktivieren. In direkter Folge übernahm Eigentum eine wesentliche Rolle im Prozess der Schaffung von Geld, der Besicherung eines Kredits oder einfach der Vollstreckung und des Verkaufs (vgl. Heinsohn/Steiger 2002, 17). Zentrale Neuerung dieser Mechanismen war die Möglichkeit der Belastung, welche auf irgendeine Art und Weise einer Sicherung bedurfte. Diese Sicherung funktionierte im Rahmen der Exklusivität staatlichen Territoriums durch den exklusiven Anspruch auf den darin enthaltenen Grund und Boden durch den Staat. Ländereien wurden als Sicherheiten von Staat aber auch gegenüber dem Staat – von dessen Gläubigern – verwendet (vgl. Glamann 1974). Außerdem bezog sich diese Konstellation auf die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Im Zuge dieser Entwicklung kamen Hypotheken auf Grundbesitz „in Mode“. Die besonders auffällige Entwicklung des Bodenmarktes (vgl. Minchinton 1974) legte offensichtliches Zeugnis davon ab und war Ausdruck der hier argumentierten *Belastbarkeit*.

Diese stellte einen weiteren Stein im Mosaik der voranschreitenden Expansion des Kapitals dar. Die im Rahmen des kapitalistischen Akkumulationsregimes möglich gewordene Wertsteigerung ohne den Zugriff auf Realitäten (räumlich) erweitern zu müssen, forcierte die Entwicklung des kapitalistischen Geldmarktes.

„Das auf ihm bereitgestellte Geld, ohne das die Unternehmen ihre Investitionen nicht tätigen können, führt zu einer Einkommensbildung, die eine dem Zins entsprechende Profitrate erzwingt, von der die Produktion vorangetrieben wird.“ (Heinsohn/Steiger 2002, 41).

Ohne Geld gäbe es keinen Zins, gäbe es keine Profitrate und keine Expansion der Produktion. Auch die Produktion von Geld an sich bedarf etwas Belastbaren. Jene Akteure, die die Versorgung des Geldmarkts mit Geld übernahmen, mussten sich auf ein System an Haftungen und Garantien beziehen (können). „Eigentumstitel der Nicht-Banken, mit denen sie bei den Geschäftsbanken haften und die Eigentumstitel, mit denen letztere bei der Zentralbank für den Rücklauf der Noten haften sowie das Eigenkapital, mit dem die Zentralbank für ihre Geschäftsbank-Schuldner haftet [, stellt] die Substanz der Geldschaffung“ (Heinsohn/Steiger 2002, 47) dar. Der Staat steht dafür in letzter Instanz als Garant zur Verfügung, welches ihm

sein Gewaltmonopol ermöglicht (vgl. Hirsch 1995, 30). Dieses wiederum beruft sich diesbezüglich auf die Exklusivität des Territoriums.

8.9. Die Trennung der Arbeit vom Kapital

Ein weiteres zentrales Merkmal der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse ist die Trennung der Arbeit (sowie ihres Produkts) vom Kapital. Dementsprechend wird auch dieses Verhältnis in Hinsicht auf seine Beziehung zu Territorium hinterfragt. Die diesbezüglich relevante Literatur ist kaum zu überblicken und dementsprechend schwer zu erfassen. Am kapitalistischen Verhältnis von Arbeit und Kapital haben sich zu einem gewissen Maße alle wichtigen Kapitalismustheoretiker abgearbeitet. Fokussiert auf das Forschungsinteresse fällt auf, dass viele der angestellten Überlegungen teilweise sehr direkt auf eine ursächliche Notwendigkeit exklusiver Territorialität für die Trennung von Kapital und Arbeit abzielen. Anderson beispielsweise bezeichnet diese konfliktbeladene Beziehung als ursächlich mitverantwortlich für Produktion und Reproduktion territorialer Grenzen.

„The other major feature of contemporary capitalism which encourages the reproduction of territorial borders is the need to manage conflictual capital-labour relationships [...].“
(Anderson k.A., 29)

Erst die Institutionalisierung einer durch das staatliche Gewaltmonopol gesicherten sozial-räumlichen Struktur ermöglicht so etwas wie die Entstehung eines *Inneren*. In Folge dessen konstituiert und etabliert sich die formale Gleichstellung und Freiheit von Warenhändlern und Kapitalbesitzern, worin die spezielle Materialität des Staates zum Ausdruck kommt. Denn auf diese Art und Weise bietet der moderne (National)Staat diesen Akteuren einen Rahmen, innerhalb dessen sie einigermaßen gesichert agieren können (vgl. Poulantzas 2003). Es bedarf also eines inneren Marktes, auf dem sich formal gleichgestellte Konkurrenten unter mehr oder weniger geordneten Bedingungen gegenüber stehen (s.o.: Kapitel 8.2. *Territorialstaatlichkeit* bzw. Kapitel 8.7. *Trennung von Politik und Ökonomie*). Auf dieser von der Territoriums-bezogenen Politik zur Verfügung gestellten Bühne findet der Wettbewerb von Kapital und Arbeit um die Verteilung lokaler kollektiver Ressourcen statt (vgl. Dear/Wolch 1989). Außerdem wird dadurch die auf der Seite des Kapitals auch intern bestehende Konkurrenz zwischen verschiedenen Märkten ermöglicht. Prägnant zusammengefasst werden diese auf exklusive staatliche Territorialität Bezug nehmenden Mechanismen von Hirsch:

„Die Ausbeutung der Arbeitskraft zur Produktion des Mehrwerts ist an die Konkurrenz der Kapitale untereinander und an die Existenz der LohnarbeiterInnen als freie Marktsubjekte und StaatsbürgerInnen gebunden. Rechtssubjektivität, staatsbürgerliche Freiheit und Gleichheit sind daher keinesfalls nur ein ideologischer Schein, sondern haben im kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhang eine materielle Basis.“ (Hirsch 1995, 22)¹⁶

Zu dieser gehört unter anderen das sozial-räumliche Organisationsprinzip Territorium bzw. dessen materielle Manifestationen.

Territorium übernimmt also auch im Rahmen der Befreiung des Arbeiters vom Kapital eine bestimmte Funktion. Die Freiheit des Arbeiters von seinen Produktionsmitteln zieht allerdings keine, wie man vielleicht auf den ersten Blick vermuten würde, Freiheit des Transfers von Arbeit nach sich. Bei vollkommener Freiheit des Transfers von Arbeit könnte – so zeichnet Harvey Von Thürens Argumentation nach (vgl. Harvey 1981, 292ff.) – der Arbeiter/die Arbeiterin immer dahin gehen, wo entweder Arbeit besser bezahlt würde oder wo er die Chance bekäme, auf die Seite der Produktion von Kapital zu wechseln. Einer derartigen Tendenz stellt sich Territorialität entgegen.

„An important activity of the emerging national states was the territorial definition of coercion, the limiting of the mobility of the newly ‚free‘ workers [...].“ (Holloway 1995, 124)

Gemeinsam mit der Etablierung von Privateigentum – welches nur im Falle von Ressourcen- und speziell Landknappheit in Relation zum Bevölkerungswachstum entstehen konnte¹⁷ – zeichnet die Ausübung staatlicher Zwangsgewalt für die Einschränkung der Mobilität des Arbeiters verantwortlich. Zumindest aber binden sie den Arbeiter an strukturelle Bedingungen, welche über die Territorialzugehörigkeit definiert werden. Diese Mechanismen sind für die Trennung von Kapital und Arbeit und somit für die kapitalistische Produktionsweise von essentieller Bedeutung, ermöglichen diese erst (vgl. Harvey 1981, 293). Denn die Folge eines Fehlens dieser Hindernisse wäre im globalen Rahmen ein stetig erfolgreicher, kontinuierlicher Ausgleich von Löhnen sowie der Verteilung von Kapital. Da sie jedoch existieren, können Gefälle entstehen, die für die Entwicklung und Expansion der Produktionsweise zentral sind, und zwar weil sie in den dafür zentralen Dynamiken von Kooperation und Konkurrenz (s.u.: Kapitel 8.10. *Das Internationale System aus Konkurrenz und Kooperation*) resultieren.

¹⁶ Aufgrund unterschiedlicher gesellschaftstheoretischer Grundannahmen wird die Klassenkampf-Konnotation auch an dieser Stelle ausgeblendet.

¹⁷ Diese Entwicklung lässt sich sehr eindrucksvoll am historischen Beispiel Europas (hohe Bevölkerungsdichte gepaart mit Landknappheit) nachvollziehen.

8.10. Das Internationale System aus Konkurrenz und Kooperation

Die eben ausgeführte Produktion eines *inneren Marktes* impliziert keinesfalls eine systematische Abgeschlossenheit gegenüber anderen Märkten. Ganz im Gegenteil bildet er gleichzeitig die notwendige Basis für ökonomische Akteure, um in Beziehung zu stehen zu Akteuren anderer Märkte. Die globale Dominanz des Territorialprinzips bietet (fast) allen zumindest ähnliche politische Grundvoraussetzungen. So entsteht ein gemeinsamer Markt, der auf der ökonomischen Ebene (national)staatliche Grenzen meist zu überspringen weiß.

„[F]rontiers therefore become established as frontiers of the national territory only from the moment when capital and commodities are in a position to break through them.“ (Poulantzas 2003, 73)

Vor uns liegt also ein internationales System, welches trotz seiner fast lückenlosen Einbeziehung der gesamten Erdoberfläche und der darauf lebenden Weltgesellschaft von sozial-räumlichen Strukturen dominiert wird, welche in möglichst klar festgeschriebenen Territorien organisiert sind. In erster Linie zeugt die Organisation sozio-ökonomischer Verhältnisse in Form ähnlich strukturierter Entitäten ganz einfach von dem Bedürfnis, diese zu einem gewissen Maße zu regeln. Sassen interpretiert schon die Herausbildung städtischer Herrschaftsbereiche in der historisch spezifischen Form Territorium als Folge der Notwendigkeit geregelter Handelsbeziehungen (vgl. Sassen 2006). Bei Harvey liegt der Fokus stärker auf der diesbezüglichen Rolle des Staates, seine Argumentation stimmt jedoch mit jener Sassens überein:

„Der gestiegene Wettbewerb [...] erzeugte Druck, Raum und Zeit der ökonomischen Aktivitäten zu rationalisieren und zu koordinieren, sei es innerhalb des nationalen Rahmens von Transport und Kommunikation, von Verwaltung und Militärorganisation, sei es im mehr lokalen Rahmen des privaten Grundbesitzes und der Stadtverwaltungen.“ (Harvey 1990, 365)

Dieser Bedarf an Ordnung und Systematisierung geht im Kontext der Herausbildung des kapitalistischen Gesellschaftssystems einher mit der Tendenz, sich auf horizontaler und vertikaler Ebene immer weiter auszubreiten. Daraus resultierte letzten Endes ein temporär fixiertes System von sich auf Territorium beziehenden Staaten, welches den gesamten Erdball umspannt. Grundsätzlich sind sich SozialwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen einig, dass der Kapitalismus als Gesamtes immer global ausgerichtet war.

„It has been the world-system then and not the separate ‚societies‘ that has been ‚developing‘. That is, once created, the capitalist world-economy first became consolidated and then over time the hold of its basic structures on the social processes located within it was deepened and widened.“ (Wallerstein 1991, 74)

Dementsprechend muss der Kapitalismus immer in seiner globalen Singularität und historischen Spezifität verstanden werden, wenn man seine Herausbildung betrachtet.

Die prä-modernen Staaten des sich allmählich herausbildenden Frühkapitalismus waren durchwegs „Konglomerate von Landstrichen oder Gebieten [...], deren Wirtschaftsstruktur und Handel nicht von politischen Grenzen, sondern von geographischen, klimatischen und demographischen Gegebenheiten bestimmt wurden.“ (Glamann 1974, 272) Der Austausch zwischen diesen Einheiten war äußerst gering und der Raum für Expansion selbst in Europa noch einigermaßen gegeben. Ein Internationales System bildete sich erst allmählich mit dem Aufkommen des internationalen Handels heraus. Ausgehend von Gebieten, die auf dem Seeweg Handel betreiben konnten, wurden die ersten Zeichen der gegenseitigen Anpassung vor allem auf dem Preissektor erkennbar. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die laut Poulantzas für räumliche Differenzierung verantwortlich zeichnet, war noch nicht oder nur sehr schwach ausgeprägt.

„Sie [die Arbeitsteilung; Anm.] beruht auf Privateigentum an Produktionsmitteln sowie auf der Parzellierung und Einhegung von Gemeindeland.“ (Wissen 2006, 210)

Diese „In-Wert-Setzung“ von Räumen (s.o.: Kapitel 8.8. *Der Unterschied von Besitz und Eigentum*) bewies sich aber vor allem auch im Zuge des immer knapper werdenden Bodens als eine stetige Entwicklung, die zur Produktion immer neuer Räume beitrug. Innerhalb der jeweiligen Räume tendierte der Kapitalismus zunehmend zu Homogenität. Soziale Hierarchien wurden institutionalisiert und Individuen als Summe formal gleicher Akteure zusammengefasst. Der Staat übernahm in diesem Prozess die zentrale Rolle auf Ebene der Politik und übte diese durch innerhalb von Grenzen allgemein verbindliche Regelwerke aus (vgl. Wissen 2006, 211). Auf der später als *national* bezeichneten Ebene (s.u.: Kapitel 8.11. *Produktion von (nationaler) Identität*) stellte er also die politischen Bedingungen für das Funktionieren eines Binnenmarktes zur Verfügung. Gleichzeitig gab er den ökonomischen Akteuren auf diesem Weg aber auch die Voraussetzungen für ein Agieren auf dem globalen Markt mit. Die Aufgliederung in (National)Staaten ging also Hand in Hand mit der Ausbreitung des kapitalistischen Weltmarktes und stand dieser Entwicklung keineswegs entgegen.

„The fragmentation of the ‚political‘ into national states, which from their very inception comprise an international system, has developed in an uneven fashion alongside the internationalisation of capital.“ (Burnham 1995, 103)

Demnach ist das internationale System ein singuläres Gesellschaftssystem, innerhalb dessen territorial verankerte Entitäten die politische Macht untereinander verteilen.

Territoriale Monopolstellung führte allerdings nie zu einer völligen Eingrenzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. „[N]o state was ever completely able to contain the entire geography of capital within its own geography of coercion.“ (Sassen 2006, 59) Das ist, historisch betrachtet, darauf zurückzuführen, dass einerseits im Falle des Versuchs der totalen ökonomischen Abtrennung Konkurrenten sogleich versuchten, Teile des Kapitals mithilfe von Außenhandelsstellen o.ä. streitig zu machen, und dass, andererseits, Kapital immer auf die Existenz externer Austauschpartner angewiesen ist, um seine Kapazitäten möglichst gut auszuschöpfen (vgl. Sassen 2006). Kapitalistische Märkte streben nicht unaufhaltsam und ausschließlich nach Expansion. Sie benötigen ein *Äußeres* um ihre eigene Weiterentwicklung überhaupt vorantreiben zu können. Diese Notwendigkeit eines Äußeren erläutert Dörre in Anlehnung an einige der am häufigsten rezipierten Überlegungen auf dem Gebiet der Kapitalismuskritik. Kapitalismus benötigt demnach ein gewisses Außen, um sich selbst erhalten und weiter entwickeln zu können – ein Verhältnis, das in Antonio Gramsci's Beschreibung der „Passiven Revolutionen“ (vgl. Dörre 2009, 41f.) sehr eindringlich ausgeführt wird. Dieses Außen können, wie in Hannah Arendt's *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (2006, 332ff.), nichtkapitalistische Produktionsweisen und Territorien (vor allem am Beginn der Akkumulation des Kapitals) genauso sein wie später andere kapitalistische Gesellschaften oder Staaten. Aufgrund dieses Bedürfnisses produzieren kapitalistische Prozesse dieses „Außen“ selbst (mit) bzw. spielen eine Rolle in dessen Reproduktion. David Harvey stellt diese Prozesse in Zusammenhang mit der von ihm so genannten „Innen-Außen-Dialektik“. Er erweitert die diesbezüglich vorangegangenen Überlegungen zu seiner *Theorie kapitalistischer Entwicklung* (vgl. Harvey 2006, 71ff.), welche auf der Fähigkeit der Produktion und Zerstörung von Raum basiert.

Vor uns liegt dementsprechend ein umfassendes Beziehungsnetzwerk von Staaten, das gemeinsam die sozial-räumlichen Strukturen des Weltmarktes inkorporiert. Die weltweiten Produktionsverhältnisse benötigen ebenso wie auf nationaler Ebene gewisse stabile politische Bedingungen. Im globalen Rahmen stellt das internationale Geflecht von Staaten diese

außerökonomische Ebene zur Verfügung. Auch hier geht es um die formal gleichen Bedingungen für ökonomische Akteure. Und auch hier gehört das Bereitstellen einer gewissermaßen gemeinschaftlichen Infrastruktur dazu.

„The new geography of global economic processes, the strategic territories for economic globalization, had to be produced, both in terms of the practices of corporate actors and the requisite infrastructure (i.e. global cities), and in terms of the work of the state in producing or legitimating new legal regimes.“ (Sassen 2001, 248)

Die Expansion der globalen kapitalistischen Ökonomie wurde also begleitet von der Expansion des zwischenstaatlichen Systems als der bald einzigen Form politischer, militärischer und administrativer Organisation bzw. Interaktion (Knox/Agnew/McCarthy 2003, 83). Von einer europäischen Pluralität der 500 politischen Entitäten im Europa des 16. Jahrhunderts ausgehend, sollten nicht mehr als 25 Territorialstaaten im Jahr 1900 überbleiben (vgl. Tilly 1975). Um den ökonomischen Akteuren formal ähnliche bis gleiche Bedingungen zur Verfügung stellen zu können, mussten die Staaten untereinander ebenfalls auf einer gemeinschaftlichen Basis „agieren“ (vgl. Anderson k.A., 17). Das Internationale System machte also auch aus ihnen formal gleichberechtigte Konstruktionen. Diese Interpretation wird unter anderen auch von Marx' Beobachtungen gestützt. Er verknüpft die Herrschaft des Kapitalismus und seiner Produktionsweise mit der „politischen Zentralisation“ im Nationalstaat und spricht, Bezug nehmend auf den globalen Zusammenhang, über den „allseitigen Verkehr“ und die „allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander“ (vgl. Milios 1988, 18). Diese gegenseitige Abhängigkeit formuliert sich vorrangig in der gemeinsamen Produktion und Reproduktion einer globalen politischen Bühne, wie sie zuvor nicht bestanden hatte und dementsprechend von historischer Einzigartigkeit zeugt. Diese Bühne zeichnet sich, wie schon ihr staatliches Pendant, nicht nur durch strukturelle sondern auch durch ideologische Charakteristika aus, die zur temporären Stabilisierung der Verhältnisse beitragen. In Wallersteins Beschreibung ist diesbezüglich von *Superstruktur* die Rede, wenn er feststellt:

„The operation of the capitalist world-economy is premised on the existence of a political superstructure of sovereign states linked together in and legitimated by an interstate-system. Since such a structure did not always exist, it was one that had to be built. [...] This process [...] involved reshaping political boundaries and structures in the zones being incorporated and creating therein 'sovereign states, members of the interstate system' [...].“ (Wallerstein 1991, 131)

Betreffend die globale Ausrichtung des Kapitalismus sei abschließend noch auf die Überlegungen zu einer möglichen *Theorie des Weltkapitalismus* verwiesen, welche die Unausweichlichkeit einer Einordnung der Entwicklung kapitalistischer räumlicher Ordnungsprinzipien in ihren globalen Kontext unterstreicht.

„Sowohl die Analyse Rosa Luxemburgs als auch die Bucharins führen eine bestimmte Anschauung über den ‚Weltcharakter‘ der kapitalistischen Produktionsweise ein. Diese Anschauung behauptet, daß die kapitalistische Produktionsweise in ihrer vollkommenen Form nur auf der Ebene der Weltökonomie reproduziert wird, daß folglich die Gesetze und die kausalen Beziehungen, die Marx entdeckt hat, nur auf der Ebene der Weltökonomie gelten. Die Weltökonomie wird so als eine einheitliche (kapitalistische) soziale und ökonomische Struktur betrachtet.“ (Milios 1988, 15)

Diese Feststellung relativiert den Vergleich der „großen politischen Bühne“ Internationales System mit der „kleinen politischen Bühne“ Territorialstaat. Sie führt zu der Schlussfolgerung, dass Territorialstaaten nicht einfach nur kleinere Abbilder der politischen Strukturen des Internationalen Systems darstellen, da ihr *Inneres* sich zu einem gewissen Maße durch die Bezugnahme auf ein *Äußeres* konstituiert. Im Rahmen der Entstehung des anfänglich noch nicht umfassenden Internationalen Systems folgten die „Kolonialexpansion“ wie das Weltmachtstreben des Imperialismus [...] aus zwingender Akkumulationslogik kapitalistischer Wirtschaftsweise [...] ließ sie planmäßig nach neuen, auch 'äußeren' Märkten fahnden.“ (Kreisky 2001, 139) Waren diese Kapazitäten jedoch ausgeschöpft, übernahmen andere Innen-Außen-Dynamiken die Rolle des Motors der kapitalistischen Produktionsweise. Der wissenschaftliche State of the Art scheint sich betreffend der grundlegenden Notwendigkeit dieser Bedingungen zu einem ungewöhnlich großem Maße einig zu sein.

„[T]here seems to be a fair amount of agreement that it is the nexus of internal and external pressures on the one hand, and of economic exchange and coercion on the other, that may explain the eventual triumph of the territorial states as well as the varied trajectories of states. [...] the evolution and advantages of the sovereign state can be epitomized in the twin dimensions of internal-external and economic exchange-coercion [...].“ (Jönsson/Tägil/Törnqvist 2000, 67)

Auf der einen Seite ist das zwischenstaatliche Beziehungssystem also geprägt von Zusammenarbeit sowie gegenseitiger Anerkennung als formal gleichberechtigte Akteure. Die (national)staatlichen Akkumulations- und Regulationszusammenhänge etablieren sich in diesem gemeinsamen Rahmen eines kapitalistischen Weltmarkts, eingebettet in grenzüberschreitende Verflechtungszusammenhänge und Austauschprozesse sowie plurale

Abhängigkeiten ökonomischer, politischer und militärischer Art (vgl. Hirsch 1995, 66f.). Auf der anderen Seite stellt jedoch genauso das konkurrierende Verhältnis von Staaten eine tragende Säule der Existenz und Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse dar (vgl. Hirsch 1995, 36). Territorialstaatlich interne Produktionsverhältnisse zielen darauf ab, sich möglichst produktiv auf dem Weltmarkt zu positionieren. Es werden Grenzen produziert, um auf Grundlage der Nutzung der dieserart entstehenden äußeren Märkte zu profitieren und sich weiter zu entwickeln (vgl. Knox/Agnew/McCarthy 2003, 72). Die zentralen Charakteristika waren demnach von Beginn der Entstehung eines Internationalen Systems Kooperation und Konkurrenz gleichermaßen. Doch standen diese nicht nur auf einer Ebene nebeneinander, sondern bedingten sich gegenseitig wie Teschke unterstreicht:

„The establishment of the [...] world-market and the consolidation of a worldwide system of sovereign states were mutually co-developing and co-constitutive processes. In other words, while modern sovereignty was never spatially congruent with the activities of its society and economy, transnational flows and territorial statehood were not necessarily opposing forces, but structurally linked and mutually supporting phenomena.“ (Teschke 2006, 38)

Die daraus entstehende Dynamik treibt die globale kapitalistische Entwicklung immer weiter voran.

8.11. Produktion von (nationaler) Identität

Die im Rahmen der untersuchungsinternen Reihung letzte extrahiert erläuterte Funktion von Territorium bezieht sich auf das Phänomen der Produktion von Identität(en). Da sich das Untersuchungsobjekt exklusiv im Zusammenhang mit Staat manifestiert und dieser, wie die historische Erfahrung lehrte, sich allmählich in Form von Nationalstaaten etablierte, spitzt sich auch das Interesse diesen Prozess betreffend auf die Konstruktion von Nation(en) zu. Bei näherer Betrachtung dieses Phänomens wird klar, dass die Produktion nationaler Identitäten bestehenden räumlichen Strukturen nachfolgt(e) und die im alltäglichen Sprachgebrauch den Nationen eingeschriebene Ursprünglichkeit oder Natürlichkeit eine Umkehrung der tatsächlichen Ursache-Wirkungszusammenhänge darstellt. Das erklärt auch die im Rahmen historischer Erläuterungen oder Hinweise bisweilen erfolgte in-Klammer-Setzung des Attributs *national* bei der Verwendung des Begriffs *Staat*. Zu Zeiten der Herausbildung territorialer Strukturen existierten noch keine Nationen, weder im Zusammenhang mit noch ohne das Organisationsprinzip Staat.

Die Erläuterung anderer Mechanismen und Funktionen erfolgte deswegen diesem Punkt vorgereicht weil sie auch historisch klar voranzuordnen sind. Dabei wurde darauf abgezielt, nachvollziehbar zu machen, aufgrund welcher gesellschaftlichen Entwicklungen die räumliche Organisationsform Territorium entstand und sich gegenüber anderen Formen durchsetzte. Erst der Etablierung exklusiver Territorien und der Monopolisierung durch das politische Organisationsprinzip Staat folgte die nationale Aufladung dieses Arrangements. Diese diente der *nachträglichen* ideologischen Stabilisierung der strukturellen und politischen Verhältnisse.

„[S]overeign states existed long before the rise of nationalism. These states administered spaces – sovereign territories – created by a mixture of medieval legacy, dynastic alliances and military concepts. [...] for the mass of those living in the state territory the state remained remote and, to the state, they were merely population to be counted and taxed within the territory.“ (Taylor 1999, 102)

Der abgegrenzte Raum bestand also zum Zwecke der Erfüllung multipler Bedürfnisse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (s.o.). Seine Grenzen wurden jedoch durch Festschreibung und Einbeziehung in den Prozess der Produktion von Identität gewissermaßen aufgewertet. Sie waren spätestens von diesem Zeitpunkt an mehr als nur die pure Domestizierung oder Zivilisierung eines bestimmten geographischen Raums (vgl. Aglietta 1976, 74).

Taylor verwendet im Zuge seiner Überlegungen betreffend diese Entwicklung die sehr geläufige – und intensiv diskutierte – Metapher des *Containers*. Demnach entwickelte sich im Zuge der Verstaatlichung bestimmter Funktionen eine Art begrenztes Behältnis, innerhalb dessen eine Vielzahl an Prozessen zentral gemeinschaftlich organisiert wurden. Eine Benennung dieses Behältnisses versprach eine ideologische Stabilisierung in Form interner Mobilisierung sowie interner und externer Legitimierung. Sie erfolgte über den Prozess der Konstruktion und Manifestation eines kulturellen Containers, (in den meisten Fällen) genannt *Nation*. In Taylors Augen lässt sich diese Argumentation mit folgenden Worten auf den Punkt bringen:

„Modern states have evolved with the modern world to become uniquely large political institutions with the vast ranges of functions most of which could never have been contemplated in pre-modern states. The key change has been the territorial containment of culture to create the concept of nation-state. [...] the power of modern states is based to a large degree upon the fusing of the idea of state with that of nation to produce nation-states. This power has been created by the fundamental territorial link that exists between the concepts of state and nation.“ (Taylor 1999, 75)

Soja war einer der ersten, die im Zuge einer Versozialwissenschaftlichung des Umgangs mit Raumkonstrukten darauf aufmerksam machte, wie sehr bestehende räumliche Konstellationen den Blick auf ihre eigene Genealogie verdecken (vgl. Soja 1989). Die ideologische Konnotation sozial-räumlicher Verhältnisse macht oft vergessen, wie und vor allem warum sich diese entwickelten.

„We must be insistently aware of how space can be made to hide consequences from us, how relations of power and discipline are inscribed into the apparently innocent spatiality of social life, how human geographies become filled with politics and ideology.“ (Soja 1989, 6)

Die Gefahr besteht oft darin, in direkter Folge die Ursache-Wirkungs-Richtung zu vertauschen. Was allerdings nicht meint, dass die auf diese Weise entstandenen ideologischen Konstrukte keinerlei Wirkung hätten. Sie werden in weiterer Folge genauso Teil der sozialen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse und erschweren oder erleichtern andere gesellschaftliche Prozesse. So spielen sie beispielsweise eine konkrete Rolle im Zuge der Legitimierung eines staatlichen Gewaltmonopols gegenüber anderen Staaten. Oder sie unterstützen die Stabilisierung staatlicher Strukturen im Zuge der Sicherung von dafür benötigten Ressourcen, wie zum Beispiel von Menschen (vgl. Dicken 2003, 124).

Nichts desto trotz folgte die Produktion von Nation(en) der schon erfolgten Produktion und Institutionalisierung von sozio-ökonomischen Strukturen nach. Gewisse weniger eindeutig definierte Formen von Identität(en) entwickelten sich schon im Zuge der Etablierung anderer politischer räumlicher Verhältnisse als jener des Staates. Auf diese konnte er in weiterer Folge im Zuge der Konstruktion von Nation zurückgreifen.

„It is within that developing framework that many of the institutions we often describe quite mistakenly as ‚primordial‘ came into existence. The sovereignty of jurisdictions became even more institutionalized, as (and to the degree that) some kind of social allegiance evolved to the entities defined by the jurisdictions. Hence, slowly, and more or less coordinate with the evolving boundaries of each state, a corresponding nationalist sentiment took root.“ (Wallerstein 1991, 74)

Daraus abzuleiten, dass die strukturellen Komponenten von Gesellschaft(en) fixiert sind, während sich nur die ideologische Ebene stetig verändert, wie dies Wallerstein tut¹⁸, wäre allerdings eine zu eindimensionale Argumentation. Die strukturellen Bedingungen beziehen sich sehr wohl auch auf den ideologischen Rahmen. Dass dessen Konstitution sich nach den strukturellen Bedürfnissen richtet und dementsprechend Produkt von dessen Entwicklungen

¹⁸ „[I]deological space changes [...]. But structural space endures.“ (Wallerstein 1991, 143)

ist, widerspricht dem nicht. Die „Unterordnung“ in der Hierarchie der Instanzen rührt daher, dass sich die Struktur nicht in erster Instanz den Bedürfnissen der ideologischen Ebene anpasst. Diese Kausalität lässt sich aus dem historischen Verlauf der Etablierung von Nationalstaaten herauslesen.

Die Produktion und Verwendung von Identität(en) ist, wie bereits erwähnt, keine Erfindung der kapitalistischen Gesellschaft. Schon davor manifestierten sich soziale Beziehungen mithilfe ideologischer Benennungen. Geänderte gesellschaftliche Verhältnisse bedurften jedoch geänderter ideologischer Stabilisierungsmechanismen. Die kapitalistische Gesellschaft basierte zusehends auf einer formalen Gleichstellung ihrer privaten Akteure (s.o.: Kapitel 8.7. *Trennung von Politik und Ökonomie*). Dementsprechend verloren Zuordnungen, die Klassen- oder Kasten-ähnlich form(ul)iert waren, an Funktionalität. Die relativ offene soziale Struktur machte Grenzen dieser Art überflüssig oder zumindest theoretisch überwindbar (vgl. Peet 1991, 28), verlangte gleichzeitig jedoch nach anderen ideologischen Konstrukten. Im Zuge ihrer Einbindung in den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess erfuhren diese Konstrukte eine zunehmende Institutionalisierung. Deren erster benennbarer Höhepunkt war der Westfälische Frieden von 1648, in welchem politische Gewaltmonopole exklusiv bestimmten Territorien zugeschrieben wurden. Das Internationale System wurde erstmals festgeschrieben. Auf diesem Wege wurde der Staat sozusagen „offiziell“ zum Träger kultureller Identität(en).

„The territorial state becomes the vehicle for the politics of cultural expression, resulting in the nation-state. Sovereignty of the state becomes vested in ‚the people‘ who constitute ‚the nation‘ that now legitimates the state.“ (Taylor 1993, 5)

Ein sehr weit verbreiteter Begriff für das Phänomen der Konstruktion gemeinschaftlicher Identitäten, welche mögliche vertikale Hierarchisierungen ignorierend sich in eine im wahrsten Sinne des Wortes horizontale Ebene einschreiben, wurde von Benedict Anderson geprägt, jener der *imagined communities* (vgl. Anderson 1993). Diese *vorgestellten Gemeinschaften* lassen sich mit bestehenden sozial-räumlichen Verhältnissen verschmelzen und auf diese Art und Weise gewissermaßen „territorialisieren“ (Schlögel 2003, 199). Dafür benötigen diese vorgestellten Gemeinschaften eine strukturelle Basis, welche bereits besteht, aber erst auf diesem Wege zum nationalen Territorium eines Staates und in weiterer Folge zum staatlichen Territorium einer Nation wird. Um dieses Phänomen in weiterer Folge entsprechend zu manifestieren und somit verstärkt zu etablieren, werden dessen Ausformungen im wahrsten Sinne des Wortes festgeschrieben. Diese Festschreibung erfolgt

mithilfe von Literatur, Journalismus und anderer Kommunikationsformen (vgl. Balibar 2010, 317) sowie durch die Kraft von Karten, Atlanten, Geographieunterricht, Geschichteunterricht und vielfältiger nationaler Symbolik (vgl. Schlögel 2003, 199ff.). Schlögel beschäftigt sich diesbezüglich mit dem Beispiel geographischer Landkarten und erläutert wie folgt:

„Die kartographische Produktion des einen nationalen Raums ist eine Facette oder eine Dimension in diesem [...] Prozeß nationaler Selbstidentifikation.“ (Schlögel 2003, 205)

Er spricht in diesem Zusammenhang der Landkarte, sowohl im übertragenen als auch im unmittelbaren Sinne, eine zentrale Rolle im Zuge der Entwicklung in Richtung *Ethnonationalismus* (und damit in späterer Folge auch Rassismus) zu (vgl. Schlögel 2003, 206). Sozial-räumliche Strukturen bedurften einer zentralen Organisation. Diese übernahm der Staat exklusiv. Damit wurden abgegrenzte Teile dieser Strukturen zum Territorium und der Staat zum Territorialstaat. Dieser wiederum verlangte nach einer ideologischen Stabilisierung, welche ihm das Konstrukt der Nation gewährleistete und ihn gleichzeitig zum Nationalstaat machte. Auf diesem Weg wurde Territorium national aufgeladen. Seinen qualitativen und quantitativen Höhepunkt erreichte diese Praxis (vorläufig) zu Zeiten des Nationalismus:

„States discovered the efficacy of the new cultural container and nurtured it. Basically state managers found the idea of nation very conducive to mobilizing its citizens behind the state: from the sponsoring of national ‚high culture‘ to feeding the people their national history in the schools and the much more sinister nationalizing programmes (policies such as Rusification, Germanification, Anglification, etc.), states hitched their destinies to nationalism.“ (Taylor 1999, 79)

Alles in allem lässt sich daraus der Schluss ziehen, dass die Konstruktion des kulturellen Containers *Nation* der Produktion territorialstaatlicher Strukturen nachfolgt¹⁹. Es bestehen und bestanden nicht ursprünglich Nationen, um deren Gerüst herum staatliche Territorien konstruiert wurden. „[T]he world does not consist of one or two hundred contiguous ‚nations‘ waiting for states to put boundaries around them.“ (Taylor 1993, 5f.) Der gesellschaftlichen Produktion eines territorialen Containers¹⁹ folgte eine Füllung desselbigen mit *dem Politischen*. Der Staat stellt(e) in diesem Prozess den Vermittler dar. „[T]he state has acted like a vortex sucking in social relations to mould them through its territoriality“ (Taylor 2003, 102).

¹⁹ Der Begriff *Container* findet in vorliegender Arbeit nur im unmittelbaren Zusammenhang mit der Argumentation Peter J. Taylors Verwendung, da er aufgrund der Implikation restriktiver Geschlossenheit einer weitaus ausführlicheren Diskussion bedürfte.

Mit dieser Argumentation wird keineswegs die unbedingte Notwendigkeit eines Territoriums für die Produktion (nationaler) Identität behauptet. Um dem zu widersprechen, kann man unter anderen auf Dicken verweisen, der auf die Existenz bzw. die Entwicklung von „Nationen ohne Staat“ (vgl. Dicken 2003) und damit ohne Territorium verweist. Hintergrund dieser Relativierung ist die vorhandene Funktionalität von (nationaler) Identität auch für nicht-territoriale gesellschaftliche Beziehungskonstellationen. Nichts desto weniger steht an dieser Stelle im Vordergrund, auf die genealogische Nachordnung des Konstrukts Nation zu verweisen. Es ist also davon auszugehen, dass die Produktion von Territorium keinesfalls einer bestehenden Nation folgt(e).

9. Fallbeispiel Niederlande

Im nun folgenden Abschnitt geht es darum, die in der *theoretischen Literatur* identifizierten und aus ihr extrahierten Funktionen des Untersuchungsgegenstandes mithilfe eines historischen Fallbeispiels abzutesten. Am Anfang dieses Arbeitens mit Evidenzen steht eine kurze Begründung der Auswahl des Fallbeispiels.

Die Niederlande gelten in mancherlei Hinsicht als Vorreiter gesellschaftlicher bzw. politischer und ökonomischer Entwicklung(en). Ihre ökonomisch hegemoniale Vormachtstellung zu Zeiten der Herausbildung des Kapitalismus wird maximal mit der späteren Dominanz des britischen Empire verglichen. Auffällig und dementsprechend häufig als großer Unterschied ins Treffen geführt, ist diesbezüglich allerdings die Art der Ausdehnung. Während Großbritannien wesentliche Gebiete rund um den Globus unter seine territoriale Herrschaft zu bringen vermochte, „eroberten“ die niederländischen Städte – später die *Republik der vereinigten Niederlande* oder *Republik der sieben Vereinigten Provinzen* – mit den Mitteln des Handels und völlig ohne weitere territoriale Ausdehnung große Teile des Weltmarktes. Manche sehen darin den Anfang des heute als Globalisierung bekannten Phänomens weltweiter gesellschaftlicher Interdependenzen: „Die Niederländer können mehr als die meisten anderen Nationen beanspruchen, die Globalisierung erfunden zu haben.“ (Driessen 2009, 65)

Dementsprechend rückt diese Entwicklung ins Zentrum der Untersuchung, um daran anschließend mit den Ergebnissen der vorangegangenen Suche nach *Funktionen von Territorium* (s.o.: Kapitel 8. *Funktionen von Territorium*) in Zusammenhang gebracht zu werden. Das Beispiel der Niederlande dient zwar einerseits der Illustration einer beginnenden Entwicklung – der (exklusiven) Territorialisierung von Politik bzw. sozio-ökonomischen Verhältnissen per se. Andererseits soll dem Beispiel diesbezüglich nichts desto trotz kein Alleinstellungsmerkmal zugeschrieben werden. Die extrahierten Funktionen beziehen sich nicht auf ein separates historisches Beispiel, sondern gelten als generelle Charakteristika kapitalistischer Entwicklung. Sie sollten dementsprechend auch auf andere Beispiele territorialer Festschreibung anwendbar sein. Analysen der niederländischen Entwicklung stellen an dieser Stelle exemplarisch historische Evidenzen zur Verfügung, mit dem positiven Nebeneffekt, die Entstehung exklusiver territorialer Staatlichkeit in ihren Anfängen zu begleiten.

Die Rede vom Gebiet der späteren Niederlande bezieht sich grundsätzlich auf die Niederungen im Mündungsgebiet der Flüsse Rhein, Maas und Schelde. In diesem entstanden sehr früh politisch relativ eigenständige Entitäten wie Flandern, Brabant, Artois, Hennegau, Namur, Limburg, Holland, Seeland und Geldern sowie die Bistümer Lüttich und Utrecht. Die ersten Ansätze einer strukturellen Vereinigung lassen sich unter den Herzögen von Burgund bereits im 14. und 15. Jahrhundert feststellen. Zu dieser Zeit etablierte sich allmählich der Begriff der *Pais d'embas* oder der *Nyderlande*. Im darauf folgenden Jahrhundert bezeichneten die *Nederlanden* oder *'t Nederelan(d)t* die von den Habsburgern regierten Gebiete an der Nordsee. Im Zuge eines Aufstandes gegen die spanischen Habsburger trennte sich der Norden vom Süden und bildete fortan die *Republik der Vereinigten Niederlande* (vgl. North 2008, 9). Die territoriale Kontinuität lebte fast bis in die Gegenwart weiter. Die Grenzen sollten sich von da an nur mehr minimal verschieben. Auch die wenigen im 17. Jahrhundert noch zum niederländischen Territorium addierten Gebiete wurden direkt in die gemeinsame Verwaltung miteinbezogen

Die Anfänge eines von da an kontinuierlichen ökonomischen Wachstums dieses Gebiets erkennen manche Historiker schon im 12. Jahrhundert (vgl. Cipolla 1976). Überflügelt wurde diese Entwicklung anfänglich nur von der noch schnelleren Expansion Spaniens oder italienischer Stadtstaaten. Für den Fortschritt verantwortlich zeichneten anfangs fast ausschließlich die Entwicklungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft, wenig überraschend in einer agrarisch geprägten Gesellschaft. Der niederländische Agrarsektor war schon im Mittelalter einer der am besten entwickelten und übernahm die Rolle des Motors der weiteren Entwicklung auch anderer Sektoren. So etablierten sich beispielsweise immer mehr Fabrikanten und auch der internationale Handel nahm schon langsam Fahrt auf. Das Bevölkerungswachstum verdoppelte die Zahl derer, die in den niederländischen Gebieten lebten zwischen 1500 – 1650, der Großteil davon konzentrierte sich in den Städten. Der Ostseeraum verzeichnete, abgesehen von Norditalien, die bei weitem stärkste Bevölkerungsdichte. In Folge des unverhältnismäßigen Wachstums der Städte im Vergleich zur Peripherie erlangten sie zunehmend an politischer Bedeutung. Ergänzt durch den nicht notwendigerweise gezielten Ausbau inter-städtischer Zusammenarbeit resultierten diese Entwicklungen in der Institutionalisierung relativ großer politischer Unabhängigkeit der niederländischen Metropolen. Das Vorwort für die ökonomische Erfolgsgeschichte war geschrieben.

„[T]he economy [...] was far more vital than ever – in fact, it was the most dynamic, the best developed, and the most competitive in Europe, [...] despite the fact that the country was poorly endowed with natural resources.“ (Cipolla 1976, 247)

Der Zusatz in vorangegangenem Zitat verweist darauf, dass die angesprochenen Entwicklungen nicht auf natürliche oder naturräumliche Bedingungen zurück zu führen sind. Demzufolge waren sozio-ökonomische Transformationen die ausschlaggebenden Ursachen.

In diese Phase des ökonomischen Aufbruchs fiel auch der erste ernstzunehmende Schritt in Richtung territorialer Vereinigung. Philipp der Gute von Burgund (1419-1467) versuchte, den entstehenden sozial-räumlichen Beziehungen zwischen Städten und strukturell ähnlichen räumlichen Entitäten eine gemeinsame politische Verfassung zu geben. Es gab die ersten Anzeichen einer Tendenz in Richtung Zentralisierung von Finanzwesen und Justiz.

Vor allem die Ansätze betreffend finanzieller Systematisierung zielten direkt auf höhere Einnahmen des Herzogs ab. Trotz aller Bestrebungen (bis hin zu militärischen Zwangsmaßnahmen) konnte er den bestehenden Verhältnissen seine politischen Vorstellungen jedoch nicht aufzwingen. Den Städten kamen jene Entwicklungen zugute, welche die eigenen ökonomischen Bestrebungen unterstützten, ihre politische Macht innerhalb der engen städtischen Grenzen konnte der Herzog aber (auf Dauer) nicht beeinträchtigen (vgl. North 2008, 13).

Verschiedene strukturelle Notwendigkeiten trieben soziale Transformationen direkt weiter voran. So wurden beispielsweise aufgrund der schlechten Voraussetzungen für ausgiebigen Getreideanbau die Bemühungen betreffend Fischfang und Schifffahrt intensiviert. Wissenschaftliche Entwicklungen in den Bereichen Kartographie, Schiffsbau, geometrischer und astronomischer Instrumente, Seerecht und Mathematik forcierten den Fernhandel mit Schiffen. Aber auch der Transport auf Seen und Flüssen in der näheren Umgebung war trotz Ausbau des Straßensystems billiger, bequemer, sicherer und oft sogar schneller. Alles in allem profitierte die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse von technologischen Innovationen, da diese aufgrund zahlreicher Multiplikatoren und in Folge der zunehmenden Interdependenzen sehr weitreichende Wirkungen entfalten konnten. Mit den Erträgen aus neu gewichteten Produktionszweigen konnten unter anderen die benötigten Getreideimporte bezahlt werden. So unterhielten bereits die Niederlande des 15. Jahrhunderts eine blühende Handelsbeziehung zu der damaligen Kornkammer Europas, dem Baltikum. Hinzu kam der Handel von Holz aus Skandinavien sowie mit Salz und Wein aus England, Frankreich und

Spanien bzw. Fisch aus dem eigenen Land. Im Windschatten des merkantilistischen und des allgemeinen ökonomischen Fortschritts entwickelte sich auch die eigene Landwirtschaft in Folge von Innovation und Intensivierung weiter. Im Rahmen der zunehmenden Urbanisierung (s.o.: Kapitel 8.1. *Stadt*) spezialisierten sich städtische Gewerbe in zunehmendem Maße und trugen damit ebenfalls zu einer Steigerung des Produktionsvolumens bei. Überhaupt setzten organisatorische und technologische Neuerungen enorme Mengen an Arbeitskraft frei – zuerst in der Peripherie, wenig später aber verlagerten sich diese Kapazitäten vor allem in die Zentren selbst. Dieser Trend schlug sich direkt in der demographischen Struktur der Niederlande nieder. Während große Teile Europas noch fast ausschließlich agrarisch geprägt waren und die meisten Menschen dementsprechend auf dem Land zuhause waren, lebten im Jahre 1565 in manchen niederländischen Provinzen schon fast die Hälfte der Bevölkerung in Städten (vgl. North 2008, 24).

Das Zusammenspiel demographischer, technologischer und organisatorischer Neuerungen forcierte die ökonomische Stärke der Städte und verlieh ihnen zusätzlich politische Macht. Die territoriale Abgrenzung ermöglichte und unterstrich ihre politische Autonomie innerhalb der Stadtmauern. Konzentrierten sie sich auf ökonomische Weiterentwicklung und nicht auf territoriale Expansion, konnten sie sich ihre Freiheit auch im Kontext übergeordneter Herrschaftsansprüche von zentralistischen Machthabern, im wahrsten Sinne des Wortes, *leisten*. Ihre Ausnahmestellung kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, dass Städte Glaubensfreiheit in ihrem Raum gewährten und gewährleisten konnten. Sie stemmten sich der Verfolgung aufgrund von Glaubensfragen entgegen: „So waren die meisten Städte nicht bereit, Ketzer zu verfolgen und hinzurichten, weil dadurch die öffentliche Ordnung gestört wurde.“ (North 2008, 30) Dieses Moment ist zwar nicht zentrales Charakteristikum, aber nichts desto trotz Teil jener Freiheit, die Städte privaten Akteuren anzubieten hatten. Sie galt als zusätzlicher Faktor der Anziehungskraft städtischer Zentren und unterstützte den Zuzug aus dem Umland. Politisch standen die Städte gewissermaßen zwischen den Fronten von zentralistischen Herrschern und Adeligen. Sie waren viel mehr auf Ausgleich bedacht, auf Ruhe und Stabilität als die anderen Mit- bzw. Gegenspieler (vgl. North 2008, 31ff.), konzentrierten sich, wie bereits angedeutet, auf die ökonomische Entwicklung.

Die Fortschritte des Handels und die Herausbildung eines internationalen Marktes wurden zum zentralen Motor gesellschaftlichen Aufschwungs. „Der Handel war das große Rad, das die ganze soziale Maschine antrieb“ (Glamann 1974, 271). Zu dessen Zentrum stiegen die

niederländischen Städte auf. Die in diesem Rahmen stattfindenden Versuche, mit dem explosionsartig ansteigenden Handelsvolumen Schritt zu halten, standen in engem Zusammenhang mit den Entwicklungen auf dem Geldmarkt (s.o.: Kapitel 8.6. *Geld*). Dieser stellte das benötigte Kapital zur Verfügung. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung stand anfänglich Antwerpen: „Wesentlich für die weitere europäische Wirtschaftsentwicklung waren auch die Antwerpener Innovationen auf dem Gebiet des Kreditwesens wie die Börse und der Handel mit Kreditpapieren (Wechsel, Inhaberschuldscheine) mittels Indossament und Diskontierung.“ (North 2008, 23) In weiterer Folge übernahm jedoch zusehends Amsterdam die Führungsposition:

„Amsterdam, in fact, became the main world market for a variety of products – from guns to diamonds, from sugar to porcelain – and the price quotations on the Amsterdam market dictated the prices on the other European markets. The business techniques inherited from the Italians were refined and developed. The stock exchange was born, and what Werner-Sombart described as ‚Früh Kapitalismus‘ (sic!) was replaced by incipient modern capitalism.“ (Cipolla 1976, 249)

Aufgrund der Entwicklungen des internationalen Handels sowie der quantitativen und qualitativen Ausdehnung verschiedener Institutionen und Einrichtungen des Banken- und Börsenwesens hält es Cipolla für gerechtfertigt, diesbezüglich von einer *kommerziellen Revolution* zu sprechen, die auf dem Gebiet der Niederlande ihren Anfang nahm und (leicht verspätet) auch England erfassen sollte (vgl. Cipolla 1974, 3). Als Charakteristika zu nennen sind diesbezüglich die Anhäufung von Vermögen, das Entstehen und die Ausbreitung der Mittelschicht, die Vermehrung und Differenzierung der Nachfrage sowie die Bildung des Unternehmertums.

Die niederländischen Städte gingen der kapitalistischen Entwicklung also mit großen Schritten voran. Auf Ebene der Machtverhältnisse im direkten politischen Umfeld konnten sie sich überraschend uneingeschränkt behaupten. Die partikularen Kräfte der einzelnen kleinen Entitäten blieben dermaßen gestärkt, dass sie sich auch gegenüber den späteren Habsburger-Herrschern (nach der Hochzeit zwischen Maria von Burgund und Maximilian von Österreich) zu behaupten wussten und sich ausnehmend viele Privilegien sichern konnten. Sie wurden sogar an den Entscheidungsfindungsprozessen betreffend Krieg und Finanzen (Steuereinnahmen und –ausgaben) beteiligt. Allerdings bedurfte es nach wie vor insofern einer übergeordneten Instanz, als dass dieses städtische Netzwerk auch im internationalen Kontext zu bestehen hatte. Dem militärischen Druck einer benachbarten Macht konnte aus eigener Kraft wenig bis nichts entgegen gesetzt werden.

Probleme in diesem Verhältnis traten erwartungsgemäß sehr bald zutage. Das habsburgische Herrscherhaus wollte die für weitere Entwicklung notwendige politische Freiheit ökonomischer Akteure nicht gewähren. Ohne an dieser Stelle konkret auf die Differenzen zwischen Habsburgern und den niederländischen Städten einzugehen, können diese als Auslöser der Loslösung der Niederlande vom Habsburger Reich angenommen werden. Diese folgte keineswegs einem ideologischen Freiheitsbedürfnis, dem Verlangen nach religiöser Unabhängigkeit oder einem nationalistischen Abspaltungsgedanken. Das unterstreicht alleine die Tatsache, dass sich die politische Zweckbeziehung der Vereinigten Niederlande anfänglich auf die Suche nach einem anderen Herrscher machte, welcher im Gegensatz zu den Habsburgern die Autonomie der Städte nicht beeinträchtigte. „Man suchte nach Verlassen Philipps II. zunächst einen neuen Monarchen; erst als man keinen fand, wurde man zu einer Republik wider Willen, die aber [...] ihre institutionelle Struktur beibehielt.“ (Reinhard 2000, 254) Zuerst wurden im Bund von Utrecht 1579 die gemeinsame Kriegsführung, die Finanzen sowie die Religionspolitik geregelt, bzw. die weitere Organisation selbiger institutionalisiert. Am 26. Juli 1581 wurde die Unabhängigkeit von den spanischen Machthabern in der Unabhängigkeitserklärung festgeschrieben. Unter anderen verabschiedeten die so genannten Generalstaaten im Zuge dessen das *Placcaet van Verlatinghe*, in dem sie dem spanischen Königshaus abschworen. Aufgrund der Einzigartigkeit in Zeiten der von Gott eingesetzten und legitimierten absolutistischen Herrscher war dies ein Schritt von herausragender historischer Bedeutung (vgl. Driessen 2009, 50). Aus dem konfliktbeladenen Dreiecksverhältnis zwischen Adel, absolutem Herrscher und den Städten entstand in den Niederlanden also eine Republik der Provinzen, „deren Träger die regionalen Eliten, insbesondere das städtische Großbürgertum [...] waren.“ (North 2008, 34) Die zentralistischen Organe blieben relativ schwach, waren viel mehr dafür zuständig, politische Rahmenbedingungen zu organisieren und zu systematisieren sowie infrastrukturelle Bedingungen zu optimieren. Damit ging die beginnende Institutionalisierung der Trennung von Politik und Ökonomie einher. Akteure der ökonomischen Ebene ließen sich zwar gewisse strukturelle und/oder rechtliche gemeinsame Maßnahmen „gefallen“, in Hinblick auf ihre Handelsbeziehungen handelten sie allerdings weitestgehend selbständig. „Abgesehen von den Schutzzöllen war die Rolle des Staates eindeutig: Er schuf die Voraussetzungen für den Erfolg der privaten Unternehmen.“ (Wallerstein 1998, 67) Wallerstein spielt in seinen diesbezüglichen Überlegungen auf einen liberalistischen, „schwachen“ Staat an, also einen Staat, der selbst nicht direkt in wirtschaftliche Abläufe eingreift und auch nicht als wirtschaftlicher Akteur in Erscheinung tritt (vgl. Wallerstein

1998). Die Republik war zwar föderalistisch organisiert, funktionierte aber dennoch auf zentralen außerökonomischen Ebenen einem zentralistischen Staat sehr ähnlich. Der größte Unterschied lag in der solidarischen Entscheidungsfindung, welche durch die gemeinsame Versammlung der *Generalstaaten* (territorial festgeschriebene Provinzen) erfolgte.

Die Ursachen für die Institutionalisierung gemeinsamer territorialstaatlicher Strukturen waren vielfältig und werden von verschiedenen Theoretikern unterschiedlich gewichtet. Taylor beispielsweise hebt in seiner Analyse der langfristigen Entwicklung von einem auf Kooperation und Konkurrenz ausgerichteten ökonomischen Netzwerk aus Städten hin zu einer gemeinsamen niederländischen Territorialstaatlichkeit militärische Ursachen hervor:

„These earlier economic networks were built upon the transactions between cities but the latter proved to be no military match for aggressive territorial-expanding states. In contrast, the Dutch Republic combined the economic success of past city-states with the defensive capabilities of contemporary territorial states.“ (Taylor 1999, 74)

Neben der militärischen waren es aber vor allem auch politisch-organisatorische „Synergieeffekte“, die als Folge des Zusammenschlusses positive Auswirkungen auf die kapitalistische Entwicklung hatten. Einerseits konnten bestimmte Rahmenbedingungen (s.o.: Kapitel 8.3. *Zentralisierung*, Kapitel 8.4. *Infrastruktur* und Kapitel 8.5. *Steuern*) einfacher und effektiver zur Verfügung gestellt und erhalten werden. Außerdem konnten auf diesem Wege Gebiete außerhalb der städtischen Zentren direkter in den Produktionsprozess eingebunden werden, was einen weiteren Fortschritt für die gesellschaftliche Arbeitsteilung, vorerst im Rahmen der niederländischen Grenzen, bedeutete. Die Frage der Gewichtung bzw. der Genealogie der verschiedenen Funktionen wird etwas später noch genauer in den Fokus der Betrachtung rücken.

Zuvor stellt sich noch die Frage nach dem Ausmaß, in welchem es überhaupt zur Bildung *gemeinsamer* Strukturen innerhalb dieses festgeschriebenen Territoriums kam? Und inwiefern wurden diese zentral organisiert bzw. regiert? Das *lange 16. Jahrhundert* (vgl. North 2008, 22) gilt für Europa unter anderen als Periode der Zentralisierungsbemühungen. In vorliegendem Fall stand am Ende der divergierenden Tendenzen zwischen Zentralstaat und vereinzelter Provinzen eine territorial festgeschriebene Republik, die weder um das Zentrum einer weltlichen oder geistlichen Herrscherperson gruppiert war noch um die Idee einer nationalen Identität o.ä. Die niederländische Republik war zu ihrer Zeit eine absolute Ausnahmeerscheinung. In ihr vereinten sich eine Vielzahl relativ autonomer politischer

Entitäten, während im restlichen Europa absolutistische Herrscher um die Expansion ihrer (persönlichen) Macht rangen. Die von diesen Machthabern angestrebte Ausdehnung betraf nicht nur die vertikale Ebene, also eine möglichst umfassende Durchdringung innergesellschaftlicher Verhältnisse, sondern auch die horizontale, also geographische, Ebene. Im Gegensatz dazu gaben sich die Niederlande mit ihren diesbezüglichen Möglichkeiten zufrieden und bauten darauf nicht weniger als ihre weltwirtschaftliche Vormachtstellung auf. Der Fokus lag auf einer Territorialisierung und damit Strukturierung sowie Systematisierung bestehender sowie sich qualitativ entwickelnder sozio-ökonomischer Verhältnisse, nicht aber zwingend auf räumlicher Expansion. Genauso wenig war die Struktur der politischen Herrschaftsverhältnisse auf Hierarchisierung oder Personalisierung (in Form eines Herrschers/einer Herrscherin) ausgelegt. Die Zentralisierungstendenzen formulierten sich hier in Form des territorialen Zusammenschlusses durch die Kraft gemeinsamer republikanischer Entscheidungsinstanzen, von denen ausgehend bestimmte politische, infrastrukturelle und rechtliche Maßnahmen zentral gesetzt wurden. Die zunehmende Systematisierung folgte dem Bedürfnis nach effizienteren und stabileren Verhältnissen in diesen Bereichen. Infolge dessen konnte eine adäquate Basis für wirtschaftliche Austausch- und Produktionsverhältnisse gelegt werden. Die kontinuierliche Entwicklung dieser Strukturen machte eine ordnende „starke Hand“ überflüssig.

„[M]it zunehmender Zentralisierungspolitik [erfolgte] tendenziell eine Umformung zu einem über die Person des Landesherrn hinausgreifenden institutionalisierten Miteinander [...]“ (Lademacher 1983, 14)

Es bedurfte also keiner Herrscherperson, keiner nationalen Autorität o.ä. Die Zentralisierung und Institutionalisierung in Form exklusiver Territorialisierung folgte strukturellen Bedingungen und Bedürfnissen, nicht nationalistischen Bestrebungen.

Die vormals landesherrlichen Kompetenzen, also jene, die von einer übergeordneten politischen Instanz ausgeübt wurden, beschränkten sich auf die Bereiche des öffentlichen Rechts sowie des Verwaltungs- und Strafrechts (gemeinsamer Gerichtshof). Hinzu kam, mit der Einrichtung eines Rechnungshofes, die Etablierung einer gemeinsamen Finanzkontrolle. Mit einem Zuwachs an staatlichen Aufgaben in Zusammenhang mit einer zunehmenden Komplexität kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse stiegen auch die Ansprüche an diese Institutionalisierungen. Der Staatsapparat entwickelte sich in quantitativem und qualitativem Ausmaß weiter:

„Zugleich machte der Ausbau der zentralen Regierungsorganisation für die niederländischen Territorien weitere Fortschritte. Solcher Ausbau ist zu verstehen als die Konsequenz einer Rationalisierung und Professionalisierung eines Regierungsapparates, der sich einer wachsenden Vielfältigkeit der Aufgaben gegenüber sah.“ (Lademacher 1983, 30)

Die politische Organisation der rechtlichen, finanzpolitischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen wurde auf die Ebene der Republik verlegt, dort durch Verträge festgeschrieben und mithilfe überwachender Institutionen organisiert. Diese Konstruktion sicherte den ökonomischen Akteuren eine gewisse Sicherheit und Freiheit. Die Ordnung ökonomischer Verhältnisse behielten sich noch die einzelnen Städte vor. Aufseiten der Judikative brachte die zunehmende Institutionalisierung und/durch Professionalisierung des *Geheimen Rats* (gerichtliche Höchstinstanz) eine enorme Stärkung der Rechtssicherheit und damit eine weitere Stabilisierung und Festigung der territorialen Einheit (vgl. Lademacher 1983, 32). Der Spielraum, sprich die Freiheit, die für private ökonomische Akteure im Rahmen ihrer städtischen Strukturen erhalten blieb bzw. jetzt sogar auf einer übergeordneten Ebene institutionalisiert wurde, stellte eine für die damalige Zeit einzigartige Konstellation und Situation dar. Manche WirtschaftshistorikerInnen sehen in eben dieser Struktur den Grund für die weltwirtschaftliche Hegemonie der damaligen Niederlande. Dazu gehören beispielsweise North und Thomas, welche die effiziente politische Organisation, die institutionelle Sicherheit sowie die Garantie von Recht und Eigentum als entscheidenden Vorteil der Niederlande gegenüber anderen europäischen Mächten/Staaten dieser Zeit interpretieren (vgl. North/Thomas 1973, 132ff.).

Die auf diesem Wege erfolgte Trennung von Politik und Ökonomie folgte u.a. der Logik, dass im Rahmen der zunehmenden Komplexität der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge ein Zusammenführen politischer Aufgaben mehr Effizienz versprach. Die erzielten „Synergieeffekte“ ermöglichten es dem Staat, seinerseits die Ressourcenabschöpfung durch Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialpolitik zu optimieren (vgl. Reinhard 2000, 305). Die lukrierten Steuern sowie der zentral gesteuerte Einsatz selbiger resultierten letzten Endes im dauerhaften Aufbau einer in diesem Maße nie da gewesenen politischen Bühne für die ökonomischen Aktivitäten privater Akteure.

Eine wesentliche Rolle für diese Entwicklung spielte die räumliche Exklusivität politischer Herrschaft. Es bedurfte vorderhand einer Möglichkeit, die ökonomischen Akteure einem Staatsapparat zuzurechnen. Im Zuge dessen war die Etablierung staatlicher Exklusivität eine

Bedingung der Institutionalisierung des Staatsapparates. Denn dieser bedurfte einer Finanzierung, die relativ unabhängig war von kurzfristigen ökonomischen Entwicklungen.

„Die Steuerhoheit ist integrierter Bestandteil der Souveränität und Kriterium für Staatlichkeit überhaupt. Das bedeutet aber, daß sie erst zusammen mit der souveränen Staatsgewalt entstehen konnte.“ (Reinhard 2000, 309)

Sobald der Staat zentral Steuern einnahm (ab jetzt „Steuerstaat“), wurden die von ihm zur Verfügung gestellten Leistungen durch diese Einnahmen finanziert. Davor mussten die regionalen Herrscher, also jene, die eine Ebene unter Kaiser oder Papst angesiedelt waren und dementsprechend keine Steuern einheben durften, die von ihnen erbrachten Leistungen über Ressourcen aus ihrem Eigengut finanzieren (vgl. Reinhard 2000, 310). Der nunmehr moderne Staat war also nicht mehr *Besitzer* des Landes, trat jedoch als *Garant* des Eigentums in Erscheinung und finanzierte sich über Abgaben der dadurch „entstandenen“ Eigentümer (s.o.: Kapitel 8.8. *Der Unterschied von Besitz und Eigentum*). Diese Konstellation trug wesentlich dazu bei, die Trennung der politischen Ebene von der ökonomischen zu vollziehen.

Im Zuge territorialer Festschreibungsprozesse und in Einklang mit der Unabhängigkeit von den Grundherren (vgl. Reinhard 2000, 56) kam es in den Niederlanden zu einer völlig neuen Gewichtung von Grund und Boden. In erster Linie bezog sich das Land, welches sich innerhalb der niederländischen Grenzen befand, auf den Staat als Gewaltmonopolisten (und vice versa), der auf Grundlage dieser Konstellation als Garant von Eigentum auftrat. Die Belastbarkeit von Eigentum forcierte das Investieren von Kapital in den Produktionsprozess. Ergänzend wies diese Entwicklung eine zweite Seite auf, welche ebenfalls die kapitalistische Entwicklung vorantrieb. Die Veränderungen betreffend Besitz- bzw. Eigentumsverhältnisse wurden vollzogen in Form der „allgemeinen Aufhebung grundherrlicher Rechte und einer weitreichenden Parzellierung und Aufteilung des Bodens, der zu einem guten Teil in bürgerliche Hände überging.“ (Maddalena 1974, 186) Die neuen *Eigentümer* gingen nun jedoch nicht dazu über, ihr Grundeigentum – wie in Osteuropa – auf eigenes Risiko zu verwalten. Ihre Praxis bestand viel mehr darin, sehr kurze Pachtverträge zu vergeben, was nach anderen, moderneren Betriebsmethoden verlangte. Diese waren entsprechend kurzfristiger ausgerichtet. Einerseits veränderte das die Nachfrage aufseiten dieser Akteure, andererseits verlieh ihnen das mehr Flexibilität. Auf Änderungen des Marktes konnte schneller reagiert werden. Diese Tendenz kam der kapitalistischen Produktionsweise *auch* deswegen entgegen, weil immer mehr investiert und expandiert werden konnte (vgl. Maddalena 1974, 186ff.).

Die auf diese neuen politischen Rahmenbedingungen zurückgreifenden Fortschritte der Produktions- und Verteilungsverhältnisse scheinen sich vor allem in den Bereichen *Produktion und Gewerbe* auszuwirken. Diese zeichnen auf den ersten Blick direkt verantwortlich für den niederländischen Aufschwung. Das unterstreicht auch Wallersteins Analyse der hegemonialen Stellung der Niederlande zwischen 1625 und 1675 (vgl. Wallerstein 1998). Dabei leitet er Hegemonie aus einer deutlich überlegenen Effizienz in der landwirtschaftlich-industriellen Produktion ab. Diese nahm ihren Anfang mit unvergleichlichen Gewinnen, welche die Niederländer aus dem Fischfang gewannen. Dafür verantwortlich zeichneten technologische Entwicklungen des 14. und 15. Jahrhunderts (Schiffsbau, neue Netze, Pökeln, etc.). Diese führten dazu, dass die niederländischen Händler sogar englischen Fisch sogar in englischen Häfen zu konkurrenzfähigen Preisen verkaufen konnten. Die Fortschritte in diesem Bereich wurden begleitet von verschiedenen „Nebeneffekten“. So stieg die Nachfrage nach größeren Schiffen, nach Netzen und besseren Netzen, nach Salz und mehr Salzgewinnung, etc. Eine Steigerung der Produktionskapazität kurbelte also auch die Nachfrage und diese wiederum die Produktion an.

Zusätzlich zur Fischerei übernahmen die Niederlande in gewisser Weise auch in der Landwirtschaft eine Vorreiterrolle. Sie galten zwar aufgrund geologischer und topographischer Bedingungen als für Getreideanbau völlig ungeeignet. Jedoch zog just diese „Notlage“ weitere positive Entwicklungen nach sich. Denn aufgrund wenig entwickelter Warentransportmöglichkeiten war zumindest ein Mindestmaß landwirtschaftlicher Produktion auch im direkten Umland nach wie vor überlebenswichtig. Da demzufolge Land gewonnen werden musste, war beispielsweise die technische Weiterentwicklung von Mühlen, um Wasser abpumpen und somit Land trocken legen und gewinnen zu können, eine praktisch „unbeabsichtigte“ Folge. Aufgrund derartiger Entwicklungsketten erlebte die Ingenieurskunst in vielerlei Hinsicht einen enormen Auftrieb und eröffnete neue Möglichkeiten. Außerdem resultierten Bedürfnisse, die Versorgungsengpässen entsprungen waren, in einer enormen Intensivierung, Spezialisierung und Differenzierung landwirtschaftlicher Nutzung. Der für den Anbau traditioneller Getreidesorten ungeeignete Boden zwang zum Anbau von Flachs, Hanf, Hopfen oder Obst, Gewerbepflanzen, die bald Ziel kontinuierlich wachsender Nachfrage wurden.

Diese exemplarischen Entwicklungen stellen sehr anschaulich dar, wie sich Fortschritte auf dem Gebiet des primären Wirtschaftssektors auf die gesamte Produktionsleistung der niederländischen Gesellschaft auswirkten. Jedoch war dieses Verhältnis nicht einseitig und dementsprechend wirkten auch Entwicklungen in anderen

Sektoren auf diesen zurück. So stellte im weiteren Verlauf die Transformation der Wirtschaft des 17. Jahrhunderts völlig neue Anforderungen, welchen die Landwirtschaft zu entsprechen hatte. Anfang/Mitte des 17. Jahrhunderts stagnierte das Bevölkerungswachstum und dementsprechend auch die Nachfrage, was zu einem Fallen der Preise (von Grundnahrungsmitteln) führte. Damit stand relativ viel mehr Geld für den Erwerb von „Luxusartikeln“ zur Verfügung. Gemeinsam mit Änderungen der demographischen und beruflichen Strukturen trug dies zu Spezialisierung und Flexibilisierung der Landwirtschaft bei. „[T]he most profound and far-reaching specialization process operated to reorganize the agrarian structure and raise up the most thoroughly commercialized agriculture of Europe.“ (Vries 1976, 70) Und wieder resultierte dies in einer Vorreiterrolle der Niederlande betreffend diesen Produktionszweig.

Dasselbe galt beispielsweise auch für die Erzeugung von Färbemittel oder Textilien. Vor allem mit Letzterem ging wiederum ein enormer industrieller Fortschritt einher. Doch zeichnete die Niederlande im Allgemeinen nicht einfach der technische Vorsprung gegenüber anderen aus. Als zentral stellten sich mittel- und langfristig die organisatorisch und infrastrukturell *Sektoren-übergreifenden* Strukturen heraus. Die Niederlande waren keinesfalls in jeglicher Sparte führend oder konkurrenzlos, schon gar nicht notwendigerweise betreffend den jeweiligen technologischen Entwicklungsstand. Auch ihre Rohstoff- oder Human-Ressourcen verschafften ihnen keinen uneinholbaren Vorsprung. Als enormer Vorteil, der sich in einem beispiellosen Wachstum niederschlug, erwiesen sich Kohärenz und dichte Verzahnung des landwirtschaftlich-industriellen Produktionskomplexes (vgl. Wallerstein 1998, 46f.). Daraus nährte sich letzten Endes die Dynamik und Flexibilität des Marktes, die für kapitalistische Entwicklung von so fundamentaler Bedeutung war und ist.

Die gesteigerte Effizienz des niederländischen Produktionssektors legte die Basis für Entwicklungen auf anderen Sektoren und bezog sich im Gegenzug in seiner weiteren Entwicklung wiederum auf deren Fortschritte. Bestes Beispiel dafür ist der Vergleich zwischen England und den Niederlanden in Bezug auf ihr jeweiliges Handelsvolumen. Die Engländer hatten genauso wie die Niederländer die Möglichkeit, im außer-europäischen Ausland Produkte zu relativ niedrigen Preisen zu erwerben. Ihnen fehlten allerdings im Vergleich zu den Niederländern die finanziellen Mittel, die diese aus dem gesteigerten Produktionsvolumen gewannen, um diese Investitionen auch wirklich zu tätigen. Die Steigerung des produktiven Outputs ging also Hand in Hand mit einer Vorherrschaft in den Bereichen kommerzieller Distribution, Transport, Kommunikation und Versicherung sowie

letztendlich auch in den Finanzbereichen Wechsel, Einlagen, Kredit und Investitionen. Eine große Zahl wissenschaftlicher Interpretationen schätzt diese „indirekten“ Entwicklungen letzten Endes sogar als weitaus zentraler ein als jene, die unmittelbar die Qualität der Produktionsweise betrafen.

„In dem Gebiet, das im späten 16. Jahrhundert die holländische Republik geworden war, wurde die Entwicklung der gewerblichen Produktion zweifellos überschattet von der erstaunlichen Ausdehnung des tertiären Sektors.“ (Sella 1974, 262)

Allerdings ist eine Gewichtung der Relevanz dieser Entwicklungen aufgrund ihres reziproken Verhältnisses nur schwer konsistent zu argumentieren. Grund für die in der Literatur vorherrschende Angewohnheit, die Entwicklung des tertiären Sektors in den Vordergrund zu stellen, ist meist dessen vor allem in dieser Ausgeprägtheit wesentlich jüngere Geschichte als jene des sekundären oder gar primären Sektors.

Ein in dieser Phase zentraler Schritt war der Ausbau von Möglichkeiten die in qualitativer und quantitativer Hinsicht „neuen“ Produkte zu verteilen, also zu transportieren. Die Vorherrschaft auf dem Transportsektor wurde im Zuge dessen u.a. ermöglicht von technologischen und organisatorischen Neuerungen. Nicht nur Innovationen im Bereich des Schiffbaus, sondern auch Transformationen der infrastrukturellen Basis (Straßensysteme, Brücken, Häfen, Warenlager, etc.) trugen dazu bei. Wesentlichen Anteil an deren kontinuierlichem Ausbau hatte die zentrale Organisation dieser Leistungen in den Händen der Republik. Aktiv und direkt förderte die zentrale republikanische Regierung vor allem die Schifffahrt und den Fernhandel sowie den Ausbau des Nahverkehrs. Während das 17. Jahrhundert für das restliche Europa einen Abwärtstrend bedeutete, war selbiges in den Niederlanden von Wachstum und Wohlstand geprägt. So begünstigten im Ostseeraum „Änderungen in den Handelswegen und den Handelsbeziehungen [...] eher die Holländer auf Kosten der Deutschen.“ (Glamann 1974, 281) Die niederländischen Handelsgeflechte liefen der norddeutschen Hanse den Rang ab. Sie übernahmen sehr bald auch einen großen Teil der Abwicklung von Austauschbeziehungen, an denen sie weder als Produzent noch als Endabnehmer, aber ab jetzt als dritte Kraft beteiligt waren.

„Im Transport sowohl von Massengut als auch gemischten Frachten tat es den Holländern niemand gleich, und mit dem Ende des 17. Jahrhunderts war der gesamte Frachtverkehr zwischen Frankreich und Nordeuropa und der größte Teil des entsprechenden englischen Handels in holländischen Händen.“ (Glamann 1974, 281)

Hinzu kam die stark gestiegene Relevanz des Übersee-Transports. Vor allem bestimmte Luxusartikel sowie Edelmetalle (Gold und Silber) wurden importiert, Geld, Erfindungen und Organisationsformen exportiert. Die globale Arbeitsteilung schritt voran, die Handelswege wurden in nie da gewesenem Maße ausgebaut, die Produktion erfuhr eine enorme Spezialisierung in Abstimmung mit internationalen Märkten und Städte etablierten sich als deren Handelszentren. Die Kommerzialisierung durchdrang alle Ebenen der Gesellschaft. „In the seventeenth century this commercialization both spread and deepened.“ (Vries 1976, 70) Diese Ausdehnung manifestierte sich in Form eines sehr gut ausgebauten und sehr weit ausgedehnten Gerüsts an Handelsinfrastruktur. Diese hatte ihren Ausgangspunkt und konzentrierte sich auch weiterhin in den niederländischen Städten.

„The Dutch 'golden age' of the seventeenth century was distinguished, above all, by the profusion and quality of its material culture of domesticity [...]. Each succesful trading centre was supported by transport connections of high quality.“ (Walton 1998, 317)

Über diese Kanäle fand das Kapital seinen Weg in die niederländischen Metropolen und machte sie neben Handels- auch zu *den* Finanzzentren. Die neuesten finanztechnologischen Innovationen entsprangen nicht unbedingt den eigenen Praxen, sondern wurden zu einem Gutteil von den norditalienischen Stadtstaaten übernommen. Das Ausmaß der Anwendung sprach jedoch klar für die Niederlande. Ergänzend kam hinzu, dass der Großteil der importierten Edelmetalle, zumindest vorübergehend, hier landete. Unterstützt wurde diese Tendenz von der Zollpolitik der niederländischen Republik: „[T]he Dutch Republic [...] placed no controls on the import and export of gold and silver“ (Vries 1976, 239). Das Kapital formierte sich schon alleine deswegen in Amsterdam, weil von hier aus auch die meisten und größten Unternehmungen initiiert, gestartet und organisiert wurden. Konkrete Beispiele dafür sind unter anderen die Gründung der weltweit dominanten *Vereenigde Oostindische Compagnie VOC*, unter deren Dach sich die größten niederländischen Handelsgesellschaften Anfang des 17. Jahrhunderts zusammengeschlossen hatten. In nachträglicher Betrachtung wurde mit diesem Schritt die erste Aktiengesellschaft im modernen Sinne ins Leben gerufen. Und auch die Gründung der ersten öffentlichen Bank außerhalb Italiens ging in Amsterdam vonstatten. 1609 wurde die Amsterdamer *wisselbank* (Wechselbank) gegründet, deren Hauptgeschäft kurzfristige Kredite an Handelsgesellschaften im Allgemeinen und an die VOC im Besonderen waren. Die öffentliche Verwaltung übernahm die Sicherung. Das Kapital konzentrierte sich zu einem unvergleichlichen Maße in Amsterdam. Nicht nur die Bargeldvorräte stapelten sich in den Gewölben der Wechselbank, vor allem der bargeldlose Zahlungsverkehr (mittels auf der Bank gezogener Wechsel) erlebte einen unvergleichlichen

Aufschwung. Die Stadt entwickelte sich zum Anziehungspunkt für Geldvermögen aus ganz Europa. Grund dafür waren die Möglichkeiten, das Kapital arbeiten zu lassen, gemeinsam mit dem Vertrauen in die hier etablierten und institutionalisierten Strukturen. „Der niederländische Staat selbst garantierte für die Sicherheit der hier angelegten Vermögen.“ (Driessen 2009, 66) Amsterdam stieg zum absoluten Finanzzentrum auf. „Diesen Erfolg verdankte Amsterdam der überlegenen Organisationsform des holländischen Handels.“ (Wallerstein 1998, 60f.) Die territorialisierte zentrale Organisation vermittelte nicht nur Sicherheit, sie ermöglichte darüber hinaus vor allem eine standardisierte und dementsprechend einfachere Organisation. In dessen Folge kam es beispielsweise zu einer enormen Ausdehnung von Teilhabersystemen, welche über die kleine Schicht der Handelsaristokratie hinausging. Oder, die Systematisierung von Lagerbeständen reduzierte das Risiko von schwankenden Angebot- und Nachfragesituationen. Ergänzend zu dieser marktinternen Institutionalisierung stabiler und effektiver Strukturen förderte das Erschließen externer Märkte die Nutzung selbiger. Spanisches Silber und portugiesisches Gold floss in Strömen nach Amsterdam und wurde verwendet, um weitere Handelsströme zu finanzieren. „In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts finanzierte Amsterdam den größeren Teil des nord- und nordwesteuropäischen Handels“ (Glamann 1974, 323).

1611 wurde die Amsterdamer Börse gegründet (Wertpapierhandel ab 1612), der Spekulationshandel florierte genauso wie der Handel mit Warenwerten sowie Geschäfte mit Optionen und Terminen. Innerhalb des gemeinsamen Territoriums wurden all diese Neuerungen vor allem auch dazu benötigt, die nunmehr in den Produktionsprozess integrierte Peripherie und deren Kapazitäten effizient auszuschöpfen. Die nicht feudal geprägten nördlichen Niederlande hatten im Vergleich zu anderen Gebieten sehr früh viele Arbeiter freigesetzt (vgl. Vries 1976, 72), die großen Farmen waren sehr viel eher kapital- als arbeitsintensiv. Also bedurfte es finanzieller Investitionen von den Zentren, während diese im Gegenzug mit der Versorgung an Arbeitskraft rechnen durften. Die kapitalistische Entwicklung breitete sich also vor allem auch in Form gesamtgesellschaftlicher Arbeitsteilung sehr offensichtlich aus. Die innerstaatliche Arbeitsteilung basierte auf gemeinsam zur Verfügung gestellten politischen Bedingungen. Zentrale Momente dieser Bedingungen, welche den Niederlanden einen Vorteil gegenüber anderen sozio-ökonomischen Entitäten verschaffen konnte, waren innerstaatliche Sicherheit, Stabilität und politische Ruhe zum Zwecke der Freiheit privater ökonomischer Akteure (vgl. Huber 2005, 25f.).

Die rein ökonomische Organisation von Handel erfolgte bevorzugt in Form von *privilegierten Gesellschaften*. „Privilegierte Gesellschaften waren Selbstverwaltungskörperschaften: Der Staat überließ ihnen sozusagen ein wenig von seiner Souveränität, indem er ihnen das Monopol des Handels mit einem Großraum überließ.“ (Glamann 1974, 327) Die Republik stellte die politischen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen zur Verfügung und garantierte so nichts desto trotz die formale Gleichberechtigung der im Kontext dieser Beziehungen aktiven Akteure. Diese Konstellation war nur im Kontext exklusiver Herrschaft und unter Anwendung des exklusiven Gewaltmonopols möglich. Das folgende Zitat ist unter diesen Voraussetzungen doppeldeutig zu verstehen:

„This concentration of capital must have had certain organizational consequences for the (territorial) constitution of the Dutch Republic.“ (Nimwegen 2006, 32)

Denn diese Konsequenzen für das sozial-räumliche Erscheinungsbild der Niederlande betrafen einerseits die Bildung räumlicher Dynamiken, welche der kapitalistischen Arbeitsteilung geschuldet waren, also Zentrums-Peripherie-Dynamiken u.ä. Andererseits verlangten diese außerdem nach einer gemeinsamen übergeordneten räumlichen „Vereinigung“ im Rahmen sich nicht mehr überlagernder Herrschaftsansprüche.

Mit dieser Entwicklung ging eine grundlegende Transformation der charakteristischen Funktionalität des Staates bzw. seines Apparates einher. Die Schwerpunktsetzung – ohne eine *bewusste* Verlagerung implizieren zu wollen – änderte sich von *Krieg* hin zu *Handel*. Die Betonung dieser Verschiebung scheint auf den ersten Blick der zuvor dargelegten Argumentation, dass die Etablierung eines zentralisierten Staatsapparates direkt mit der Organisation und Führung von Krieg zusammen hing, zu widersprechen. Beschäftigt man sich jedoch näher mit der Genealogie dieser Entwicklung, löst sich der Verdacht eines möglichen Widerspruchs schnell auf. Es besteht nämlich ein wesentlicher Unterschied zwischen jenen Bedingungen und Bedürfnissen, welche die Bildung eines territorial exklusiven Staates nach sich zogen und jenen Bedingungen und Bedürfnissen, welche die Staatlichkeit innerhalb dieser bestehenden Grenzen weiter transformierten. Zu Beginn standen sehr wohl auch der Krieg selbst bzw. dessen merkantilistische oder, allgemeiner, ökonomische Implikationen im Vordergrund:

„According to Tilly, the formation and transformation of state organization largely stems from patterns of (military) conflicts which create a need for internal order and external security. However, security and territoriality do not form a one-to-one relationship. Commercial interests also determined the Dutch Republic’s formation and these interests were not

secondary to security issues. In the case of the Dutch Republic, naval warfare to protect commercial interests precluded for a long time a clearly demarcated and territorially centralized apparatus in the Low Countries for military purposes.“ (Nimwegen 2006, 33)

Der Staat musste oft sehr rasch und in großem Ausmaß über Kredite seine Kriege finanzieren. Kriegerische Auseinandersetzungen gingen nicht selten der Einführung neuer Steuern direkt voraus. Die so erzielten Einnahmen wurden herangezogen um Kredite zu bedienen. „Nicht zuletzt, weil die Geldwirtschaft dafür die Voraussetzung war, stellte sie die Grundlage für die Bildung des modernen Staates dar.“ (Reinhard 2000, 319) Das Kreditwesen diente anfangs also vor allem auch der Finanzierung staatlicher Aufgaben. Da dieser selbst letztverantwortlich für Sicherung und Garantie der Kredite war, bestimmten von Anfang an der ökonomische und politische Kontext des Staates die dafür zu zahlenden Preise mit. Je größer die Unsicherheiten waren, desto höhere Zinsen konnten Finanziers verlangen. Insofern beeinflusste die staatliche Garantie (indirekt) den Geldmarkt (vgl. Reinhard 2000, 320). Außerdem begründete diese Logik das staatliche Interesse an stabilen Verhältnissen. Denn niedrigere Zinsen waren auch für den Staat selbst wichtig, da er die Kredite zur Finanzierung seiner Kriege in Anspruch nahm. In direkter Folge sorgte die territoriale Eingrenzung als Teilaspekt von Stabilisierung und Systematisierung für eine Konzentration auf Handel und Ökonomie an Stelle von Krieg, speziell im Sinne territorialen Expansionsdrangs.

„According to the political geographer Peter Taylor, the Dutch Republic initiated Europe's commercial domination over the entire world. Mercantilist and trading states no longer heavily invested in imperial military projects, but clung to their territories [...].“ (Nimwegen 2006, 32)

Was allerdings keine Abwendung von Investitionen in militärische Infrastruktur per se bedeutete. Aber im Falle der Niederlande wurde der Fokus auf die Verstärkung und Verteidigung von Seerouten, deren Bewaffnung und Schutz gerichtet. Im Gegensatz dazu wurde weniger Geld für die an Land tätigen Teile der Armee ausgegeben (vgl. Nimwegen 2006). Konkretes Resultat der Konzentration auf und Stabilisation von Handelsbeziehungen waren im Vergleich zu anderen politischen Entitäten die für viele Jahrzehnte lang niedrigsten Zinsen, was wiederum eine zusätzliche Ankurbelung von Handel und Geldwirtschaft bedeutete. „Auch hier führte der Weg vom Kriegsstaat zum Steuerstaat, nicht aber zum Machtstaat, weil die Impulse einer starken Zentralgewalt fehlten.“ (Reinhard 2000, 329)

Denkt man die Tendenz der Zentralisierung weiter, zeigt sich, dass diese nicht notwendigerweise mit der harten Hand eines absolutistischen Herrschers einherging. Wichtiges Charakteristikum von Staatlichkeit, um als Fundament für kapitalistische Entwicklung zu funktionieren, war das *durchgängige* Angebot politischer Rahmenbedingungen für private ökonomische Akteure. So konnten diese auf formal gleiche Voraussetzungen zurückgreifen. Zentral war also nicht, wer wie viel oder welche Macht auf welchem (geographischen) Gebiet innehatte. Die politischen Auseinandersetzungen konzentrierten sich zusehends auf die Qualität der innerstaatlichen Strukturen. Diesbezüglich waren die Niederlande zwar Vorreiter, aber auf weitere Sicht nicht einzigartig. So waren immer mehr der damaligen kriegerischen Auseinandersetzungen (zwischen 1500 – 1700) nicht mehr *Staatenkriege*, sondern *Staatsbildungskriege*. „Nicht so sehr das Machtverhältnis zwischen Staaten stand in Frage, als deren Existenz und Struktur.“ (Reinhard 2000, 353)

Innerhalb dieses staatlichen Gefüges waren die strukturellen Bedingungen darauf ausgerichtet, Voraussetzungen für möglichst effiziente Produktionsverhältnisse zur Verfügung zu stellen und eine kontinuierliche Effizienzsteigerung zu ermöglichen. Im direkten Vergleich zu anderen politischen Entitäten schien der Staatsapparat der Niederländischen Republik schwach und fragil zu sein. Dieses Bild resultiert allerdings aus der Betrachtung von zur damaligen Zeit noch überwiegend dominanten Charakteristika von Staatlichkeit, welche sich auf die Beschaffenheit des militärischen Zwangsapparates bezogen. Es ist also die militärische Schwäche der Niederlande, die vor allem HistorikerInnen zu diesem Schluss verleitet (vgl. Wallerstein 1998, 38). Diese wiederum ist ausschließlich dem geänderten Schwerpunkt geschuldet, den niederländische staatliche Politik im Rahmen ihrer sozio-ökonomischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten setzte. Die niederländischen ökonomischen Akteure schafften es, ihre Produkte und Leistungen weltweit, auch in anderen (Wirtschafts-)Zentren, konkurrenzfähig auf dem Markt zu platzieren. Dementsprechend profitierten sie von einem möglichst freien Weltmarkt auf allen Ebenen. Interne und externe politische Barrieren, die dem freien Fluss von Produktionsfaktoren entgegenstanden, wurden dementsprechend minimiert. Die Ausnahmestellung der niederländischen Präsenz auf den Märkten war Folge der relativ schwachen externen Konkurrenz in Zusammenspiel mit den sehr ausgiebig vorhandenen Märkten, in die eingedrungen werden konnte. Die erfolgreiche Entwicklung zog die Manifestierung und den Ausbau vorhandener Strukturen nach sich, die sich als funktional für die kapitalistische Produktionsweise erwiesen hatten. Dementsprechend bedurfte es keiner übermäßigen Forcierung oder Stabilisierung auf ideologischer Ebene. Die

Bildung des niederländischen Territorialstaats kam fast völlig ohne Konzept von Nation aus. Selbst in der später folgenden Hochzeit des europäischen Nationalismus sollte die nationale Bewegung in den Niederlanden äußerst unauffällig bleiben.

Die Blütezeit der nationalen Konnotation territorialstaatlicher Konstrukte lässt die Annahme zu, dass die Niederlande aufgrund ihrer früher anzusiedelnden kapitalistischen Entwicklung in einem anderen Verhältnis zu Prozessen ideologischer Festschreibung steht. Die Herausbildung des niederländischen Territorialstaates erfolgte in einer Zeit, in der das globale Gesellschaftssystem Kapitalismus ebenso erst am Beginn seiner Entwicklung stand. Demzufolge war es weder nötig, sich strikt gegenüber anderen ähnlichen Konstrukten abzugrenzen bzw. diese Abgrenzung zu begründen (vgl. Reinhard 2000, 440). Noch bedurfte es einer starken nach innen ausgerichteten ideologischen Stabilisierung der sich entwickelnden Strukturen. Die sozial-räumlichen Strukturen erfüllten sowohl ohne starken Eingriff einer autoritären Kraft als auch ohne Rückgriff auf eine übergeordnete Ideologie ihre Funktion(en) für die kapitalistische Gesellschaftsorganisation. Erst in späterer Folge griffen ähnliche Arrangements verstärkt auf die Idee einer Nation zurück. Grund dafür war die gesamtgesellschaftliche kapitalistische Entwicklung, welche schon so weit fortgeschritten war, dass die individuelle Entwicklung einzelner sozial-räumlicher Konstrukte anderen Logiken folgte. Die mittlerweile vom Kapitalismus dominierten und sich in dessen Rahmen kontinuierlich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse nahmen insofern auf die Konstituierung der einzelnen Arrangements Einfluss, als dass diese in einem kürzeren Zeitraum und unter anderen politischen Voraussetzungen erfolgte. Taylor beschreibt den diesbezüglichen Prozess als eine Art kulturellen oder intellektuellen *time-lag*, welcher der Realität des globalen Systems, welches auf der Expansion des Kapitals beruhte, erst viele Jahrzehnte später nachfolgte (vgl. Taylor 2003, 105). Auf diesem Weg konnten die privaten ökonomischen Akteure schneller und einfacher argumentierbar dem *nationalen Container* Staat zugeordnet werden. Die Produktion einer kulturellen Identität sowie die damit verbundene Idee der Homogenisierung und Stabilisierung einer kollektiven Gesellschaft folgte also erst der Strukturierung ökonomischer Verhältnisse sowie deren politischer Organisation (vgl. Taylor 2003, 107). Dieses Arrangement setzte sich aufgrund seiner Funktionalität für die Institutionalisierung der politischen Organisation von kapitalistischer Gesellschaft bald durch, wie Taylor bemerkt so umfassend, dass die allmähliche Entwicklung dieser Konstellation oft gänzlich vergessen wird. „[S]o powerful in fact that for much of

modern discourse it masquerades as a natural phenomenon rather than the historical creation it is.“ (Taylor 2003, 107)

Die Strukturierung kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse geht also grundsätzlich der Produktion von Nation voraus. Letztere erfolgt im Rahmen von durch Erstere vorgegebene sozial-räumliche Arrangements. Das bestätigt auch Poulantzas wenn er argumentiert:

„The State itself works to constitute the modern nation in its economic dimension by homogenizing, under the aegis of commodity capital, the space of the circulation of commodities and capital.“ (Poulantzas 2003, 66)

Er führt in weiterer Folge die Produktion der modernen Nation direkt auf den Staat und dessen ökonomisch einheitliche Strukturen, sein Territorium und seine Tradition zurück. Diese werden durch die materielle Organisation von Raum und Zeit durch den Staat zum Zwecke dieses Produktionsprozesses entsprechend modifiziert (vgl. Poulantzas 2003, 68f.) und für alle kapitalistischen Akteure zur politischen Basis ihrer ökonomischen Handlungen. Während die feudalistische politische Ordnung diese Mechanismen nicht kannte, sind sie für kapitalistische Staaten von fundamentaler Bedeutung.

„National identity shared by the broader strata of society did not exist in the states that were formed during the Middle Ages.“ (Jönsson/Tägil/Törnqvist 2000, 64)

Warum sich die Produktion von Identität in erster Linie auf staatliche Strukturen bezieht, also warum die Hülle der Nation über das Gerippe des sozial-räumlichen Arrangements Territorialstaat gestülpt wurde bzw. wird, lässt sich mit der Dominanz des Organisationsprinzips Staat im Kontext des weltweit umfassenden Gesellschaftssystems Kapitalismus erklären. Staat stellte vor allem zu Beginn der Herausbildung des Kapitalismus die zentrale Ebene, auf der jene Bedingungen organisiert und bereitgestellt wurden, die die grundlegenden Bedingungen für kapitalistische Produktions- und Verteilungsverhältnisse (formal gleiche Voraussetzungen für private ökonomische Akteure) waren. Reinhard stellt diesbezüglich fest, dass eine politisch durch gemeinsame Strukturen zusammengefasste Gesellschaft gar keine andere Wahl hat(te), als auch die Bildung einer kollektiven Identität auf diese gemeinsame Basis zu beziehen (vgl. Reinhard 2000, 442). Erst in diesem Zusammenspiel entsteht so etwas wie eine Nation und so etwas wie eine zu gewissen Arrangements, in vorliegendem Fall zu einem Territorium, zuzurechnende Menge an Akteuren, in der Literatur sowie in der Alltagssprache oft als *Volk* bezeichnet.

„Daher stellt die Nation sowenig wie das Volk ein historisches a priori dar; beide sind keineswegs von Natur aus schon immer dagewesen [...]“ (Reinhard 2000, 441).

Beide Komponenten folgen also der historischen Evolution sozialer Strukturen, die sich räumlich betrachtet in Form von Territorien in die Erdoberfläche festschreiben. Die Institutionalisierung dieses räumlichen Organisationsprinzips geht einher mit der Produktion der nationalen Identität und wird in deren Produktion miteinbezogen. Dass das Verhältnis allerdings keiner einseitigen Ursache-Wirkungs-Kausalität folgt, belegt die Tatsache, dass im Gegenzug das Konstrukt *Nation* bzw. das Prinzip *Nationalismus* die Territorialisierung gesellschaftlicher Beziehungen wiederum erleichtert und zusätzlich festigt (vgl. Jönsson/Tägil/Törnqvist 2000, 64 oder Brighenti 2010, 67).

Der Schluss, den es daraus zu ziehen gilt, ist, dass eine Nation nichts natürliches oder gesellschaftliche Entwicklungen determinierendes ist. Sie folgt der Produktion staatlicher Strukturen nach. Diese entwickelten sich nicht aus ideologischen Ursachen, sondern folgten ökonomischen, technologischen und demographischen gesellschaftlichen Transformationen. „Die Nation war die abhängige, die Staatsgewalt aber die unabhängige Variable der historischen Entwicklung.“ (Reinhard 2000, 443) Auch wenn vorliegendes Fallbeispiel diese spezielle Komponente gesellschaftlicher Entwicklung nicht explizit zu bestätigen weiß, so steht sie diesem Argument doch keineswegs entgegen. Der Entwicklungsstand kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse war in den Niederlanden vergleichsweise früh sehr weit fortgeschritten. Die Institutionalisierung und Etablierung kapitalistischer Prozesse erfolgte parallel zu der allmählichen Herausbildung kapitalistischer Prozesse überhaupt. Zu jener Zeit, zu der die eigene politische Sphäre im starken Konkurrenzverhältnis zu anderen politischen Entitäten gegenüber diesen abgegrenzt und die entstehenden Verhältnisse aufgrund der relativ schnellen Entwicklung und der immer knapper werdenden nicht-kapitalistischen Räume²⁰ ideologisch stabilisiert werden sollten, waren die vergleichbaren niederländischen Strukturen bereits gut institutionalisiert und effektiv in die kapitalistische Produktionsweise integriert. Der Bedarf an der Produktion einer nationalen Identität war dementsprechend gering(er). Außerdem gab es keinen Druck vonseiten eines autoritären Machthabers, welcher mithilfe ideologischer Festschreibungen und Zuschreibungen versuchte, den Prozess der Institutionalisierung staatlicher Strukturen zu beschleunigen. Der konkrete historische Vergleich mit dem Produktionsprozess anderer Nationen unterstreicht, dass je stärker der Prozess der Territorialisierung und Zentralisierung sozio-ökonomischer Verhältnisse von

²⁰ Der Begriff „Räume“ ist an dieser Stelle explizit *nicht* rein geographisch zu verstehen.

autoritärer Seite forciert wurde, desto mehr wurde er in ein nationales bzw. nationalstaatliches Korsett gezwängt²¹. Die Niederlande bewegen sich diesbezüglich am anderen Ende des vorhandenen Spektrums. Ein ausnehmend anschauliches Beispiel für die Verzweiflung jener, die nach einer „adäquaten Vorstellung von der nationalen Identität“ der Niederlande suchen, ist eben jener Vortrag, dem dieses Zitat entnommen ist (vgl. Boogman 1968, 38). Es beweist, dass selbst die, die davon ausgehen, eine tatsächlich homogene nationale Identität in der Analyse einer staatlichen Gesellschaft finden zu können, gerade im Falle der Niederlande an diesem Versuch scheitern.²²

Bevor die abschließenden Schlussfolgerungen die aus der Untersuchung gewonnenen Ergebnisse noch einmal betonen sollen, gilt es, auch die diesbezügliche Aussagekraft des Fallbeispiels auf den Punkt zu bringen. Anhand der Herausbildung des niederländischen Territorialstaates konnte gezeigt werden, dass die Bezugnahme auf exklusive Territorialität eine zentrale Komponente der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft darstellt. Die Territorialisierung gesellschaftlicher Verhältnisse unterstützte die Institutionalisierung einer politischen Ebene, die vom Staat monopolisiert und von unmittelbaren ökonomischen Zusammenhängen abgetrennt wurde. Der Zusammenschluss der niederländischen Städte in einem bestimmten Raum ermöglichte es den ökonomischen Akteuren, ihr Handeln auf relativ stabile politische, infrastrukturelle und rechtliche Rahmenbedingungen zu beziehen. Zentrale Phänomene des kapitalistischen Gesellschaftssystems, wie die Institutionalisierung von Eigentum oder die Trennung der Arbeit vom Kapital, nahmen direkt Bezug auf die Möglichkeiten, welche der Gesellschaft (auch) anhand der Exklusivität sozial-räumlicher Strukturen zur Verfügung standen. So konnte der niederländische Staat aufgrund der Monopolisierung seiner Gewalt innerhalb festgeschriebener Grenzen Garantien abgeben, welche für die Entwicklung neuer Geldmarkttechnologien essentiell waren. Außerdem konnten erst aufgrund der Standardisierung, Systematisierung und exklusiven Zuordnung privater Akteure zu seinem Herrschaftsbereich staatliche Leistungen organisiert und finanziert werden. Hinzu kam die Abgrenzung gegenüber anderen Märkten, welche für die Weiterentwicklung kapitalistischer Dynamiken von Bedeutung waren und ebenso auf die Institutionalisierung staatlicher Grenzen Bezug nahm. Im Zuge dessen verloren die Niederlande jegliches Interesse an räumlicher Ausdehnung und fokussierten auf die

²¹ Zur Produktion konkreter Nationalitäten oder „Nationen im Werden“ vgl. Reinhard 2000, 444ff.

²² Außerdem legt das genannte Literatur-Beispiel Zeugnis davon ab, dass die vorgeblich „wissenschaftliche“ Literatur, welche Überlegungen betreffend dieses Phänomens anstellt, leider nicht den Produktionsprozess von Identität analysiert, sondern an selbigem teilnimmt.

Expansion ihrer wirtschaftlichen Interessen. Die im Vergleich mit anderen politischen Konstrukten dieser Zeit stark zentralisierte, standardisierte, systematisierte und somit stabilere Basis für die Entwicklung ökonomischer Verhältnisse stellte die politische Ebene zur Verfügung, die auf eine räumlich (temporär) fixierte Struktur Bezug nehmen konnte.

10. Conclusio

In zwei Analyseschritten näherte sich die Untersuchung der gestellten Forschungsfrage an. Der erste betraf, basierend auf dem zuvor dargestellten gesellschaftstheoretischen Verständnis, die Identifizierung und Extrahierung sozialtheoretischer Überlegungen, um die gesellschaftlichen Funktionen von exklusiver Territorialität skizzieren und verstehen zu können. Diese *Funktionen* wurden anhand der Betrachtung konkreter Phänomene analysiert und nachgezeichnet. Die Einbettung in den historisch spezifischen Kontext der *Herausbildung* dieses sozial-räumlichen Arrangements gewährte dabei einen Blick auf die *ursprünglichen* Funktionsweisen und Mechanismen. Auf diesem Wege konnten in der Analyse darauf aufbauende Beziehungen, darauf erst in weiterer Folge bezugnehmende Phänomene sowie Zuschreibungen, die sich erst daran anschließend institutionalisierten, abgetrennt werden. Umso mehr versteht sich die Untersuchung auch als mögliche Grundlage für weiterführende Überlegungen zu (aktuellen) Entwicklungen des Untersuchungsobjekts (s.u.: Kapitel 10.1. *Aktualität und Anschlussmöglichkeiten*). Die Beschäftigung mit jenen Funktionen, die für die Herausbildung von Territorialität verantwortlich zeichnen, und dementsprechend am Beginn der betrachteten Entwicklung stehen, legt das Fundament dafür. Erst wenn man die ursprünglichen Funktionsweisen eines Phänomens freilegt, kann man die daran anknüpfenden Entwicklungen kritisch verfolgen.

Der zweite Schritt führte historische Evidenzen an die bis dahin in der *theoretischen Literatur* identifizierten Erkenntnisse heran. Resultat ist eine kohärente, nachvollziehbare Skizze des *allmählichen* Entstehungsprozesses. Außerdem konnten auf diesem Wege die in erstem Analyseschritt angestellten Überlegungen auf Grundlage historischer Betrachtungen einer Überprüfung unterzogen werden. Das gewählte Fallbeispiel hielt dieser stand, womit sowohl die hypothetisch angenommenen Funktionen (s.o.: Kapitel 4.2. *Fokus Territorium*) als auch die aus erstem Schritt gewonnenen Erkenntnisse eine Bestätigung erfuhren.

Die Form, in der die Ergebnisse dargestellt werden, fällt in beiden Fällen jeweils unterschiedlich aus. Gründe dafür sind einerseits das verschieden gewichtete Untersuchungsmaterial sowie andererseits die jeweils anders gelagerten Ansprüche an selbiges. Dementsprechend wird jener Teil, der historische Evidenzen in die Untersuchung einbringt, eher zeitlich kontinuierlich abgehandelt, während die Reihung der Resultate des ersten analytischen Teils einer dort ausgeführten eher funktionalen Logik folgt. Demzufolge ist die Beschäftigung mit dem Fallbeispiel *keine* einer Schablone folgende „praktische

Abhandlung“ der zuvor aufgelisteten „theoretischen Funktionen“. Trotz dieser formal ungleichmäßigen Darstellung stimmen die Funde aus beiden Korpora aus Primär- und Sekundärliteratur weitgehend überein. Die nicht explizit vorhandenen Überschneidungen, also jene Punkte, die keiner deckungsgleichen Beschäftigung zugeführt werden konnten, sind einerseits überwiegend der Herangehensweise und dem inhaltlichen Fokus der geschichtswissenschaftlichen Literatur geschuldet. Andererseits sind manche der in vorliegender Arbeit herausgestellten Mechanismen und Prozesse sowohl in historischen als auch in sozialtheoretischen Betrachtungen nur implizit und sehr subtil vorhanden, stehen in einem jeweils verschiedenen Kontext. Da allerdings eine explizite, aus dem Text-spezifischen Kontext gelöste Darstellung einen gewichtigen Teil der in vorliegender Arbeit erbrachten Analyseleistung darstellt, sind die Divergenzen nur sehr gering.

Dementsprechend lässt sich anhand des in beiden durchgeführten Schritten verwendeten Untersuchungsmaterials ein gemeinsames Bild der zentralen Entwicklungen, die zu der Herausbildung exklusiven Territoriums führten, der Produktions- und Reproduktionsbedingungen, die dafür verantwortlich zeichneten, und der gesellschaftlichen Mechanismen kapitalistischer Produktions- und Verteilungsverhältnisse, die darauf zurückgriffen, zeichnen.

Ausgangspunkt war die beginnende Urbanisierung der Gesellschaft in Folge technologischer und sozio-ökonomischer Neuerungen. Städte bildeten nicht notwendigerweise das alleinige Sammelbecken neuer gesellschaftlicher Akteure und Beziehungssysteme, da sich diese langsam aber dennoch umfassend auf die gesamte Gesellschaft ausbreiteten. Nichts desto trotz bildeten sich auf städtischem Boden die *Knotenpunkte* der sich qualitativ und quantitativ ausbreitenden Verflechtungen und Interdependenzen heraus. Waren es Innovationen auf dem Gebiet des Ackerbaus, welche eine Produktionssteigerung nach sich zogen sowie die landwirtschaftliche Arbeitsweise fundamental veränderten, so zogen die frei gesetzten Arbeitskräfte in die Städte und die Überschüsse fanden ihre Abnehmer auf den städtischen Märkten. Veränderten Verbesserungen auf dem Gebiet der Transporttechnologien die Möglichkeiten, landwirtschaftliche Produkte schneller und sicherer von A nach B zu bringen, so wurden diese Unternehmungen von Händlern und Verlegern in den Städten organisiert, administriert und finanziert. Das Zusammenspiel neuer ökonomischer Akteure im Kontext der neuen Produktions- und Verteilungsverhältnisse, wobei zum Beispiel die zunehmende Vertragsbestimmtheit auf verschiedenen Ebenen eine große Rolle spielte, verlangte nach

neuen politischen Bedingungen, speziell nach politischer und rechtlicher Sicherheit und Stabilität. Die Konstituierung entsprechender Verhältnisse erfolgte aufgrund der enormen Konzentration in Städten wie Rotterdam oder Amsterdam am effektivsten im – im wahrsten Sinne des Wortes *nahe liegenden* – städtischen Umfeld. Der „neue“ Bedarf betraf in erster Linie keine natürlichen Ressourcen oder ausgedehnten Bodenbesitz, sondern stabile, geordnete und relativ gleiche Voraussetzungen für ökonomische Akteure. Die sich von feudalen Herrschaftsverhältnissen lösenden städtischen Strukturen erfüllten diesen Bedarf im begrenzten Rahmen ihrer Stadtmauern, was nur unter Rückgriff auf die Exklusivität dieser Herrschaftsverhältnisse möglich war. Sie gewährten den privaten Akteuren schon relativ früh ein unvergleichlich großes Maß an Freiheit.

Die allmähliche Etablierung und Institutionalisierung dieser Verhältnisse wurde begleitet von einer politischen Ausnahmestellung der Städte, welche sich (auch) aufgrund ihrer ökonomischen Vormachtstellung im Verhältnis zur Peripherie immer besser positionieren konnten. Daraus und aus den Vorteilen, die auch umliegende Feudalherrscher aus diesen Konstellationen zu ziehen vermochten (zum Beispiel aufgrund von regelmäßigen Zahlungen zum Schutz vor kriegerischen Auseinandersetzungen, vom Ausbau von Transportwegen o.ä.), folgte eine gewisse Unantastbarkeit dieser neuen politischen Entitäten sowie ihres intern exklusiven Herrschaftsmonopols. Eindrucksvollstes Beispiel war diesbezüglich das Zugeständnis politischer Unabhängigkeit bzw. politischen Mitspracherechts der niederländischen Städte in ihrem Verhältnis zu den Habsburger Herrschern.

Hinzu kam, dass die städtischen Grenzen zwar die politische Sphäre markierten, für ökonomische Wirkungen jedoch durchlässig blieben. Entwicklungen auf dem Gebiet der Transporttechnologien einerseits sowie der steigende Bedarf an mehr und anderen Produkten sowie an Konsumenten (also an Märkten) von außerhalb resultierte in einer zunehmenden Integration der umliegenden Peripherie. Gemeinsam mit dem Ausbau der inter-städtischen Verbindungen institutionalisierte sich ein immer breiteres sowie die Gesellschaft auch tiefenwirksamer durchziehendes Geflecht an Austausch- und Produktionsverhältnissen. Die Vergemeinschaftlichung der Organisation und Administration einzelner Aufgabenbereiche, welche sich in Städten bereits in Form von zentralisierten Finanz- und Justizverwaltungen auf dem Vormarsch befand, weitete sich zusehends über die städtischen Grenzen hinaus aus.

Neben der Integration peripherer Gebiete sprach die Notwendigkeit, die Organisation der inneren sowie der äußeren Sicherheit zu manifestieren, für die „Erhebung“ des Territorialitätsprinzips auf eine über-städtische Ebene. Dieser Schritt ermöglichte einerseits

den Ausbau und vor allem den Schutz der Transportwege zwischen den einzelnen Städten sowie zwischen Zentrum und Peripherie. Andererseits konnte auf diesem Wege der Schutz gegenüber Bedrohungen von außerhalb der Grenzen einer zentralen Instanz überantwortet bzw. gemeinsam finanziert und effizient organisiert werden. Waren also die sich gerade entwickelnden und zum Teil schon entwickelten wirtschafts-räumlichen Strukturen und die dazugehörige Infrastruktur durch stabile Institutionalisierungen gesichert, galt die Aufmerksamkeit in weiterer Folge vermehrt der Organisation des kapitalistischen Produktionsprozesses. Die Ebene der Politik fokussierte auf die Bereitstellung stabiler Rahmenbedingungen. Diese Leistungen inkludierten Fragen des Rechts, der Sicherheit und der Infrastruktur, allesamt Komponenten, die sich ausschließlich auf das Gebiet innerhalb festgeschriebener territorialer Grenzen bezogen. Das aktive ökonomische Handeln, welches darüber hinausging, wurde den privaten Akteuren überlassen. Diese hatten dementsprechende finanzielle Gegenleistungen zu erbringen. Wer dazu verpflichtet war, konnte aufgrund territorialer Zugehörigkeit definiert werden. Der Prozess der Standardisierung, Systematisierung und damit einhergehenden Bürokratisierung bahnte sich unaufhaltsam seinen Weg. Der inkorporierte Rückgriff auf territoriale Grenzen trieb die Territorialisierung gesellschaftlicher Verhältnisse im Gegenzug weiter voran und reproduzierte und institutionalisierte auf diesem Wege das sozial-räumliche Konstrukt Territorium.

Die Territorialisierung gemeinschaftlicher Leistungen versprach also aufgrund der erzielten Synergieeffekte für eine dadurch klar definierbare Gruppe an Akteuren, welche wiederum entsprechende Gegenleistungen zu erbringen hatte, höhere Effektivität. Außerdem kam es zu der Etablierung einer von den unmittelbaren ökonomischen Handlungen getrennten politischen Ebene, die den ökonomischen Akteuren aufgrund dadurch gewährter Freiheiten die benötigte kapitalistische Antriebskraft verlieh. Hinzu kamen konkrete technologische und organisatorische Neuerungen, die sich ebenfalls unter Bezugnahme auf exklusive territorialstaatliche Strukturen entwickelten. Die für die Akkumulation und Expansion von Kapital so zentralen Geldmarkttechnologien, wie Kredite, Zinsen, etc., bedurften der dadurch ermöglichten und vom Gewaltmonopolisten garantierten Sicherheiten. Dementsprechend steht auch diese Konstellation direkt in Zusammenhang mit dem Inhaber dieses Monopols, dem Staat. In den Niederlanden kam sie dadurch zum Ausdruck, dass die republikanischen Organe unter gleichberechtigter Einflussnahme der einzelnen politischen Entitäten diese Aufgabe übernahmen.

Zentraler Vorteil der sich entwickelnden Flächenstaaten gegenüber den Stadtstaaten, zum Beispiel Italiens, war die Miteinbeziehung der Peripherie auf allen gesellschaftlichen Ebenen und somit in den umfassenden Katalog gemeinschaftlicher Aufgabenbewältigung. Er entsprang demzufolge nicht einfach nur dem ausgedehnten Angebot an Ressourcen, sondern ist vor allem zurückzuführen auf die dadurch auf einer viel breiteren Ebene anzusiedelnde Arbeitsteilung im Rahmen des kapitalistischen Produktionsprozesses. Diese trieb nicht nur die innergesellschaftliche Produktionsleistung voran, sondern breitete sich auch bald über den gesamten Erdball aus und wurde zum zentralen Charakteristikum des *gesamtgemeinschaftlichen* Organisationsprinzips Kapitalismus. Auf diesem Wege sowie für die Funktionsweise des Kapitalismus überhaupt war und ist die Existenz und die Etablierung äußerer Märkte von zentraler Bedeutung. Die im Rahmen des Internationalen Systems von Konkurrenz und Kooperation erfolgte Legitimierung im Zuge der Abgrenzung gegenüber Anderen war also sowohl für die interne ideologische Stabilisierung von Nutzen als auch für die Konstituierung externer Märkte. Auch diese Entwicklung ließ sich anhand des Fallbeispiels nachzeichnen. Sie kommt vor allem in der fehlenden „Motivation“, sich ganz im Sinne klassisch expansionistischer Politik auf die Ausdehnung des eigenen Territoriums zu konzentrieren, zum Ausdruck. Die Schwerpunktsetzung verschob sich weg von der Organisation und Führung von Krieg, hin in Richtung Organisation und Administration ökonomischer Beziehungen. Die Etablierung stabiler sozio-ökonomischer Strukturen sowohl nach innen als auch nach außen hatte klar Vorrang. Die staatliche Monopolisierung eines Territoriums und das Benutzen des dafür bereits vorhandenen Gerüsts wirtschaftsräumlicher Strukturen unterstützte diesen Prozess auf die effizienteste und – aus einem ideologiekritischen Blickwinkel betrachtet – „einfachste“ Art und Weise (aufgrund der Möglichkeit, sie sehr konkret in die Erdoberfläche einzuschreiben).

Es zeigt sich im Zuge dessen, dass sich vor allem eine zu Beginn der Arbeit postulierte wissenschaftspraktische Prämisse bezahlt macht, nämlich die Annahme der *temporären Fixierung* des Untersuchungsgegenstandes. Es gilt, hinter die Kulissen des Konstrukts *Staatsterritorium* zu blicken, eine kritische Analyse all jener Komponenten und Funktionen anzustellen, die im Laufe der Zeit hinzugewachsen sind oder ihm einfach nur zugeschrieben wurden bzw. nach wie vor werden. Das bedeutet nicht, dass diese keine konstitutiven Bestandteile seiner gegenwärtigen Funktionsweise und somit gesellschaftlichen Bedeutung sind. Aber es ermöglicht dem Betrachter, die ursprünglichen Funktionen dieses Konstrukts für die Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen und auf diesem Wege jene

Prozesse zu entlarven, die erst im Zuge seiner weiteren Entwicklung hinzuaddiert wurden. Das betrifft vorderhand Prozesse, in welchen Territorium für die Produktion von Identität Verwendung findet. Eine nachträgliche Umkehrung oder zumindest Verklärung der Ursache-Wirkungs-Richtung konnte im Rahmen dieser Untersuchung für das heute vor uns liegende politische Organisationsprinzip *Nationalstaat* nachgewiesen werden.

Am Anfang stand die Herausbildung wirtschafts- und allgemeiner sozial-räumlicher Strukturen der voranschreitenden kapitalistischen Verhältnisse, die sich auf immer mehr und immer komplexere Interdependenzen stützte bzw. diese mit einbezog. Erst über diese Gerüste wurden politische Einheiten „darübergestülpt“. Derart wurden sie räumlich monopolisiert und somit als exklusive Herrschaftsbereiche formuliert. Die Benennung, meist anhand des Konstrukts *Nation*, erfolgte erst in weiterer Folge und darf dementsprechend nicht als ursprünglich oder natürlich verstanden werden. Sie diente der ideologischen Stabilisierung struktureller Verhältnisse.

Das unter die Lupe genommene Fallbeispiel, die Entstehungsgeschichte der Republik der Vereinigten Niederlande, unterstreicht die Annahme einer derartigen Genealogie, und fügt diesbezüglich eine weitergehende Erkenntnis hinzu. Diese stellt einen Zusammenhang her zwischen Entwicklungsstadium (Grad der Institutionalisierung) territorialstaatlicher Strukturen und der Intensität des „Einsatzes“ nationaler Ideologie. Die sozial-räumlichen Strukturen der Niederlande waren im Vergleich zu anderen Staaten sehr viel früher ausgeprägt und anhand territorialstaatlicher Grenzen relativ klar festgelegt sowie in gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozesse integriert. Ohne zu behaupten, dass es keinerlei Versuche der nationalen Festschreibung in Form von Geschichte, Geographie oder anderer nationaler Symboliken gegeben hat, lässt die vorhandene Literatur nichts desto trotz vor allem betreffend die Zeit des europäischen Nationalismus den Schluss zu, dass diese im Vergleich sehr untergeordnet und auffallend unauffällig ins Treffen geführt wurden. Das betrifft sowohl die alltägliche politische Praxis als auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit selbiger. Diese Tendenz geht einerseits mit einer enormen territorialen Kontinuität einher, die bis in die heutige Zeit reicht. Andererseits scheint sie in direktem Zusammenhang zu stehen mit dem weitgehenden Fehlen autoritärer Vereinnahmungsversuche in den an die Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse direkt anschließenden Jahrhunderten. Diese Konstellation unterstützt, erstens, die These, dass territoriale Einigung grundsätzlich abseits von Nationalstaatlichkeit funktioniert, und verleitet zu der Annahme, dass, zweitens, derselbe

Prozess für weniger gut gefestigte und institutionalisierte Strukturen eines höheren Maßes an ideologischer Stabilisierung und Unterstützung bedarf. Ob dies unter Umständen wiederum in Zusammenhang mit der Rolle autoritärer Herrschaft steht, von deren Seite das Anliegen stammt, vorhandene sozial-räumliche Strukturen territorial zu einigen obwohl diese „noch nicht so weit sind“, fällt allerdings aufgrund fehlender Vergleichsmöglichkeiten in den Bereich der Spekulation.

In diesem Sinne muss auch die Hypothese vom direkten Zusammenhang des Entwicklungsgrades sozial-räumlicher Strukturen (und deren territorialer Festschreibung) mit dem Produktionsprozess nationaler Ideologie(n) relativiert werden. Denn auch dazu bedürfte es eingehender komparativer Studien. Zumindest leitet dieser gedankliche Exkurs jedoch direkt über zu den bestehenden sozialwissenschaftlichen Anschlussmöglichkeiten an die aus der Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse. Im Zuge des Anspruchs, grundlegende Begriffs- und Theoriearbeit zu leisten, bilden diese Überlegungen zwar den Abschluss der Arbeit, sollen aber gleichermaßen Notwendigkeit und Möglichkeiten darauf aufbauender Untersuchungen betonen.

10.1. Aktualität und Anschlussmöglichkeiten

Eine grundlegende Schwierigkeit der Beschäftigung mit dem sozialwissenschaftlichen Phänomen Staatsterritorium ist die fehlende Einbeziehung seines historisch spezifischen Charakters. Die unter der Oberfläche lauernde Gefahr, exklusives staatliches Territorium als natürliche Voraussetzung gesellschaftlichen oder speziell politischen Handelns vorzusetzen, wird allzu oft verkannt. Aktuelle sozialwissenschaftliche Ansätze betreffend Grenzen und deren veränderte Rolle, betreffend den angeblichen Verlust des Raumes, betreffend die Globalisierung, die in einer Entgrenzung von Gewaltmonopolen resultiert, etc. bedürfen eines kritischen Zugangs zur grundlegenden Funktionsweise jener Begrifflichkeiten, mit denen sie operieren. In vielen Fällen stellt exklusives staatliches Territorium zumindest eine Teilkomponente der betrachteten gesellschaftlichen Prozesse dar. Nichts desto trotz ist sie nur in den allerseltensten Fällen Ziel begriffskritischer politikwissenschaftlicher Arbeit. Aus diesem Blickwinkel versteht sich vorliegende Arbeit nicht als rein historische Untersuchung, sondern will dazu beitragen, der politisch-theoretischen Konzeptionalisierung des gesellschaftlichen Organisationsprinzips Territorium ein differenzierteres Fundament zu verschaffen. Das im Mittelpunkt dieses Anspruchs stehende sozial-räumliche Arrangement ist

Produkt gesellschaftlicher Handlungen und insofern ebenso ein stetiger Prozess. Dementsprechend bedarf es eines kritischen Verständnisses der Funktionsweise von Territorium um Transformationen von Territorialität erklären zu können. Nur ein auf diesem Wege differenzierteres begriffliches Rüstzeug ermöglicht eine seriöse sozialwissenschaftliche Beschäftigung auch mit der gegenwärtigen Rolle von Territorien oder territorialen Grenzen. In diesem Zusammenhang relevante aktuelle Fragestellungen betreffen zum Beispiel neue Formen der (Extra)Territorialität, welche im Zuge der wirtschaftlichen Beziehungen internationaler Unternehmen entstehen (vgl. Sassen 2008b). Ausgangspunkt dieses aktuellen Beispiels ist die immer gängigere Praxis, Grund und Boden in verschiedenen Ländern käuflich zu erwerben und sich mit den daran verdienenden Staaten auf Sonderkonditionen zu einigen. Die Ambivalenz zwischen jenen rechtlichen Regelwerken, denen das Unternehmen generell aufgrund seiner nationalstaatlichen Zugehörigkeit unterworfen ist, auf der einen Seite und jenen, denen das erworbene Eigentum zuzuordnen ist, auf der anderen Seite, ziehen oft die Notwendigkeit alternativer Formen von Jurisdiktion nach sich.

Weniger spezifisch gelagerte Phänomene betreffen die sich überlagernden gesetzgebenden Instanzen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten oder die Frage der rechtlichen Verantwortlichkeit von im Internet aktiven gesellschaftlichen Akteuren. Außerdem inkludieren politisch oder politikwissenschaftlich relevante Überlegungen zu *Neuen Kriegen* (vgl. Münkler 2004), zur transnationalen Problembewältigung (von zum Beispiel Klimawandel und Umweltverschmutzung; vgl. z.B. Brand/Görg/Hirsch/Wissen 2008), zur Definition bestimmter Identitäten ohne eigenes Territorium (zum Beispiel der Roma; vgl. z.B. Burszta/Kamusella/Wojciechowski 2005), zur Möglichkeit der Vereinigung zweier Nationen innerhalb eines Territoriums (vgl. z.B. Abunima 2006), etc. mehr oder weniger explizit Territorialität und deren Transformation in ihre Fragestellungen. Ein theoretisch fundiertes, kritisches Verständnis von exklusiven staatlichen Territorien leistet demnach nicht nur einen Beitrag zum Füllen einer ideengeschichtlichen Lücke oder zur wissenschaftskritischen Betrachtung sozialwissenschaftlicher Raumtheorien. Viel mehr steht es auch in direktem Zusammenhang mit einer kritischen Betrachtung aktueller Themenkomplexe im Rahmen der oft äußerst verworrenen Debatte rund um die Relevanz räumlicher Charakteristika von Gesellschaft.

11. Bibliographie

Abunima, Ali (2006); *One country. A bold proposal to end the Israeli-Palestinian Impasse*; Metropolitan Books, New York.

Aglietta, Michel (1976); *A theory of capitalist regulation. The US Experience*; this edition published 1979, Calmann-Lévy, London.

Agnew, John (1994a); *The territorial trap: the geographical assumptions of international relations theory*; Review of International Political Economy 1; 53-80.

Agnew, John (1994b); *Timeless space and state-centrism: the geographical assumptions of international relations theory*; In: Rosow, Stephen J./ Inayatullah, Naeem/ Rupert, Mark (Hrsg.); *The global economy as political space*; Lynne Rienner Publishers, Boulder; 87-108.

Altwater, Elmar (1974); *Oberfläche und Staat. Kritik neuerer Staatsableitungen*; In: Studien zur Klassenanalyse, Band 2; Braunmühl, Westberlin.

Althusser, Louis/ Balibar, Etienne (1972); *Das Kapital lesen II*; Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg.

Anderson, Benedict (1993); *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*; First published, reviewed and extended edition, Verso, London.

Anderson, James (k.A.); *Theorizing state borders: 'Politics/economics' and democracy in capitalism*; CIBR Working Papers in Border Studies CIBR/WP01-1; School of Geography and Centre for International Borders Research, Queen's University Belfast.

Antonsich, Marco (2009); *On territory, the nation-state and the crises of the hyphen*; In: Progress in Human Geography 33(6); 789-806.

Arendt, Hannah (2006); *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*; München.

Bachmann-Medick, Doris (2007); *Spatial Turn*; In: dies.; *Cultural Turns: Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*; Rowohlt, Reinbek bei Hamburg; 284 – 328.

Balibar, Etienne (2010); *At the borders of citizenship: A democracy in translation?*; In: *European Journal of Social Theory* 2010 13(3); 315-322.

Bærenholdt, Jørgen Ole (2008); *Mobility and territoriality in making societies: Approaching ‚governmobility‘*; Paper to the European Urban and Regional Studies Conference, Istanbul, 18. – 21. September 2008.

Beck, Ulrich (2004); *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*; Edition Zweite Moderne, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Bieling, Hans-Jürgen (2006); *Europäische Staatlichkeit*; In: Bretthauer, Lars/ Gallas, Alexander/ Kannankulam, John/ Stützle, Ingo (Hrsg.) (2006); *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*; VSA-Verlag, Hamburg; 223-239.

Boogman, J.C. (1968); *Die Suche nach der nationalen Identität. Die Niederlande 1818 – 1848*; Vortrag, Institut für Europäische Geschichte Mainz, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden.

Brand, Ulrich/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim/ Wissen, Markus (2008); *Conflicts in environmental regulation and the internationalisation of the state. Contesting terrains*; Routledge, London (et al.).

Brenner, Neil (1998); *Between fixity and motion: Accumulation, territorial organization and the historical geography of spatial scales*; In: *Society and Space* 16(4); 459-481.

Brenner, Neil/ Keil Roger (Hrsg.) (2006); *The global cities reader*; Routledge, London (et al.).

Bretthauer, Lars/ Gallas, Alexander/ Kannankulam, John/ Stützle, Ingo (Hrsg.) (2006); *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*; VSA-Verlag, Hamburg.

Brighenti, Andrea Mubi (2010); *On territorology. Towards a general science of territory*; In: Theory Culture Society 2010 27; 52-72.

Brodocz, André (2007); *Politische Theorie und Gesellschaftstheorie. Prolegomena zu einem dynamischen Begriff des Politischen*; In: Buchstein, Hubertus/ Göhler, Gerhard (Hrsg.) (2007); *Politische Theorie und Politikwissenschaft*; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden; 156-174.

Burgess, Michael/ Vollaard, Hans (Hrsg.) (2006); *State territoriality and European integration*; Routledge, London/New York.

Burnham, Peter (1995); *Capital crisis and the international state system*; In: Bonefeld, Werner/ Holloway, John (Hrsg.) (1995); *Global capital, national state and the politics of money*; St. Martin's Press, New York; 92-115.

Burszta, Wojciech/ Kamusella, Tomasz/ Wojciechowski, Sebastian (Hrsg.) (2005); *Nationalismus Across the Globe: An overview of the nationalism of state-endowed and stateless nations*; School of Humanities and Journalism, Poznan.

Butlin, Robin A./ Dodgshon, Robert A. (Hrsg.) (1998); *An historical geography of Europe*; Oxford University Press, New York.

Cipolla, Carlo M. (Hrsg.) (1974); *Europäische Wirtschaftsgeschichte. Band 2, Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert*; Deutsche Ausgabe hrsg. von Borchardt, K.; Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York.

Cipolla, Carlo M. (1976); *Before the industrial revolution. European society and economy, 1000 – 1700*; W. W. Norton & Company, Inc..

Cox, Robert W. (1987); *States, world orders, and production relations*; in ders. (1987): *Production, power, and world order. Social forces in the making of history*; Columbia University Press, New York; 111-150.

Dear, Michael/ Wolch, Jennifer (Hrsg.) (1989); *The power of geography. How territory shapes social life*; UNWIN HYMAN, Boston.

Deger, Petra/ Hettlage, Robert (Hrsg.) (2007); *Der europäische Raum. Die Konstruktion europäischer Grenzen*; Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Demirovic, Alex (2004); *Hegemonie und das Paradox von privat und öffentlich*; Auf: http://www.republicart.net/disc/publicum/demirovic01_de.htm, download: 16.09.2010.

Dicken, Peter (2003); *Global shift. Reshaping the global economic map in the 21st century*; SAGE Publications, London et al..

Döring, Jörg/ Thielmann, Tristan (Hrsg.) (2008); *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*; transcript Verlag, Bielefeld.

Dörre, Klaus (2009); *Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus*; In: Dörre, Klaus/ Lessenich, Stephan/ Rosa, Hartmut (2009); *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*; Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main; Kap. II, 21-86.

Driessen, Christoph (2009); *Geschichte der Niederlande. Von der Seemacht zum Trendland*; Verlag Friedrich Pustet, Regensburg.

Ehrenstein, Christoph von/ Hellmuth, Eckhart (2001); *Intellectual History Made in Britain. Die Cambridge School und ihre Kritiker*; In: *Geschichte und Gesellschaft*, 27, 1.

Elden, Stuart (2007); *Governmentality, calculation, territory*; In: *Environment and Planning D: Society and Space* 2007, volume 25; 562-580.

Elden, Stuart (2010); *Land, terrain, territory*; In: *Progress in Human Geography* OnlineFirst, published on April 21, 2010; 1-19; download: 24.09.2010.

Flatow, Sybille von/ Huisken, Freerk (1973); *Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates. Die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, der Staat und die allgemeinen Rahmenbedingungen der Produktion*; In: Prokla 7, 1973; 83-153.

Foucault, Michel (2006); *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*; Vorlesung am Collège de France 1977-1978; Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main.

Frank, Michael C./ Gockel, Bettina/ Hauschild, Thomas/ Kimmich, Dorothee/ Mahlke, Kirsten (Hrsg.) (2008); *Räume*; ZfK Zeitschrift für Kulturwissenschaften 2/2008; transcript Verlag, Bielefeld.

Giddens, Anthony (1997); *The constitution of society. Outline of the theory of structuration*; Polity Press, Cambridge.

Glamann, Kristof (1974); *Der Europäische Handel 1500 – 1750*; In: Cipolla, Carlo M. (Hrsg.) (1974); *Europäische Wirtschaftsgeschichte. Band 2, Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert*; Deutsche Ausgabe hrsg. von Borchardt, K.; Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York; 271-334.

Gottmann, Jean (1973); *The significance of territory*; University Press of Virginia, Charlottesville.

Günzel, Stephan (2008); *Spatial Turn – Topographical Turn – Topological Turn*; In: Döring, Jörg/ Thielmann, Tristan (Hrsg.) (2008); *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*; transcript Verlag, Bielefeld; 219-240.

Günzel, Stephan (Hrsg.) (2009); *Raumwissenschaften*; Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main.

Günzel, Stephan (2010); *Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch*; Verlag J.B. Metzler, Stuttgart/Weimar.

Harvey, David (1976); *The Marxian theory of the state*; in: ders. (2001); *Spaces of capital. Towards a critical geography*; Edinburgh University Press, Edinburgh; 267-283.

Harvey, David (1981); *The spatial fix: Hegel, Von Thünen and Marx*; In: ders. (2001); *Spaces of capital. Towards a critical geography*; Edinburgh University Press, Edinburgh; 284-311.

Harvey, David (1982); *The limits of capital*; University of Chicago Press, Chicago.

Harvey, David (1985); *The geopolitics of capitalism*; In: ders. (2001); *Spaces of capital. Towards a critical geography*; Edinburgh University Press, Edinburgh; 312-344.

Harvey, David (1990); *Zeit und Raum im Projekt der Aufklärung*; In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (1995): Macht – Wissen Geographie, 6. Jg., Heft 3, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien; 345-365.

Harvey, David (1992); *Capitalism: The factory of fragmentation*; In: ders. (2001); *Spaces of capital. Towards a critical geography*; Edinburgh University Press, Edinburgh; 284-311.

Harvey, David (2006); *Spaces of global capitalism*; London/New York.

Heinsohn, Gunnar/ Steiger, Otto (2002); *Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum*; Metropolis Verlag, Marburg.

Hirsch, Joachim (1995); *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*; Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam.

Holloway, John (1995); *Global capital and the national state*; In: Bonefeld, Werner/ Holloway, John (Hrsg.) (1995); *Global capital, national state and the politics of money*; St. Martin's Press, New York; 116-140.

Huber, Martin (2005); *Aufstieg der Republik der Sieben Vereinigten Niederlande zur Handelshegemonie um 1600 (Die europäische Dimension)*; Diplomarbeit, Wien.

Jessop, Bob (1982); *The capitalist state. Marxist theories and methods*; Martin Robertson & Company Ltd., Oxford.

Jessop, Bob (2002); *Capitalism and the capitalist type of state*; In: ders.; *The future of the capitalist state*; Polity Press.

Jessop, Bob (2007); *State power. A strategic-relational approach*; Polity Press, Cambridge.

Jönsson, Christer/ Tägil, Sven/ Törnqvist, Gunnar (2000); *Organizing European space*; SAGE Publications, London (et al.).

Kant, Immanuel (1768); *Von dem ersten Grunde des Unterschiedes der Gegenden im Raum*; In: Dünne, Jörg/ Günzel, Stephan (Hrsg.) (2006): *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*; Suhrkamp, Frankfurt/Main; 74-76.

Kant, Immanuel (1770); *Von dem Raume*; In: Dünne, Jörg/ Günzel, Stephan (Hrsg.) (2006): *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*; Suhrkamp, Frankfurt/Main; 76-79.

Kant, Immanuel (1786); *Was heißt: sich im Denken orientieren?*; In: Dünne, Jörg/ Günzel, Stephan (Hrsg.) (2006): *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*; Suhrkamp, Frankfurt/Main; 80-82.

Kaschuba, Wolfgang (2004); *Die Überwindung der Distanz. Zeit und Raum in der europäischen Moderne*; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main.

Kellenbenz, Hermann (1974); *Technik und Wirtschaft im Zeitalter der Wissenschaftlichen Revolution*; In: Cipolla, Carlo M. (Hrsg.) (1974); *Europäische Wirtschaftsgeschichte. Band 2, Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert*; Deutsche Ausgabe hrsg. von Borchardt, K.; Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York; 113-170.

Knox, Paul/ Agnew, John/ McCarthy, Linda (2003); *The geography of the world economy. Fourth edition*; Oxford University Press, New York.

Koselleck, Reinhart (2000); *Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte*; In: ders.; *Vergangene Zukunft*; Frankfurt am Main; 107-129.

Koselleck, Reinhart (2006); *Begriffsgeschichten: Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*; Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Kreisky, Eva (2001); *Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinismus*; In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft ÖZP, 30 (2001) 2, 137-159.

Kromphardt, Jürgen (2004); *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus*; 4. Auflage, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Lademacher, Horst (1983); *Geschichte der Niederlande. Politik – Verfassung – Wirtschaft*; Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Läpple, Dieter (1991); *Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept*; In: Häußermann, Hartmut u.a. (Hrsg.) (1991); *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*; Centaurus, Pfaffenweiler; 157-207.

Le Goff, Jacques (1996); *Das alte Europa und die Welt der Moderne*; Beck'sche Reihe, Verlag C.H. Beck, München.

Lefebvre, Henri (2003); *Space and the state*; In: Brenner, Neil/ Jessop, Bob/ Jones, Martin/ Macleod, Gordon (Hrsg.) (2003); *State/Space. A Reader*; Blackwell Publishing, Malden (et. al); 84-100.

Lippuner, Roland (2005); *Raum. Systeme. Praktiken. Zum Verhältnis von Alltag, Wissenschaft und Geographie*; Franz Steiner Verlag, Wiesbaden.

Luxemburg, Rosa (1972); *Einführung in die Nationalökonomie*; herausgegeben von Held, Karl; Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbeck bei Hamburg.

Maddalena, Aldo de (1974); *Das ländliche Europa 1500 – 1750*; In: Cipolla, Carlo M. (Hrsg.) (1974); *Europäische Wirtschaftsgeschichte. Band 2, Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert*; Deutsche Ausgabe hrsg. von Borchardt, K.; Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York; 171-222.

Mahoney, James/ Kimball, Erin/ Koivu, Kendra L. (2009); *The logic of historical explanation in the social sciences*; In: *Comparative Political Studies*, Vol.42, Nr.1, January 2009; 114-146.

Mann, Michael (2003); *The autonomous power of the state: Its origins, mechanisms and results*; In: Brenner, Neil/ Jessop, Bob/ Jones, Martin/ Macleod, Gordon (Hrsg.) (2003); *State/space. A reader*; Blackwell Publishing, Malden (et. al); 53-64.

Maresch, Rudolf/ Werber, Niels (Hrsg.) (2002); *Raum. Wissen. Macht*; Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Marx, Karl (1872); *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*; Ungekürzte Ausgabe nach der zweiten Auflage von 1872; Voltmedia, Paderborn.

Middel, Matthias (2008); *Globalisierung in der Geschichtswissenschaft*; In: Döring, Jörg/ Thielmann, Tristan (Hrsg.) (2008); *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*; transcript Verlag, Bielefeld; 103-123.

Milios, Jean (1988); *Kapitalistische Entwicklung Nationalstaat und Imperialismus. Der Fall Griechenland*; Kritiki Publishing, Athen.

Minchinton, Walter (1974); *Die Veränderungen der Nachfragestruktur von 1500-1700*; In: Cipolla, Carlo M. (Hrsg.) (1974); *Europäische Wirtschaftsgeschichte. Band 2, Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert*; Deutsche Ausgabe hrsg. von Borchardt, K.; Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York; 51-112.

Münkler, Herfried (2004); *Die neuen Kriege*; Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck bei Hamburg.

Nimwegen, Olaf von (2006); *The quest for security. The case of the Dutch Republic*; In: Burgess, Michael/ Vollaard, Hans (Hrsg.) (2006); *State territoriality and European integration*; Routledge, London/New York; 17-36.

North, Douglass Cecil/ Thomas, Robert Paul (1973); *The rise of the western world. A new economic history*; Cambridge University Press, Cambridge.

North, Michael (2008); *Geschichte der Niederlande*; 3. durchgesehene und aktualisierte Auflage, Verlag C. H. Beck, München.

Paasi, Anssi (2003); *Territory*; In: Agnew, John/ Mitchell, Katharyne/ Ó Tuathail, Gearaóid (Hrsg.): *A companion to political geography*; Blackwell, Oxford; 109-122.

Parker, Geoffrey (1974); *Die Entstehung des modernen Geld- und Finanzwesens in Europa 1500 – 1730*; In: Cipolla, Carlo M. (Hrsg.) (1974); *Europäische Wirtschaftsgeschichte. Band 2, Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert*; Deutsche Ausgabe hrsg. von Borchardt, K.; Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York; 335-379.

Paschukanis, Eugen (1991); *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*; Rudolf Haufe Verlag, Freiburg/Berlin.

Peet, Richard (1991); *Global capitalism. Theories of societal development*; Routledge, London/ New York.

Perroux, Francois (1968); *Les Espaces Économiques*; In: Boudeville, J. (Hrsg.); *L'Espace et les Poles de Croissance*; Paris: PUF; 5-40.

Piltz, Eric (2008); *„Trägheit des Raums“. Fernand Braudel und die Spatial Stories der Geschichtswissenschaft*; In: Döring, Jörg/ Thielmann, Tristan (Hrsg.) (2008); *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*; transcript Verlag, Bielefeld; 75-102.

Pocock, J.G.A. (1989); *Politics, language, and time: Essays on political thought and history*; University of Chicago Press, Chicago.

Poulantzas, Nicos (1968); *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*; Deutsche Erstausgabe 1974, Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main.

Poulantzas, Nicos (1978); *State, power, socialism*; New Edition with an Introduction by Stuart Hall published in 2000, Verso Classics, London/New York.

Poulantzas, Nicos (2003); *The nation*; in: Brenner, Neil/ Jessop, Bob/ Jones, Martin/ Macleod, Gordon (Hrsg.) (2003); *State/space. A reader*; Blackwell Publishing, Malden (et. al); 65-83.

Reinhard, Wolfgang (2000); *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*; Verlag C. H. Beck, München.

Roger Mols, S.J. (1974); *Die Bevölkerung Europas 1500-1750*; In: Cipolla, Carlo M. (Hrsg.) (1974); *Europäische Wirtschaftsgeschichte. Band 2, Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert*; Deutsche Ausgabe hrsg. von Borchardt, K.; Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York; 5-50.

Roseberry, William (2002); *Understanding capitalism – Historically, structurally, spatially*; In: Nugent, David (Hrsg.) (2002); *Locating capitalism in time and space. Global restructurings, politics and identity*; Stanford University Press, Stanford; 61-79.

Rössler, Mechthild (1990); ‚Wissenschaft und Lebensraum‘. *Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus: Ein Beitrag zur Disziplinengeschichte der Geographie*; Dietrich Reimer Verlag, Berlin/Hamburg.

Ruggie, John Gerard (1993); *Territoriality and beyond: problematizing modernity in international relations*; In: *International Organization* 47; 139-174.

Sassen, Saskia (2001); *The state and globalization*; Gastvortrag zum 21. wissenschaftlichen Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft; In: Landfried, Christine (2001); *Politik in einer entgrenzten Welt*; Verlag Wissenschaft und Politik, Köln; 241-250.

Sassen, Saskia (2006); *Territory. Authority. Rights. From medieval to global assemblages*; Princeton University Press, Princeton and Oxford.

Sassen, Saskia (2008); *Das Paradox des Nationalen. Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter*; Übersetzung des englischen Originals (2006) *Territory, Authority, Rights. From medieval to global assemblages*; Princeton University Press; für die deutsche Übersetzung Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Sassen, Saskia (2008b); *Neither global nor national: novel assemblages of territory, authority and rights*; In: *Ethics and Global Politics*, Vol. 1, No. 1-2, 2008; 61-79.

Schlögel, Karl (2003); *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*; Carl Hauser Verlag, München/Wien.

Schroer, Markus (2008); *„Bringing space back in“ – Zur Relevanz des Raums als soziologische Kategorie*; In: Döring, Jörg/ Thielmann, Tristan (Hrsg.) (2008); *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*; transcript Verlag, Bielefeld; 125-148.

Schroer, Markus (2009); *Soziologie*; In: Günzel, Stephan (Hrsg.) (2009); *Raumwissenschaften*; Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main; 354-369.

Scott, Allen J./ Storper, Michael (1989); *The geographical foundations and social regulation of flexible production complexes*; In: Dear, Michael/ Wolch, Jennifer (Hrsg.) (1989); *The power of geography. How territory shapes social life*; UNWIN HYMAN, Boston.

Sella, Domenico (1974); *Die gewerbliche Produktion in Europa 1500 – 1700*; In: Cipolla, Carlo M. (Hrsg.) (1974); *Europäische Wirtschaftsgeschichte. Band 2, Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert*; Deutsche Ausgabe hrsg. von Borchardt, K.; Gustav Fischer Verlag, Stuttgart/New York; 223-270.

Sloterdijk, Peter (2004); *Sphären. Plurale Sphärologie. Band III. Schäume*; Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Soja, Edward (1989); *Postmodern geographies. The reassertion of space in critical social theory*; Verso, London/New York.

Sutcliffe, A. (1998); *The urbanization of Europe since 1500*; In: Butlin, Robin A./ Dodgshon, Robert A. (Hrsg.) (1998); *An historical geography of Europe*; Oxford University Press, New York; 300-313.

Taylor, Peter J. (Hrsg.) (1993); *Political geography of the twentieth century. A global analysis*; Belhaven Press, London.

Taylor, Peter J. (1999); *Modernities. A geohistorical interpretation*; Polity Press, Cambridge.

Taylor, Peter J. (2003); *The state as container: Territoriality in the modern world-system*; In: Brenner, Neil/ Jessop, Bob/ Jones, Martin/ Macleod, Gordon (Hrsg.) (2003); *State/space. A reader*; Blackwell Publishing, Malden (et. al); 101-113.

Teschke, Benno (2006); *The metamorphoses of European territoriality. A historical reconstruction*; In: Burgess, Michael/ Vollaard, Hans (Hrsg.) (2006); *State territoriality and European integration*; Routledge, London/New York; 38-67.

Türk, Klaus (1997); *Organisation als Institution der kapitalistischen Gesellschaftsformation*; In: Ortmann, Günther/ Sydow, Jörg/ Türk, Klaus (Hrsg.) (2006); *Theorien der Organisation. Die Rückkehr der Gesellschaft*; Westdeutscher Verlag, Opladen; 124-176.

Van der Heijden, Manon (2006); *State formation and urban finances in sixteenth and seventeenth-century Holland*; In: *Journal of Urban History* 2006 32; 429-450.

Vries, Jan de (1976); *Economy of Europe in an age of crisis, 1600 – 1750*; Cambridge University Press, London/New York/Melbourne.

Wallerstein, Immanuel (1991); *Unthinking social science. The limits of nineteenth-century paradigms*; Polity Press, Cambridge.

Wallerstein, Immanuel (1998); *Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus. Europa zwischen 1600 und 1750*; Aus dem Englischen von Gerald Hödl; Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft, Wien.

Walton, J. R. (1998); *Changing patterns of trade and interaction since 1500*; In: Butlin, Robin A./ Dodgshon, Robert A. (Hrsg.) (1998); *An historical geography of Europe*; Oxford University Press, New York; 314-334.

Weber, Max (1921/22); *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*; Fünfte, revidierte Auflage, 1976, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Weichhart, Peter (1999); *Die Räume zwischen den Welten und die Welt der Räume*; In: Meusbürger, Peter (Hrsg.) (1999); *Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion*; Erdkundliches Wissen 130, Franz Steiner Verlag, Stuttgart; 67-94.

Weichhart, Peter (2007); *Entwicklungslinien der Sozialgeographie; Von Hans Bobek bis Benno Werlen*; Aus der Reihe: Sozialgeographie Kompakt; Franz Steiner Verlag, Stuttgart.

Werlen, Benno (2009); *Geographie/Sozialgeographie*; In: Günzel, Stephan (Hrsg.) (2009); *Raumwissenschaften*; Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main; 142-158.

Wissen, Markus (2006); *Territorium und Historizität. Raum und Zeit in der Staatstheorie von Nicos Poulantzas*; In: Bretthauer, Lars/ Gallas, Alexander/ Kannankulam, John/ Stützel, Ingo (Hrsg.) (2006); *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*; VSA-Verlag, Hamburg; 206-222.

Exklusive Territorialität.

Funktionen von Territorium für die kapitalistische Organisation von Gesellschaft

Abstract (deutsch)

Die Dissertation untersucht die Rolle von durch (national)staatliche Grenzen festgeschriebenen exklusiven Territorien in der kapitalistischen Organisation von Gesellschaft. Territorium wird in vielen sozialwissenschaftlichen Überlegungen zu Staat, Macht- oder Herrschaftsverhältnissen als zentrale Komponente inkludiert, jedoch nie einer fokussierten Betrachtung unterzogen. Die Arbeit sucht in gezielt ausgewählter theoretischer Literatur (Kapitalismuskritik; materialistische Interpretation von Raum; historisch-geographischer Materialismus; marxistische Staatstheorie; politische Ökonomie) sowie in historischen Analysen nach Erkenntnissen betreffend das sozial-räumliche Organisationsprinzip Territorialität. In weiterer Folge werden diese extrahiert und einer kritischen Analyse unterzogen. Die Darstellung der Ergebnisse konzentriert sich auf bestimmte gesellschaftliche Phänomene, für welche Territorium eine oder mehrere Funktionen erfüllt. Daran anschließend werden die Resultate anhand historischer Evidenzen überprüft. Eingebettet in die Herausbildung des kapitalistischen Gesellschaftssystems steht dabei die Entstehung des niederländischen Territorialstaates im Zentrum der Betrachtung.

Exclusive Territoriality.

The functions of territory for the capitalist organisation of society

Abstract (English)

The dissertation examines the role of exclusive territories, defined by (national) borders, for the organisation of society. Many social scientists include territory in their analyses of the state or relations of power. But none of them focus on territory. The study searches for concepts of territoriality in selected theoretical literature (critique of capitalism; materialist interpretations of space; historical-geographical materialism; Marxist theories of the state; political economy) and in historical analyses. Then, these findings are extracted and analysed critically. The interpretation of the results focuses on certain social phenomena for which territory fulfils one or several functions. Furthermore, historical evidences are analysed to test the theoretical findings. The historical analysis focuses on the development of capitalism, complemented by a case study on the development of the Dutch territorial state.

LEBENS LAUF

PERSÖNLICHE ANGABEN

Christoph Clar, Mag. phil.
08. August 1982 in Villach

STUDIUM

- 10/2000 – 10/2005 Universität Wien
Studium der Politikwissenschaft sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Titel der Diplomarbeit: „Neue Diplomatie für ein neues Internationales System. Präventivdiplomatie als Chance für währenden Frieden?“
- 07/2004 – 11/2004 University of Western Australia, Perth
Political Science and Asian Studies
- 10/2005 – 03/2011 Universität Wien
Doktoratsstudium am Institut für Politikwissenschaft

WISSENSCHAFTLICHE TÄTIGKEIT

- 08/2008 – 09/2010 IDC Institute for International Dialogue and Conflict Management
EU-Projekt „SustainergyNet. Integrating Civil, Scientific and Stakeholder Knowledge“
- 10/2009 – 07/2010 OIIP Österreichisches Institut für Internationale Politik
EU-Projekt „SustainergyNet. Integrating Civil, Scientific and Stakeholder Knowledge“
- 10/2009 – 03/2010 Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
Forschungsprojekt „Jüdische Abgeordnete im Österreichischen Parlament 1861 – 1938“
- 09/2008 – 02/2009 Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
Studienassistent bei O.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Hannelore Eva Kreisky

LEHRTÄTIGKEIT

- SS 2008 Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
Grundkurs Politische Theorie und Ideengeschichte „Raum und Geld“ (mit Mag. phil. Gregor Giersch)
- SS 2009 Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien
Lektürekurs Politische Theorie und Ideengeschichte „Die politikwissenschaftliche Relevanz von Raum(konzepten)“

WISSENSCHAFTLICHE PUBLIKATIONEN

- 2009 „Sicherheit“
In: Falter, Matthias (et al.); „Politik begreifen. 89 Begriffe um Eva Kreiskys Leben und Forschen“; 182-184.
- 2010 „Geographical Concepts of Space in Political Theory and Practice. The Political Use of ‘Space’ in Austria, and its Aftermath“
Conference Paper presented at the ISA-Conference „Theory vs. Policy? Connecting Scholars and Practitioners“, February 2010